5 mark

nummer 39

juli 1999

bremer kassIBER

stadtzeitung

für politik, alltag, revolution

Brandstifter (W)EU

Einige Anmerkungen zur EU • Der Krieg als „Wiederaufbauhilfe" • Todesurteil gegen Öcalan? • Chipkartenoffensive • Urban Underclass Armut und Polizei in den USA • Die Stadt als subversive Nische • Braune Tendenzen in der Dark-Wave-Szene • u.v.a.m.

editorial

Die Luftangriffe der NATO-Bomber auf die Bundesrepublik Jugoslawien sind nach 80 Kriegstagen beendet. Javier Solana erteilte den Befehl dazu. Doch rechte Freude will darüber auch unter KriegsgegnerInnen aller *coloeur* nicht aufkommen. Mit gutem Grund: Allzu offensichtlich ist, daß der Krieg nun auf einer anderen Ebene nach Jugoslawien getragen werden wird. Die westliche Ökonomie, der Kapitalismus, gegen dessen Einführung sich Jugoslawien noch nach Kräften sträubte, wird auch dort endgültig von der Leine gelassen werden. Und was der auf sozialem wie wirtschaftlichem Terrain anzurichten vermag, verdeutlichen andere Ökonomien im Osten Europas und anderswo nachhaltig.

Die Europäische Union zieht in ihrem Bemühen um das Einverleiben osteuropäischer Staaten seit ihrer Gründung am selben Strang, wittert sie dort zur Vergrößerung ihres Marktes doch bis zu 200 Millionen neue Kunden. Wie narkotisiert glaubt sie nach allen Erfahrungen unverständlicherweise noch an die heilbringende Wirkung freier Marktwirtschaft, fühlt sich in einem rhetorischen *salto mortale* gar zu deren Durchsetzung berufen: *„Der Westen inspirierte Osteuropa zum Weg in die Demokratie und die freie Marktwirtschaft. Wir können jetzt nicht die Hilfe verweigern. Die Gemeinschaft muß sich ihren Nachbarn öffnen."* So wird das Schicksal eines ökonomischen Verliererstaates auch Jugoslawien zuteil werden, alle emanzipatorischen Hoffnungen - und seien sie noch so unbegründet - werden getreu dem Motto *peace is war* plattgewirtschaftet werden.

Neben den ökonomisch geprägten außenpolitischen Zielen Europas wie der westlichen Welt widmen wir uns mit dieser Ausgabe ferner Europas Zustand im Inneren: Mit den »**Anmerkungen zur EU**« wird versucht, das Produkt der Europäischen Integration zu begreifen. Schließlich - so die AutorInnen - erfordere die neue Etappe in der weltweiten tripolaren Konkurrenz auch neue strategische Antworten der revolutionären Linken. Mit den unter dem Namen Enfopol grassierenden Europäischen Kontrollplänen **»zur elektronischen Kommunikation«** befaßt sich der gleichnamige Artikel, den wir insbesondere allzu übereifrigen *usern* unserer *homepage* (http://pages.ohz.north.de/kombo/) ans Herz legen; der Europäischen Migrationskontrolle widmet sich der Beitrag »**Ausbau der Festung**«, indem er die Entwicklung vom Schengener Abkommen bis zu den Maastrichter Verträgen nachzeichnet.

Nach der *kassiber*-Sonderausgabe zum Krieg auf dem Balkan (*»war is peace«*, Mitte Mai 1999) befassen wir uns in diesem Heft mit dem Frieden im Kosovo, den Hintergründen des vorangegangenen Krieges sowie den Meinungsmachern an der Heimatfront. Der Gebrauch eines Feindbildes folgte auch in diesem Krieg dem alten Clausewitz, der schon 1832 erkannte, daß in Kriegszeiten die Unterstützung der Öffentlichkeit ebenso mobilisiert werden müsse wie die der Streitkräfte. Der Mailänder „Corriere della Sera" veröffentlichte hierzu, daß das Kosovo nicht nur mit Bomben gewonnen oder verloren werde, sondern mit Bildern. Die Fernsehschlacht sei wichtiger als *cruise missiles* und *top guns*. Auf den Kriegsschauplätzen werden Waffen und Medientechnologien in perfekter Kombination eingesetzt. Wie es Sir Arthur Ponsonby, britischer Autor einer Untersuchung über die Propaganda im Ersten Weltkrieg, resumierte: „In Kriegszeiten ist das Versäumnis zu lügen eine Nachlässigkeit, das Bezweifeln einer Lüge ein Vergehen und die Erklärung der Wahrheit ein Verbrechen." So wurde nach Beendigung des Golfkriegs publik, daß die US-Regierung in Vorbereitung auf den Krieg maßgebliche Informationen durch Zensur und Propaganda entstellt hat. Im Nachhinein kann wissen, wer es wissen will, daß die irakische Besatzung Kuwaits und der Krieg nicht so stattgefunden haben, wie mensch meinte, sie im Fernsehen „erlebt" zu haben. Der Beitrag »**Der Mythos von der vierten Gewalt**« deckt die gezielt gesetzten und nach wie vor weit verbreiteten Falschinformationen über den Golfkrieg auf und nimmt dabei insbesondere die Rolle und Funktion der US-Medien unter die Lupe.

Am 7. Mai 1999 begann der Bundestag in erster Lesung mit der Schlußdiskussion über ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin. Mit der Lesung am 23. Juni und der Abstimmung darüber, welches Denkmal errichtet werden soll, wird eine elfjährige Auseinandersetzung um Sinn, Funktion, Gestaltung und Ort des Mahnmals enden. Der Verlauf dieser Debatte machte jedoch deutlich, daß auch 54 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges insbesondere die westdeutsche veröffentlichte Meinung nicht bereit und nicht in der Lage ist, sich tiefgründig mit den Ursachen von Faschismus, Krieg und der Vernichtung der Juden zu befassen. Die Forderung, ein „normales" (Schröder) oder „unverkrampftes" (Herzog) Verhältnis zur Vergangenheit zu gewinnen, blieb mit Blick auf Exportchancen und liberales Erscheinungsbild in aller Ohren. Einwände dagegen formulierte der Präsident der Berliner Akademie der Künste, der ungarische Schriftsteller György Konràd, im November 1997: Alle bisherigen Entwürfe für ein Mahnmal zeigten einen „gnadenlosen oder didaktischen Kitsch". Es bedürfe „keines Denkmals, das der robusten Größe Deutschlands angepaßt wäre. Durch die Übergabe eines großen Platzes und den Einsatz enormer Finanzmittel" könne „die Geschichte nicht abgeschlossen, das Nachdenken darüber" müsse „auch im nächsten Jahrhundert fortgesetzt werden." Konràd folgten mehrere Unterstützer des Denkmalplanes wie Günter Grass oder Walter Jens, weil „dem Schrecken aller Schrecken durch monumentale Entsprechung auf artistischem Feld nicht beizukommen" sei. In ähnlicher Richtung argumentierte der Historiker Kurt Pätzold, der darauf hinwies, daß die Erinnerungsstätte dem Ziel, die Opfer der Namenlosigkeit zu entreißen, in ihrer monumentalen Abstraktheit kaum gerecht werden könne. Auf den Beitrag in kassiber 38 »**DENK-ORT gegen das Vergessen**« erwiderte uns eine Leserin aus Berlin mit dem Artikel »**... daß wir um die Verlogenheit des Mahnmals nicht herumkommen**«, in dem sie den grundlegenden Fragen nachgeht, was das Mahnmal für uns ausdrückt, was wir wollen, daß es ausdrückt und warum wir das wollen.

Wie das Holocaust-Mahnmal in Berlin auch immer realisiert werden wird, ob sich das Parlament in den kommenden Wochen für den Eisenman/Serra-Vorschlag der tausend Betonpfeiler oder gar für ein kaum diskutiertes Negativ-Mahnmal in Form des Herausreißens einer Säule des Brandenburger Tores entscheiden wird: An eines - so Johann Kresnik - wird das Berliner Mahnmal in seiner Wirkung und seiner Möglichkeit zu einer tiefer schürfenden Auseinandersetzung mit dem Faschismus nie heranreichen. An den U-Boot Bunker Valentin. Der schwirrt nicht etwa als Schlußstrichziehender monumentaler Entwurf in vielen Köpfen, sondern steht als aus dem deutschen Faschismus stammender Moloch in Bremen-Farge. Von 12.000 ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen, die ihn zwischen 1943 und 1945 erbauten, mußten mindestens 4.000 ihr Leben für ihn lassen. Seit Juni 1999 dient er als Außenspielstätte des Bremer Theaters für das Antikriegsdrama *„Die letzten Tage der Menschheit"* von Karl Kraus. In der Rezension dieser Inszenierung »**Krieg im Bunker**«, wird sich schließlich der Frage genähert, wie es Kresnik versteht, die Kraus'sche Vorlage mit der Bühne des Bunkers zu verbinden.

Die Redaktion, 13. Juni 1999

inhalt

Magazin

Editorial 2
Inhalt 3
Was bisher geschah 4-13
Termine 14-16
kassiber-Sommerschlußverkauf 17-18
LeserInnenbrief zum Holocaust Mahnmal 19-20

Bremen

Chipkartenoffensive in Bremen 21-22
Bremer Sparkasse und Regierung auf dem Weg zur "BürgerInnenkarte"
"Damit Sie sich rundum sicher fühlen: o.b. controls" 23-24
Über die Instrumentalisierung angeblicher Belange von Frauen für die "Innere Sicherheit"
Die Stadt als subversive Nische? 25-26
Eine Kritik der "city.crime.control."- Aktionstage
Braune Graswurzelrevolution in der schwarzen Szene? 27-31
Rechte Tendenzen in der Dark-Wave-Szene
Zu den Gründen für die Auflösung des Projekts LEVANTI 32-35
Stellungnahmen der Bremer Gruppe LEVANTI und der Initiative AVANTI (Kiel, Lübeck, Bad Oldesloe)

Europäische Union

Einige Anmerkungen zur EU 36-41
Thesen der Gruppe "Perspektive" zum internationalen Anti-EU-Kongreß am 3. und 4. Juni in Köln
Bericht zu Anti-EU-Aktivitäten in Köln 38
Ausbau der Festung Europa 42-43
Innere Sicherheit und Migrationskontrolle in Europa
Europäische Pläne zur Überwachung: ENFOPOL 44-45

Der Krieg von EU und USA

Der Krieg als "Wiederaufbauhilfe" 46-47
Was kommt nach dem Einmarsch in Jugoslawien?
Einen Marshallplan wird's nicht geben 47
Interview mit Elmar Altvater
Der Mythos von der "vierten Gewalt" 48-49
US-Medien und Golfkrieg
Dokumentation: Bewegung 24. März 50

Internationalismus

Das Scheitern der Modernisierung 51-53
Ecuador oder wie weiter mit Lateinamerika
"...Das Helle sieht man nicht mehr..." 54-55
Bericht einer Delegationsfahrt zu den Newroz-Feiern
Das Verfahren als "Quell des Stolzes" 56
Todesurteil gegen Abdullah Öcalan?
Von Urban Underclass zu Zero Tolerance 57-60
Über Armut und Polizei in US-amerikanischen Städten

Rezensionen

Krieg im Bunker 61
Johann Kresnik inszeniert Karl Kraus' "Letzte Tage der Menschheit"
Gaga ist geil 62
Der Film "Idioten" von Lars von Trier
"America" von T.C. Boyle 63

Politische Gefangene und Prozesse

Kurzmeldungen 64-67
Kriminalisierung von KriegsgegnerInnen, Beugehaft wegen Aussageverweigerung, u.a.

Februar

Lob

Innensenator Borttscheller (CDU) dankt den Bremer PolizistInnen für ihren erfolgreichen Einsatz gegen Aktivitäten der kurdischen PKK. Sie hätten in den vergangenen Tagen - nach der Entführung Abdullah Öcalans in die Türkei - gewalttätige Übergriffe wie in anderen Städten verhindert.

Bagatellbegriff verschärft

Der Bremer Senat hält nichts von der Bagatellisierung von Ladendiebstählen. Das teilt der Senator für Justiz auf eine entsprechende Anfrage der Bürgerschaftsfraktion Bündnis 90/Die Grünen mit. Hatte schon die hiesige Generalstaatsanwaltschaft im Oktober vergangenen Jahres konstatiert, daß die bislang gewährte "Rechtswohltat" sich angesichts "unverändert hoher Fallzahlen" als zu großzügig erwiesen hätte, soll heißen: zu viele Ermittlungsverfahren gegen ertappte LadendieblInnen eingestellt worden seien (vgl.: kassiber 37, Januar 1999, S. 4), zieht jetzt der Sennat die Konsequenzen. Und die lauten natürlich - das bei breiten Bevölkerungskreisen sehr beliebte Delikte gefährde schließlich nicht nur den deutschen Einzelhandel, sondern auch die 'innere Sicherheit' - Strafverschärfung. Denn in Bremen werde, ausweislich der polizeilichen Kriminalstatistik (bezogen auf die EinwohnerInnenzahl), am meisten geklaut: "Diese hohen Fallzahlen deuten darauf hin, daß offenbar zu viele Täter eine folgenlose Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft mißverstehen."
Sah die "Richtlinie zur Einstellung von Ermittlungsverfahren" dieselbe bisher bei einem Warenwert von bis zu 100 Mark vor, wird der jetzt auf 50 Mark gesenkt, denn, so der Senat, "ein höherer Wert der Beute als 50 Mark indiziert ... ein nicht mehr zu vernachlässigendes Maß an strafrechtlicher Schuld".

Laßt Blumen blühen

Damit Bremen in diesem Jahr noch sauberer und schöner werden kann, bewilligt die Deputation für Umweltschutz und Gesundheit drei Millionen Mark für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Rahmen der "Aktion 'Saubere Stadt'" (vgl. kassiber 33, November 1997, S. 19ff.). Zwei Millionen Mark kommen vom Senator für Arbeit, eine Million vom Senaor für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umweltschutz. Mit dem Geld sollen SozialhilfeempfängerInnen wieder 'in den Arbeitsprozeß integriert', d.h., zur Vermeidung der Einstellung jeglicher Zahlung von Staatsknete in einen Arbeitsdienst gezwungen werden. Sie müssen dann ein Jahr lang im staatlichen Auftrag Müll sammeln und Blümchen pflanzen. Für 1999 sind u.a. zusätzliche Säuberungs- und Pflanzaktionen in den Wallanlagen, Kübelpflanzen für Einkaufsstraßen in der City sowie Verschönerungen der Weserpromenade und des Weserrundwanderwegs vorgesehen. In Bremen-Nord bedürfen die Weserpromenade, die Hafenrandzone und der Vegesacker Bahnhofsvorplatz weitere Pflege- und Putzaktionen. Ferner sollen an wichtigen Einfahrtsstraßen nach Bremen Gehölze ausgelichtet und Sonnenblumen angepflanzt werden.

Zwischenbilanz der Soko "Grafitti"

Für die im August 1997 gegründete polizeiliche Sonderkommission (Soko) "Graffiti" kann eine durchaus erfolgreiche Zwischenbilanz gezogen werden. Das meint zumindest der Bremer Senat in seiner Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Demnach seien zwischen August 1997 und November 1998 1.320 Strafanzeigen wegen Sachbeschädigung durch Graffiti bearbeitet worden, von denen 666, also 50,5 Prozent, aufgeklärt worden seien. Die Soko "Graffiti" habe hierfür 148 Tatverdächtige ermittelt, die - auch für Nicht-KriminalistInnen durch die hinterlassenen "tags" leicht erkennbar - für jeweils zwei bis zu 150 Graffiti verantwortlich seien. Nur 17 der ermittelten SprayerInnen seien Erwachsene, aber 114 Jugendliche und wiederum 17 Kinder.
Im Gegensatz zur Antwort auf eine Mitte vergangenen Jahres gestellte CDU-Anfrage (vgl. kassiber 36, Oktober 1998, S. 7), kann der Senat jetzt auch Angaben über die juristischen Konsequenzen für die UrheberInnen der gemeinhin "Schmierereien" genannten Werke machen: Von der Staatsanwaltschaft wurden bisher 124 Verfahren eingeleitet, in 44 Fällen wurde Anklage erhoben 65 wurden mit Zustimmung der Gerichte eingestellt und 15 sind noch offen. Von den 44 angeklagten Verfahren endeten drei mit Verurteilungen zu Geldstrafen und eins mit einer Haftstrafe. 17 Verfahren wurden gegen Auflagen eingestellt: In der Regel müssen die SprayerInnen die Graffiti selbst übermalen.

Faschistische und rassistische Angriffe (I)

In Bremerhaven-Geestemünde überfallen am späten Abend fünf Skinheads einen deutschen Mann, der mit einem Freund spazierengeht. Die Täter brüllen "Ausländer raus!" sowie "Deutschland den Deutschen!" und verpassen dem 18jährigen eine "Kopfnuß", wodurch der erheblich verletzt wird. Anschließend flüchten die Skinheads, werden aber wenig später von der Polizei vorläufig festgenommen. Bei einem 15- und einem 21jährigen werden "Butterfly"-Messer beschlagnahmt.

Aktion gegen Kriminalisierung politischer Proteste

Vor dem SPD-Fraktionsbüro am Altenwall protestieren einige SchülerInnen und StudentInnen "gegen die Kriminalisierung politischer Proteste". Damit wird an eine am 20. Januar stattgefundene Besetzung des Fraktionsbüros durch etwa 150 AktivistInnen, die gegen Schulschließungen, Studiengebühren u.v.a.m. protestierten, erinnert. 52 BesetzerInnen wurden damals durch die hart vorgehende Polizei vorläufig festgenommen - und müssen mit Anzeigen rechnen (vgl. kassiber 38, März 1999, S. 7).

25. Februar

Faschistische und rassistische Angriffe (II)

Ein 24jähriger Mann, der mit dem Fahrrad in der Fährer Flur in Vegesack unterwegs ist, wird am Abend von zwei Skinheads überfallen. Die Täter schneiden dem Radfahrer mit einem Messer ins Gesicht, stehlen ihm 40 Mark und flüchten anschließend.

26. Februar

Ausdruck der Leistungsbereitschaft

Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben der Ausländerbehörde 415 Männer, Frauen und Kinder aus Bremen abgeschoben. Von den Betroffenen seien 195 StraftäterInnen gewesen, weitere 41 hätten Rauschgiftdelikte begangen - wurden also nur auf Verdacht und ohne Prozeß abgeschoben. Doch nicht nur diese praktischen Ausländer-raus-Maßnahmen lassen Innensenator Borttscheller loben, daß "die Arbeitsbilanz der Ausländerbehörde ... Ausdruck der hohen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist", schließlich wurde nicht nur abgeschoben, auch haben 9.437 Nicht-Deutsche Aufenthaltserlaubnisse und 223 Aufenthaltsberechtigungen erhalten. Damit lebten im vergangenen Jahr 67.999 Menschen ohne deutschen Paß in der Stadtgemeinde Bremen, was einem Bevölkerungsanteil von 12,4 Prozent entsprach, 1997 waren es 67.733.

Demonstration gegen Verschleppung Öcalans (I)

Mehr als 2.000 kurdische Männer, Frauen und Kinder demonstrieren, begleitet von einem massiven Polizeiaufgebot, vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt zum Marktplatz. Bei dieser dritten Demonstration innerhalb einer Woche gegen die Verschleppung des PKK-Chefs Abdullah Öcalans handelt es sich, weiß der Bremer Verfassungsschutz zu berichten, um eine zentrale. Der kurdische Sender Med-TV habe nämlich am Vortag alle Öcalan-AnhängerInnen Norddeutschlands nach Bremen beordert.

25. Februar

"Sozialhilfe komplett streichen"

Auch Bremens Finanzsenator Hartmut Perschau (CDU) hat etwas gegen arbeitsscheues Gesindel, zumal wenn es noch jugendlichen Alters ist. Jugendliche müßten sich ihrer Pflichten, beispielsweise der Eigeninitiative bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, bewußt werden, bevor sie sich auf ihre Rechte (wie den Anspruch auf Sozialhilfe) zurückziehen. Sollten sie ihre Pflichten weiter vernachlässigen, so Perschau, "müssen (wir) den Mut haben, diesen Jugendlichen in letzter Konsequenz die Sozialhilfe komplett zu streichen".

Diese Debatte hatte drei Tage zuvor IG-Metall-Chef Klaus Zwickel los getreten. Der Sozi sorgte sich, daß der Staat kostspielige "Ausbildungsprogramme" finanzieren würde, die Jugendlichen diese aber nicht annehmen würden - was u.a. auch damit zusammenhängen könnte, daß es sich hierbei mehrheitlich um nicht-qualifizierende Aufbewahrungsmaßnahmen zur Bereinigung der Statistiken handelt.

24. Februar

Warnstreiks (I)

Rund 1.500 im öffentlichen Dienst beschäftigte Männer und Frauen treten in befristete Warnstreiks und beteiligen sich an Kundgebungen der Gewerkschaft ÖTV am Morgen auf dem Marktplatz und nachmittags auf dem Gelände des Zentralkrankenhauses St.-Jürgen-Straße. In etwa 95 anderen deutschen Städten treten weitere 20.000 Beschäftigte in kurze Streiks. Damit sollen die Gewerkschaftsforderungen bei den am nächsten Tag in Stuttgart weitergehenden Tarifverhandlungen unterstützt werden. Zugleich wenden sich die TeilnehmerInnen gegen Versuche der öffentlichen "Arbeitgeber", den Kündigungsschutz abzubauen und Zulagen insbesondere bei den WechselschichtlerInnen zu kürzen.

Arbeitsamts-Razzien (I)

Bei Kontrollen in 14 Gaststätten im Bremer Westen werden in einer Nacht 64 Männer und Frauen überprüft. An der Razzia nehmen BeamtInnen des Ausländeramtes, des Arbeitsamtes, des Gröpe1inger Polizeireviers und des Gewerbeaußendienstes des Stadtamtes teil. Eine Frau aus Ghana wird festgenommen, weil sie keine Personalpapiere bei

Die Plakate gegen den Naziaufmarsch gingen weg wie warme Semmeln

sich hat. Zwei weitere Personen werden wegen Verstoßes gegen das Aufenthaltsbeschränkungsrecht vorläufig festgenommen. Bei fünf anderen besteht nach Angaben des Stadtamts der Verdacht auf Leistungsmißbrauch.

1.märz

Anschlag auf türkischen Verein

Kurz nach null Uhr wird in der Delmenhorster Innenstadt ein Brandanschlag auf ein türkisches Vereinsheim verübt. Mehrere Brandsätze werden durch die eingeschlagenen Scheiben geworfen, es kommt aber lediglich zu Verkohlungen am Inventar. Vier Personen sollen nach Zeugenangaben nach dem Anschlag in verschiedene Richtungen geflohen sein.

Rassistische und faschistische "Vorkommnisse" in der Bundeswehr

320 rechtsradikale und fremdenfeindliche und damit "besondere Vorkommnisse" sind in der Bundeswehr im vergangenen Jahr gemeldet worden. Das geht aus dem "Wehrbericht 1998" hervor, den die Wehrbeauftragte Claire Marienfeld (CDU) am 16. März vorlegt. 1997 waren 177 rassistische und faschistische Delikte gemeldet worden, 1996 nur 44. Nach Meinung Marienfelds deuten diese sich von Jahr zu Jahr vervielfachenden Zahlen aber nicht darauf hin, daß sich ein entsprechendes Klima in der Bundeswehr breit mache. Vielmehr sei die hohe Zahl - bereits für 1997 war allgemein von einem "Rekordjahr" gesprochen worden - auf die noch viele höhere Sensibilität für das Thema in der Bundeswehr zurückzuführen. Allerdings habe auch in nur 148 Fällen der Verdacht sicher bestätigt werden können: Hakenkreuz-Schmierereien, "Sieg-Heil"-Grüße und -Parolen, faschistische Sprüche, die Verwendung von Nazi-Symbolen und die Weitergabe einschlägigen Materials. In acht Fällen sei es zu Körperverletzungen gekommen. 85 Prozent der Fälle gingen auf das Konto von Wehrdienstleistenden, die

3.märz

Staatsanwaltschaft: Kreiter kein Tierquäler

Die Staatsanwaltschaft stellt ein gegen den Hirnforscher Professor Andreas Kreiter gerichtetes Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz ein. Kreiter war von den "Tierversuchsgegnern Bremen" und einer Privatperson wegen seiner Experimente mit Makakenaffen an der Universität angezeigt worden. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft ergaben sich aus ihrer Sicht keine Bedenken gegen die Kreiter erteilte behördliche Erlaubnis für die Tierversuche. Das Ziel seiner Experimente sei nämlich nicht die Tötung der Tiere, auch sei Kreiter nicht zu unterstellen, er füge den Affen aus Rohheit Schmerzen und Leid zu. Vielmehr lasse der Hirnforscher sich ausschließlich von wissenschaftlichen Fragestellungen leiten.

4.märz

Maulkorb für den AStA

Die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts urteilt im Hauptverfahren erneut gegen den AStA der Universität. Der habe kein "allgemein-politisches Mandat", weil das gegen die Hochschulgesetze Bremens und des Bundes verstoßen würde. Bereits im vergangenen Jahr hatte das Verwaltungsgericht eine entsprechende Einstweilige Verfügung gegen den AStA erlassen (vgl. u.a. kassiber 37, Januar 1999, S. 31).

6.märz

Sexistische Angriffe (I)

Eine als Schaffnerin arbeitende Frau wird gegen 5.50 Uhr in einem Nahverkehrszug von einem Mann überfallen. Die 37jährige wehrt sich, ihr gelingt es, die Notbremse des Zuges zwischen Bremen-Neustadt und Huchting zu ziehen. Daraufhin flüchtet der Täter, wird aber wenig später von der Polizei in der Huchtinger Heerstraße vorläufig festgenommen.

Faschistische und rassistische Angriffe (III + IV)

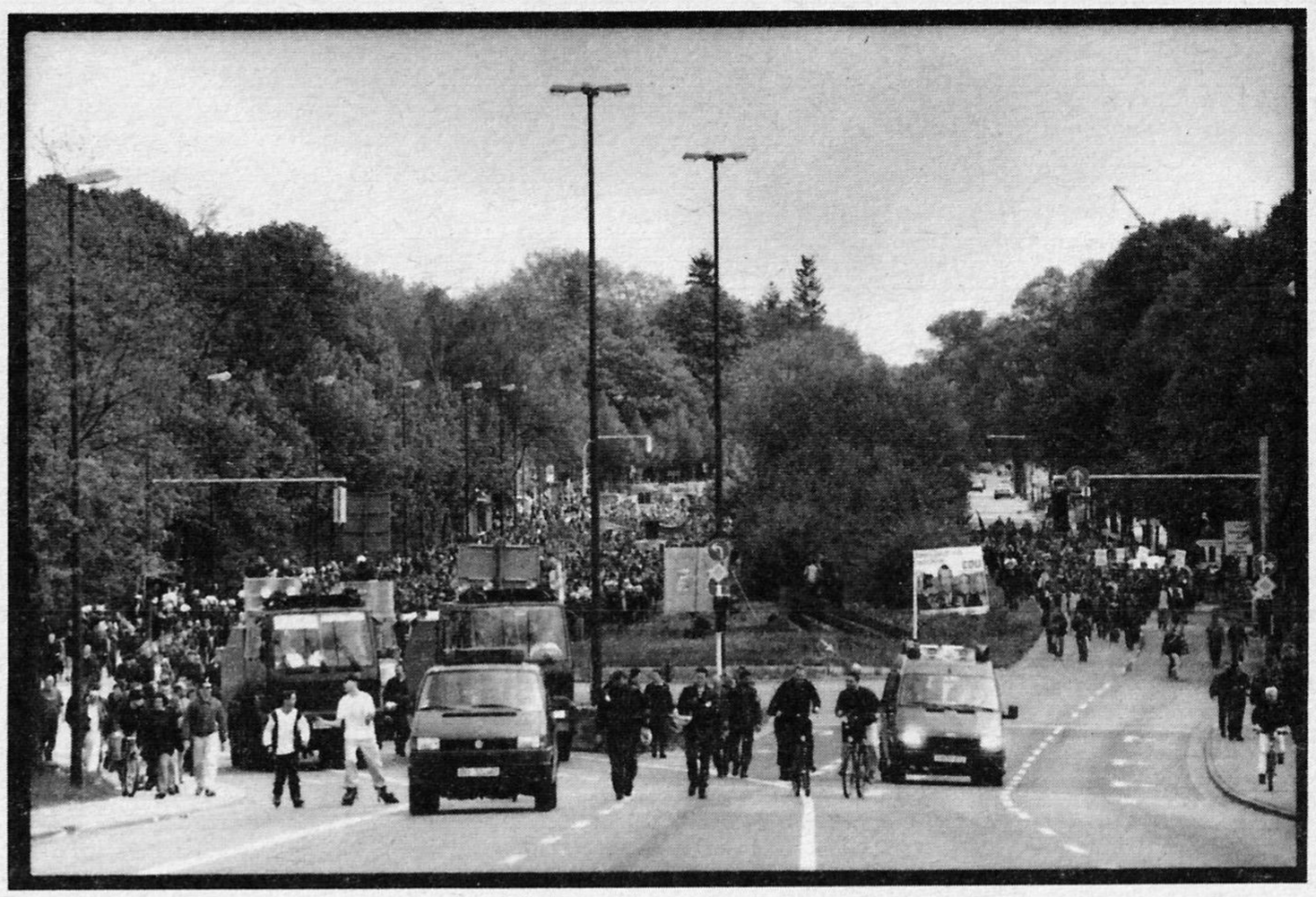
Kurz nach Mitternacht überfallen zehn Skinheads eine Kneipe am Kirchweg, zertrümmern das Inventar sowie drei Fensterscheiben und schlagen auf mehrere Gäste ein, von denen zwei verletzt werden. Die TäterInnen, darunter eine Frau, die Tränengas versprüht, sind etwa 20 bis 25 Jahre alt und tragen Bomberjacken sowie Springerstiefel. Kurz vor dem Überfall waren zwei der Skinheads in die Kneipe gekommen und hatten nach kurzer Zeit die etwa zehn Gäste angepöbelt. Als sie von der Bedienung aufgefordert wurden, dies zu unterlassen, gingen sie hinaus, um dann wenig später zurückzukommen.
Gegen 4 Uhr rufen zwei Nazis am Sielwall mehrmals "Heil Hitler!" und "Sieg Heil!". Die beiden 28 und 29 Jahre alten Männer werden von Polizisten, die dort gerade einen Unfall aufnehmen, vorläufig festgenommen und in den Streifenwagen gesetzt. Daraufhin kommt den beiden ein 18jähriger Mann zu Hilfe, der nach einem Handgemenge offensichtlich so heftig gegen die Heckscheibe des Streifenwagens gedrückt bzw. geschleudert wird, daß die zu Bruch geht und er Schnittverletzungen erleidet. Den Polizisten gelingt es erst mit Hilfe herbeigerufener "massiver Unterstützungskräfte" die drei Männer abzutransportieren.

7.märz

Nicht bindend

Schlechte Nachrichten für diejenigen, die sich "Mehr Demokratie" durch Unterschriftensammlungen, Volksbegehren, Bürgeranträge und -entscheide versprechen. Wird mal eines ihrer Begehren nicht schon nach Erbringung der notwendigen Unterschriften durch die Staatsmacht verboten, sehen sie sich wahrscheinlich, wie in den vergangenen Wochen in Bremerhaven, einer geeinten Front von Behörden, Wirtschaft, Parteien, Medien und anderen mehr gegenüber. Die Initiative "Bremerhaven ja - Ocean Park nein danke" hatte im vergangenen Jahr mit einer Unterschriftensammlung den jetzt stattgefundenen Bürgerentscheid initiiert, um den Umbau des Gebiets Neuer Hafen/Alter Hafen zu einem "Ocean Park" genannten Mittelding aus Puppenstube und Disneyland zu verhindern. Zumindest was die Beteiligung an Wahlen und eben auch diesem Bürgerentscheid angeht, hat sich Bremerhavens Bevölkerung aber schon mit US-amerikanischen Verhältnissen angefreundet: Wie schon bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung 1995, beteiligt sich auch jetzt nicht einmal jede/r Zweite, gerade einmal 49,17 Prozent. Von den abgegebenen Stimmen sind 25.220 (56 Prozent) für die Fortführung der "Ocean-Park"-Planungen und 19.798 dagegen. Auch wenn eine deutliche Mehrheit pro

Milliardenprojekt votiert - bindend ist das Ergebnis für die Behörden nicht. Denn laut Bremerhavens Stadtverfassung hätten mindestens 30 Prozent der Wahlberechtigten (27.561) sich für oder gegen den "Ocean Park" entscheiden müssen. Nach der Stadtverfassung gilt der Bürger-entscheid jetzt als nicht entschieden, vielmehr muß die Stadtverordneten-versammlung darüber abstimmen.



1. Mai 1999: Bremen-Sebaldsbrück

dem Willen der InitiatorInnen in das Bremische Schulgesetz aufgenommen werden soll, sei zu unbestimmt, genüge damit nicht den rechtlichen Ansprüchen. Die große Koalition hat damit das sechste der bisher sieben in Bremen angestrebten Volksbegehren quasi verboten. (Wobei für diesen Schritt formal der Hanseatische Staatsgerichtshof zuständig ist - der bisher allerdings noch nie zu einer gegenläufigen Entscheidung kam.) Die Initiative "WIR gegen die Rechtsschreibreform" hatte Mitte Januar mehrere tausend in kurzer Zeit gesammelte Unterschriften übergeben und hoffte damals, daß über das Volksbegehren parallel zur Bürgerschaftswahl am 6. Juni abgestimmt werden könnte.
Wenig später zeigen sich die deutsch-nationalen SprachbewahrerInnen einsichtig: Am 19. März beginnt "WIR gegen die Rechtsschreibreform" eine zweite Unterschriftensammlung. Der Text ist präzisiert, und man wendet sich jetzt nicht nur gegen die Anwendung der neuen Schreibweisen in den Schulen, sondern - Retourkutsche? - auch im Schriftverkehr bremischer Behörden.

8. März

Warnstreiks (I)

Rund 1.000 Beschäftigte der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) und des Busunternehmens Delbus treten am frühen Morgen in einen dreistündigen Warnstreik. Damit soll den Gewerkschaftsforderungen in der anstehenden vierten Tarifrunde des öffentlichen Dienstes Nachdruck verliehen werden.

Faschist verurteilt (I)

Ein 31jähriger Mann wird vom Amtsgericht wegen eines Überfalls auf zwei afrikanische Männer im Mai 1998 auf dem Bremer Hauptbahnhof zu einer Bewährungstrafe verurteilt, das Verfahren gegen den zweiten Angeklagten wird eingestellt. Die beiden sind "Fans" des Fußball-Bundesligisten Hansa Rostock, also wahrscheinlich überzeugte Nazis, und hatten im vergangenen Mai gemeinsam mit zwei oder drei weiteren Männern ein Rostocker Heimspiel besucht. Zurück im Bremer Hauptbahnhof, gingen die vier oder fünf Männer auf die zwei Afrikaner los, der 31jährige schlug einem der beiden den Ellbogen ins Gesicht, so daß dessen Unterlippe aufplatzte. Die afrikanischen Männer flüchteten anschließend über die Gleise auf einen anderen Bahnsteig.
Da die Beteiligung des einen Angeklagten nicht eindeutig zu klären gewesen sei, stellt das Amtsgericht das Verfahren ein. Der 31jährige wird wegen dieses Überfalls und wegen eines zweiten Falls von Körperverletzung zu sieben Monaten auf Bewährung verurteilt und muß außerdem 180 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten.

9. März

Demonstration gegen Verschleppung Öcalans (II)

Etwa 700 kurdische und einige deutsche Männer, Frauen und Kinder demonstrieren am Nachmittag gegen die Entführung Abdullah Öcalans in die Türkei. Die Demonstration zieht vom Goetheplatz zur Innenbehörde (Contrescarpe), anschließend durch die Innenstadt zur Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz. Die Polizei nimmt zwei Teilnehmer fest, die verbotene Symbole gezeigt haben sollen.

Volksbegehren unzulässig

Der Senat erklärt den Antrag auf ein Volksbegehren gegen die neue Rechtsschreibreform für nicht zulässig. Der Text, der nach

14 neue Zivilfahrzeuge für die Polizei

Vor dem 3. Polizeirevier werden 14 neue Zivilfahrzeuge im Wert von rund 250.000 Mark an die Polizei übergeben. Sie sollen in den im Zuge der Polizeireform neu geschaffenen und in den Revieren untergebrachten Kommissariaten eingesetzt werden.

AStA darf manche Nazis Nazis nennen

Das Verwaltungsgericht entscheidet ausnahmsweise einmal nicht gegen den AStA der Universität und weist einen Eilantrag des rechten Studenten Oliver Liesmann ab. Der ist u.a. Mitglied im "Verein Deutscher Studenten" und hatte kürzlich den Studenten Jan Schuhmann im "Maulkorb"-Hauptverfahren gegen den AStA der Universität vertreten. Schuh- und Liesmann konnten dabei durchsetzen, daß dem AStA ein "allgemein-politisches Mandat" endgültig versagt wurde. Also machte sich Liesmann Hoffnungen, das dem Pack ansonsten wohlgesonnene Verwaltungsgericht würde dem AStA auch untersagen, sich weiterhin mit Burschenschaften und studentischen Verbindungen wie dem "Verein Deutscher Studenten" auseinanderzusetzen. Eine Veröffentlichung des AStAs, in der Liesmanns Verein u.a. als "faschistisch", "völkisch-orientiert" und "rassistisch" bezeichnet worden war, bildete den Anlaß für die Unterlassungsklage. Doch, oh Wunder, das Gericht erlaubt dem AStA sogar, sich kritisch mit der "Rolle von Verbindungen in der Gesellschaft in Gegenwart und Vergangenheit" zu befassen.

10. März

Wettbewerb gewonnen

Im Wettbewerb "Media@Komm" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, an dem sich 136 deutsche Städte und Gemeinden beteiligt hatten, erringt der Bremer Beitrag einen der drei Preise, einen Zuschuß von bis zu 20 Millionen Mark zur Umsetzung des eingereichten Projekts. Die

TeilnehmerInnen des Wettbewerbs waren aufgefordert, "multimediale Dienste, möglichst auch unter Benutzung der digitalen Signatur zu entwickeln". "Bremen Online Services" wurde von Behörden, dem Technologie Zentrum Informatik und der Firma Eutelsat erarbeitet und in einer Steuerungsgruppe (die vorgenannte Projektleitung sowie Sparkasse, Deutsche Telekom AG, BreKom GmbH, Handelskammer und Bremer Innovationsagentur).

Bei dem Multimedia-Projekt, das am 1. Juli starten soll, handelt es sich nach der Selbstdarstellung um ein sog. virtuelles Bürgeramt, zu dem die BremerInnen via Internet bzw. an verschiedenen Orten stehenden Infoterminals Zugang haben sollen. Die Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft (Stadt Bremen, Deutsche Telekom AG, Sparkasse, Brokat AG, VSS GmbH und BreKom GmbH) soll bis Juli 2002 zahlreiche private und öffentliche Dienstleistungen anbieten: Zum Beispiel Ummeldungen beim Einwohnermeldeamt, von denen zugleich die Kfz-Stelle, Stadtwerke, GEZ, Telekom und andere benachrichtigt würden. Der Kauf von Fahrscheinen, Kino- und Theaterkarten, die online bezahlt und genauso auf einer "Bürgerkarte" genannten Scheckkarte gespeichert werden könnten wie die z.B. bei den Sparkassenkarten schon implementierten Geldkartenkartenfunktion - dem Chip ist es egal, was er alles speichert. Auf jeden Fall auf der Chipkarte enthalten sein soll eine sog. digitale Unterschrift, die einen Mißrauch persönlicher Daten durch andere Privatpersonen verhindern soll. Demgegenüber gilt die fortschreitende Vernetzung und Abgleichung verschiedener beteiligter Datenbanken und -netze insbesondere durch die Behörden nicht nur nicht als verboten, sondern durchaus als erwünscht. Die OrganisatorInnen rechnen mit exakt 10.437 BürgerInnen und Institutionen, die bereits im nächsten Jahr mit der Chipkarte arbeiten werden.

16. März

Vorschlag abgelehnt

Der Beirat Obervieland lehnt den Antrag der CDU ab, die Werderbrücke ("Erdbeerbrücke") sowie die dort hinführende Habenhauser (bzw. Hastedter) Brückenstraße in "Karl-Carstens-Straße" umzubenennen. Die CDU im Stadtteilparlament möchte damit den in Bremen geborenen und lange Jahre hier tätigen Alt-Nazi und -Bundespräsidenten, seit einigen Jahren wohnhaft auf dem hiesigen Riensberger Friedhof, ehren. Das wünscht sich auch die Bauhehörde, dort sucht man seit einigen Jahren, seitdem Carstens die hansestädtische Grundvoraussetzung zur Benennung von Straßen, Plätzen, Brücken oder ähnlichem nach Personen - nämlich tot zu sein - erfüllt, ein Stückchen Bremen, das nach diesem verdienten Sohn der Stadt (um)benannt werden könnte.

Nun war Carstens aber auch nicht irgendwer, stellte er doch seine im bzw. durch den Faschismus erworbenen Qualifikationen bald nach 1945 in die Dienste des Bremer Bürgermeisters Wilhelm Kaisen (SPD), der Bremer Vertretung in Bonn (bis 1954), später dann allerdings der CDU. Daß die NS-Vergangenheit Ende der 70er Jahre, als Carstens für das Bundespräsidentenamt kandidierte, teilweise publik gemacht wurde, konnte allerdings weder seine Wahl verhindern noch seinem Ansehen auf Dauer schaden. Gründe genug, nicht etwa einen Stichweg in Weidedamm III, Grolland oder in ähnlichen Lagen, sondern ein prominentes Örtchen nach Carstens zu benennen.

In der Diskussion der vergangenen Jahre waren auch einige innenstädtische Lagen, doch regte sich gegen etwaige Umbenennungen baldiger Widerstand der AnliegerInnen. Einfacher wäre es mit der kaum bebauten und auch erst seit einigen Jahren "Theodor-Heuss-Allee" heißenden Straße zwischen Hauptbahnhof und Bürgerweide gewesen. Jetzt jedenfalls wurde aus der Baubehörde kolportiert, daß man die "Erdbeerbrücke" ins Auge gefaßt habe. Diesen Vorschlag wollte die CDU eben dadurch toppen, daß sie, um der "herausragenden Stellung von Karl Carstens" gerecht zu werden, auch noch die zuführende Straßen umbenennen wollte - AnwohnerInnenwiderstand war ja nicht zu befürchten. Die Gerüchte aus der Baubehörde bestätigten sich, doch hätte der Beirat hätte sich seine Diskussion und Abstimmung auch sparen können, denn am 13. April stimmt der Senat für die Umbennenung in "Karl-Carstens-Brücke".

19. März

Mit gutem Beispiel

Sparkassenvorstand Jürgen Oltmann war kürzlich in New York. Vielleicht saß mal wieder auch der Borttscheller im Flieger, darauf könnte die jetzt von Oltmann öffentlich vorgetragene Begeisterung für das "New Yorker Modell" hindeuten. Oltmann jedenfalls war, wie so viele Menschen, zunächst behaftet mit Vorurteilen über den Zustand der US-Metropole, dann aber bereit, seine Meinung zu revidieren, da "wirklich angetan von dem, was ich in New York" gesehen habe. Fast alles, was Oltmann gesehen hat, war sauber und rein, denn in New York "gehört es inzwischen zum guten Ton, die Straßen in privater Initiative rein zu halten". Zurück in Bremen, setzte sich der Sparkassenvorstand sogleich an seinen Schreibtisch und ersann die Aktion "Pikobello": Eine Reinigungsfirma (Söffge Gebäudereinigung) wurde engagiert, die einen Angestellten zur kontinuierlichen Reinigung des direkten Umfeldes der Sparkassen-Zentrale am Brill und dreier innerstädtischer Filialen (Am Markt, Langenstraße und Bahnhofsstraße) abordnete: montags bis freitags wird von 9 bis 16 Uhr geputzt, sonnabends von 10 bis 14 Uhr. Ein zweiter Saubermann ist für zwölf weitere Sparkassen-Filialen im Stadtgebiet zuständig. Die Sparkasse will

damit, so Oltmann, mit gutem Beispiel vorangehen "für Bremen, für unsere Straßen und Plätze, die die Visitenkarte unserer Stadt sind".

24. März

Hausdurchsuchung bei Faschisten

Staatsschutz und Staatsanwaltschaft durchsuchen die Wohn- und Geschäftsräume eines Nazis in Kattenturm nach rechtsradikalem Material. Beschlagnahmt werden mehrere hundert CDs mit rechtsradikalen Inhalten sowie Raubkopien. Den 37jährigen Mann, nach Polizeiangaben bisher nicht einschlägig vorbestraft, erwarte nun ein Strafverfahren wegen Volksverhetzung.

27. März

Anti-Kriegs-Demonstration (I)

Rund 600 Männer und Frauen demonstrieren am Vormittag gegen den am 23. März begonnenen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien. Die Demonstration, zu der die PDS und das Bremer Friedensforum aufgerufen hatten, zieht vom Goetheplatz in die Innenstadt. Unter den TeilnehmerInnen befinden sich viele serbische MigrantInnen, die zwar gegen den NATO-Krieg sind, zugleich unterstützen viele von ihnen aber mit nationalistischen Parolen das Milosevic-Regime und damit dessen Politik gegenüber den Kosovo-AlbanerInnen.

31. März

SPD-Austritt wg. NATO-Krieg

Rund eine Woche nach Beginn des NATO-Angriffskrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien verzeichnen SPD und insbesondere Bündnis 90/Die Grünen leichten, aber zunehmenden Unwillen an ihrer jeweiligen Basis. Wie in anderen Bundesländern kommt es auch in Bremen zu Parteiaustritten. So gibt der ehemalige Bremer Staatsrat Manfred Osthaus nach fast 30jähriger SPD-Mitgliedschaft sein Parteibuch zurück. Er könne nicht nachvollziehen, daß der SPD-Parteivorstand mit Gerhard Schröder einen Parteivorsitzenden nominiert habe, der als Kanzler die Beteiligung der BRD "an einem verfassungs- und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verantwortet". Osthaus hofft jetzt "auf die Solidarität aller, die noch bereit sind, sich für die Umkehr aus einer weiteren Barbarisierung der Außenpolitik einzusetzen".

3. April

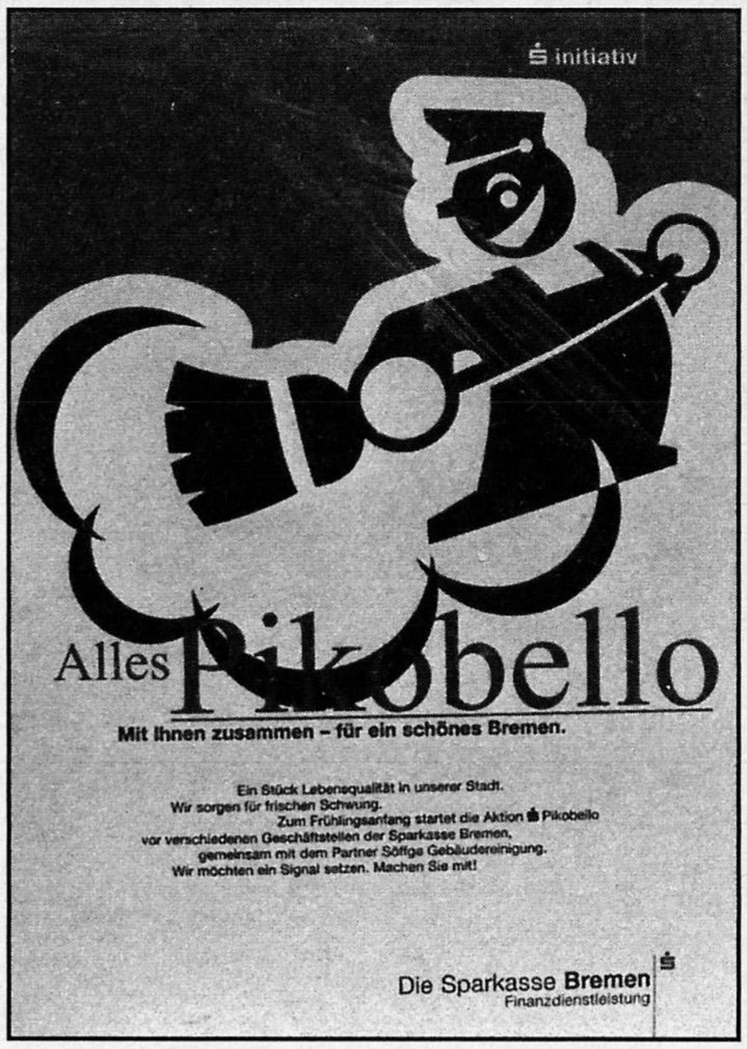
Anti-Kriegs-Demonstration (II)

Auf der Ostermarsch-Kundgebung auf dem Marktplatz demonstrieren knapp 300 Menschen gegen den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien unter Beteiligung der Bundeswehr. Gefordert wird die Einstellung aller Kriegshandlungen und die Wiederaufnahme von Verhandlungen. Die RednerInnen wenden sich aber auch mehrheitlich gegen die nationalistischen und rassistischen Vertreibungsmaßnahmen der jugoslawischen Regierung.

6. April

SPD-Landesvorstand für Kriegsende

Der Bremer SPD-Landesvorstand beschließt einen Antrag an den Bundesparteitag der Sozis am 12. April, in dem "die Bundesregierung aufgefordert (wird), auf die NATO mit dem Ziel der unverzüglichen Einstellung der Kampfhandlungen einzuwirken".
Und der SPD-Ortsverein Buntentor fordert gar, die Wahl von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum SPD-Vorsitzenden auf dem kommenden Parteitag davon abhängig zu machen, ob der für die umgehende Einstellung der Kampfhandlungen sorgt.



Der "Verein für Rechtshilfe im Justizvollzug des Landes Bremen" widmet sich in seinem Jahresbericht vor allem den Zuständen in der hiesigen Abschiebehaft. Verantwortliche Stellen oder die Willkür einzelner BeamtInnen machten eine regelmäßige Rechtsberatung in der Abschiebehaft unmöglich. Das sei besonders problematisch, weil die Abschiebehäftlinge zumeist kein Geld hätten, eine/n AnwältIn einzuschalten. Auch hätten die RechtsberaterInnen des Vereins für ihr kostenloses Angebot keinen eigenen Termin im Abschiebeknast erhalten. So müßten die Rechtsberatungen jetzt während der Besuchszeiten durchgeführt werden, die Gefangenen müßten sich also jeweils zwischen einem Gespräch mit FreundInnen oder Verwandten und einem Beratungstermin entscheiden.

Rechtsberatung in Abschiebehaft behindert

Flüchtlinge, die als sog. blinde Passagiere in den bremischen Häfen ankämen, hätten praktisch keine Möglichkeit, sich hier rechtlich beraten zu lassen. Die RechtsberaterInnen gehen davon aus, daß viel mehr Flüchtlinge als offiziell bekanntgegeben hier per Schiff ankommen, aber "in unbekannter Zahl auch ohne rechtliche Grundlage zurückgewiesen werden".

9. April

Urlaubssperre

Die Innenbehörde fordert die Bremer Krankenhäuser und Rettungsdienste schriftlich auf, sich am 1. Mai "auf eine Großlage" vorzubereiten. Die für dieses Datum angemeldeten Demonstrationen der faschistischen NPD und mehrere Gegendemonstrationen machten darüber hinaus die Bereitstellung größerer Mengen an Blutkonserven notwendig. Die stellvertretende Sprecherin Innensenator Borttschellers, Anne Stoltenberg, behauptet, daß dies ein völlig normaler Vorgang wäre, dieses Schreiben zu den Regularien gehöre, sollte es tatsächlich zu einer Großdemonstration in Bremen kommen.

13. April

Danke, Deutschland

Nach mehreren Anti-Kriegs-Demonstrationen und den täglich auf dem Marktplatz stattfindenden Mahnwachen gegen den Krieg mal etwas anderes: Vor der Bürgerschaft versammeln sich etwa 300 AlbanerInnen um "Danke schön" für den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu sagen. Das Pack schwenkt zahlreiche deutsche, US-amerikanische, britische und albanische Fahnen, läßt die UCK hochleben und ruft permanent: "Danke, Deutschland!", "Danke, Schröder!", "Danke, NATO!" RednerInnen fordern die NATO-Truppen zum Bodenkrieg auf. Zu der Kundgebung hatte das hiesige "Deutsch-Albanische Kulturzentrum 'Liria'" aufgerufen.

MAGAZIN

Faschist verurteilt (II)

Das Amtsgericht Bremen verurteilt eineen 44jährigen Mann aus Tenever wegen Körperverletzung zu 30 Tagessätzen zu je 15 Mark. Wilhelm B. hatte im vergangenen November einen 14jährigen Nachbarjungen als "Scheißzigeuner" beschimpft, ihm hinterher geschrien, daß man alle Zigeuner vergasen müsse und gedroht, ihn umzubringen. Danach hatte er dem Jungen den Arm umgedreht und mit der Faust gegen die Schläfe geschlagen.

15. April

Die Straße überlassen

Der DGB Bremen gibt auf einer Pressekonferenz seine Planungen für den I. Mai bekannt. Demnach will man, auch wenn für diesen Tag die NPD-Demonstration im Bremer Osten genehmigt werden sollte, die übliche Strecke zwischen Osterdeich und Marktplatz abwandern und damit den Nazis die Straße überlassen. Nach Angaben der DGB-Kreisvorsitzenden Helga Ziegert, der ihr andauernder Rechtsschwenk immerhin einen sicheren SPD-Listenplatz für die kommende Bürgerschaftswahl eingebracht hat, bedeute die Maifeier in der Innenstadt fernab der Nazi-Demo eine Gratwanderung. Aber es könne nicht verantwortet werden, GewerkschaftlerInnen und andere BürgerInnen in die zu erwartende Auseinandersetzung mit 5.000 NPD-Anhänger(inn)en zu schicken. Auf dem Marktplatz soll es ab mittags ein Multikulti-Programm geben, mit Peacenick Nena an vorderster Front, zuvor wird auf der Kundgebung mit Cem Özdimir (Bündnis 90/Die Grünen) einer der übelsten Kriegstreiber der rot-grünen Koalition auftreten. (Demgegenüber hält sich der DGB-Kreisvorstand mit Stellungnahmen zum Krieg sehr bedeckt.) Daß in den vergangenen Tagen zahlreiche Vertrauensleute und BetriebsrätInnen den DGB-Kreisvorstand aufgefordert hatten, ebenfalls zu Demonstration in Blockdiek und Tenever aufzurufen, verschweigt Frau Ziegert gegenüber der Journaille. Auf einer am gleichcn Tag stattfindenden Pressekonferenz des Bündnisses "Kein Nazi-Aufmarsch in Bremen" werden die DGB-Planungen als "schwerwiegender politischer Fehler" bezeichnet. Die AntifaschistInnen kündigen an, am 1. Mai auf der Nazi-Route demonstrieren zu wollen.
Zwei Betriebsräte von DaimlerChrysler kündigen an, daß man sich am 1. Mai vor Tor 7, dem geplanten Aufmarschort der NPD, den Nazis entgegenstellen wolle. Das habe der DaimlerChrysler-Vertrauenskörper einstimmig beschlossen.

19. April

Bündnis 90/Die Grünen auf "Fischer-Linie"

Klein-Bielefeld bei den Bremer Bündnisgrünen: Rund vier Wochen vor dem Sonderparteitag in der ostwestfälischen Provinz stehen auf der Landesmitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen vier Anträge zu NATO-Krieg und Kosovo-Konflikt zur Debatte. Davon bleiben nach der Diskussion noch zwei übrig. Beschlossen wird mit 41 Stimmen der Antrag des Landesvorstandes, der die hiesigen Bündnisgrünen auf den Kurs bringt, der in Bielefeld "Fischer-Linie" genannt werden wird. Den zwei Dritteln unbedingten KriegsbefürworterInnen, die sich - man/frau ist ja doch irgendwie kompromißbereit - noch die Ablehnung des Einsatzes von Bodentruppen aufschwatzen lassen, stehen 24 Stimmen für einen Antrag gegenüber, der unter anderem den sofortigen und bedingungslosen Abbruch der NATO-Angriffe fordert.
Drei ehemalige grüne Bürgerschaftsabgeordnete und Gründungsmitglieder treten daraufhin aus der Partei aus. Paul Tiefenbach, Anni Ahrens und Uwe Helmke kritisieren vor allem, daß die Partei "Stück für Stück ihre gewaltfreie Grundauffassung aufgegeben hat und sich in eine fatale Logik kriegerischer Eskalation einbinden läßt".

Unterschriften gefälscht

Bei einem Wahlhelfer der Bremer NPD findet eine Hausdurchsuchung von Polizei und Staatsanwaltschaft statt. Gegen den Mann wird wegen Betrugs und Urkundenfälschung ermittelt. Er gehört zu denjenigen Faschisten, die in den vergangenen Wochen Unterstützungsunterschriften für die Zulassung der Nazi-Partei zur Bürgerschaftswahl am 6. Juni gesammelt hatten. 413 Unterschriften von Bremer BürgerInnen müssen diejenigen Parteien, die nicht in der Bürgerschaft oder im Bundestag vertreten sind, abliefern, die NPD legt 496 vor. Die für die Überprüfung zuständigen Stellen - und später auch die Staatsanwaltschaft - gewinnen schnell den Eindruck, daß "mindestens 146 sicher beziehungsweise mit großer Wahrscheinlichkeit gefälscht" wurden. Eine Befragung von 96 dieser Männer und Frauen in den folgenden Tagen führt dann zu dem Ergebnis, daß doch nur ein kleinerer Teil nachgemacht wurde. 40 angebliche UnterstützerInnen gaben an, definitiv keine Unterschrift für die NPD geleistet zu haben, andere (vermutlich etwa 70-80 Jahre alte Damen und Herren) konnten sich zwar erinnern, etwas unterschrieben zu haben, meinten aber, daß es sich um eine gemeinnützige Organisation (Ehemalige Angehörige der Waffen-SS? Ritterkreuzträger? HNG?) gehandelt habe. Nur 22 Männer und Frauen outeten sich als tatsächliche UnterstützerInnen der NPD-Kandidatur.
Da damit der NPD noch genügend gültige Unterschriften verbleiben, bestätigt der Wahlbereichsausschuß für das Stadtgebiet Bremen am 23. April die Zulassung auch dieser Nazi-Partei zur Bürgerschaftswahl.

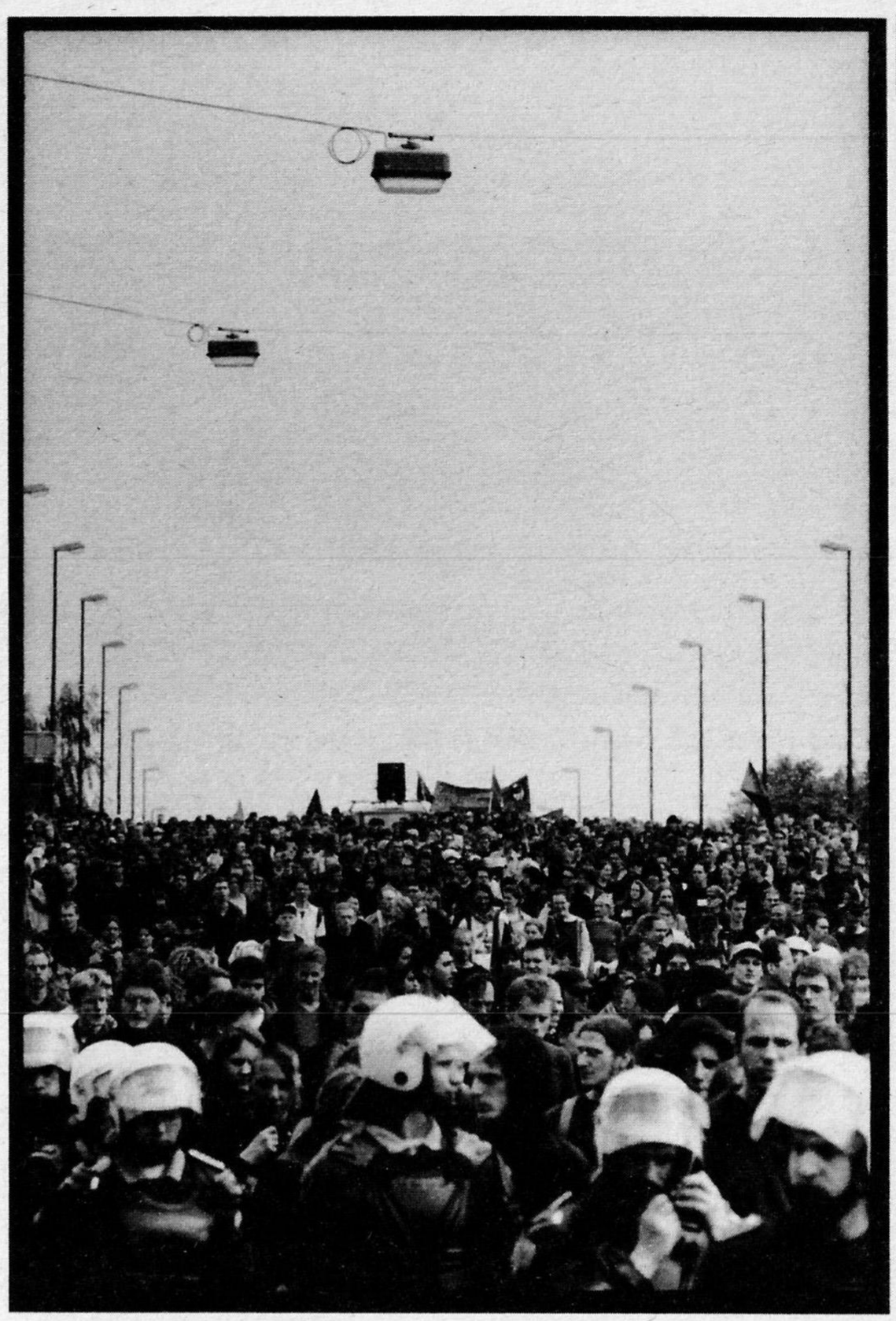
23. April

Anti-Kriegs-Demonstration (III)

Am späten Nachmittag demonstrieren etwa 500 Menschen gegen den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Die TeilnehmerInnen fordern den sofortigen Stopp aller kriegerischen Handlungen, der Vertreibungen im Kosovo und die Aufnahme aller Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet. Die Demonstration zieht - mit Zwischenkundgebungen - vom Arbeitsamt zum Bundeswehrhochhaus, an den Parteibüros von SPD, CDU und Bündnisgrünen (die sich vorsichtshalber von der Polizei schützen lassen) vorbei zum Marktplatz.

Aktion gegen Rüstungsexporte

AktivistInnen der Pusdorfer Friedensgruppe protestieren auf dem Marktplatz gegen die über die bremischen Häfen laufenden Rüstungsexporte. Dazu werden vor der Bürgerschaft zahlreiche der in den vergangenen Wochen von Bremerinnen und Bremern unterzeichneten etwa 700 Postkarten an Hafensenator Uwe Beckmeyer aneinandergereiht. Beckmeyer wird auf den vorgedruckten Karten aufgefordert, den Rüstungsumschlag über Bremerhaven und Bremen zu verhindern.



1. Mai 1999: Bremen-Sebaldsbrück

Sexistische Angriffe (II)

Eine 28jährige Frau wird gegen 19.20 Uhr nahe der Brücke über die Cherbourger Straße in Bremerhaven von einem Mann vergewaltigt. Der Täter überfällt zwei Stunden später in einem Hauseingang in der Heinrich-Plett-Straße eine weitere Frau. Aufgrund des Einschreitens von ZeugInnen flüchtet der Mann; er wird kurze Zeit später von der Polizei verhaftet.

24. April

Rassistische Hetze

Die Polizei tut einiges, die Kampagne "Kurdenterror" nicht gänzlich in Vergessenheit geraten zu lassen. Weil angeblich Aktionen von KurdInnen in den Hauptbahnhöfen von Berlin, München, Hamburg; Frankfurt/Main und Bremen zu befürchten seien, werden diese Hauptbahnhöfe den ganzen Tag verstärkt überwacht. Das bedeutet vor allem, daß diejenigen, die nach den rassistischen Kriterien deutscher PolizistInnen in die Kategorie "Kurde" passen könnten, an diesem Tag in den Bahnhöfen noch mehr kontrolliert und drangsaliert werden als dies der Bundesgrenzschutz ohnehin schon tut. Die Polizei beruft sich auf einen angeblichen anonymen Hinweis, den die Frankfurter KollegInnen am Vorabend erhalten hätten: KurdInnen planten, den Zugverkehr in den Hauptbahnhöfen der oben genannten Städten lahmzulegen, um damit die Freilassung des PKK-Chefs Abdullah Öcalan zu erreichen.

26. April

Stadtamt verbietet Demonstrationen am 1. Mai in Bremen

Das Stadtamt Bremen verbietet die für den 1. Mai angemeldeten Demonstrationen der faschistischen NPD wie auch fünf Gegendemonstrationen. Die öffentliche Sicherheit sei bei deren Stattfinden nämlich unmittelbar gefährdet. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sei mit Auseinandersetzungen zwischen Nazis und AntifaschistInnen zu rechnen. Und die wie immer neutrale Polizei müßte sich dann mit Rechts- und Linksradikalen herumplagen, allerdings machten die angemeldeten Demonstrationsrouten und die örtlichen Besonderheiten "ausreichende Polizeimaßnahmen gegenüber Gewalttätern unmöglich".

28. April

Arbeitsamts-Razzien (II)

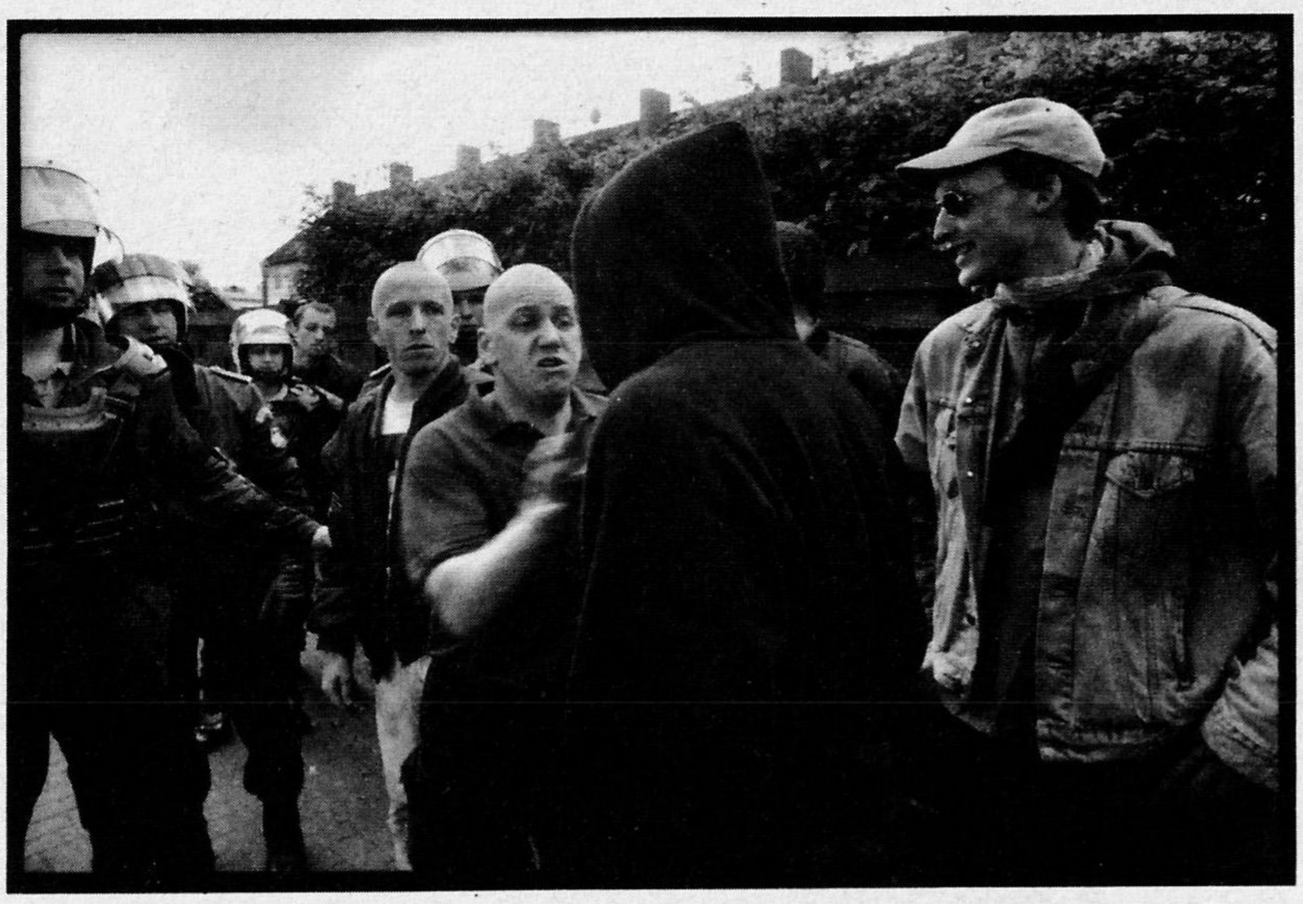
BeamtInnen des Arbeitsamtes und des Polizeireviers Findorff durchsuchen mehrere Betriebe und Baustellen nach dort illegal beschäftigten Männern und Frauen. In einem Eiscafé wird ein türkischer Mann, der als Asylbewerber in Bremen lebt, festgenommen, in einer Textilreinigung eine polnische Frau. Beide hätten keine Arbeitserlaubnis gehabt, zumindest die Frau muß wohl mit ihrer Abschiebung rechnen. Bei der Überprüfung von sechs Baustellen kann ein Arbeiter vor den KontrolleurInnen flüchten.

29. April

Gerichte bestätigen Demonstrationsverbote für den 1. Mai

Die 4. Kammer des Verwaltungsgerichts Bremen lehnt Eilanträge der NPD, eines antifaschistischen Bündnisses und des Vertrauenskörpers von DaimlerChrysler gegen die Anfang der Woche vom Stadtamt verhängten Demonstrationsverbote für den 1. Mai ab. Andernfalls würde es nämlich "zwischen gewaltbereiten linken und autonomen Kräften und Rechtsextremisten" zu Hauereien kommen. Die aber könnten von der Polizei nicht verhindert werden, denn die befände sich in einer "polizeilichen Notlage", weil ihr etwa 4.000 BeamtInnen fehlen würden.
Senat und Innenbehörde hatten schon vor einiger Zeit die politische Entscheidung gefällt, die faschistische Demonstration und die damit zu erwartenden militanten Auseinandersetzungen zur Verhinderung derselben gerade im Vorwahlkampf zu verhindern. Die Polizei hatte in den vergangenen Tagen zur gerichtlichen Absicherung der Verbotsverfügung ein wahres Horrorszenario entworfen. So waren Anfang April die Bremer Krankenhäuser und Rettungsdienste aufgefordert worden, sich auf eine "Großlage" vorzubereiten, Blutkonserven und

Behandlungskapazitäten in genügender Zahl (getrennt nach Rechten, Linken und PolizistInnen) zur Verfügung zu stellen. Vor Gericht wird mit TeilnehmerInnenzahlen für die Demonstrationen operiert, die wohl auch die kühnsten Erwartungen sowohl der Faschisten als auch der GegendemonstrantInnen übertreffen. So sei mit 4.000 bis 5.000 NPD-AnhängerInnen, Skinheads, "Freien Kameradschaften" usw. zu rechnen, denen mindestens 7.000 AntifaschistInnen gegenüber stünden (Polizeipräsident Lüken spricht am 30. April in "Buten & Binnen" von 11.000). Darunter befänden sich mindestens "2.000 gewaltbereite Störer", allein 800 aus Berlin und 200 aus Bremen. Nach allen bundesweiten Erfahrungen mit vergleichbaren Demonstrationen ergäbe sich so ein Bedarf von knapp 9.000 PolizistInnen (incl. derjenigen für die an diesem Tag auch zu erledigenden "normalen" polizeilichen Aufgaben), zur Verfügung ständen, eingerechnet 23 Hundertschaften aus anderen Bundesländern und knapp 1.000 BGS-BeamtInnen, aber gerade einmal 4.800.



Bad Idea am Rande der antifaschistischen 1.Mai-Demo

NPD wie auch AntifaschistInnen legen Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht (OVG) Bremen ein. Die Nazis melden zugleich Demonstrationen in Bremerhaven und im niedersächsischen Oldenburg - später auch in Hannover - an, die alle von den dortigen Behörden verboten werden.
Das OVG weist am 30. April die Beschwerden gegen die Beschlüsse des Verwaltungsgerichts zurück, auch das daraufhin angerufene Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigt am Abend die Verbote.

1mai

Null Nazis

Etwa 3.000 Männer und Frauen, viele von ihnen aus dem gesamten Bundesgebiet, treffen sich frühmorgens am BSAG-Betriebshof Sebaldsbrück zu einer mehrstündigen antifaschistischen "Spontan-Demonstration" durch den Bremer Osten. Auf Geheiß der Polizei fahren mehrere Buslinien der BSAG bis zum Abend nicht, Straßenbahnen durchqueren die Stadtteile Blockdiek und Tenever ohne Halt bis zur Endstation. Diese Maßnahme verhindert nicht nur, daß DemonstrantInnen an den ursprünglich vorgesehenen Sammelpunkt auf dem Gelände des Zentralkrankenhauses Bremen-Ost kommen, sondern schneidet Zehntausende von BewohnerInnen dieser Stadtteile vom Öffentlichen Nahverkehr ab: Sie kommen zwar hinaus, nicht aber wieder hinein.
Das RednerInnen während der Demonstration das Nicht-Stattfinden der NPD-Demonstration allein auf die durchaus erfolgreiche Antifa-Mobilisierung zurückführen - und die politisch begründeten polizeilichen und gerichtlichen Verbotsverfügungen überhaupt nicht erwähnen - ist, angesichts der trotz des Verbots durchgesetzten Demonstration (und den damit verbundenen Überschwang der Gefühle) noch erklärlich. Daß aber der seit sechs Wochen laufende NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit keinem Wort erwähnt wird, ist unverzeihlich und sagt mehr über den Zustand der linksradikalen, autonomen Szene - nicht nur Bremens - als diese Demonstration, die, wäre die NPD-Demo nicht verboten worden, zweifelsohne noch noch deutlich größer geworden wäre.
Nazis werden während der Demonstration nur vereinzelt gesichtet, allerdings hatte die Polizei am Morgen im Hauptbahnhof einige Dutzend aus Richtung Nienburg per Zug anreisende Skinheads abgefangen, weitere Faschisten werden bei Kontrollen von BGS und Polizei schon weit vor den bremischen Landesgrenzen aufgehalten. Die NPD veranstaltet mehrere kleinere Ausweichkund-gebungen mit 50 bis 500 TeilnehmerInnen: in Oldenburg, Detmold und im schleswig-holsteinischen Ahrensburg.
Am Vorabend und bis in den Morgen des 1. Mai waren im gesamten Stadtgebiet Bremen insbesondere auswärtige Fahrzeuge und deren InsassInnen von der Polizei kontrolliert und durchsucht worden. Dabei wurden einige Personen in Gewahrsam genommen, die ihrem Aussehen nach der linken Szene zugeordnet wurden. Nach Angaben des Ermittlungsausschusses (EA) wurden 80 Personen in Gewahrsam genommen, von denen die letzten erst am 2. Mai gegen 4 Uhr wieder entlassen wurden. Außerdem wurden in den Stunden vor der Demonstration zahlreiche Platzverweise, zum Teil für das gesamte Stadtgebiet Bremens, ausgesprochen - einige der Festnahmen erfolgten denn auch in Folge der "Nichtbeachtung eines Platzverweises". Weiterhin drohte die Polizei mit einem größeren Aufgebot an, ein Konzert im Kulturzentrum Schlachthof aufzulösen; auch hier kam es zu einigen Festnahmen.
In Bremen-Horn wurden am Vorabend neun Nazis in einer zur "Einsatzleitzentrale" für faschistische Aktivitäten umgewandelten Wohnung festgenommen. Die Polizei gibt insgesamt 19 Festnahmen und 98 Ingewahrsamnahmen am 30. April und 1. Mai an, ohne die nach politischer Herkunft zu spezifizieren.
Am 1. Mai wurden Busse mit AntifaschistInnen aus Leipzig und Dresden bereits kurz nach der Abfahrt von der Polizei wieder zurückgeschickt. Vier Busse und etwa zehn Autos aus Hamburg wurden auf der Autobahn mit Unterstützung einer Hubschrauber-Hundertschaft des Bundesgrenzschutzes (BGS) gestoppt und durchsucht.

5mai

DVU-Lautsprecher in Bremen verboten

Das Verwaltungsgericht Bremen bestätigt eine Verfügung des Stadtamtes, das der faschistischen DVU verboten hatte, ihre Parolen mit Lautsprecherwagen in Bremer Straßen zu verbreiten. In Bremerhaven hatte die DVU die Genehmigung für den Lautsprechereinsatz erhalten.

Der 1. Mai in Bremen war friedlich.

Die Bremer Polizei sagt „Danke“!

Für die vielfältige Unterstützung bei der Bewältigung des größten Polizeieinsatzes im Lande Bremen am 1. Mai 1999 möchten wir uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Institutionen bedanken, die uns bei der Vorbereitung und Durchführung des Einsatzes zur Seite gestanden haben. Diese Unterstützung – auch im kleinen – hat dazu beigetragen, daß der 1. Mai 1999 friedlich verlaufen ist, keine Menschen zu Schaden gekommen sind und auch keine nennenswerten Sachbeschädigungen eingetreten sind.

Ihre Polizei Bremen
Rolf Lüken, Polizeipräsident

6.mai

Mahnmal für Zwangsarbeiter eingeweiht

Auf dem Gelände des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers "Tirpirtz" am Schwarzen Weg (das bis vor wenigen Jahren die "Tirpitz"-Kaserne der Bundeswehr beherbergte) wird am Vormittag ein Mahnmal zur Erinnerung an den am 26. Mai 1944 wegen "Wehrkraftzersetzung" und "Feindbegünstigung" hingerichteten niederländischen Zwangsarbeiter Homme Hoekstra und die anderen etwa 5.000 ZwangsarbeiterInnen in Gröpelingen eingeweiht. An der Feier nehmen neben den beiden Töchter Hoekstras unter anderem auch ehemalige niederländische ZwangsarbeiterInnen, die im Faschismus nach Bremen verschleppt wurden, teil. Es sprechen Arbeitssenator Uwe Beckmeyer (SPD), der von sich behauptet, mit seinen GenossInnen seit Jahrzehnten, aber irgendwie doch immer noch erfolglos um Entschädigungs- und Lohnzahlungen für ehemalige ZwangsarbeiterInnen bemüht zu sein, und der Vorzeige-Antifaschist der Bremer Bündnisgrünen, Hermann Kuhn, seit Wochen einer der vehementesten Befürworter des Angriffskrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien: "Das, was Milosevic seit Jahren macht, ist das gleiche, was Hitler von 1933 bis 1941 gemacht hat!"

7.mai

Schwarze Sheriffs fürs Sozialamt

Die Bereitschaft vieler EmpfängerInnen von Sozialhilfe, sich - relativ gesehen - mit immer weniger Geld bescheiden zu müssen und sich dafür immer mehr Kontrollen und Drangsalierungen durch die Sozialbehörden ausgesetzt zu sehen, nimmt weiter ab. Die Leitung des Sozialamtes Bremerhaven will die dort beheimateten ExekutorInnen staatlicher Sozialpolitik jetzt mit Hilfe zweier privater Schwarzen Sheriffs schützen. Die sollen - zunächst auf vier Wochen Probezeit befristet - immer dann einschreiten, wenn AntragstellerInnen die SachbearbeiterInnen beschimpfen, pöbeln oder handgreiflich werden.

NPD meldet weitere Demonstrationen an

Die faschistische NPD meldet beim Stadtamt eine Demonstration für den 23. Mai im nordbremischen Blumenthal an - allerdings würden sehr viel weniger TeilnehmerInnen als am 1. Mai (diese Demonstration wurde verboten) erwartet, nämlich nur etwa 300. Weitere NPD-Aktivitäten werden für den 29. Mai in der Bremer Innenstadt angekündigt.

10.mai

Anti-Kriegs-Demonstration (IV)

Anläßlich der am 10./11. Mai in Bremen stattfindenden WEU-Tagung demonstrieren knapp 500 Männer und Frauen unter dem Motto "Wenn sie von Frieden reden, meinen sie Krieg" gegen die Kriegsminister-Tagung und den NATO-Angriffskrieg auf Jugoslawien. Die DemonstrantInnen gehen, begleitet von einem großen Polizeiaufgebot, zunächst durch die Innenstadt und dann zum Congreß-Centrum auf der Bürgerweide, wo die Außen- und "Verteidigungs"-Minister der WEU sich versammelt haben. Von den 28 in Bremen vertretenen Staaten sind 16 unmittelbar am NATO-Angriffskrieg beteiligt.
Am Nachmittag hatten 27 AktivistInnen für etwa drei Stunden Büro der Bremer Bündnisgrünen an der Schlachte besetzt, um gegen die Politik der Kriegspartei zu protestieren.

16.mai

Hungerstreik gegen Öcalan-Entführung

In einem Zelt neben dem Kulturzentrum Schlachthof protestieren mehrere KurdInnen mit einem befristeten Hungerstreik gegen die Verschleppung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan in die Türkei und den dort bevorstehenden Prozeß. Einen öffentlichkeitswirksameren Platz für diese Aktion hatte die Polizei den TeilnehmerInnen verweigert. Eine für den 19. Mai geplante kurdische Demonstration wird verboten.

19.mai

IUB-Rahmenvertrag unterzeichnet

Bildungssenatorin Bringfriede Kahrs und Fritz Schaumann, Präsident der privaten International University Bremen (IUB), unterzeichnen im Rathaus einen Rahmenvertrag, in dem sich die Stadt Bremen verpflichtet, das für die IUB vorgesehene ehemalige Kasernengelände in Bremen-Grohn vom Bund zu kaufen und dann für 99 Jahre an die Privatuniversität zu übergeben. Die zuständige Deputation hatte in der Vorwoche eine "Anschubfinanzierung" von 230 Millionen Mark bis zum Jahr 2004 genehmigt.

21.mai

Akademischer Senat der HfK gegen NATO-Krieg

Der Akademische Senat der Hochschule für Künste fordert einstimmig die sofortige und endgültige Beendigung des NATO-Luftkriegs gegen Jugoslawien. Die Bundesregierung solle sich umgehend für eine politische Umkehr angesichts von Tausenden von Opfern, der Zerstörung der Infrastruktur und ökologischer Schäden einsetzen.

22.mai

Fischer-Kundgebung abgesagt

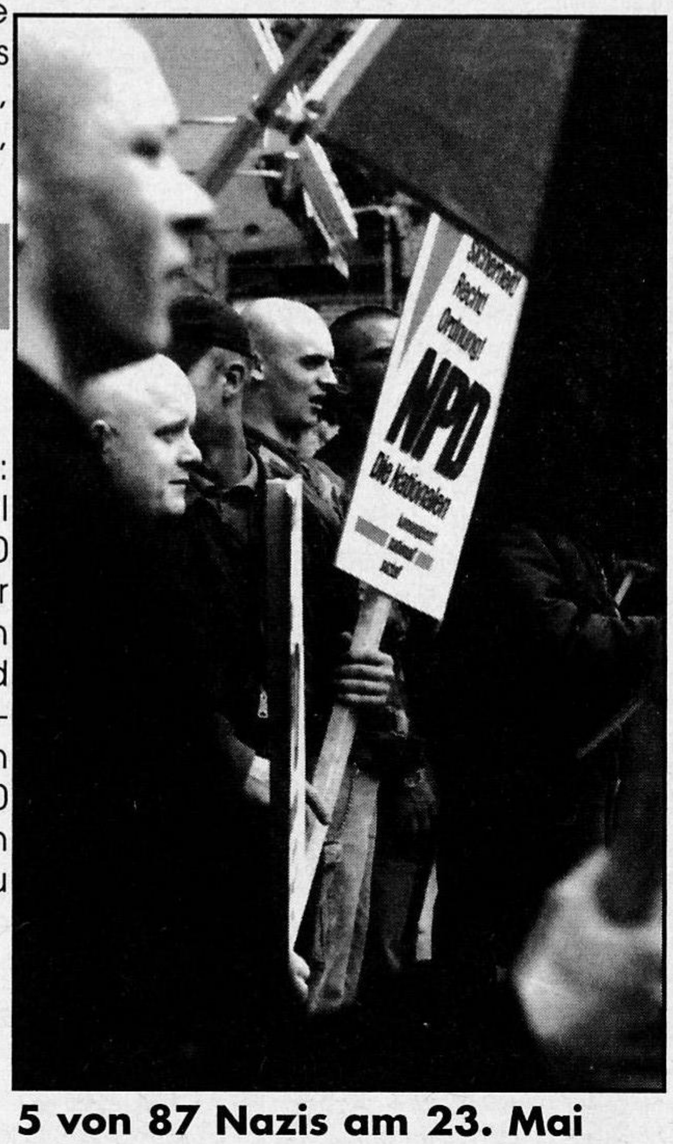
Bündnis 90/Die Grünen sagen die ursprünglich für den 26. Mai geplante Wahlkampfkundgebung mit Außenminister Joschka Fischer ab. Während nach offiziellen bündnisgrünen Angaben Fischer aufgrund seiner "erfolgreichen" Politik der für WählerInnen zugkräftigste Vertreter der Partei ist, sah man das in Bremen anscheinend anders. Hier wurde mit keinem Plakat, keinem Flugblatt und keiner Zeitungsanzeige auf den bevorstehenden Auftritt auf dem Marktplatz hingewiesen. Nachdem aus der hiesigen Antikriegsbewegung massive Proteste unter dem Motto "Keine Kriegspropaganda!" angekündigt wurden, ging bei den Grünendie Angst um. Nun wird die Veranstaltung ganz abgesagt, da Fischer sich - wie schon seit Wochen um Monate - statt dessen auf diplomatischer Ebene um die Beendigung des Krieges kümmern müsse, und zwar in Washington, London oder Paris ...

23.mai

Hundert Nazis

Diesmal nix mit "Null Nazis": In Bremen-Blumenthal nehmen etwa 100 Faschisten an einer von der NPD angemeldeten Demonstration teil. Rund 600 Gegendemonstrantinnen werden von den eingesetzten 1.800 PolizistInnen daran gehindert, das Nazi-Pack zu stoppen.

Willi Leow



5 von 87 Nazis am 23. Mai 1999 in Bremen Blumenthal

bremer kassiber stadtzeitung

juni

Sa, 19.

YES - Das internationale Jugendfestival
- Workshop-Programm mit anschlie§ender Dance-Night (VeranstalterInnen: B ro der Ausl nderbeauftragten, Lagerhaus Migration, B rgerhaus Weserterrassen und Radio Bremen 4; Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). **Dies ist auch mein Land** : Informationen ber Einb rgerungsm glichkeiten, Infob rse der Ausl nderbeauftragten. **Dein Gott ist mein Allah** : Interreligi - ser Dialog-Workshop mit: Evangelische Kirche, Katholische Kirchen, J dische Gemeinde, Islamische Gemeinde und Alevitisches Kulturzentrum.

Gewalt ist keine L sung
- Jugendgewalt und Kriminalit t. Workshop mit: Andrea M ller (Lidice-Haus), Cem Teskin (Sozialarbeiter), Polizei Bremen, Olaf Emig (Dipl.-Kriminologe). **No Job, no Future**
- Ausbildungs- und Qualifizierungsma§-nahmen-Infob rse mit: Jugendwerkst tten, Projekt BQN , Projekt MiBoP , Arbeitsamt Bremen, Qualifizierungsprojekt der Evangelischen Kirche. **Chancengleichheit in der Bildung**
- Diskussion mit: Gesamtsch lerInnenvertretung (GSV), ASten der Uni/Hochschulen, Jugendverband Bremer MigrantInnen (JBM). **Nach der Wahl**
- Positionen zur interkulturellen Jugendarbeit. Podiumsdiskussion mit: VertreterInnen der Bremischen B rgerschaft, JugendvertreterInnen der Parteien sowie Jugendverb nden. **Interkulturelle M dchenarbeit**
- Workshop mit: M dchenkulturhaus, Gewitterziegen, M dchenhaus Huchting, INKA, Lidice-Haus. Au§erdem mehrere andere Workshops (alle von 13-18 Uhr).
Ab 18 Uhr: Dance Night mit Rap-Live-Acts. Großes Festzelt auf den Osterdeichwiesen/Bürgerhaus Weserterrassen.

So, 20.

Die letzten Tage der Menschheit
(Karl Kraus) (vgl. Rezension in diesem kassiber). Der Eintritt betr gt DM 60,- erm - §igt 40,-. Der im Preis enthaltene Transfer per Schiff zum Auff hrungsort U-Boot-Bunker Valentin in Bremen-Farge startet jeweils um 18 Uhr vom Martini-Anleger an der Tiefer (Vorstellungsbeginn: 20 Uhr); es gibt unterwegs keine Zusteigem glichkeiten. BesucherInnen sollten warme Kleidung und feste Schuhe tragen, da es im Bunker feucht und sehr kalt ist.

Mo, 21.

Die Dreigroschenoper (Brecht/Weill): letzte Vorstellung!
Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr, Eintritt: DM 58,-/46,-/35,-/30,-/25,-.

Di, 22.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

Himmel ohne Sterne (Film, BRD 1955, Regie: Helmut K utner, 105 min) (V: Kino 46 und Landeszentrale f r politische Bildung; Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Kino 46, Waller Heerstraße 46, 18.30 Uhr, Eintritt: DM 9,-/8,-.

Mi, 23.

Autonomie, Souver nit t, Intervention: Philosophische, politische und v lkerrechtliche Fragen aus Anla§ des Kosovo-Krieges - Gastvortrag (R: Prof. Dr. Dieter Senghaas (Uni Bremen)). Universität, SFG, Raum 1020, 15.15 Uhr.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

40 + 10 Jahre Fu§ball in der Bundesrepublik - Spiegel oder Zerrbild der Gesellschaft? (V: Zentrum f r Sozialpolitik, Uni Bremen; Referent: W. Ludwig Tegelbekkers; Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Barkhof, Parkallee 39, 19.30 Uhr.

Do, 24.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

Der geteilte Himmel (Film, DDR 1963, Regie: Konrad Wolf, 113 min) (V: Kino 46 und Landeszentrale f r politische Bildung; Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Kino 46, Waller Heerstraße 46, 18.30 Uhr.

Fingerfertigkeit und die Freude an genauer, sorgf ltiger Einzelarbeit entsprechen dem Wesen der Frau. Zur Entwicklung geschlechtsspezifischer Leitbilder im beruflichen Bildungsproze§ (V: Zentrum f r feministische Studien (ZFS), Uni Bremen; R: Prof. Dr. Marianne Friese (Uni Bremen und L neburg) und Dipl. p d. Michaela Kuhnhenne (Uni Bremen); Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Gästehaus der Universität, Teerhof 58, 19.30 Uhr.

Extremistische Gef hrdungen in Deutschland - Herausforderungen des streitbaren Rechtsstaats (V: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bremen; R: Dr. Hans-J rgen Grasemann (Oberstaatsanwalt, Braunschweig); Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Konrad-Adenauer-Stiftung, Martinistraße 25, 19.30 Uhr.

Feministische Geschichtswerkstatt: Gesches Schwestern - Kriminalgeschichte(n) aus Bremen (Leitung: Dr. Hannelore Cyrus). belladonna, Sonnenstraße 8, 20 Uhr (für Frauen).

termine

s e m i n a r e

25. - 27. Juni
Der Staat und sein Volk: Ein Seminar über Staat und Nation

9. - 11. Juli
Blut, Boden, Reichsmark: Ein Seminar zur politischen Ökonomie des Nationalsozialismus

23. - 25. Juli
Gesellschaftliche Macht in der Tasche: Ein Seminar über Geld

Die VeranstalterInnen bitten um möglichst frühzeitige Anmeldung, da Seminare oftmals nur deshalb ausfielen, weil sich InteressentInnen zu spät anmeldeten. Die Anmeldung (mit Namen, Adresse und Telefonnummer) wird dann innerhalb einer Woche bestätigt. Als Teilnahmebeitrag sind DM 25,-, 30,- bzw. 35,- zu zahlen. Wer nicht zum Seminar erscheint, ohne sich spätestens 14 Tage vor dem Seminar abgemeldet zu haben, bezahlt ebenfalls DM 25,-. Die Seminare finden zwischen Bremen, Hamburg und Hannover statt.
Anmeldungen, Rückfragen etc.: Junge Linke, Borriesstraße 28, 30519 Hannover; Telefon: 051I/8386-226, Fax: -011; e-Mail: Junge-linke@oln.colink.apc.org

Die DDR ist tot - der Antikommunismus lebt. Warum fast zehn Jahre nach dem Anschlu§ an die Bundesrepublik ein Ende der antikommunistischen Propaganda nicht abzusehen ist (V: Marxistische Abendschule (MASCH); R: Prof. Dr. Margaret Wirth (Uni Bremen)).
Der 'reale Sozialismus' ist 'gescheitert' - so der allgemein anerkannte Befund ber den welthistorischen Abgang des sozialistischen Staatensystems. Und auch darin ist man sich hierzulande mehrheitlich einig: Dies Scheitern spricht gegen das System, da sich einst als bessere Alternative zum Kapitalismus verstand. Nachtr glich werden immer neue Schandtaten entdeckt, f r die die Staaten des Ostblocks und deren politische Repr sentanten an den Pranger geh ren; diejenigen, die fr her f r 'friedliche Koexistenz' pl dierten, werden als Kollaborateure mit dem Verbrechen des Kommunismus beschimpft und bekennen sich schuldig. Die politische Denunziation des 'Unrechtsregimes DDR' nimmt mit der Dauer ihres Ablebens nicht ab, sondern zu. Woher dies Bed rfnis, einen toten Hund immer noch einmal tot zu schlagen?
Was ist von den Argumenten zu halten, die angesichts des Endes des 'realen Sozialismus' dessen prinzipielle Menschenfeindlichkeit immer noch einmal 'beweisen' wollen? Und was hat sich eigentlich seit dem Ende des Systemgegensatzes am Kapitalismus ge ndert, so da§ dieser nun so jenseits jeder prinzipiellen Kritik stehen soll? Villa Ichon, Goetheplatz 4, 20-Uhr.

Fr, 25.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

Der geteilte Himmel (s. 24. Juni).
Kino 46, Waller Heerstraße 46, 18.30 Uhr, Eintritt: DM 9,-/8,-.

Konzert: La Fraction (Paris), The Annoyed (D) (V: Change). Kulturzentrum Schlachthof (Magazinkeller), Findorffstraße 51.

Sa, 26.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

So, 27.

Richard Wagners Antisemitismus nach 1945 in Bayreuth (Lesung: Dr. Gottfried Wagner, Einf hrung: Dr. Martin Rooney). Galerie Rabus, Plantage 13, 16 Uhr.

Mo, 28.

Umweltbewegung - Neue Soziale Bewegungen und die Geschichte der Bremer Gr nen (V: B rgerschaftsfraktion B ndnis 90/Die Gr nen; R: Christine Bernbacher; Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Haus der Bürgerschaft, Am Markt 20, 20 Uhr.

Der geteilte Himmel (s. 24. Juni).
Kino 46, Waller Heerstraße 46, 18.30 Uhr, Eintritt: DM 9,-/8,-.

Di, 29.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

Gemeinsam sind wir stark. - Vernissage der Ausstellung zur Geschichte der Neuen Frauenbewegung in Bremen (V: belladonna in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale f r politische Bildung und in Kooperation mit dem Bremer Frauenmuseum e.V.; R: Romina Schmitter (Bremer Frauenmuseum); Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Diese Ausstellung mit Plakaten und Zeitschriften zeichnet die Entwicklung der autonomen Frauenbewegung der letzten 20 Jahre nach. belladonna, Sonnenstraße 8, 20 Uhr (für Frauen).

ªUse Akschen und Neptun in den 50ern. Arbeiten und Leben auf den beiden Werften in Bremen und Rostock (V: Forum Demokratie und politische Kultur; R: Hanna Haack und Heinz-Gerd Hofschen; Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Büchergilde: buch & grafik, Breitenweg 3, 20 Uhr.

Der geteilte Himmel (s. 24. Juni).
Kino 46, Waller Heerstraße 46, 18.30 Uhr, Eintritt: DM 9,-/8,-.

juli

Do, 1.

Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges in den Erfahrungen deutscher Frauen (V: AK Historische Frauenforschung, Uni Bremen, Hedwig-Hintze-Gesellschaft, Uni Bremen, und Bremische Zentralstelle f r die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF); R: Prof. Dr. Margarete D rr; Begleitprogramm zur Ausstellung 40 * 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Gästehaus der Universität, Teerhof 58, 19.30 Uhr.

Vergangenheitspolitik. ber den Umgang mit der NS-Yergangenheit in den 50er Jahren. (V: Erinnern f r die Zukunft , Deutsch-Israelische Gesellschaft und Landeszentrale f r politische Bildung; R: Prof. Dr. Norbert Frei, Uni Bochum; Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Villa Ichon, Goetheplatz 4, 20 Uhr.

Jour Fixe (V: MASCH).
Die Marxistische Abendschule l dt ein, hinter die MASCH-Kulissen zu schauen und das n chste Programm mitzugestalten. Bandonion, Gertrudenstraße 37, 20 Uhr.
Konzert: Guts Pie Earshot (K ln) (V: Change). Kulturzentrum Schlachthof (Magazinkeller), Findorffstraße 51.

Fr, 2.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

Sa, 3.

Nachkriegszeit in Bremen und Wiederaufbau des Bremer Westens - Dia-Vortrag (V: Brodelpott und Kino 46; R: Cecilie Eckler-von Gleich und Hans-G nther Prigge; Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Kino 46, Waller Heerstraße 46, 15 Uhr.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

Agit-Pop-Disco. Tanzveranstaltung zur Finanzierung link(sradikal)er Projekte (Vereinsveranstaltung). Haus der NFJD, Buchtstraße 14/15, 22 Uhr.

So, 4.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

Di, 6.

Geschichte und Holocaust. Zu Thomas Manns Doktor Faustus und Peter Weiss' sthetik des Widerstands (V: MASCH; R:

termine

Prof. Dr. Thomas Metscher (Uni Bremen). Der Vortrag setzt zwei Werke der Weltliteratur in Vergleich, die wie wenige andere nur den Titel von Jahrhundertwerken verdienen: Thomas Manns Doktor Faustus und Peter Weiss' sthetik des Widerstands . Beide sind Literatur im Zeichen von Auschwitz : Sie verarbeiten die Schreckenserfahrungen unseres Jahrhunderts in exemplarischer Form. In diesem Punkt ist das Gemeinsame zweier Werke aufzusuchen, die auf den ersten Blick sehr wenig miteinander zu tun zu haben scheinen: Thomas Manns b rgerlicher Deutschland-Roman und Peter Weiss' sozialistischer Weltepos.
Villa Ichon, Goetheplatz 4, 20 Uhr.

Mi, 7.

T chtige Traktoristinnen und schicke Stenotypistinnen . Ost- und westdeutsche Frauenbilder nach 1945 (V: Institut f r Regional- und Sozialgeschichte, Uni Bremen; R: Gunilla-Friederike Budde (Berlin); Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Gästehaus der Universität, Teerhof 58, 20 Uhr.

Do, 8.

Entnazifizierung, Demontage und Wiederaufbau bei der AG Weser - Themenabend mit Film (1952, ca. 30 min) (V: Landesfilmarchiv Bremen und Kultur Vor Ort; R: Dr. Peter Kuckuk (Bremen) und Zeitzeugen der AG Weser; Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Neue Stadtbibliothek West, Lindenhofstraße 53, 20 Uhr.

Konzert: Inner Terrestrials (London) (V: Change). Kulturzentrum Schlachthof (Magazinkeller), Findorffstraße 51.

Sa, 10.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

So, 11.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

Mo, 12.

Ein anderes Bremer Nachkriegsschicksal. Wilma Szwajka, deutsche Ehefrau eines polnischen Zwangsarbeiters, erz hlt ihr Leben (V: Deutsch-Israelische Gesellschaft und Landeszentrale f r politische Bildung; Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10.-F nzig Jahre deutsche Geschichte). Landeszentrale für politische Bildung, Osterdeich 6, 19 Uhr.

Di, 13.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

22. Juli - 5. August
Politisches Sommercamp am Meer: Der Ort des diesjährigen Sommercamps der JungdemokratInnen - Junge Linke (auch für Nicht-Mitglieder) steht noch nicht fest, voraussichtlich wird es irgendwo an der Ostsee, auf jeden 'Fall aber am Wasser stattfinden. Es besteht die Möglichkeit, entweder die ganzen zwei Wochen oder nur für einige Tage teilzunehmen. Voraussetzung ist aber in jedem Fall die vorherige Anmeldung, da nur so ein Zeltplatz und Essen bestellt werden kann. Die TeilnehmerInnen erhalten zwei Wochen vor Beginn die genauen Vorstellungen der täglich stattfindenden Arbeitsgruppen, Diskussionsrunden und Lesekreise sowie alles weitere Wissenswerte über das Sommercamp. Die Kosten betragen pro Tag zwischen 18 und 23 Mark; darin enthalten sind Vollverpflegung, Zeltplatz, evtl. Kurtaxe und Seminarmaterialien. Anmeldungen, Rückfragen etc.: JD-JL (Bundesverband), Pappelallee 9, 10437 Berlin, Telefon: 030/440248-64, Fax: -66; eMail: info@junge-linke.de; www.junge-linke.de

Alltag im Wirtschaftswunder. Bremer Werftarbeiterfamilien in den 50er Jahren (V: Hochschule Bremen, Bremer Frauenmuseum und Landeszentrale f r politische Bildung; R: Prof. Dr. Renate Meyer-Braun (Hochschule Bremen); Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte .) Landeszentrale für politische Bildung, Osterdeich 6, 20 Uhr.

Konzert: Generators (USA), Moorat Fingers (Bremen) (V: Change). Kulturzentrum Schlachthof (Magazinkeller), Findorffstraße 51.

Mi, 14.

Die letzten Tage der Menschheit (Karl Kraus) (s. 20. Juni).

R ckschau auf das 20. Jahrhundert - Perspektiven f r die Zukunft (V: MASCH; R: Prof. Dr. Lars Lambrecht (HWP Hamburg)). Ausgehend von den drei Hauptfragen der Philosophie gem § Kant - Was k nnen wir wissen? Was k nnen wir tun? Was d rfen wir hoffen? - sollen zwei grunds tzliche Sichtweisen auf dieses Jahrhundert resp. Jahrtausend diskutiert werden: a) eine pessimistisch-katastrophalistische Sicht beginnend mit Oswald Spenglers Untergang des Abendlandes ber den 'Churban' (Holocaust, Sh'oa) und endend mit Hutingdons 'Kampf der Kulturen' resp. Kosovo-Krieg); b) eine optimistische Sichtweise, die von der Diskussion um die Entwicklung eines einheitlichen Weltbegriffs ber die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit bis zum deliberativen Modell einer demokratischen Weltgesellschaft reicht. Villa Ichon, Goetheplatz 4, 20 Uhr.

So, 18.

Rendevouz mit ber hmten Bremerinnen. Feministischer Stadtrundgang durch das Ostertor-/Steintor-Viertel (Leitung: Gudrun Glahn). Treffpunkt: Kunsthalle, Am Wall 207, 14 Uhr.

Mi, 21.

Stadtmusikanten und andere Fremde in Bremen. Integrationsprozesse von ZuwandererInnen in Bremen - Dia-Vortrag (V: Landesfilmarchiv Bremen, Angestelltenkammer und Landeszentrale f r politische Bildung; R: Diethelm Knauf (Landesfilmarchiv); Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Angestelltenkammer, Bürgerstraße 1, 19.30 Uhr.

Do, 22.

Fremde in Bremen - Stadtrundgang: Eine historische Spurensuche in der Innenstadt (im Zusammenhang mit der Veranstaltung Stadtmusikanten und andere 'Fremde' in Bremen am 21. Juli) (V: Landesfilmarchiv Bremen und Landeszentrale f r politische Bildung; R: Diethelm Knauf, Landesfilmarchiv); Begleitprogramm zur Ausstellung 40 + 10. F nfzig Jahre deutsche Geschichte). Treffpunkt: Domtreppen, 18 Uhr.

august

So, 1.

Konzert: Ratos de Porao (BRA), Sawn Off (UK), Red Dervla (UK) (V: Change). Kulturzentrum Schlachthof (Magazinkeller), Findorffstraße 51.

Di, 3.

Eric Drooker - Diashow und Lesung (V: Change). Kulturzentrum Lagerhaus, Schildstraße 8-12, 20 Uhr.

Sa, 7.

Keine Agit-Pop-Disco (Sommerpause: N chste Agit-Pop-Disco am 4. September).

So, 22.

Konzert: Hot Water Music (USA), Discount (USA) sowie eine weitere Band. Voraussichtlich im Kulturzentrum Schlachthof (Magazinkeller), Findorffstraße 51.

(Texte zu den einzelnen Terminen von bzw. nach Hinweisen der VeranstalterInnen)

Es gibt viele Möglichkeiten der Agitation ... kassiber ist eine sanfte.
Supertoll zum Sommerloch läßt sich ab jetzt damit bei Gelegenheit auch kräftig zuschlagen - mit knapp 40 Heften wesentlich besser als mit vier* zerlesenen WG-Exemplaren.

zuschlagen!

Sommerschlußverkauf

Die bisher erschienen kassiber-Ausgaben (aufgeführt ist jeweils nur eine kleine Auswahl von Artikeln) im Sonderangebot:

kassiber Nr. 1/März 1989:
Schwerpunkt: Zusammenlegung jetzt - Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF; Nordirland - Kolonie in Europa; Intifada; 52 S.

kassiber Nr. 2/Mai 1989:
Bremer Frauenwoche; Kriminalisierung und Verfolgung von KurdInnen in der BRD; kassiber-Kontroverse (I); 40 + 12 S.

kassiber Nr. 3/Juli 1989:
Schwerpunkt: Frauen im Knast; Streik in Bremer Krankenhäusern; Daniel Ortega in Bremen; kassiber-Kontroverse (II); 40 S.

kassiber Nr. 4/September 1989:
1492-1992 - die ehemaligen Kolonien wollen nicht mitfeiern; DKP in der Krise; GEPA; kassiber-Kontroverse (III); 48 S.

kassiber Nr. 5/November 1989:
"Drogenkrieg" in Gröpelingen; Wohnungsnot; Mumia Abu-Jamal; Libyen; 48 S.

kassiber Nr. 6/Januar 1990:
Drugs, Kripo und Methadon; DDR; El Salvador; Startbahn-Prozeß; 48 S.

kassiber Nr. 7/März 1990:
Der Kampf um einen Lehrauftrag für Ingrid Strobl und seine Folgen; Ist die rote Uni brav geworden?; Wer verflixt ist Walter Soyka?; Euskadi: Der schmutzige Krieg gegen die ETA; Barcelona: Warum Nein zu "1992"; 40 S.

kassiber Nr. 8/Mai 1990:
Neues "Ausländergesetz"; Siemens-Boykott; 6. Mai 1980 - 10 years after; Hungerstreik in Spanien; Islam und "nationale Befreiung"; Cuba; 48 S.

kassiber Nr. 9/Juli 1990:
(Beilage: Das Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal und sein politischer Zusammenhang) Wohngruppenvollzug in der JVA Oslebshausen: Unser Knast soll schöner werden; Die Angst des Mannes, unten zu liegen; Radikale Linke; Sevilla vor der Weltausstellung; 44 + 12 S.

kassiber Nr. 10/Oktober 1990:
Schwerpunkt: Der Aufmarsch am Golf; Rassistische Kampagne gegen Roma; Albanien: "... gelobt seien deine Beine"; Die letzten europäischen Kolonien; 48 S.

kassiber Nr. 11/Dezember 1990:
(Beilage: Cuba Libre) Schwerpunkt: BRD + DDR = einig Vaterland?; Die Häuser denen, die sie brauchen; Palästina; 68 + 12 S.

kassiber Nr. 12/Februar 1991:
(Beilage: "Die Auffassungen unserer Völker" (Golfkrieg)) Schwerpunkt: Krieg - Propaganda - Krieg: Völkermord für Völkerrecht (Golfkrieg); Linksradikale Drogenpolitik?; 500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand; 64 + 12 S.

kassiber Nr. 13/April 1991:
Schwerpunkt: Krieg zu Ende - das Leben geht weiter: Auf der Suche nach dem Zusammenhang zwischen Krieg und Sexismus; Golfkrieg; Patriots als Wiedergutmachung?; Biotechnologie: Patente des Hungers; 52 S.

kassiber Nr. 14/Juni 1991:
Realität und Folgen des neuen Ausländergesetzes; Ein Mädchenhaus für Bremen!; Pädophilie-Debatte (I); Interview mit VertreterInnen der MLN-PR (Puerto Rico); Nordirland: Same procedure as every year?; Untraditionelle Form der Entwicklungshilfe; 72 S.

kassiber Nr. 15/September 1991:
Flüchtlinge: Displaced Persons; Asylpolitik: Wedemeier läßt die Sau raus; Refugio - Psychosoziale Beratung für Flüchtlinge; Nationalitätenkonflikte in der UdSSR - aktuelle Entwicklungen in den baltischen Republiken; Pädophilie-Debatte (II); 60 S.

kassiber Nr. 16/November 1991:
Schwerpunkt: AIDS-Politik - kritische Theorien; Hoyerswerda; EG-Flüchtlingspolitik; UdSSR: Sozialismus oder ...; Mumia Abu-Jamal: Dringender Appell; Jugoslawien; Pädophilie-Debatte (III); Geschlecht, Struktur, Geschichte - soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses; 76 S.

kassiber Nr. 17/Februar 1992:
(Beilage: Das "Viertel" - Entwicklung, Sanierung, Umstrukturierung) Drogenpolitik; PRINZ-Boykott; Fight against racism!; Existenzgeld und garantiertes Mindesteinkommen; 52 + 20 S.

kassiber Nr. 18/April 1992:
500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand; Diskussion: "'Drei zu eins' für wen?"; Diskussion: Zum RZ-Papier "Gerd Albartus ist tot"; 64 S.

kassiber Nr. 19/Juni 1992:
(Beilage: Arabische Regionen - zwischen Krieg und Widerstand) "Gegen Terror und Rauschgift": Deutsch-türkische Zusammenarbeit in Bremen; Brandanschlag auf Bremer Flüchtlingswohnheim; Golfkriegs-Nachlese; 60 + 48 S.

kassiber Nr. 20/September 1992:
Vom VS überwacht; Euthanasie; Folternde Polizisten; Asylverfahrensgesetz; Kriegspropaganda: Menschenfreunde, Meinungsmacher und Jugoslawien; 68 S.

kassiber Nr. 21/Dezember 1992:
Schwerpunkt: Krieg in Jugoslawien; Drogenpolitik; Wohlstand gegen Rassismus?; Strafanzeige wg. GdP-"Satire"; Interview zum Tuntenhaus; 64 S.

kassiber Nr. 22/August 1993:
Die Asylbranche boomt: Schwimmendes Flüchtlingslager; Klöckner-

*geschätzte Anzahl von kassiber-Heften in gemischten Bremer Polit - WGs.

Krise: Realismus oder sozialökologische Kritik?; Somalia: Operation Restore Hope; Bundeswehr: "Out-of-area"-Einsätze; Jugoslawien: Vergewaltigung kennt keine Nationalität; 48 S.

kassiber Nr. 23/Oktober 1994:
Schwerpunkt: Neues Deutschland; Interview mit Buntentor-Frauen; Rassistische Polizeiübergriffe; Rwanda: Der Mythos vom landesüblichen Völkermord; 76 S.

kassiber Nr. 24/Januar 1995:
Defätistische Anmerkungen: Gelbe Frau, grüner Mann, schwarzer Block; Bremen hat einen Polizeiskandal allerersten Ranges; Opfer der NS-Militärjustiz; Mumia Abu-Jamal: Gewalt und Lügen - Menschenrechte für wen?; 60 S.

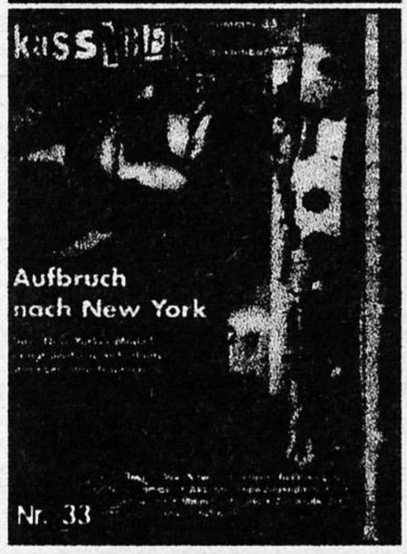
kassiber Nr. 25/Mai 1995:
Neue Wege in der Drogenpolitik?; Brechmitteleinsatz bei der Bremer Polizei; Rassismus bei Polizei und Justiz in Bremen; ZwangsarbeiterInnen in Bremen (I); 80 S.

kassiber Nr. 26/Juli 1995:
Schwerpunkt: Kritik des Veganismus: Datenschutz; ZwangsarbeiterInnen in Bremen (II); Hogefeld-Prozeß; 60 S.

kassiber Nr. 27/Oktober 1995:
Männerorganisierung und Sexismus; Die Vorstellung, staatliches Strafen müsse Sinn haben; Selektierende Anthropologie; Euskadi/Spanien: Enthüllungen über den "schmutzigen Krieg"; Beugehaft; 60 S.

kassiber Nr. 28/Februar 1996:
Schwerpunkt: Von ökologischer Biederkeit, Walen und Atomen; Worte als Waffen? Lesben/Frauen, linke Presse und politische Zensur; Zensur in der Linken? Feministische Inhalte in der "radikal"; Sexueller Mißbrauch an Jungen; 68 S.

kassiber Nr. 29/September 1996:
Schwerpunkt: Im Bann des Patriarchats?; "Chaos-Tage"; Datenschutzbericht; Interview zum "radikal-Verfahren"; 68 S.



kassiber Nr. 30/Dezember 1996:
Schwerpunkt: "Saubere Wehrmacht"; Betrachtung zu "Ästhetik des Widerstands"; "radikal": Wieder aufgetaucht; 52 S.

kassiber Nr. 31/April 1997:
Zur Privatisierung von GeWoBa und Bremischer; Pädosexuelle Tätergruppe im Rat&Tat-Zentrum; "Torfsturm"; Ausstellung "Vernichtungskrieg"; 48 S.

kassiber Nr. 32/Juni 1997:
Schwerpunkt: "Vernichtungskrieg"; Reaktionäres aus dem Viertel; Bremer Datenschutzbericht; "Get ready!": Diskussion ums "Abtauchen"; 60 S.

kassiber Nr. 33/November 1997:
Schwerpunkt "'Innere Sicherheit': Von New York lernen, heißt siegen lernen"; "Drogenpolitik: No-go-areas"; Deutsche Polizei: Musterhafte Prügelknaben; Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen; Kritik an der Ausstellung "Vernichtungskrieg"; 60 S.

kassiber Nr. 34/Februar 1998:
Schwerpunkt: "Lucky Streik - Lucky Standort" (StudentInnen-Streik); AntiVisionen vs. Esoterik-Kongreß; Kritik der Uni-Hirnforschung (I); Genitale "Korrekturen" an intersexuellen Menschen; 48 S.

kassiber Nr. 35/Juni 1998:
Gibt es einen "linken Fußball"? - Interview mit Marco Bode (Werder Bremen); Kritik der Uni-Hirnforschung (II); Militarisierung deutscher Außenpolitik; Viele "kleine" Lauschangriffe; DNA-Analyse im Ermittlungsverfahren; "Auflösungserklärung" der RAF; 64 S.

kassiber 36/Oktober 1998:
Kritik der Uni-Hirnforschung (III); 100. Geburtstag von Hanns Eisler; Fünf Jahre nach der Demontage des Asylrechts; "Soziale Säuberungen" weltweit?; Die Karriere von Themen der "Inneren Sicherheit"; Zentrale Gendatei beim Bundeskriminalamt; 60 S.

kassiber 37/Januar 1999:
Die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen (ARAB-Diskussionspapier); Entschädigungen für ehemalige ZwangsarbeiterInnen deutscher Konzerne; Die Welt sieht anders aus (Aufruf gegen die EXPO 2000); 44 S.

kassiber 38/März 1999:
Weil unerwünscht, deshalb unwissenschaftlich (Bremer Forschungen zum AKW Krümmel); Rechte Musik und "akzeptierende Jugendarbeit"; Der Kampf um das Politische Mandat der "Verfaßten Studentenschaft"; Holocaust-Mahnmal in Berlin; Die Operative Medizin als Erfüllungsgehilfin des Geschlechterdualismus; Die Verschleppung Abdullah Öcalans, die Politik der PKK und die Türkische Republik; 56 S.

kassiber-Sonderausgabe zum Krieg/Mitte Mai 1999:
Ethnisierung des Sozialen: ökonomische Entwicklungen und soziale Konfliktlinien im ehem. Jugoslawien; UCK - Bodentruppen der NATO?; Die "Friedensverhandlungen" von Rambouillet; Die Neue Weltordnung unter NATO-Kommando; Geschichtsrevisionismus und Krieg: Legitimieren, rehabilitieren und Konsens stiften; Das "Massaker" von Racak; 32 S.

Broschüre: Drei zu Eins - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus.
Text von Klaus Viehmann und anderen Frauen und Männern, 48 S. (DIN A5).

Zuschlagen ?

immer doch !

Nachbestellen

Abo

Drei Zeitungen oder Broschüren kosten zusammen DM 6,- (plus DM 3,- für Porto und Verpackung). **Zehn Zeitungen oder Broschüren kosten zusammen DM 20,-** (plus DM 5,- für Porto und Verpackung). **Alle 38 kassiber-Ausgaben plus die "Drei-zu-Eins"-Broschüre nur noch DM 70,-** (plus DM 10,- für Porto und Verpackung). (Wobei es den kassiber Nr. 4, da ausverkauft, in jedem Fall nur als Kopie gibt.) **Allerdings:** Wir liefern prompt, dafür **nur gegen Vorkasse** (Scheine, Verrechnungsschecks - ohne Angabe des Empfängers und des Verwendungszwecks -, zur Not Briefmarken; **Porto-/Verpackungskosten nicht vergessen**)! Die Bestellung und das Geld bitte an folgende Adresse schicken:

VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen.

Ich bestelle:

kassiber Nr.____
kassiber Nr.____
kassiber Nr.____
kassiber Nr.____
kassiber Nr.____
kassiber Nr.____
kassiber Nr.____
kassiber Nr.____
kassiber Nr.____
kassiber Nr.____

alle *kassiber* - Ausgaben ☐
38 Ausgaben plus Broschüre 70 + 10 DM

Sonderausgabe zum Krieg ☐
3 DM

Drei zu Eins - Broschüre ☐

kassiber - Abo ☐
fünf Ausgaben für 30 DM

Leserinnenbrief zu: „'DENK-ORT gegen das Vergessen?' - Zum Holocaust- Mahnmal in Berlin", in: kassiber 38, März 1999, S. 35ff.

„... daß wir um die Verlogenheit des Mahnmals nicht herumkommen"

In Eurer Einleitung heißt es: „Den folgenden Text zur Debatte um das Holocaust-Mahnmal schreiben wir, während wir noch in Diskussion sind. (...), so daß wir nie an dem Punkt stünden, an dem wir eine fertige unverrückbare Position dazu hätten (...)".

An die AutorInnen des Textes „'DENK-ORT gegen das Vergessen?' - Zum Holocaust- Mahnmal in Berlin". Wie Ihr schreibt, dauert die öffentliche Debatte um das Holocaust-Denkmal „für die ermordeten Juden Europas" und dessen Errichtung in Berlin schon seit nunmehr zehn Jahren und Euer Text scheint mir der erste aus linksradikalen-autonomen Zusammenhängen dazu zu sein, was darauf hinweist, daß die radikale Linke in der BRD sich nicht allzusehr für „dieses Thema" zu interessieren scheint. Um so mehr freute ich mich, Euren Text in den Händen zu halten.

Ich denke, darum geht es auch gar nicht und trotzdem ist das große Manko des Textes, daß Ihr nichts von Eurer Diskussion, Euren Gedanken und Gefühlen zum Thema wirklich transparent macht, uns LeserInnen nicht teilnehmen laßt an der Diskussion, die Ihr führt oder geführt habt, d.h. Ihr als Diskutierende und Nachdenkliche quasi nicht vorkommt. Ich finde, Euer Text ist eine gelungene Zusammenfassung der Debatte, aber die entscheidenden Fragen, um die es geht, werden nur angerissen bzw. darstellend beschrieben - und das finde ich zu wenig.

Die Fragen, die in diesen zehn Jahren aufgeworfen wurden, sind doch auch Fragen, die uns etwas angehen: was halten wir davon, daß das Denkmal ausschließlich „für" die ermordeten europäischen Juden und Jüdinnen errichtet werden soll und nicht auch andere Opfergruppen mit einbezieht? Was sagt der geplante Standort denn wirklich aus? Wie ist unsere Position zum konstruierten Konkurrenzkampf zwischen authentischen Gedenkstätten und dem geplanten „zentralen" Mahnmal? Wie finden wir es, daß keine Überlebendenverbände in der Kommission teilnehmen konnten bzw. keine Entscheidungsrechte hatten? Sind wir für dieses Denkmal und warum eigentlich? Was drückt es für uns aus bzw. was wollen wir, daß es ausdrückt und warum wollen wir das? Die Frage, an was wir (nichtjüdische Deutsche) uns erinnern wollen und durch das Denkmal erinnert wissen wollen, ist ja eine zentrale.

Um die eigene Übersicht zu behalten, gehe ich das Flugblatt jetzt einfach mal chronologisch durch und lasse mich selbst über die Fragen und Unklarheiten stolpern, die für mich da sind.

Ihr beschreibt, daß die Initiative für das Denkmal Lea Rosh und Eberhard Jäckel bei einem Besuch Yad Vashems (1) in Jerusalem gekommen sei, und das bleibt so unkommentiert stehen. Scheint es nicht absurd, daß ein Besuch Yad Vashems nötig ist, um (nach 43 Jahren) auf die Idee zu kommen, hier, im Land der Täter, ein Holocaust-Mahnmal zu errichten? Nicht nur die Gründe, die für die Errichtung eines zentralen Mahnmals ausschlaggebend sind, sondern auch die Art des Erinnerns sind so verschieden wie die Orte, an denen sich dieses Erinnern vollzieht. Parallelen zu ziehen zwischen Yad Vashem und einem zentralen Holocaust-Mahnmal hier in Deutschland sind meines Erachtens unzulässig bzw. oberflächlich. Gerade Lea Rosh tritt dafür ein - so wie Ihr sie auch zitiert -, daß das Denkmal „nur" für die ermordeten Juden und Jüdinnen Europas sein und nicht auf die Täter oder den Standort Deutschland als Täterort verweisen soll. Denkmäler in Europa neigen dazu, sich unablässig auf die Auslöschung der Juden und Jüdinnen zu fixieren und ein Leben von Juden und Jüdinnen vor und nach dem Krieg zu ignorieren, während israelische Gedenkstätten und Mahnmale versuchen, die Ereignisse in ein historisches Kontinuum, das das Leben von Juden und Jüdinnen vor und nach der Shoa einschließt, zu ordnen. So auch in Yad Vashem, wo die Dokumentation des Kampfes für ein neues Leben in Israel einbezogen ist. Konsequenterweise wird in israelischen Gedenkstätten denn auch sowohl an die Opfer als auch an die HeldInnen gedacht. (In Yad Vashem gibt es darüber hinaus eine Baumallee zum Gedanken an alle nichtjüdischen Menschen, die Juden und Jüdinnen während des Nationalsozialismus in Europa geholfen haben). Katastrophe und Rettung, Holocaust und Staatsgründung werden versucht in einen sinnhaften Zusammenhang der Geschichte zu stellen. (Über die pathetische und zum Teil geschichtsverklärende Version wäre zu diskutieren, soll hier aber nicht das Thema sein.)

Was den **Ort** des geplanten Mahnmals angeht, schreibt Ihr, daß *„der Aufarbeitung der jüngsten Geschichte, die die Mitverantwortung aus der 'Mitte der Gesellschaft' (...) diskutiert und dokumentiert, (...) mit dem geplanten Standort die zu erhoffende Gedächtnisarbeit und Bedeutung genommen"* werden würde (gemeint ist der Standort am Potsdamer Platz), ohne diese Schlußfolgerung aber zu erläutern. Warum denkt Ihr das? Meiner Meinung nach ist es nicht unbedeutend, wo ein Mahnmal errichtet wird, mit welchen Ausmaßen usw., aber manchmal kann ich mich des Gedankens nicht erwehren, daß diese Diskussionen einen Nebenschauplatz eröffnet, um einen Bogen um die zentrale Frage machen zu können: warum und für wen dieses Mahnmal jetzt errichtet werden soll. Vielleicht ist es naiv von mir zu behaupten, daß der Ort und das Ausmaß in dem Moment nebensächlich wären, in dem das Mahnmal auf einer ehrlichen und kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Verantwortlichkeit basieren würde. Trotzdem, und da gebe ich euch recht, ist der Standort direkt neben dem neuen Mercedes- und Sony-Gelände und den Vergnügungstempeln der neuen Hauptstadt befremdlich. An diese Gedanken schließt auch die Diskussion um die Entwürfe und Durchführung des Mahnmals.

Zu dem Disput um die Einbeziehung verschiedener Opfergruppen bzw. konkret um den Einwand des Zentralrats der Deutschen Sinti und Roma, diese in dem zentralen Mahnmal mit einzubeziehen, äußert Ihr Euch gar nicht inhaltlich, sondern beschreibt auch ihn nur zusammenfassend, wobei Eure Haltung dazu zu erahnen ist, indem Ihr ein Mahnmal für beide oder alle Opfergruppen (auch KommunistInnen, SozialdemokratInnen, SozialistInnen, sogenannte Asoziale, BibelforscherInnen, Schwule, Lesben, Behinderte) angemessen findet. (Das steht aber nur zwischen den Zeilen und als Leserin wird mir nicht ersichtlich, warum Ihr das befürwortet.)

Warum sollten wir es richtig finden, daß alle diese ermordeten Menschen - die in der Naziideologie gleichgemacht wurden, indem sie zu Opfern, d.h. zu Toten, gemacht wurden - tatsächlich gleich sind. Übernehmen wir nicht diese „Gleichmacherei", in dem wir ein „umfassendes" Denkmal fordern? Das heißt: Wir können uns auch fragen, welchen Sinn ihre Unvergleichbarkeit macht und ob wir das so nicht viel eher dokumentiert haben wollen. Edna Brocke schreibt dazu: *„(...) Sind sie deshalb alle - weil von derselben Mördergruppe ermordet - als im Tode gleich anzusehen? Beraubt man in Übernahme solcher NS-Denkstrukturen die Ermordeten der verschiedenen und unterschiedlich marginalisierten Gruppen ihrer Individualität nicht noch einmal? (...) Die meisten europäischen Juden haben zu ihren Lebzeiten keine Gemeinschaft mit Sinti und Roma gehalten - ebensowenig wie andere nichtjüdische Europäer auch. Welchen Grund kann es geben, sie nach*

ihrer Ermordung zusammenzubringen, außer den Kriterien der Nationalsozialisten? Und sie selbst können sich dazu nicht äußern ..." (2)

Konsequent zu Ende gedacht, impliziert dieser Gedanke aber auch die Feststellung, daß auch die Juden und Jüdinnen Europas sich vor dem Holocaust nicht als homogene Gruppe begriffen haben und ihre Identität nicht ausschließlich eine primär jüdische war. Das würde bedeuten, daß auch für sie nur ein opfermachendes = gleichmachendes Denkmal errichtet werden würde, was ihre vielfachen Identitäten als Deutsche, KommunistInnen, Schwule, Lesben usw. negieren und mißachten würde. Das heißt, in der Befürwortung eines Denkmals „für" die ermordeten Juden und Jüdinnen Europas kommen wir aus dieser „Wir-begreifen-sie-als-Gruppe-aufgrund-ihres-Opfer-Seins"-Haltung nicht heraus.

Kann und soll ein Denkmal im Land der Täter der Juden und Jüdinnen ausschließlich als Opfer gedenken oder sollte es nicht auch auf ihr Leben und die Komplexität von Da-Sein hinweisen?

Die Frage für wen und von wem dieses Mahnmal errichtet werden soll schließt - wie Ihr auch schreibt - die Frage ein, in welchem **Interesse** es denn gebaut werden soll. In der Regel weisen nationale Denkmäler auf „große Heldentaten" einer Nation hin, mit denen sich die meisten der in der Nation eingeschlossenen positiv identifizieren sollen und können. Genau das kann für die nichtjüdischen Deutschen das Holocaust-Mahnmal nun nicht erfüllen.

Man muß sich tatsächlich fragen, warum so ein zentrales Mahnmal 43 bzw. 53 Jahre nach Ende des Faschismus hier errichtet werden soll und warum die Debatte um Standort, Durchführung, Zeitpunkt so lange dauert. Angesichts der Tatsache, daß der Holocaust in Deutschland über Jahrzehnte zwar nicht öffentlich geleugnet, aber tatsächlich nie wirklich aufgearbeitet wurde und Ver-Schweigen sich als Teil der Kultur breit machte, verwundert der späte Zeitpunkt wenig. Im kollektiven Gedächtnis der meisten Deutschen ist die Erinnerung an den Faschismus die Erinnerung an den Krieg und besetzt mit einem Gefühl des eigenen Opferseins, der Erinnerung an Bombennnächte, kalte Winter, Hunger und Elend, ohne sich mit dessen VerursacherInnen, dem TäterInnen-Sein und dessen Konsequenzen für das eigene Menschsein und Weiterleben auseinanderzusetzen.

Wie also hätte in diesem Kontext ein Holocaust-Mahnmal zu einem früheren Zeitpunkt entstehen sollen? Jetzt glaube ich ja nicht, daß sich an dieser Haltung in den letzten zehn Jahren **grundsätzlich** etwas geändert hat und der Verdacht liegt nahe, daß dieses Mahnmal nicht Ausdruck einer ehrlichen und radikalen inneren wie äußeren Debatte sein kann, sondern für den berühmten Schlußstrich unter die deutsche Geschichte stehen soll.

„*Ob es überhaupt möglich ist, im Land der TäterInnen ein Mahnmal zu schaffen, das nicht die Akzeptanz des Unfaßbaren ermöglicht, bleibt mehr als fraglich*", schreibt Ihr in Eurem Text. Und weiter: „*Und die Frage bleibt bestehen, ob überhaupt eine historische verantwortliche Entscheidung 53 Jahre nach dem Ende des NS in einem Land fortwährenden Rassismus, Antisemitismus und differenzierter Formen gesellschaftlicher Ausgrenzung getroffen werden kann.*" (Was ist denn „eine historisch verantwortliche Entscheidung"?) Ich nehme an, Ihr wollt damit auf das Problem der Heuchelei aufmerksam machen, daß einerseits Rassismus und Antisemitismus in Deutschland zur normalen Dominanzkultur gehören und andererseits ein Holocaust-Mahnmal errichtet wird, was im Widerspruch dazu zu stehen scheint. Euer Zitat ist jedoch auch interpretierbar und undeutlich, weil es auch aussagen könnte, daß Ihr es selbst unmöglich findet, daß es „unter diesen Umständen" ein Mahnmal geben kann.

Mit der Erwähnung der Gefahr, daß das Mahnmal „die Akzeptanz des Unfaßbaren" ermöglichen könnte, spielt Ihr wahrscheinlich auf den „Schlußstrich unter die Geschichte" an und wollt diesen implizit kritisieren, aber auch das bleibt undeutlich.

Euer Leit-Zitat beinhaltet die Hauptforderung, daß „*ein Holocaust-Mahnmal im Land der Täter einen Verweis auf die Täter, auf das Grundproblem der gesellschaftlichen Auseinandersetzung enthalten muß*". Ich wage zu behaupten, daß es im Land der Täter keine gesellschaftliche Auseinandersetzung um das Täter-Sein und dessen Auswirkungen gegeben hat und heute auch nicht gibt. (Die Ausnahmen bestätigen die Regel.)

Die Kriegsgeneration hat nach Ende des Nationalsozialismus jede Form des Erinnerns im „tüchtigen Wiederaufbau" verdrängt und sich in eine eigene Opfermentalität gerettet, die von ihren Kinder nicht wirklich herausgefordert wurde.

Auch die Generation von 1968 hat sich selbst nicht wirklich einbezogen in das Gefühl, Nachkommen von TäterInnen zu sein, in einem Land zu leben, dessen Wurzeln vergiftet sind, sondern hat „nur" die Alten angeklagt. Die meisten wollten zwischen sich selbst und der Verlogenheit ihrer Eltern einen radikalen Bruch setzen, ohne das eigene Verstricktsein dabei zu sehen und zu bearbeiten. Und danach, ja danach war das alles einfach schon so lange her. Mit dem nötigen zeitlichen Abstand und der „Wiedervereinigung" Deutschlands scheint das Thema „Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus", der Shoa und dem Antisemitismus" zu „boomen" (übrigens auch in der autonomen, linksradikalen Szene als Phänomen zu beobachten) und dieser „inflationäre Gebrauch von Geschichte" scheint die Debatte um das Holocaust-Mahnmal erst möglich zu machen.

Ihr habt Recht, wenn Ihr schreibt, daß „*es bei dem Mahnmal nicht nur um bequeme und entlastende Identifikation mit den jüdischen Opfern gehen soll*", und trotzdem frage ich jetzt mal ein bißchen ketzerisch: Wieso muß das Denkmal eigentlich auf uns (das heißt die TäterInnen und deren nachfolgenden Generationen) verweisen? Warum reicht die „*trauernde Erinnerung an das Leid unserer Opfer, an deren Ermordung und Entmenschlichung*" nicht?

Wenn diese Erinnerung ehrlich wäre, wenn nichtjüdische Deutsche die Ermordung von sechs Millionen Juden und Jüdinnen und Abertausenden anderer Menschen tatsächlich erinnern würden und diese Erinnerung einbezogen wäre in ihr aktuelles Sein, wenn sie ein Gefühl dafür entwickelt hätten, daß ihnen Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti tatsächlich in ihrem Leben fehlen, wenn sie sich erlauben und befähigen würden, wirklich zu trauern um die Ermordeten, wäre schon ein großer Schritt getan. Würde das nicht unser TäterInnen-Sein implizieren und die Forderung nach dem Verweis auf die TäterInnen obsolet machen?

Ein Mahnmal kann nur das zum Ausdruck bringen, was tatsächlich an Auseinandersetzung da ist. Dazu Jochen Spielmann: „*Das Denkmal ist als Symbol politisch-historischer Auseinandersetzungen eine gesellschaftliche Manifestation von Geschichtsbewußtsein*" (3) und deswegen ist es doch das ehrlichste, wenn es verlogen bleibt, da genau diese ernsthafte und alles in Frage stellende Auseinandersetzung nur bei den wenigsten nichtjüdischen Menschen in Deutschland geführt wurde. Ich will damit sagen, daß wir um die Verlogenheit des Mahnmals nicht herumkommen.

Warum also fordern wir als Linke das Unmögliche, von dem wir wissen, daß es ein Ausdruck dessen ist, was nie wirklich stattgefunden hat? Um es den Juden und Jüdinnen Recht zu machen? Oder um so zu tun, als wären wir hier wirklich schon einen Schritt weiter?

Hinter diesen Gedanken steht die zentrale Frage nach dem „für" des Denkmals. Soll es ein Holocaust-Denkmal für die ermordeten Juden und Jüdinnen sein, ein Denkmal für uns nichtjüdische Deutsche der Tätergeneration und deren Nachkommen, ein Denkmal für die Weltöffentlichkeit, ein Denkmal für Berlin und seinen Stellenwert als wiedervereinigte Hauptstadt Deutschlands?

Wir müssen ja auch davon ausgehen, daß offizielle Stellen und PolitikerInnen dafür sorgen werden, daß das Erinnern die Form bekommt, die sie für angemessen halten. Auch ein Holocaust-Mahnmal wird sich in der Form materialisieren, die den Interessen der Nation am besten dient. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die Überlebenden und deren Nachkommen keinerlei Mitbestimmungsrecht haben, was die Entscheidung über die Entwürfe betrifft.

Und schlußendlich bleibt die Frage, welches Verhältnis wir als linke, nichtjüdische Deutsche, die wir Denkmäler und nationale Erinnerungsstücke für gewöhnlich ablehnen, zu gerade diesem Denkmal haben? An was wollen wir uns erinnern und durch das Mahnmal erinnert wissen?

Ich hoffe, die hier von mir aufgeschrieben Gedanken und Fragen können Teil einer weiterführenden Diskussion und Konfrontation mit uns selbst sein. In diesem Sinne schicke ich solidarische Grüße.

Eine Frau aus Berlin

(Deren Name ist uns zwar bekannt, wir wußten aber nicht, ob der veröffentlicht werden sollte, Anmerkung der Redaktion.)

Anmerkungen:
(1) Yad Vashem ist die zentrale, nationale Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem und befindet sich im Westen der Stadt.
(2) Edna Brocke, Im Tode sind alle gleich - sind im Tode alle gleich?, in: Hanno Loewy, Holocaust: Die Grenzen des Verstehens - Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Hamburg 1992.
(3) Jochen Spielmann, in: Hanno Loewy, a.a.O., S. 78.

Abschied vom Internet

Die Sparkasse in der Chipkartenoffensive

Das Internet gilt auch in großen Teilen der Linken als Nische für schnelle unbeobachtete Kommunikation und Vernetzung. Es stehe für nichts Geringeres als die freie Kommunikation im digitalen Zeitalter (1).

Mit Vorstellungen von chaotischer Vielfalt und Freiheit verbunden, wurde das Internet zu einer Art modernem Mythos hochstilisiert: *"Die Mehrzahl dieser 'virtuellen Gemeinschaften' führt einen Kreuzzug, um die Freiheit, Kreativität, Freiwilligkeit und Unordnung zu erhalten, die das Netz kennzeichnen. Ihre Mitglieder entwickeln einen überbordenden Aktivismus, der sich aus einer beinahe mystischen Liebe zur Welt der Netze nährt."* (2)
Von zwei Seiten wird dem Freiraum Internet jedoch zur Zeit ein Ende gesetzt: Zum einen schreitet die Kommerzialisierung des Netzes in Windeseile fort. Zum anderen liegen auf EU-Ebene gerade umfassende Pläne vor, mit denen die Überwachung der gesamten Telekommunikation geregelt werden soll. Durch die ENFOPOL-Richtlinie wird eine europaweite Vernetzung und Ausweitung der polizeilichen Überwachungsaktivitäten angestrebt.

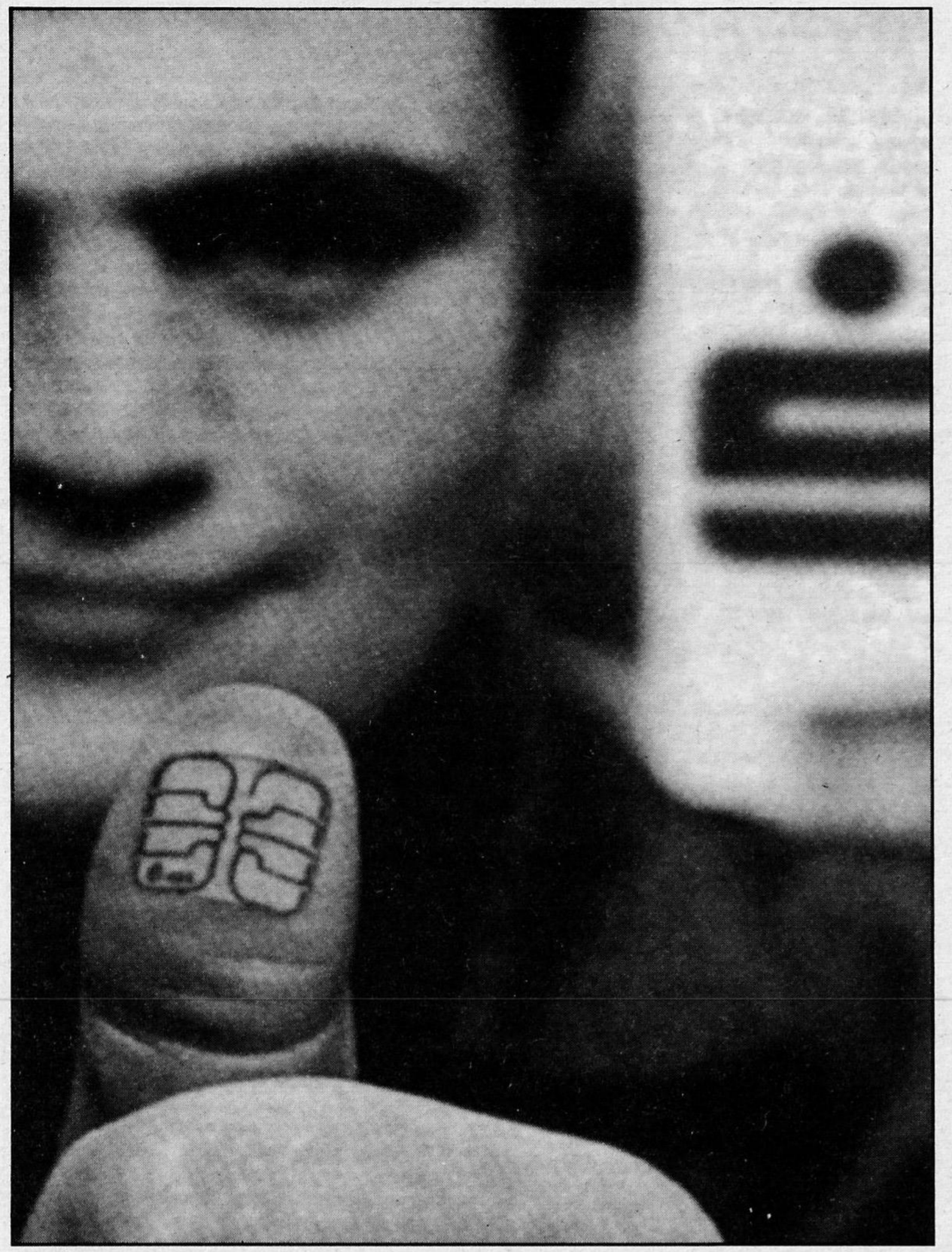
Bremen Online

In Bremen spiegeln sich diese Prozesse in der Entwicklung eines umfangreichen Chipkarten-Projektes wider. Das Land Bremen versucht zusammen mit der Sparkasse Bremen, die bremische Verwaltung und Teile des hiesigen Handels ins Internet zu verlagern. Dazu entwickelt das Projekt Media@Komm (an dem maßgeblich das TZI - Technologie Zentrum Informatik der Universität Bremen beteiligt ist (3)) in den folgenden drei Jahren eine multifunktionale Chipkarte mit integrierter digitaler Signatur. Aus den im Internet veröffentlichten Papieren des Projektes geht hervor, daß man sich dafür entschieden hat, die Chips direkt auf neuen EC-Karten zu plazieren, um so eine kombinierte Geld- und Signaturkarte zu erhalten. Die Karten werden diesen Monat als neue EC-Karten an alle Sparkassen-KundInnen per Post verschickt. In dem vorab versandten Informationsschreiben der Sparkasse wird mit keinem Wort erwähnt, daß auf den Chips viel freier Speicherplatz ist, den in Zukunft u.a. Funktionen der Stadtverwaltung füllen sollen. Die neue PIN-Nummer entspricht zwar noch nicht der elektronischen Unterschrift, aber es besteht die Möglichkeit, eine solche nachträglich hinzuzufügen.
Die BSAG sattelt diesen Sommer schon auf digitale Fahrscheine um, die mit der Geldbörsenfunktion der Karte erstanden werden können: Ein erstes entsprechendes Terminal wurde am 14. Juni an der Domsheide in Betrieb genommen. Kartenlesegeräte wurden auch schon in einigen Straßenbahnen gesichtet.
Mit anderen Worten: Die Sparkasse führt unter dem bisher gebräuchlichen Label der EC-Karte eine multifunktionale Geld- und BürgerInnenkarte ein, ohne darüber zu informieren.

Die Vermarktung des Netzes: Electronic Commerce

Das Internet wird zum Markt der Zukunft gemacht. Um rechtsgültigen Handel und Verträge auf elektronischem Wege zu ermöglichen, werden digitale Signaturen - also elektronische Unterschriften, die als vollwertiger Ersatz der handschriftlichen Unterschrift gelten - massiv gefördert. Die Signaturen können auf multifunktionalen Chipkarten integriert werden und in verschiedensten Bereichen zum Einsatz kommen: Kanther hatte eine Asyl-Card in Planung, an mehreren Universitäten existieren Chipkarten und in Bremen ist eine BürgerInnenkarte geplant, mit deren Hilfe Verwaltungsabläufe und Käufe online abgewickelt werden sollen. Die Karte bzw. die integrierte digitale Signatur identifiziert den/die NutzerIn gegenüber dem Rechner und gewährleistet die Authentizität der verschlüsselten elektronischen Datenbotschaften. Während die Asyl-Card als Mittel zur besseren Kontrolle von asylsuchenden Menschen dienen sollte, wird versucht, über Unikarten- und BürgerInnenkarten-Projekte das Vertrauen zu schaffen, daß elektronisches Bezahlen und das Versenden rechtsgültiger Verträge sowie vertraulicher Botschaften im Internet endlich sicher sei. Erst dadurch wird das Internet vollständig kommerziell nutzbar. Der Handel erfährt durch die elektronische Abwicklung eine Beschleunigung, die es der kapitalistischen Wirtschaft ermöglicht, weiter zu expandieren.

In den Gründerjahren des Internets wollte man das Wissen über starke kryptographische Software (4) den Mitgliedern des Spionage- und Militärsektors vorbehalten. Verschlüsselungsverfahren wie das Anfang der neunziger Jahre von Zimmermann erfundene PGP (Pretty Good Privacy) fielen sogar unter die Waffenexportbestimmungen. Die amerikanische National Security Agency (NSA) übte enormen Druck auf die EntwicklerInnen der kryptographischen Techniken aus. Man wollte eine Verbreitung der Möglichkeiten zur Verschlüsselung verhindern, aber schon 1975 entwickelten Diffie und Hellmann das Public-Key-Verfahren und veröffentlichten es. Die Public-Key-Kryptographie war die erste, die mit einer asymmetrischen Verschlüsselung arbeitete. Es konnte erstmals ein öffentlicher und ein privater Chiffrierschlüssel generiert und gemeinsam genutzt werden. Es wurde möglich, den öffentlichen Schlüssel vor aller Augen auszutauschen. Andere konnten mit ihm eine Nachricht chiffrieren, die nur durch den privaten Schlüssel wieder decodierbar war. Genau dieses asymmetrische Verschlüsselungsverfahren wurde zur Grundlage für die digitale Signatur. Media@Komm beispielsweise will ebenfalls die asymmetrische Verschlüsselung nutzen. Die Schlüssel werden jetzt nicht mehr von jeder selbst hergestellt, sondern sie werden von sogenannten "Trust Centern" verkauft und verwaltet.
Trotzdem sollen, u.a. in den USA, eigenmächtige Versuche, Kommunikation im Netz zu anonymisieren, nach wie vor kriminalisiert werden. Denn Verschlüsselung ist immer noch die einzige Möglichkeit, das Internet für Bot-



Sparkasse: *„Mit der EC-Card sind Sie für die Zukunft bestens gerüstet".*

schaften passierbar zu machen, die nicht für jede bestimmt sind. Schließlich entspricht eine unverschlüsselte eMail einer offen lesbaren Postkarte.
Wirtschaftliche Interessen führen zu Allianzen von UnternehmerInnengrößen und NetzaktivistInnen bzw. der Hackerszene, die sich für die Zugänglichkeit von Verschlüsselungsprogrammen einsetzen. Die Bemühungen der Wirtschaftslobby haben jedoch immer auch die Etablierung der digitalen Signatur zum Ziel. Datenverkehr ist damit zwar verschlüsselt und kann von anderen NetznutzerInnen nicht eingesehen werden, aber letztendlich ist für staatliche Behörden (und wirtschaftliche Interessensverbände) die Verbindung von digitaler Signatur mit bürgerlicher Identität mit Hilfe der "Trust Center" nachvollziehbar. Menschen werden verpflichtet sein, ihre Bewegungen im Netz mit der digitalen Signatur zu kennzeichnen: Das Netz wird auf diese Weise deanonymisiert.
Obwohl sie das Gegenteil beabsichtigten, lieferten die Computer-AktivistInnen Staat und Wirtschaft die Lösung für deren Problem, das Netz zu deanonymisieren und damit wirtschaftlich zu erschließen und kontrollierbar zu machen.

EU-Überwachungspläne: ENFOPOL

ENFOPOL bezeichnet einen Ratsentwurf, der vom europäischen Justiz- und Innenausschuß als Verschlußsache verhandelt wird. In einem ersten Entwurf der ENFOPOL-Pläne war vorgesehen, daß die *"gesetzlich ermächtigten Behörden"* TeilnehmerInnen von Fernmeldeverkehr und Internet-Kommunikation verdachts- und anlaßunabhängig überwachen dürfen.
DienstanbieterInnen im Bereich der Kommunikationstechniken sollen verpflichtet werden, den Behörden alle Daten und den Inhalt der Kommunikation entschlüsselt zur Verfügung zu stellen. Firmen, die sich nicht dazu bereit erklären, sollen nicht auf den Markt gehen dürfen. In den Plänen ist vorgesehen, daß die Sicherheitsbehörden Zugriff auf Kontoverbindungsdaten, die Gebührenabrechnungen des Überwachten und bei Internet-Diensten selbst den Zugriff auf besonders sensible Paßwörter, PINs und andere Zugangscodes bekommen sollen. Zu den Anbietern, die davon betroffen sind, zählen auch die "Trust Center", die mit Verkauf und Verwaltung der oben beschriebenen digitalen Unterschriften betraut sind. Die ENFOPOL-Pläne wurden nicht wie vorgesehen im Mai verabschiedet, sondern sie liegen bis zum Herbst auf Eis, weil sich ein zu großer Widerstand dagegen anbahnte: *"Die strittigsten Forderungen wurden aufgrund des öffentlichen Druckes schnell herausgenommen. So wurde der Begriff der 'gesetzlich ermächtigten Behörden' präzisiert: Jetzt ist ausdrücklich nur noch von Strafverfolgungsbehörden die Rede - die Geheimdienste sind außen vor."* (5) Einmal mehr muß das konstruierte Argument der "inneren Sicherheit" dazu herhalten, die Forderungen wieder zu verschärfen: *"Die Sicherheitsbehörden sind in Fällen von Schwerstkriminalität darauf angewiesen, daß Aktivitäten im Netz dem Verursacher zugeordnet werden können"*, meint Gerhard Schmid (6).
Der englische Journalist Duncan Campell ist ohnehin der Ansicht, daß in den USA von Anfang an alle wichtigen Netzknoten abgehört wurden. *"Duncan zeigt, daß die ... ENFOPOL-Richtlinie der EU lediglich versucht, den längst etablierten amerikanischen Abhörstandard nachzuholen."* (7)
Die ENFOPOL-Pläne würden auch ein bereits bestehendes internationales Überwachungssystem (ECHELON) legalisieren, das den gesamten über Satelliten geleiteten Kommunikationsverkehr abhört (8). Erst vor kurzem hat der Direktor des australischen Geheimdienstes die Existenz von ECHELON offiziell bestätigt. Seitdem ist das weltweite Lauschsystem in die Kritik geraten, Persönlichkeits- und Grundrechte zu verletzen.
Erarbeitet wurden die Pläne von der EU-Arbeitsgruppe K4 "Polizeiliche Zusammenarbeit", die u.a. auch mit der internationalen Arbeitsgruppe ILETS - International Law Enforcement Telecommunications Seminar - zusammenarbeitet. Das ILETS besteht aus Referatsleitern nationaler Polizeien, die sich auf Einladung des FBI im November 1993 zum ersten Mal trafen. Mitgliedsstaaten sind einige EU-Länder, Kanada, Schweden, Norwegen, Finnland, Hongkong, Australien, Neuseeland und die USA. Der Stellenwert, den die Abhörpläne der EU-Arbeitsgruppe auf nationalstaatlicher Ebene haben, darf nicht unterschätzt werden: *"Ziel ist die allmähliche Vereinheitlichung der Gesetzgebung in den einzelnen Mitgliedsländern ... Ratsempfehlungen haben daher, auch wenn sie rechtlich nicht bindend sind, enorme Signalwirkung und werden als europäische Legitimation nationaler Gesetzesanpassungen benutzt."* (9)
Das Preisen der Sicherheit elektronischer Verschlüsselungsverfahren, wie es Media@Komm auch gerne tut, wird endgültig zur Farce, wenn die totale staatliche Überwachung ganz selbstverständlich mit den neuen Techniken zusammen eingeführt bzw. legalisiert wird.

Was der deutschen Bank die Peanuts, sind der Sparkasse die Chips

Alle KundInnen der Sparkasse Bremen erhielten im Mai diesen Jahres ein Schreiben mit der Überschrift "Für ein neues Kartenzeitalter", in dem ihnen mitgeteilt wurde, daß sie bis Ende Juni eine neue EC-Card erhalten werden. Die Karte wird mit einem neu entwickelten Multifunktionschip ausgestattet sein. Wofür die "Multifunktionen" des Chips eingesetzt werden sollen, bleibt unklar. Es wird nur mitgeteilt: *"Mit der neuen EC-Card sind Sie für die Zukunft bestens gerüstet. Weitere Informationen erhalten Sie mit der EC-Card."* Mit dem Brief wurde eine neue persönliche Geheimzahl (PIN) verschickt. Dazu ist zu lesen: *"Für Sie wurde ein neues Verfahren entwickelt, das neben dem Sicherheitsaspekt auch kommende technische Entwicklungen berücksichtigt."*
Unter der Telefonnummer 0421/1790 ist die

Kundenbetreuung der Sparkasse zu erreichen. Der zuständige Mensch erklärt mir, daß der neue Chip doppelt so leistungsfähig sei wie die alte Karte. Er entspreche in seiner Leistungskraft einem kleinen Rechner. Auf die Frage, wofür die verschiedenen Funktionen des Chips denn eingesetzt werden sollten, antwortet er, man habe ihnen das auch nur derart erklärt, daß auf dem Chip noch viele freie "Schubladen" seien, die in den nächsten Jahren gefüllt werden sollten. Bei der BSAG könne ich jedoch schon ab Sommer mit der Geldbörsenfunktion der Karte Tickets erstehen.
Die Frage, ob auf der EC-Karte jetzt schon eine digitale Signatur integriert sei, verneint er. Ob sie noch nachträglich eingeführt würde, will er nicht genau beantworten: Er wolle mir nichts Falsches sagen. Ich müsse wissen, daß sich in den nächsten drei bis vier Jahren einiges entwickeln werde. Die Frage, ob man es so formulieren könne, daß es sich bei der neuen EC-Karte um eine multifunktionale BürgerInnenkarte handele, beantwortet er mit: "Ja!"
Wir fordern zum Boykott der neuen EC-Karten auf, weil es sich um multifunktionale Chipkarten handelt, mit deren Hilfe die Nutzung digitaler Signaturen gefördert werden soll. Chipkarten sollen nach dem Willen der PlanerInnen an allen Punkten eingesetzt werden, an denen Menschen sich im öffentlichen Raum bewegen: Sie sollen universelles Zahlungsmittel – also Bargeldersatz - werden; sie werden Ausweisfunktion haben und können als Schlüssel zu öffentlichen/privaten Gebäuden und Räumen genutzt werden. Jede Nutzung der Karte hinterläßt Spuren, die es ermöglichen, ein lückenloses Bewegungsprofil der KartenträgerIn zu erstellen. Dafür interessieren sich HändlerInnen, die KundInnenprofile benötigen, aber auch für Polizei und Geheimdienste sind das begehrte Informationen. Der Einsatz von Chipkarten entspricht einer automatisch ablaufenden, sich ständig aktualisierenden Volkszählung.
Informiert Euch über ENFOPOL und schlagt Rabatz!

Zeena

Anmerkungen:
(1) Vgl.: Kryptographie für die Massen PGP, in: Arranca!S.54-57
(2) Yves Eudes, Guerilleros im Dschungel des Internet, in: Le Monde diplomatique, Nr. 4645, 16.6.1995, S.12f.
(3) Vgl. Internet-Seite des Landes Bremen: http://www.bremen.de
(4) Kryptographie: Verfahren zum Schutz vor unbefugtem Zugriff.
(5) Christiane Schulzki-Haddouti (http://www.heise.de/tp/deutsch/special/enfo/632971.html)
(6) Ebenda.
(7) Die Geheimdienste surfen am besten, in: taz vom 20.5.1999.
(8) http://www.heise.de/tp/deutsch/special/enfo/632971.html
(9) Christiane Schulzki-Haddouti, a.a.O.

Damit sie sich rundum sicher fühlen

o.b. controls

Belange von Frauen werden für die Politik der inneren Sicherheit instrumentalisiert und so als Vorwand für repressive Sicherheitspolitik benutzt, was die notwendige Kritik der patriarchalen Verhältnisse vermeidet. Frauen sind besonders von der laufenden Umstrukturierung der Städte betroffen. Hier verschränkt sich repressive Stadtplanung mit reaktionären Vorstellungen von der Rolle der Frau: Frauen werden in den privaten Raum zurückgedrängt und sollen sich wieder um Kinder und Familie kümmern.

Die Auseinandersetzung um "Innere Sicherheit" und Stadtumstrukturierung muß Bestandteil einer auf die Umwälzung der bestehenden Verhältnisse abzielenden feministischen Politik werden. Die obengenannten Entwicklungen sind Ausdruck der Transformation des kapitalistischen Staates und daher ein wichtiges Feld für linke Politik. Sogenannte feministische Ansätze zum Thema Stadtplanung greifen meist zu kurz, da sie auf der Symptomebene ansetzen, ohne das herrschende System grundsätzlich in Frage zu stellen. Es ist müßig, die Phänomene der Stadtumstrukturierung wie z.B. Repression oder Ghettobildung zu diskutieren, ohne sich mit ihrem ökonomischen Hintergrund auseinanderzusetzen.

"Wir wollen, daß sie sich sicher fühlen" - wie Law-and-order-Politiker zu Frauenfreunden werden

Die vorhandenen oder ihnen zugeschriebenen Ängste bzw. Unsicherheiten von Frauen werden benutzt, um mit angeblich frauenfreundlicher Politik Repression, Vertreibungen von Randgruppen und Überwachung durchzusetzen. Frau sollte also stets skeptisch sein, wenn ansonsten nicht eben für emanzipative Ansätze bekannte Politiker auf einmal die Interessen "der" Frauen vertreten wollen. Es handelt sich hierbei ja nicht um Frauen in all ihrer Unterschiedlichkeit, ihren verschiedenen Situationen, Perspektiven etc. Statt dessen wird eine Sondergruppe "Frau" konstruiert, die eben nur besondere Frauen enthält: weiß, deutsch, Mittelschicht, Mutter - Frauen mit gesellschaftlich erwünschter Normalbiographie, die es zu beschützen gilt. Diese Politik ist nicht nur menschenfeindlich, da *"dem Ansinnen, sichere Räume zu schaffen, die Annahme zugrunde liegt, es gäbe genau abgrenzbare, gefährliche Personengruppen, die den sozialen Frieden störten und deren Schlupfwinkel zerstört werden müßten"* (1). Sie ist auch explizit frauenfeindlich: Frauen werden auf die Rolle als ängstliche, unsichere und damit zu beschützende Objekte festgelegt, als handlungsfähige Subjekte erscheinen sie nicht.
Zum anderen hat diese Politik den Effekt, von der Gewaltförmigkeit des Geschlechterverhältnisses abzulenken. Beispielsweise scheint *"die Gefahr nicht mehr von Männern auszugehen. Anstatt sich mit den Gewaltstrukturen im Geschlechterverhältnis auseinanderzusetzen, erschöpfen sich Diskussionen in einer technokratischen Symptombekämpfung."* (2)
So wird insbesondere davon abgelenkt, daß Frauen in den sogenannten privaten Räumen am unsichersten leben, da die meisten Gewalttaten gegen Frauen von Familienangehörigen oder Freunden begangen werden. Diese Gewalt zu thematisieren hieße allerdings, sowohl das Märchen vom "bösen Triebtäter"

„... daß diese erzwungenen Kategorien gesellschaftliche Realität sind“:
Wenn der Sohn Kleidchen trägt, wird der Vati panisch.

als auch das von den “gefährlichen - weil dunklen - Ecken” fallenzulassen. Wenn es um Sicherheit für Frauen gehen soll, geht dies nicht ohne den Kampf gegen diese Verhältnisse. Solange Mädchen noch gemäß den alten Rollen erzogen werden, Gewalt gegen Frauen alltäglich ist und entweder tabuisiert wird, sofern sie im Privaten stattfindet, oder zur gepflegten Abendunterhaltung dazugehört, wie Frauen als Opfer von (Männer)Gewalt in den üblichen Krimiserien, sind städtebauliche Korrekturen bestenfalls Kosmetik.

Exkurs: Kategorien

Es ist davon auszugehen, daß Geschlecht konstruiert ist, einschließlich der implizierten Rollenzuschreibungen. Gleichzeitig ist aber davon auszugehen, daß diese erzwungenen Kategorien für Frauen wie Männer gesellschaftliche Realität sind und es deshalb notwendig ist, sich auf diese zu beziehen. Durch das Festlegen von Frauen auf die sogenannten weiblichen Eigenschaften werden Männer genauso auf das Gegenteil festgelegt, was sicherlich auch negative Konsequenzen hat, allerdings in diesen Verhältnissen eine privilegierte Position mit sich bringt. Folgerichtig ist davon auszugehen, daß Stadtplanung auch an den Bedürfnissen vieler Männer vorbeigeht. An den frauenspezifischen Aspekten lassen sich also Entwicklungen zeigen, die auch für andere, ebenso gewaltförmig zugerichtete Gruppen gelten. Feministische Politik kann nicht von den vorgefundenen Lebensrealitäten von Frauen abstrahieren, welche von patriarchalen Zuschreibungen und Gewalt gekennzeichnet sind. Trotzdem ist unter der Kategorie Frau keine homogene Masse zu verstehen, genauso wenig wie unter anderen Kategorien. Durch Kategoriebildung wird Herrschaft hergestellt und stabilisiert. Daher lassen sich Kategorien auch nicht auflösen, ohne die herrschenden Strukturen zu bekämpfen.

“Frauen sind eben so ...” - zur Naturalisierung von gesellschaftlich produzierten Bildern

Der zweite Aspekt der Veränderung der Städte, wie sie im Augenblick stattfindet, ist die Stadtumstrukturierung. Hinter diesem Euphemismus verbirgt sich die Anpassung der Städte an die Ansprüche des Kapitals. Stadtpolitik ist Standortpolitik, alles was eine Stadt für Investoren weniger attraktiv macht, soll nach Möglichkeit unsichtbar sein. Sogenannte Problemgruppen werden an die Stadtränder verdrängt. Die Innenstädte sollen “Visitenkarte” sein, zum ungestörten Vor-sich-hin-konsumieren einladen und Wohnort für Yuppies sein - für einen großen Teil der Bevölkerung, der weder das nötige Kleingeld hat, noch äußerlich dem Bild der Dazugehörenden entspricht, ist da schnell kein Platz mehr.
Kennzeichnend für diese Umstrukturierung ist das, was unter “Gentrifizierung” verstanden wird: Als heruntergekommen geltende Stadtteile werden von eher am Rande dieser Gesellschaft stehenden Gruppen wie MigrantInnen, Erwerbslosen, StudentInnen und HausbesetzerInnen, die sich keine hohen Mieten leisten können oder gar keine zahlen wollen, bezogen. Dadurch entsteht eine lebendige Infrastruktur, (alternative) Kulturangebote, was das Viertel für etablierte Gruppen interessant macht. Häuser werden saniert, die Mieten steigen, die Infrastruktur wird den Bedürfnissen der nun dort hinziehenden Klientel angepaßt, die vormaligen BewohnerInnen können sich das Leben in diesem Teil der Stadt nicht mehr leisten oder werden mehr oder weniger offen verdrängt, da sie das Lebensgefühl der neu Hinzugezogenen stören (3).
Gruppen, die für die kapitalistische Verwertung nicht interessant sind, werden an die Stadtränder verdrängt: Dies sind all diejenigen, die entweder zuwenig Kapital besitzen, um als Klientel interessant zu sein, oder diejenigen , die nicht interessant sind für den kapitalistischen Verwertungsprozeß. Das trifft insbesondere auf Frauen zu, da sie immer noch in der Regel schlechter qualifiziert sind (und außerdem Kinder kriegen könnten) und über weniger Geld verfügen als Männer. Der Anteil von alleinerziehenden Frauen, älteren Frauen, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen - wobei der Anteil der Migrantinnen sehr hoch ist - nimmt seit Mitte der 80er Jahre in den Satellitenstädten an Stadträndern überdurchschnittlich zu. Die Stadtrandlage mit schlechter Infrastruktur und weiten Wegen in die Innenstadt wirkt sich auf das Leben der dort wohnenden Frauen nachteilig aus - Raumüberwindung kostet Zeit und Geld. Dies hat eine höhere Frauenerwerbslosigkeit zur Folge, da die räumliche Entfernung zu möglichen Arbeitsplätzen groß ist und besonders für Frauen mit Kindern schwer zu überwinden ist (4). Nicht daß sie Kinder haben, sondern die Tatsache, daß Kinder immer noch in erster Linie Frauenangelegenheit sind, führt dazu, daß Frauen mit Kindern besonders von Marginalisierungsprozessen betroffen sind.
Im Zuge der so erfolgenden räumlichen Umsetzung von Geschlechterkategorien in der Stadt werden Geschlechterrollen nicht nur festgeschrieben und reproduziert, sondern auch naturalisiert. Etwas gesellschaftlich hervorgebrachtes wird zum Wesen der Frau, zu einer weiblichen Eigenschaft. Auf einmal ist es dann wieder “weiblich”, sich im privaten Raum aufzuhalten, weniger expansiv zu leben und verhältnismäßig unsichtbar zu sein.

Rosalotta Ahrendt

Anmerkungen:
(1) Franziska Roller, Ein Freigehege gegen die Angst in der Stadt, in: Stadtrat (Hrsg.), InnenStadtRaum, Berlin 1998.
(2) Antje Eickhoff, Wir können auch anders, in: Stadtrat (Hrsg.), InnenStadtRaum, Berlin 1998.
(3) Zur von einem großen Teil der BewohnerInnen unterstützte Vertreibungspolitik im “Viertel” vgl. u.a.: “Wie die Motten das Licht ...”, in: kassiber 33, November 1997.
(4) Vgl. M.E.C.K.S., “Aufgeräumt. Umgeräumt. Weggeräumt.”, in: arranca, August 1997.

Aktionswoche "city.crime.control."

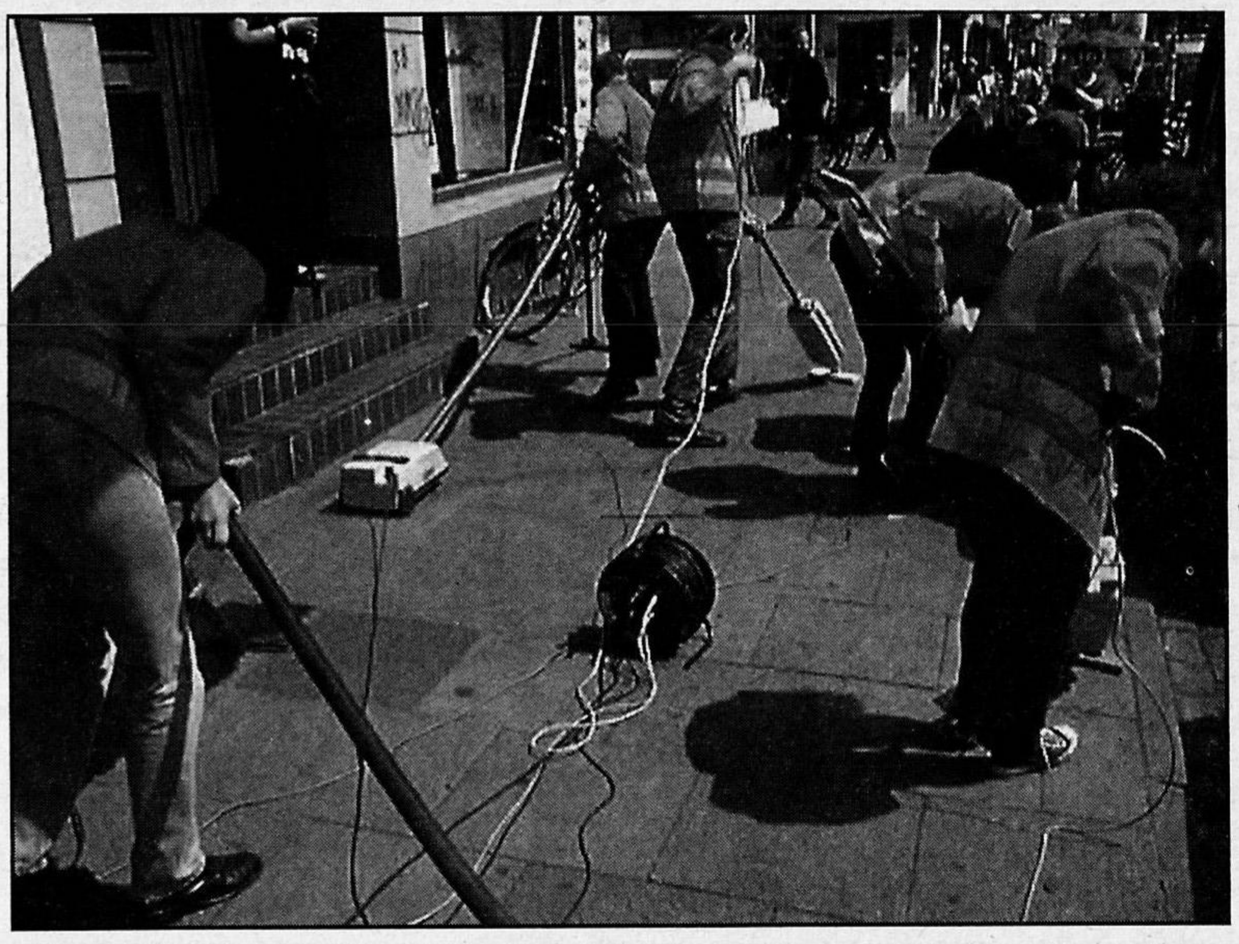
Die Stadt als subversive Nische?

Der öffentliche Raum: Traum und Alptraum aller StadtplanerInnen und Sicherheitsstrategen. Projektionsfläche und subversive Nische der Linken. Unterworfen der ständigen Kontrolle staatlicher Strukturen, aber auch hochstilisiert zur revolutionären Arena: "Heraus auf die Straße" und "Reclaim the streets".

In der Tradition anderer urbaner Happenings der "Rückgewinnung" dieses Raums - der sich im übrigen mit der gleichen Formel auch die Herrschenden verschrieen haben - steht ein neuer Bremer Zusammenschluß mit dem zunächst etwas verwirrenden Namen "city.crime.control." Vom 25. bis 30. Mai fand nun in einem ehemaligen Lagerhaus, etwas versteckt in einer Hinterhofecke des Steintors, eine Veranstaltungswoche zur besagten "Kontrolle der Räume" statt - Motto: "Subculture vs. Boredom City". Der eigentliche Veranstaltungsort selbst wird von den MacherInnen als allumfassender Raum etwas diffus beschrieben und in seiner Funktion als Austragungsort von Diskussionen sogar zum "Salon" stilisiert. Von Räumen in allen Varianten ist im Zusammenhang mit "city.crime.control" übrigens öfters die Rede, doch dazu später. Neben Diskussionen im "Salon" lag der Schwerpunkt in diesen Tagen auf Aktion. So wurde im Zusammenwirken von Diskussion und Aktion an einem Vormittag im Viertel der Bürgersteig gestaubsaugt, sowohl "Zwölf Kappen Wasser" als auch "A.S.E." machten Lärm auf der Straße; die Gruppe 42 war zu Gast beim Diskussionsforum zum Thema "Disziplin und Räume"; aus Frankfurt/Main und Berlin wurde von der bundesweiten "Innen!Stadt!Aktion!" berichtet; auf den Domtreppen wurde der "heterosexuelle Mainstream" weggefegt; der "Feministische Debattierclub" wiederum widmete sich der Instrumentalisierung der vorgeblichen Belange von Frauen für die "Innere Sicherheit"; und immer wieder zwischendurch zog die Plakatgruppe der Hamburger "Roten Flora" los, um offensiv zu plakatieren, während vor dem Goethetheater (tagsüber) und im Güterbahnhof (nachts) der unvermeidliche Rave stattfand.

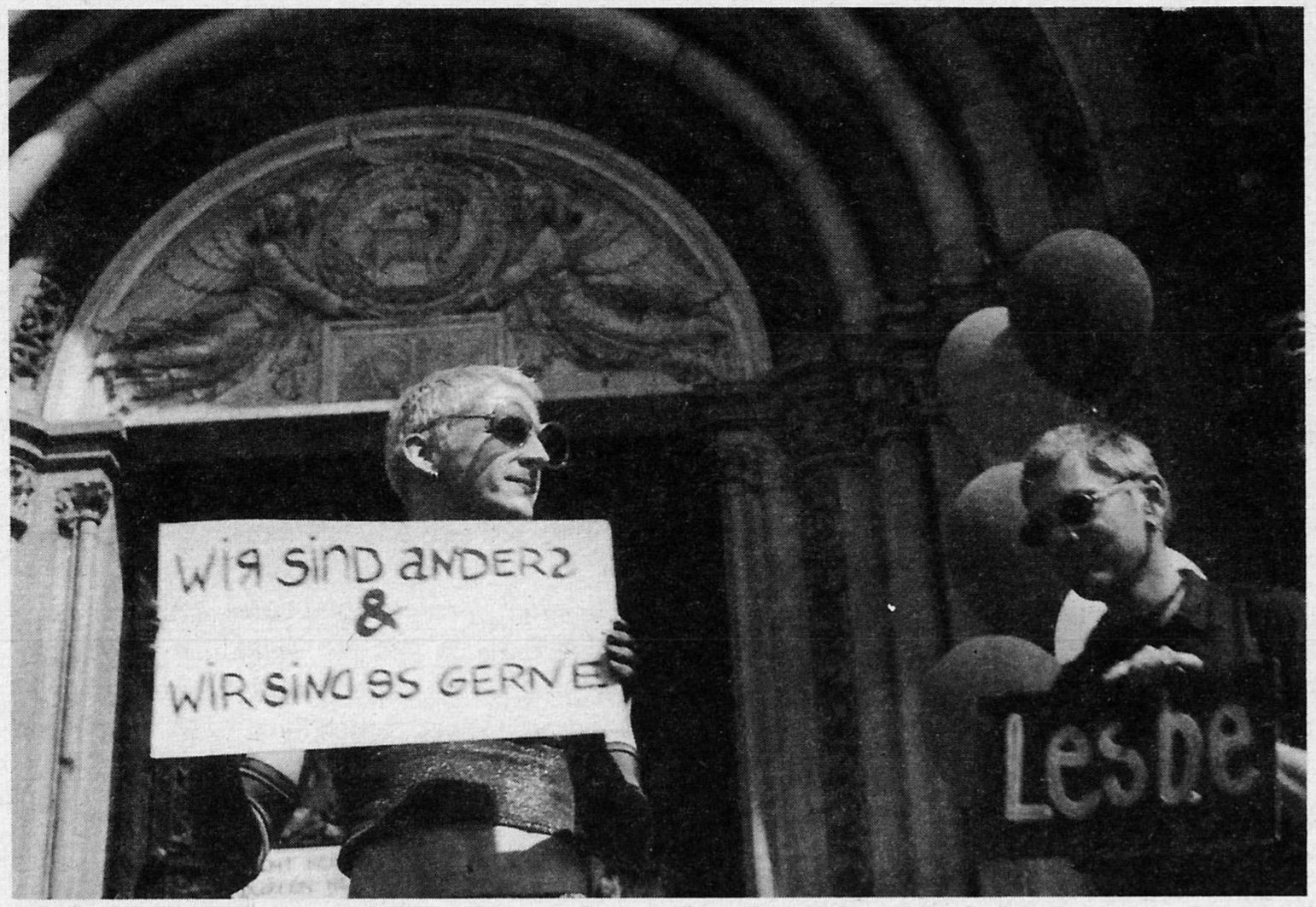
Private öffentliche Diskussion

All dies Veranstaltungen, die in erster Linie von der Bremer "Szene" getragen und besucht wurden. So boten die Diskussionsforen einen guten Rahmen, sich untereinander auszutauschen, weniger jedoch die Möglichkeit, über den eigenen Tellerrand der jungen ViertelbewohnerInnen hinaus zu schauen. In einem Rahmen, in dem die Kontrolle und Rückgewinnung des öffentlichen Raums zum Thema gemacht wurde, fehlte jedoch das Zusammenwirken mit denen, die dieser Kontrolle am meisten ausgesetzt sind und denen also die Rückgewinnung ebenjenes auch am meisten am Herzen liegen sollte: Wo waren die Obdachlosen, die MigrantInnen und die Arbeitslosen und ihre Organisationen? Wer sollte hier den öffentlichen Raum für wen erobern? Auch in Bremen kam die Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu kurz, genau wie in den vergangenen Jahren bei der "Innen!Stadt!Aktion!" in anderen Städten. Was bedeuten dann Marginalisierungsprozesse und deren soziale Begleiterscheinungen aus der Sicht der privilegierten, urbanen (und studentischen) Linken?
Wenn von einer "lebendigen Stadt" die Rede ist, gehören dazu auch Obdachlose, Junkies und Graffiti. Die, im Viertel beispielsweise, als irgendwie "dazugehörig" zu betrachten, geschieht von der Warte der bourgeoisen StadtbewohnerInnen aus, die die relative Freiheit haben, ihren Wohnort selbst zu wählen. Dann wird das "öffentliche Leben" auf der Straße, zwischen Elend und Devianz, als *kulturelles* Phänomen im eigenen Lebens- und Erfahrungsbereich wahrgenommen. Natürlich sollten alle, die sich aus freien Stücken für ein Leben auf der Straße entscheiden, sich auch überall dort aufhalten können, das bringt dann auch Vielfalt und einen Hauch Urbanität. In allen anderen Fällen muß die Kritik an Vertreibung von "Randgruppen" aber früher anfangen. So wie bei "city.crime.control" umschrieben, meint die "lebendige Stadt" die Stadt als Reproduktionssphäre ebenso wie sie eine bürgerlich romantisierende Projektion umreißt.
Geredet wird hier von Konsum und Reproduktion. Schön und gut, wo sich, wie im Viertel, Kneipe an Kneipe reiht, soll mensch auch schon mal auf der Straße hocken können. Ein Punkkonzert hier und da gehört dazu wie auch der selbstorganisierte Rave. All dies ist legitim und verteidigenswert. Es ist aber kein politi-



Aktion Staubermachen: *Linksradikale als brave BürgerInnen getarnt.*

Siebdrucke der Rote Flora Plakatgruppe: *wildplakatieren erwünscht*



***Aktion:** Wir fegen den heterosexuellen Mainstream weg.*

scher Kampf. Zu eben dem aber wird er laut "city.crime.control." stilisiert, wenn es im Programmheft heißt: "Kultur ist nicht nur dann politisch, wenn sie politische Interessen vertritt oder politischen InteressentInnen ausgesetzt ist. Es gilt, ständig neu auszuhandeln, was Kultur sein und bedeuten soll, und das ist Politik. Andersrum bringt auch die Politik eigene Kulturformen hervor, zum Beispiel eben dieses Aushandeln."
Kultur und Politik derart durcheinander zu würfeln birgt eine allzu große Beliebigkeit in sich. Sicherlich zitiert Kultur des öfteren politische Codes. Auf der anderen Seite versucht Politik immer, die kulturellen Codes zu steuern, denn nicht umsonst sollte gerade ins Hamburger Schanzenviertel die Aufführung des "Phantoms der Oper". Und hier sollte eine radikale Kritik ansetzen, die nach den Strukturen von Herrschaft sucht und danach fragt, warum Kulturpolitik erfolgt und welche deren Mechanismen sind.

Die Dominanz über den Stadt-Raum

Der Begriff des "öffentlichen Raums" ist ein Beispiel für die autoritäre Durchdringung der Öffentlichkeit. Erst im Herrschaftsdiskurs der bürgerlichen Gesellschaft wurde zwischen privatem und öffentlichem Raum unterschieden. Raum-Definitionen entstanden im Verlauf einer allmählichen staatlichen Strukturierung der Städte, die nun selbst in Einheiten gegliedert und verwaltet wurden. Die hierarchische Klassen-Gliederung der Industriegesellschaft vollzog sich auch über die Reglementierung der Öffentlichkeit mit ihrer Trennung von Produktions-, Reproduktions- und Konsumsphäre. Und dies aus gutem Grund, denn tatsächlich sollte hier die Bedeutung von Öffentlichkeit als kommunikativem Zusammenschluß, der immer auch ein subversives Potential in sich birgt, nicht unterschätzt werden.
Von staatlicher Seite wurde diese Problematik durchaus wahrgenommen, gerade im Bezug auf eine Kommunikation, die zwischen den Klassen ablaufen könnte. Konnte der Staat eine solche Kommunikation nicht immer im Ansatz unterdrücken, so schuf er sich doch stets Möglichkeiten, darauf Kontrolle auszuüben. So ist Stadtplanung immer auch ein Teil Aufstandsbekämpfung: Das im 19. Jahrhundert errichtete "Gracia"-Stadtviertel von Barcelona hat nur achteckige Häuserblöcke, damit die Straßenkreuzungen für die Polizei gut einzusehen sind; in Bremen wurde schon 1843 ein "Gänge-Verbot" für Neubauten erlassen. Heutzutage dienen vor allem Großprojekte wie Expo oder Olympiade einer umfassenden "Umstrukturierung" sogenannter Problemviertel.

Widerständiges mit Widersprüchen

Die Bekämpfung dieser hegemonialen Kontrollpolitik, gestern wie heute, sollte der Bezug für linksradikale Ansätze sein. Um so unverständlicher ist daher das "Salon"-Konzept von "city.crime.control.". Hier wird auf die traditionelle Funktion des Salons als großbürgerlichem "politisch-kulturellen Gesprächskreis" (Programmheft) verwiesen, jedoch völlig außer acht gelassen, daß die die Funktion einer intellektuellen Unterfütterung der bürgerlichen Gesellschaft hatten, während gleichzeitig dem rasch anwachsenden städtischen Proletariat jegliche Möglichkeit zur Kommunikation verwehrt wurde. Das Konzept des Salons, Kaffeehauses, Debattierclubs oder was auch immer ist das eines Herrschaftsdiskurses und somit das genaue Gegenteil einer subversiven und offenen Kommunikation, die sich ihre eigenen, zugänglichen Möglichkeiten (also auch "Räume") schafft. Eine solche Kommunikation ist dann eben auch nicht nur die konsensorientierte Debatte, sondern findet schon statt in der Versammlung an sich. So stellt, im Gegensatz zur bürgerlichen Kaffeerunde, die Masse in der Öffentlichkeit ein Potential dar, das auf seine Weise, auch durch bloße Präsenz, schon Teil einer herrschaftsgefährdenden Kommunikation sein kann. In dem Moment, in dem die Ordnung der öffentlichen Sphäre eigentlich sagen will: "Ihr habt hier nichts zu suchen", wird ihr von der subversiven Versammlung ein schlichtes "Doch!" entgegen geschleudert.
Aktionsformen, die sich an die Öffentlichkeit wenden, also zwangsläufig einen Teil der öffentlichen Sphäre besetzen, müssen eine Kommunikation schaffen, um nicht in einer unvermittelbaren Folklore künstlerischer Selbstbestätigung zu enden. Subversive Sprengkraft erwirbt sich eine solche Aktion dann, wenn sie einerseits das Raster staatlicher Kontrollpolitik aufbricht und die bereitgestellten Nischen verläßt. Auf der anderen Seite erwirbt sie sich revolutionäre Möglichkeiten, wenn sie aus einem Zusammenschluß der sozialen Klassen erwächst und damit die Segregation durch urbane Planung durchbricht. Wenn die zusammenkommen, die nicht zusammenkommen sollen, da ihnen eine gemeinsame öffentliche Sphäre wieder und wieder entzogen wird, dann kann der langsame Prozeß einer Kommunikation der Öffentlichkeit in Gang gebracht werden.
Dies als Anregung für den nächsten "city.crime.control." (im nächsten Jahr?). Denn die öffentliche Sphäre bleibt immer auch subversive und umkämpfte Sphäre.

Günther Feind

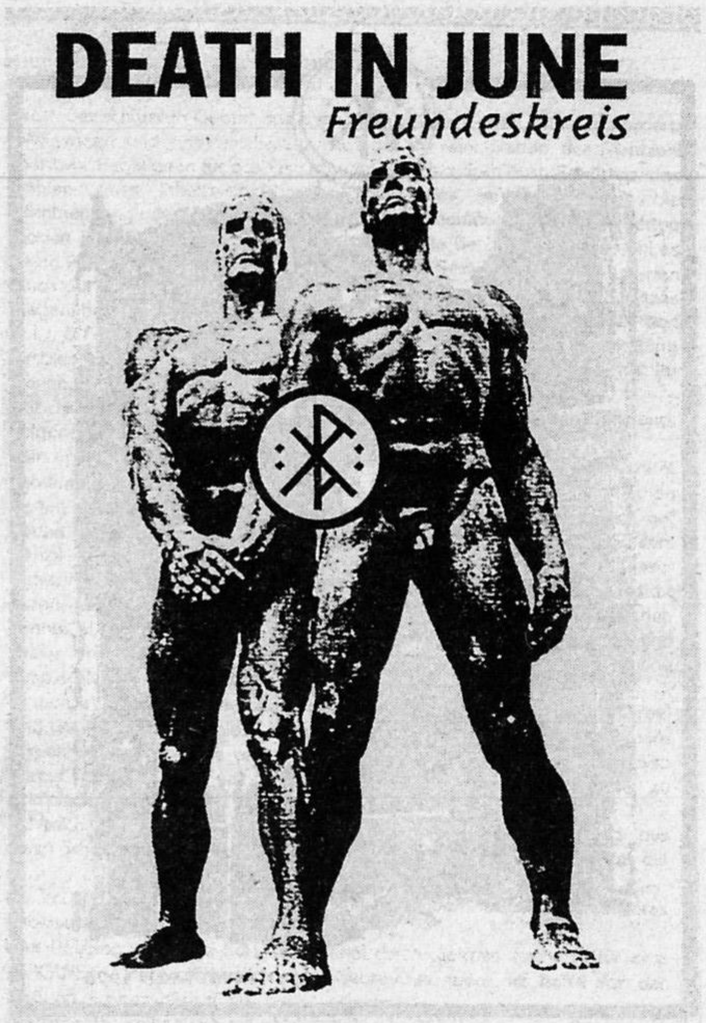
***Aktion:** Reclaim the Goetheplatz.*

Against the modern world

Braune Graswurzelrevolution in der schwarzen Szene?

Seit Mitte der 90er Jahre läuft eine Auseinandersetzung über den von Teilen der sog. Neuen Rechten betriebenen rechtsradikalen Kulturkampf in der „Dark Wave/Gothic"-Szene (1). Mittlerweile können wir auch einen wachsenden Widerstand innerhalb der Szene beobachten. (Die untenstehend kursiv gedruckten Personen, Bands, Zeitschriften und Institutionen sind am rechten Kulturkampf beteiligt.)

Gegenpol unserer Aktivitäten ist die sogenannte *Neue Rechte (Alain de Benoist, Pierre Krebs, Thule-Seminar* etc.) - eine intellektuelle Strömung innerhalb der Rechtsradikalen, die auf der Suche ist nach weitergehendem politischen Einfluß als ihn prügelnde Nazi-Boneheads und ergraute Alt-Nazis an Stammtischen schon erreicht haben. Anfang der 90er Jahre begannen Theoretiker der „Neuen Rechten" nachzudenken über ein Thema, was den Nazis scheinbar per se diametral entgegensteht: Popmusik. Während klassische Rechte diese irgendwo zwischen „Negermusik", „amerikanischer Massenkultur", „Dekadenz" und „Heimatlosigkeit" verorteten, begannen einige ihrer realistischeren Köpfe zu begreifen, daß sie mit ihrer starren Ablehnung keinen Pfifferling mehr ernten würden. „Pardon, ich höre Popmusik", überschrieb der Österreicher *Jürgen Hatzenbichler* (Mitglied der FPÖ) einen Artikel in *Nation & Europa* (3-4/91), in welchem er sich von „afrikanischen Strömungen", „schnelle(n) Rhythmen und auf Gestammel reduzierte(n) Texte(n)" distanziert, um gleichzeitig zur Herausbildung einer rechten „Gegenkultur und Alternativkultur" aufzurufen. Was bei ihm noch mit „Provokation" untertitelt war, präsentierte *Roland Bubik,* Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, im Herbst 1993 in der *Jungen Freiheit* unter dem Schlagwort: „Die Kultur als Machtfrage". Angelehnt an den italienischen Kulturphilosophen und Klassiker der Anti-Moderne, *Julius Evola* (1898 - 1974), den Umberto Eco als „faschistischen Guru" beschrieb, sieht er in Teilen der Popmusik Anknüpfungspunkte für die von Evola postulierte „Revolte gegen die moderne Welt" und kommt zu dem Ergebnis: „...die Jugendkultur von heute bietet erfolgversprechende Ansätze hierfür. (...) Ein merkwürdiges Bewußtsein, in einer Phase des Niedergangs zu leben, ist virulent, vom 'age of destruction' ist die Rede, die Parties der Tekkno-Szene gleichen makabren Totenfeiern einer Epoche. Man (...) mißtraut der Erklärbarkeit der Welt, wendet sich sogar rückwärts, etwa in Form der verschiedenen Independent-Szenen." (JF 10/93) Nachdem *Bubiks* Träume von der Techno-Szene („Stahlgewitter als Freizeitspaß") sich bald als Schäume entpuppten („seelische Vergewaltigung durch Beat-Computer und Masse"), vermeinte er in der Neo-Folk- und Gothic-Szene Anknüpfungspunkte zu finden. Er nennt Bands wie „Dead Can Dance" oder „Qntal", deren „mittelalterliche" Musik „eine andere Sprache als die der Moderne" spreche. In Wahrheit haben beide Bands nichts mit rechtem Gedankengut zu tun. Qntal gehören in den Kreis der deutschen Dark Wave-Bands („Deine Lakaien", „Estampie", „Das Ich"), die sich wiederholt und vehement gegen den rechten Kulturkampf zu Wort gemeldet haben. Und sein Redaktionskollege *Peter Bossdorf* (s.u.) mußte feststellen, daß „Dead Can Dance" längst nicht auf eine Rezeption mittelalterlicher Musik zu reduzieren sind und keine (musikalischen) Grenzen kennen. Anläßlich ihrer CD „Spiritchaser" (4 AD/Rough Trade 1996) stellt er enttäuscht fest: „Man parodiert in gezierter Pose den Orient, (...) begleitet von nicht mehr an Langeweile zu übertrumpfenden Percussion-Einlagen der Marke Dschungel. (...) Wenn dies Weltmusik sein soll, ist die Welt nicht zu beneiden." (JF 29/96).



„THAGLASZ"

Titelbild der Zeitung eines "Death in June-Freundeskreises". Das Bild zeigt die Skulptur "Kameradschaft" des Nazi-Bildhauers Josef Thorak, der Death in June ein gleichnamiges Lied auf der VAWS-"Thorak-Complication" (1998) gewidmet haben.

Doch es gab durchaus reale Anknüpfungspunkte in der Szene: *Bubiks* Lebensgefährtin *Simone Satzger* (alias *Felicia),* Sängerin der Gruft-Band *Impressions Of Winter,* propagierte 1995 eine rechte Kulturinstrumentalisierung und empfahl, „sich aktuellen kulturellen und politischen Phänomenen zu öffnen, um sie für die eigenen Zwecke zu nutzen" (2).

Darüber hinaus existierten schon damals eine Reihe von Bands mit tatsächlich rechten Inhalten. Von Interesse für die „Neue Rechte" war zudem ein in der Gothic-Szene verbreiteter Hang zum Mystischen. Auch die Bezüge von Teilen der Szene zu Romantik, Heidentum und Esoterik sind für die Rechten von Interesse, da sie ein Anknüpfungspunkt für rechte Propaganda sind.

Die „Operation Dark Wave" nahm in der *Jungen Freiheit* ihren Lauf. Über einen Nachwuchswettbewerb konnte eine mit Dark Wave vertraute Schreiberin gefunden werden, die freilich bald das Handtuch schmiß und schließlich eindringlich vor dem rechten Kulturkampf warnte und den Gothics mit auf den Weg gab, daß sie für die Rechten nur „nützliche Spinner auf dem Weg zur Macht" (Zitat aus dem Offenen Brief an *Rainer „Easy" Ettler,* 1996) seien (3).

Mit *Peter Bossdorf,* der auf eine lange Vergangenheit u.a. im *Thule-Seminar* und bei den *Republikanern* zurückblicken kann, konnte Mitte der 90er Jahre ein *Junge-Freiheit*-Redakteur in der auflagenstärksten Zeitschrift der „Independent Szene" plaziert werden: Das „Zillo" unter seinem damaligen Herausgeber *Rainer „Easy" Ettler* war sich zudem nicht zu schade, wiederholt rechte Anzeigen abzudrucken, darunter auch der *Jungen Freiheit* (Zillo 2 / 96).

Die Liaison „Zillo"/*Junge Freiheit* war aufgrund von Protesten aus der Szene bekanntgeworden: das Hamburger Wave-Label „Strange Ways" (u.a. „Goethes Erben") und der Vertrieb „Indigo" machten den Skandal öffentlich. Nach dem Tod des „Zillo"-Chefredakteurs *Rainer Ettler* wurde *Peter Bossdorf* im Frühjahr 1997 endlich vor die Tür gesetzt. Neuer Chefredakteur wurde Joe Asmodo.

Doch damit ist der rechte Kulturkampf nicht zu Ende. Mittlerweile haben sich feste Strukturen herausgebildet und vernetzt. Verlage, Zeitschriften und eine ganze Reihe von Bands sind durch eine kontinuierliche Arbeit für die Sache einer rechtsradikalen „Kulturrevolution" aufgefallen.

Zentrale Säulen des rechten Kulturkampfes

1. VAWS: Propaganda, Musik & Kommerz

„Es beherrscht unser Leben / es bringt kein Heil, ich schreibe ein paar Zeilen / das Wetter hier ist

fein, doch dröhnt es Tag und Nacht / durch Lautsprecher.“
(Siouxsie & The Banshees, 1979, Mittageisen [Metal Postcard], dem kommunistischen Montagekünstler John Heartfield gewidmet)

Neben der *Jungen Freiheit* besonders negativ aufgefallen ist in den letzten Jahren immer wieder der *Verlag & Agentur Werner Symanek* (VAWS). Der von *Werner Symanek* gegründete Vertrieb verbreitet eine Herrn *Frey* (DVU-Vorsitzender) durchaus ebenbürtige Palette rechtsradikaler Videos: „Auf den Spuren Ostpreußens“ („Durch den Zerfall der UdSSR rückt Ostpreußen wieder in das Blickfeld deutscher Interessen. Ist eine Rückkehr Ostpreußens zu Deutschland möglich?“), „Die Waffen-SS: Hitlers Elitetruppe“, „Erwin Rommel: der Wüstenfuchs“ („Seine legendären Siege ... machten Rommel zu einem der bekanntesten Kriegshelden.“) und Leni Riefenstahls Olympia-Filme. Das Buchsortiment enthält u.a. Bücher über den „Hitler-Putsch“ und den darauffolgenden Prozeß („alle [!] stenographisch erfaßten Aussagen Hitlers unkommentiert ...“), Rechtstips vom *Deutschen Rechtsbüro* für „Mäxchen Treuherz, (den) wackere(n) Streiter für die ‚Nationale Sache‘“ damit „es ihm gelingt, innerhalb der bestehenden Rechtsordnung trotzdem für seine Ideale wirken zu können“ („Mäxchen Treuherz und die juristischen Fußangeln“), und natürlich: antisemitische Hetze (VAWS über die biblische Königin Esther: „Es gibt kein anderes Volk auf der Welt, das den Mord an 75.000 Menschen zum Anlaß eines seiner höchsten Feiertage erwählt hat.“). Im VAWS-Report (Juli 96) werden verschwörungstheoretische Bücher gegen das Finanzkapital verbreitet (Rubrik: „Insiderwissen“), aber auch Bücher über Nazi-Architekten (*Albert Speer*) und „Aktphotographie in den 30er und 40er Jahren“. Wenn es in das inhaltliche Konzept des VAWS paßt, dann werden auch Titel aus seriösen oder gar linksradikalen Verlagen vertrieben, so etwa „Der kleine Abhörratgeber“ (Verlag id-Archiv) oder linke Bücher zu Themen wie EG, MAI-Abkommen oder Geheimdiensten.

Hin und wieder kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier nicht nur Nazis, sondern auch Psychopathen am Werke sind: „Deutschland muß vernichtet werden“ lautet der Titel eines Buches, welches „die weltweit angelegten Pläne zur endgültigen und totalen Vernichtung Deutschlands“ enthüllen soll. „Eine in ihrer Quellenvielfalt bestechende Dokumentation über die real existierenden Strategien“. Na dann: Prost!

Auch die seit 1969 erscheinenden *Unabhängigen Nachrichten* (UN) der ultrarechten *Unabhängigen Freundeskreise* (UFK) werden vom VAWS verbreitet. Mitglieder der UFK wurden 1994 wegen terroristischer Straftaten verurteilt (das geht bis zum versuchten Bombenattentat auf Simon Wiesenthal), immer wieder laufen Verfahren wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß. Die UN-Redakteure *Johann Brandt* und *Friedhelm Kathagen* sind ehemalige SS-Offiziere. Über Artikel etwa zum 8. Mai 45 mit Titeln wie „Alliierter Massenmord am Deutschen Volk“ (UN 3/95) braucht man sich also nicht zu wundern.

Doch der VAWS wäre nicht der VAWS, würde er nur Alt-Nazis, Antisemiten, Verschwörungstheoretiker und Esoteriker bedienen wollen. Der VAWS übt sich auch im Kulturkampf: neben Techno-CD's („Kicking House Tunes“, „Ravermeister“ usw.) vertreibt er die gesammelten Werke der rechten Wave-Band *Forthcoming Fire* inklusive der Gedichtbände ihres Sängers, des Ex-Punks *Josef Maria Klumb* (alias *Jay Kay),* der seit Jahren Mitarbeiter des VAWS ist. 1996 erscheint ein von Klumb zusammengestellter Doppel-CD-Sampler zu Ehren der Nazi-Kultur-Ikone *Leni Riefenstahl*, der angeblich zum „Verkaufsschlager“ wurde und - oftmals sehr unkritische - Besprechungen in einer Vielzahl von Medien erfuhr. Nachdem u.a. die Wave-Zeitung New Life die VAWS-Anzeige dafür abgelehnt hatte, erfand Symanek den Tarnnamen *Heliocentric Distribution* für den Vertrieb. 1998 erscheint das dem Nazi-Bildhauer *Josef Thorak* gewidmete Nachfolgeprojekt, zu dem selbst die *Junge Freiheit* anmerkt: „Für soviel Rehabilitierung reicht tatsächlich eine biographische Skizze aus, die als eine Art Begleitbroschüre erhältlich ist.“ (JF 2/99). Die CDs enthalten ein „Who is who“ des rechtslastigen Bereichs der Gothic-Szene: neben den schon erwähnten *Forthcoming Fire* und *Josef Klumbs* Nebenprojekten *Von Thronstahl* und *Preussak* sind auch *Death In June* (England / Australien), die Band um den SA-Verehrer *Douglas Pearce,* und *Turbund Sturmwerk* aus Erlangen auf beiden Samplern vertreten. Letztere lassen sich wie auch *Waldteufel* (USA), *Mjölnir Tonkunst* aus Dresden, *Unternehmen Dreizack* aus dem Rhein-Main-Gebiet und *Feindflug* aus Chemnitz direkt vom VAWS vertreiben.

Die *Riefenstahl-CD* enthält außerdem Beiträge von *Strength Through Joy* („Kraft durch Freude“, Irland), *Voxus Imp.* (Dresden), *Allerseelen* (Wien), *Swirling Swastikas* („Wirbelnde Hakenkreuze“, Italien) u.a.

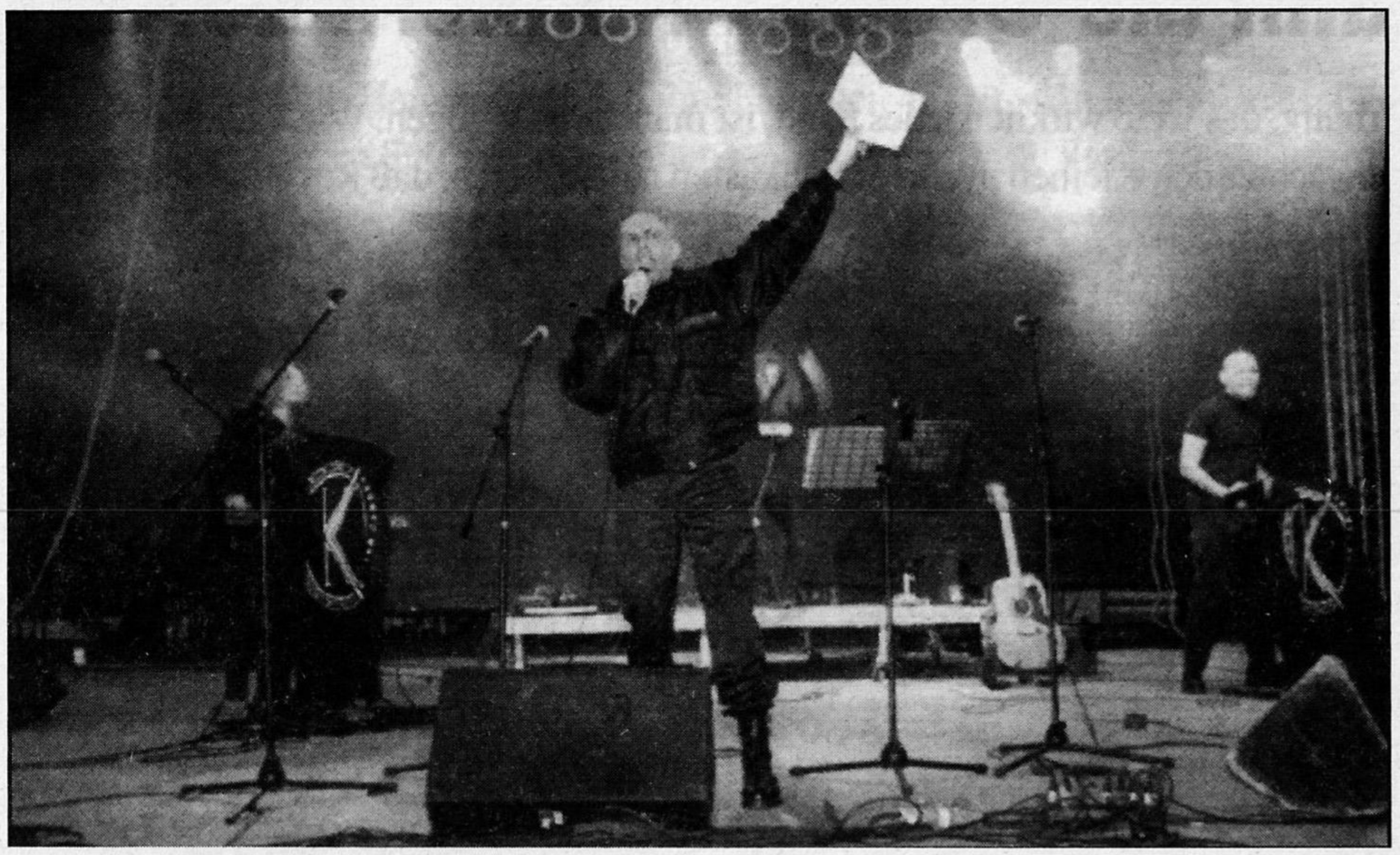
Für den *Thorak-Sampler* konnten zusätzlich *Stalingrad* (produziert von *Angelo Bergamini/Kirlian Camera,* Italien), *Egoaedes* (ein Projekt von *Marco E. Thiel,* dem Herausgeber des Nazi-Blattes *Europakreuz)* sowie weitere Bands aus Italien, Spanien, Frankreich, Tschechien und Litauen gewonnen werden, über die uns nichts näheres bekannt ist, weshalb sie hier unerwähnt bleiben sollen.

Das Electro-Projekt „PP?“ war beispielsweise auf dem Riefenstahl-Sampler mit dem unpassenden Titel „Vive La France“(!) vertreten und distanzierte sich öffentlich, nachdem sie bemerkt hatten, wo sie da gelandet waren. Das japanische Duo „Jack Or Jive“ ist in großer Ahnungslosigkeit auf der Thorak-Compilation gelandet und zeigte sich über das politisch-musikalische Umfeld entsetzt (peinlicherweise gefiel dem JF-Rezensenten deren Beitrag am besten).

Immer wieder versucht der VAWS, auch mit nicht-rechten Bands Geschäfte und Propaganda zu machen. Bereits 1994 schaltete der Vertrieb Anzeigen in Musikmagazinen und vertrieb auch Platten populärer Bands wie „Deine Lakaien“. Neben der bestellten Ware erhielten Grufties dann Propagandamaterial der UFK! (nachzulesen in: Sub Line 8 / 94 und 9 / 94). Das Lakaien-Label „Gymnastic Records“ stoppte damals die Belieferung, nachdem Fans Alarm geschlagen hatten und legte sich mit dem VAWS an. Um so ärgerlicher, daß derlei Bauerntricks immer wieder funktionieren.

Im Sommer 1998 erscheint bei VAWS der *Profile Bizarre-Wandkalender 1999,* der Fotos von 13 nicht-rechten, aber um so prominenteren Independent-Bands enthält. Die Initiative „Grufties gegen rechts“ hat die Bands angeschrieben und über die rechtsradikalen Machenschaften des VAWS aufgeklärt. Bisher kamen distanzierende Antworten von den „Einstürzenden Neubauten“, „Lacrimosa“, dem „Fan-Club der Krupps“, „Subway To Sally“, „Such A Surge“ und „Think About Mutation“.

Der Mechanismus war bei allen gleich: Eine unscheinbare Promo-Anfrage, wie sie täglich dutzendfach bei den Plattenfirmen eingehen. Über den VAWS wußten Bands und Labels nichts. Alle zeigten sich entsetzt und versprachen in Zukunft die Zusammenarbeit abzubrechen, einige informierten auch andere Bands und Labels.



Nazis im Nebel / Grufties im Sumpf: *Kirlian Camera spielt auf*

2. Das Europakreuz: Hardcore-Nazis und Neo-Folk

„Gedankengänge sind gestrichen/ in Kopfhöhe braun/ infam oder katholisch violett/ zur besseren Orientierung"
(Einstürzende Neubauten - Haus der Lüge)

Das *Europakreuz* (Untertitel: „Europas Kunst, Kultur und Kraft") erscheint bereits seit 1991 in Berlin bzw. Potsdam. Das Blatt versucht sich an einer Mischung aus nazistischer Berichterstattung zu Geschichte und Politik und kulturellen/musikalischen Themen. Neben positiver Berichterstattung zum *Front National,* Artikeln über „Freiwillige in der Waffen-SS" (Europakreuz Nr.21/22) oder „Gesprächen (wie Interviews beim Europakreuz auf „neudeutsch" heißen) „mit einem Ustascha-Veteranen" oder dem NPD-Barden *Frank Rennicke* finden sich so auch Artikel zu heidnischen Themen und Berichte und Interviews mit Künstlern aus dem rechten Segment der Dark-Wave-Szene, vornehmlich aus dem Neo-Folk und Industrial-Bereich. Ihre Mailorder strotzt vor Nazi-Literatur (*Schönhubers* „Ich war dabei" ist noch eins der harmloseren). Ihre „Adressenliste" benennt Kontaktadressen zu den derbsten Faschistenorganisationen weltweit: Vom *Front National* in Frankreich über den VAWS und andere Nazi-Verlage und- Zeitungen, den belgischen *Vlaams Blok* zu den *Oklahoma Seperatist* in den USA oder der *British National Party* in Großbritannien. Im Veranstaltungskalender wurde zum Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 1997 in Leipzig aufgerufen. Vermutlich aus presserechtlichen Gründen ist das *Europakreuz* seit kurzem nur noch im Internet einsehbar, die Papierausgabe wurde eingestellt. Herausgeber ist *Marco E. Thiel,* der neben dem Europakreuz das Musikprojekt *Egoaedes,* das Label *Abyss* und den *Wolf Division Mailorder* unterhält. Er schrieb außerdem für das Nazi-Bonehead-Blatt *Rock Nord* einen Artikel über *Death In June*. Der Europakreuz-Mitarbeiter *Torsten Bunk* ist übrigens häufiger im Bremer Nachtleben anzutreffen (siehe Kasten).

3. Sigill: Heidentum, Musik und Neue Rechte

„Die Deutsch-Maschine rollt"
(„And One", *Deutsch-Maschine)*

Seit 1993 erscheint unter der „Schriftleitung" (!) von *Stephan Pockrandt* in Dresden das Blatt *Sigill* (Untertitel: „Magazin für die konservative Kulturavantgarde Europas"), das in seiner Konzeption vielleicht ernstzunehmendste rechte Blatt der schwarzen Szene. In *Sigill* kommt der Kern des rechten Segments der Dark-Wave-Szene zu Wort: *Death In June, Sol Invictus, Radio Werewolf, Kirlian Camera, Orplid, Strength Through Joy, Allerseelen, Forthcoming Fire, The Moon Lay Hidden Beneath a Cloud* usw. Aus Interviews und sonstigen Quellen ist ersichtlich, daß sich Redakteure und Band-Mitglieder oft kennen oder Briefkontakte unterhalten. Während das *Europakreuz* auf den ersten Blick als Nazi-Blatt zu erkennen ist, arbeitet *Sigill* enger an den neurechten Kulturkampf angelehnt. Runen, heidnische Themen und rechte Kulturkritik stehen so neben der sympathisierenden Auseinandersetzung mit Vertretern sozialdarwinistischer, antisemitischer oder nationalrevolutionärer Musikprojekte. Auch wenn *Sigill*

Torsten Bunk - Bremer Nationalrevolutionär und Europakreuz-Mitarbeiter

Torsten Bunk (vermutlich Jahrgang 1969) ist ein organisierter rechtsradikaler Bremer mit Verbindungen zur Schwarzen Szene. Er kandidierte bei der Bremer Bürgerschaftswahl im September 1991 für die inzwischen verbotene *Nationalistische Front (NF)*. Er war „Schriftleiter" der *Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener (HNG)*, die bundesweit inhaftierte Nazis betreut. Vorsitzender der *HNG* war 1992 der Bremer Markus Privenau, langjähriger Aktivist der *FAP*. Eine weitere Naziorganisation, mit der Torsten Bunk eng verbunden war, ist die *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)*. Nachdem am 3. Oktober 1991 ein Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in der Schwachhauser Heerstraße verübt worden war, geriet Torsten Bunk in die Fänge der Justiz. Der Anschlag war aus den Reihen der Schwachhauser *„Penny-Crew"* verübt worden, deren Mitglied Bunk war. Bei dem anschließenden Gerichtsverfahren kam heraus, daß Torsten Bunk zwar nicht selbst an dem Anschlag beteiligt war, aber von den Planungen wußte und evtl. sogar praktische Tips gegeben hat, da er dabei war, als am Tag zuvor die Molotow-Cocktails für den Anschlag gebaut wurden.

Im Mai 1992 wurde er deshalb wegen Beihilfe und Nichtanzeige einer geplanten Straftat verurteilt (vgl. kassiber 19, Juni 1992, S. 8, 10, 16 f.). Mit einer Geldstrafe kam Bunk damals außerordentlich gut davon, wohl auch deshalb, weil von Seiten der Justiz kaum Interesse an einer Aufklärung bestand. Wohl nicht zuletzt deshalb, weil zwei der drei Haupttäter - Oliver Dennog, Hannes Ostendorf und Gregor Schilf - aus renommierten Elternhäusern stammten (Rechtsanwalt Arnold Dennog bzw. der ehemalige SPD-Senatssprecher Hannes Ostendorf). Außerdem ist zu vermuten, daß sich Bunk im Laufe des Gerichtsverfahrens offiziell von seinen Naziaktivitäten lossagte.

Bei dem Brand mußten 14 BewohnerInnen auf die Straße flüchten, drei wurden von den Flammen im Haus eingeschlossen und konnten nur durch die Feuerwehr gerettet werden. Ausgerechnet die sechs BewohnerInnen des Zimmers, durch dessen Fenster die Brandsätze geworfen wurden, waren zum Zeitpunkt des Anschlages nicht anwesend, wodurch Schlimmeres verhindert wurde.

Aufgrund der genannten Tatsachen flog Bunk 1992 aus einigen Veranstaltungen der Schwarzen Szene raus (z.B. im Römer und im Schlachthof). Er zog dann einige Jahre nach Süddeutschland und gab sich bei Bremenbesuchen als Aussteiger, der im Süden ein neues Leben anfangen wollte. Gerüchteweise drang allerdings durch, er hätte auch dort wieder Kontakte zu Neonazis unterhalten. Über Jahre hinweg hielt sich jedoch die Legende vom „Aussteiger" Torsten Bunk. Erleichtert wurde dies dadurch, daß Bunk weder im optischen Erscheinungsbild als Nazi zu erkennen ist noch durch platte Parolen, Abzeichen oder Prügeleien auffällt. Er ist eher Organisator und braun-intellektuell geprägter Schreibtischtäter als Straßenkämpfer.

Am 3. Oktober 1998 tauchte Bunk dann bei der ersten Bremer „Grufties gegen Rechts"-Party im Schlachthof auf. Es gab lange Debatten, ob er Zutritt zur Veranstaltung bekommen sollte. Immerhin lagen die letzten gesicherten Informationen über neonazistisches Engagement über sechs Jahre zurück. Er wurde zur Rede gestellt, inwieweit an den Gerüchten über rechte Kontakte in Süddeutschland etwas dran sei. Bunk bestätigte seine Abwendung von der rechtsradikalen Szene und erklärte, daß seine damaligen Aktivitäten ein großer Fehler waren. Nach der Devise „im Zweifelsfall für den Angeklagten" durfte Bunk bleiben, da wir der Meinung waren, daß auch ehemalige Nazis zumindest die Chance eines Ausstieges haben sollten. Bald darauf mußten wir feststellen, daß dies ein schwerer Fehler war. Im Rahmen unserer Recherchen über Verbindungen zwischen Neonazis und Teilen der Dark-Wave-Szene entdeckten wir, daß Torsten Bunk mindestens seit 1997 (und bis in die aktuellen 1999er Ausgaben hinein) zum Autor des Naziblattes „Europakreuz" avancierte. Dort schrieb er Artikel mit militaristischem Unterton zu geschichtlichen Themen wie Napoleon (in dem Bunk die Französische Revolution kurzerhand als „Pöbelrevolte" abkanzelte), über den Nationalkommunisten, SA-Freund und Wehrmachtsleutnant Richard Scheringer, über *Turbund Sturmwerk* u.a. Seine ideologische Linie deckt sich dabei immer noch mit der „nationalrevolutionären", „volkssozialistischen" der NF, bei der er offensichtlich eine „intensive und gezielte Mitgliederschulung" (vgl. „Nationale Front in Bremen", in: kassiber Nr. 6, Januar 1990, S. 15) genossen hat. Seine nationalrevolutionäre Einstellung hat sich in all den Jahren offensichtlich um keinen Jota geändert. Torsten Bunk wohnt z. Zt. in der Neustadt und taucht in den letzten Monaten immer wieder in Discos und in Szene-Kneipen auf.

Vor dem Hintergrund der fortwährenden Aktivitäten Torsten Bunks im organisierten Rechtsradikalismus ist es angesagt, daß dafür gesorgt wird, daß er keinen Zutritt zu Discos und Alternativ-Kneipen mehr bekommt.

Ian Curtis

(redaktionell überarbeitet)

viel Wert darauf legt, nicht als Nazi-Blatt angesehen zu werden, so sprechen doch die Autorenschaft von Leuten wie *Markus Wolff (Waldteufel), Kadmon (Allerseelen)* oder *Martin Schwarz,* der auch für das NPD-Blatt *Deutsche Stimme* schreibt, ebenso eine andere Sprache wie ihre durch die „Deutsch-Maschine" gezwirbelten Artikel: so heißen Compact Discs bei *Sigill* nicht CDs, sondern „Lichtscheiben".

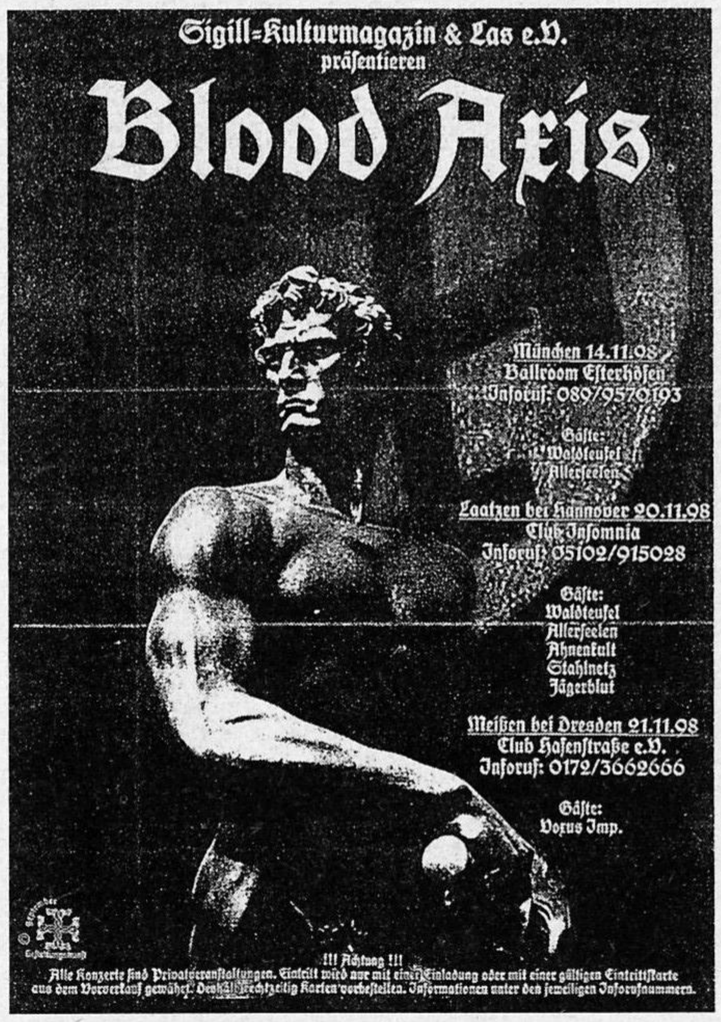
So wird auch sprachlich vorbereitet, was *Sol Invictus* mit Freude besangen: „The Death Of The West".

4. Weitere Zeitschriften

„Only buy British!"-„Nazi-Bastard!!!"
(Schuß)
(Sample zu Beginn von „Velvet Acid Christ", Futile [Nazi-Bastard-Mix] 1996)

Ein weiteres deutsches Blatt ist *Hagal,* das von der Konzeption her vergleichbar mit Sigill ist. In Österreich erscheinen die *Aorta*-Heftchen des *Allerseelen*-Kopfes *Kadmon* mit themenbezogenen Ausgaben u.a. zu Ehren von *Julius Evola, Leni Riefenstahl* und dem Schöpfer des SS-Totenkopfes, *Karl Maria Willigut.*

In Schweden erscheint das Nazi-Blatt *Nordland,* in dem Leute wie *Michael Moynihan* von *Blood Axis* ganz andere Töne anschlagen als in der deutschen Musikpresse. Aus den USA kommen *The Fifth Path* und *Vor Trú,* an denen wiederum *Michael Moynihan* mitarbeitet. Der *Blood Axis*-



***Blood Axis:** Präsentiert von Sigill.*

Kopf veröffentlichte kürzlich das selbst von der SPEX unkritisch hochgejubelte Black Metal-Buch *Lords Of Chaos - The Bloody Rise Of The Satanic Metal Underground.* In SPEX war kein Wort davon zu lesen, daß *Moynihan* eine äußerst rechte Figur ist, der neben vielen anderen rechten Aktivitäten für US-Nazi-Blätter wie *Plexus. A National Socialist Theoretical Journal* schreibt und in seinem Verlag *Storm Books* die gesammelten Flugschriften des inhaftierten US-Neonazis *James Mason* in Buchform veröffentlichte.

Ziele und Wirkungsweisen des rechtsradikalen Kulturkampfes

So arbeiten viele Mitglieder rechter Neo-Folk und Industrial-Bands nebenbei an Zeitschriften, die das auch in den Songtexten vorhandene rechte Gedankengut in intellektueller Form vertiefen. Fans werden auf Dauer nicht dabei stehen bleiben, nur die Platten ihrer geliebten Künstler zu kaufen, sondern sich auch für die schriftlichen Äußerungen interessieren.

Gemeinsam ist praktisch allen der genannten Zeitschriften ein Mix aus Berichterstattung über neurechte Bandprojekte aus dem Neo-Folk, Black Metal und Industrial, heidnischen Themen, Germanen-, Kelten- und Wikinger-Kult, Runenkunde und mehr oder weniger deutlich ausgeprägten nazistischen, antisemitischen oder nationalrevolutionären Themen.

Immer wiederkehrend auch die Berufung auf die „Meinungsfreiheit", die „Künstlerische Freiheit" und ein „Freidenkertum" jenseits von „Schablonen" wie links und rechts. Auf den ersten Blick macht das die Sache sehr verwirrend und widersprüchlich, wenn Leute wie *Moynihan* sich etwa als „Anarchisten" bezeichnen, gleichzeitig aber liberale und demokratische Freiheiten ausnutzend sozialdarwinistisches, antisemitisches und rassistisches „Blut-und-Boden"-Gelaber vom Stapel lassen und sich in rechten Zirkeln tummeln oder sie gar selbst gründen.

Auch wenn die Auflage aller erwähnten rechten Zeitschriften kein Anlaß zur Panik gibt, so sind sie doch wichtige Bindeglieder zwischen den an den besprochenen Bands oder Heidentum interessierten Grufties und dem rechten Kulturkampf. Dieser rehabilitiert auf diesem Wege die ganze esoterisch-mystische Seite des Nazi-Regimes (etwa das SS-Ahnenerbe und seine Wewelsburg bei Paderborn), die nationalrevolutionären Strömungen des NS wie etwa die *SA,* den italienischen Faschismus und die eng mit ihm verwobene Kunstrichtung des Futurismus, die faschistischen *Eisernen Garden* aus Rumänien und ihren Gründer *Corneliu Codreanu,* Nazi-Künstler wie *Riefenstahl, Thorak* und *Speer,* Germanenkult, Sozialdarwinismus und Antisemitismus und damit entscheidende Ideologiebestandteile faschistischer, nationalrevolutionärer und nationalsozialistischer Gruppen und Organisationen. Auch über die oft spielerisch verbrämte Enttabuisierung von Symbolen wie dem Haken- oder dem Kruckenkreuz und der Etablierung von germanischen Runen versuchen die Rechten Schritt für Schritt den Blick auf das Dritte Reich und letztlich das ganze Weltgeschehen in ihrem Sinne zu verändern.

Auf bestimmten Festivals wie dem Internationalen Wave-Gotik-Treffen in Leipzig, auf Konzerten sowie in entsprechenden Plattenläden ist ein Großteil der erwähnten Magazine zu erwerben, die Platten gibt es hier in Bremen sogar in Läden wie „Zoff Records" in der Knochenhauerstraße zu kaufen, obwohl die Betreiber nicht ahnungslos sind. Kommerzielle Interessen machen es dem rechten Kulturkampf besonders leicht.

Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang, daß ein Großteil der Fans von Bands wie *Death In June, Sol Invictus* oder *Kirlian Camera* selbst nicht rechts ist, sondern nur auf die Musik dieser Neo-Folk-Bands steht. Das „rechte Image" der Bands ist den meisten zwar bekannt, doch viele ziehen sich bequemerweise auf gerade in Deutschland gerne in Musikzeitschriften veröffentlichte Distanzierungserklärungen und Ausreden der Bands zurück, die besagen, daß die Kritiker die Bands ja nur „mißverstehen" würden.

Es gibt aber belegte Fälle von Fans, die über die Beschäftigung mit Neo-Folk-Bands sich für die protegierten Ideologen wie *Ernst Jünger* oder *Julius Evola* interessierten und schließlich fasziniert davon selbst Teil des rechten Kulturkampfes wurden. Den Fans, die tatsächlich nichts damit zu tun haben wollen, fällt der Abschied von „ihrer Band" oft schwer. Immer wieder konnten wir regelrechte schmerzliche Abschiedsprozesse beobachten, was wohl jeder nachvollziehen kann, der sich vorstellt, sich von seiner Lieblingsband trennen „zu müssen".

Dieser prozeßhafte Charakter muß bei Gegenaktivitäten unbedingt berücksichtigt werden. Aktionen wie das Anzünden des Tour-Busses von *Death In June* (geschehen 1997 in Frankfurt) schaden diesen Prozessen in einer Szene, die Gewalt mehrheitlich ablehnt, mehr als sie nützen.

Eine gelungenere Aktion war die von Antifas und Gothics gemeinsam durchgeführte Bühnenbesetzung anläßlich eines Auftritts von *Forthcoming Fire* in der Bochumer Disco „Zwischenfall" im Jahr 1997. Die Aktion war vorher über Flugblätter begründet worden, die *Forthcoming Fire*-Fans wurden in Kenntnis gesetzt: „Forthcoming Fire wird nicht spielen", sie sollten sich daher das Eintrittsgeld sparen. *Forthcoming Fire* konnte tatsächlich nicht auftreten und die Aktion wurde nachträglich noch einmal öffentlich in einer Veranstaltung im „Zwischenfall" nachbereitet. Die Betreiber sahen nach diesen Erfahrungen von einem bereits geplanten Konzert mit *Death In June* ab und strichen den Auftritt, was um so erfreulicher war, als das „Zwischenfall" in früheren Jahren Ausweichort für anderswo abgesagte *Death In June*-Konzerte war.

Widerständiges aus der Gruftie-Szene

„No More Blood And Soil!"
(Songtitel der britischen Gothic-Band „Positive Noise")

„Nazischweine, gebt gut acht - noch gehört sie uns die Nacht!"
(Parole von Gothics aus Bayern)

„Brothers, Sisters, We Don't Need This Fascist Groove Thang"
(Heaven 17)

„Schwarz statt braun"
(Logo der Rostocker „Grufties gegen Rechts")

Genervt von den braunen Schafen in der schwarzen Szene gründete sich im April 1998 in Bremen die Initiative „Grufties gegen Rechts". Anlaß war ein Konzert der italienischen Band *Kirlian Camera* in Berlin, bei dem sich der Sänger *Angelo Bergamini* mit gestrecktem Arm von der Bühne verabschiedete. Wir wollten dem Treiben nicht länger tatenlos zusehen und verfaßten ein vierseitiges Flugblatt, welches über rechte Bands, Labels und Verstrickungen informierte und mit einem Boykott-Aufruf gegen jene endete. Erfreulich war, daß fast alle DJs aus der

schwarzen Szene Bremens den Aufruf unterstützten. Dieser war verbunden damit, den rechten Kram in Zukunft nicht mehr aufzulegen. „Ban It From The Clubs ...".

Bereits im Mai 1998 wurde das Flugblatt zu einer 16-seitigen A6-Broschüre umgeschrieben, die unter dem Titel „Die Geister, die ich rief..." (Auflage: 2.000) erstmals auch bundesweite Verbreitung fand: wir verteilten das kostenlose Heftchen beim 7. Wave-Gotik-Treffen in Leipzig (Pfingsten 1998). Dabei stießen wir auch auf eine Gruppe Berliner Gothics, die ein Flugblatt zum VAWS-Mitarbeiter und *Forthcoming Fire*-Frontmann *„Jay Kay"* alias *Josef Klumb* unter dem knackigen Titel „Jay Kay - Verpiß Dich!" unter die Leute brachten.

Was die BerlinerInnen damals noch nicht ahnen konnten, war, daß dieser mit seinem neuen Projekt *Weissglut* auf dem Weg zum kommerziellen Durchbruch war: Das finanzkräftige Sony-Sublabel *Epic* nahm die Band im Herbst 1998 unter Vertrag und hypte sie mit einem immensen Werbeetat und Anzeigen in sämtlichen Musikzeitungen. Erst als die öffentliche Kritik (nicht nur von uns) an der Übernahme einer Band, deren Frontmann Mitarbeiter eines Nazi-Verlages ist, weder inhaltlich noch gerichtlich aufzuhalten war, entschlossen sich Band und Label im Januar 1999, sich endlich von *Klumb* zu trennen.

Auf dem Campingplatz stießen wir auf ein Transparent „Grufties gegen Faschismus". Erste Kontakte entstanden, kurz darauf gründete sich auch in Berlin eine Grufties gegen Rechts - Gruppe. Desweiteren war in Leipzig auch Gelegenheit zu Gesprächen mit Herausgebern von Musikzeitschriften. Die Bitte, Rezensionen unserer Broschüre zu veröffentlichen, erfüllten das „Zillo" und das Berliner Fanzine „Dark Sign". Während im „Dark Sign" ein völlig unqualifizierter Verriß erschien, machte das „Zillo" unter ihrem neuen Chefredakteur Joe Asmodo kräftig Werbung für unsere Broschüre.

Seitdem erreichten uns über 200 Briefe und eMails, fast durchweg positive Resonanz von Grufties aus ganz Deutschland, der Schweiz, Österreich, den Niederlanden und Schweden. Neben Erstbestellungen sind dies Anfragen nach größeren Mengen zum Weiterverteilen, Solidaritätserklärungen, neue UnterzeichnerInnen des Aufrufes, informative Briefe mit beigelegtem Material, Ankündigungen von Soli-Veranstaltungen u.v.m. Zudem gab es große Resonanz von Antifa-Initiativen und Infoläden.

Zum „Zillo-Festival" im August 1998 in Hildesheim erschien eine erweiterte 2. Auflage von „Die Geister, die ich rief..." (24 Seiten, Auflage: 10.000 Stück). Dabei griffen uns die Discothek „Römer" und das „Kulturzentrum Schlachthof" finanziell unter die Arme.

In Berlin gab es ein Soli-Konzert mit den linken Gruft-Bands „Endzeit", „Korbak" und „Exedra", mehrere Parties und zwei Infoveranstaltungen, zum rechten Kulturkampf in der Dark Wave-Szene und speziell zu *Death In June*. In Bremen veranstalteten wir unter tatkräftiger Unterstützung von FreundInnen aus der lokalen Gruftie-, Kultur-, linken und Red- und Sharp-Skin-Szene neben mehreren DJ-Abenden ein Soli-Konzert mit „Lichtmaschine" und „Steril" und anschließender Party am 3. Oktober 1998 im Schlachthof.

Seit einem halben Jahr gibt es auch in Rostock „Grufties gegen Rechts", die sich im Zuge des gemeinsam mit uns unternommenen Versuchs gründeten, die Veranstalter eines rechten Konzertes mit *Death In June, Fire & Ice, Der Blutharsch* und *Boyd Rice (NON)* am 26. November 1998 auf dem Motorschiff „Stubnitz" in Rostock zu einer Absage zu bewegen. Auch wenn dies nicht erfolgreich war, da sich die VeranstalterInnen immer wieder auf die „Freiheit der Kunst" zurückzogen, so konnte immerhin zeitweilig ein Transparent mit der Aufschrift „Kunst Heil?" am Schiff angebracht werden und viel Informationsmaterial, „Geister-Broschüren" und Flugblätter unter die Leute gebracht werden, was viele Diskussionen hervorrief und vielleicht dazu führte, daß - als sich *Albin Julius* von *Der Blutharsch* mit den Worten „Freiheit für Pinochet!" von der Bühne verabschiedete - sich bei weitem nicht nur MitarbeiterInnen unserer Initiativen an einem Pfeifkonzert beteiligten.

Am 20. März 1999 veranstalteten wir im Schlachthof-Magazinkeller eine Vortragsveranstaltung mit Alfred Schobert vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. Schobert beschäftigt sich schon seit Jahren mit der Thematik und war auch Referent auf den Berliner Veranstaltungen. Allerdings bekamen wir auch ungebetenen Besuch: *Oliver Lindner, Europakreuz*-Mitarbeiter und zusammen mit dem *Sigill*-Magazin Organisator eines faschistischen Konzerts mit den rechten Bands *Blood Axis, Allerseelen, Jägerblut* und *Ahnenkult* am 20. November 1998 in Laatzen bei Hannover unter dem Titel *Okkult-Festival II* kam extra aus Hannover zum Magazinkeller. Weiter kam er allerdings nicht, er wurde erkannt und nach Hause geschickt. Lindner mußte in den letzten Monaten mehrere Schlappen einstecken: Antifas fackelten sein Auto ab, die Industrial-Band „Stahlnetz", die ebenfalls für das *Okkult-Festival II* angekündigt war, sagte ihren Auftritt wegen der faschistischen Bands ab und schließlich wurde er von seinem Chef, dem Clubbesitzer in Laatzen, entlassen, nachdem dieser den faschistischen Charakter der Veranstaltung erkannt hatte. Trotzdem zeigt diese Episode, daß die rechten Kulturkämpfer sehr genau beobachten, was sich an Widerstand regt und unsere Arbeit ihrer Beobachtung unterliegt. Dafür sprechen auch die Verrisse unserer Initiative in Zeitschriften wie *Sigill* und *Hagal*.

Abgesehen von dieser unangenehmen Begleiterscheinung war unsere Veranstaltung ein voller Erfolg: Gothics aus dem ganzen Bundesgebiet waren angereist, nicht zuletzt auch, um Kontakt mit uns aufzunehmen, sie war extrem gut besucht und die Stimmung war so großartig, daß die anwesenden „Kreaturen der Nacht" diese anschließend mit einer schönen Party zum Tage machten. Außerdem war ein Großteil der schwarzen Szene Bremens anwesend.

Im April 1999 machten die Bremer und Rostokker Grufties gegen Rechts zusammen mit Alfred Schobert eine erfreuliche Tour durch Mecklenburg-Vorpommern mit Vortragsveranstaltungen und Soli-Parties in Neubrandenburg, Greifswald, Rostock und Wismar. Inzwischen ist die Initiative fester Teil des Kulturzentrums Schlachthof. Gothics aus dem ganzen Bundesgebiet arbeiten mir uns eng zusammen, Soli-Parties bis nach Süddeutschland laufen zugunsten unserer Initiative, Prominenz wie die „Einstürzenden Neubauten" oder „Dirk Ivens" (ex-„The Klinik"; „Dive"; „Sonar") unterzeichneten unseren Aufruf, Bands wie „Goethes Erben", „Das Ich" oder „Deine Lakaien" lassen uns Infostände machen oder wollen sogar für uns auftreten und die Newcomer „ISECS" aus Diepholz, die mit „Einheitsschritt", einer selbstironischen „Gruftie-Verarschung", bundesweit einen Club-Hit haben, verfaßten sogar einen Artikel für unsere nächste Broschüre.

Inzwischen steigt auch das Interesse von MedienvertreterInnen an unserer Initiative. Artikel über uns erschienen u.a. in der taz Bremen, der taz Berlin, im Kurier am Sonntag, im Bremer, mehrmals in der Schlachthof-Zeitung Zett, im Antifaschistischen Info-Blatt, in Der Rechte Rand und im Freitag. Radio-Interviews und Sondersendungen gab es bisher zweimal mit dem Offenen Kanal in Bremen (und einen kurzen Beitrag im OK-TV), mit dem Freien Sender Kombinat in Hamburg, mit Radio T aus Chemnitz und mit dem WDR und HR. Erwähnung fand unsere Initiative inzwischen auch im Spiegel.

Beim Umgang mit der Presse, insbesondere was Musikzeitschriften angeht, ist allerdings Vorsicht geboten. Freundliche Anfragen sind nicht unbedingt ein Garant für seriöse Berichterstattung. Dies gilt leider auch für Teile der linken Presse. Doch das steigende Medieninteresse spiegelt in jedem Fall die zunehmenden Aktivitäten wider, den braunen Vormarsch in der schwarzen Szene zu stoppen und den neurechten Strategen das Handwerk zu legen, und zwar solange und so nachdrücklich, bis sie die „Operation DarkWave" aufgeben.

Bis dahin ist es freilich noch ein weiter Weg, den wir auch weiterhin mit unseren FreundInnen aus der schwarzen Szene gehen werden, auch wenn es erste Anzeichen dafür gibt, daß den neurechten Kulturkämpfern unsere Arbeit so sehr stinkt, daß sie seit einiger Zeit auch vor eMail-Bombing, Diffamierung und Drohungen nicht zurückschrecken.

Zum „Zillo-Festival" im Spätsommer soll die dritte, völlig überarbeitete Auflage von „Die Geister, die ich rief..." erscheinen. Zeit für die Nazis, ins Bett zu gehen.

Andy Sex Gang

Kontakt: Grufties gegen rechts/Music For A New Society, c/o Kulturzentrum Schlachthof, Findorffstraße 10-12, 28215 Bremen, Fax: 0421-3777511

Anmerkungen:

(1) Damit sind die meist als schwarze, „Gruftie" oder Gothic-Szene zusammengefaßten, aus dem Punk und Industrial kommenden, sehr heterogenen Stilrichtungen Dark Wave (elektronisch orientiert), EBM (Electronic Body Music), Gothic (gitarrenorientiert), Neo Folk (balladenhaft) und (immernoch) Industrial gemeint. In manchen Discos wird mittlerweile auch Dark Techno und Goa gespielt, andererswo sind auch Black- und Death-Metal Bestandteil der Szene.

(2) In: „Elemente", veröffentlicht in: Bubik (Hg.), Wir 89er, 1995.

(3) Leider wurde der Brief vom Zillo nie abgedruckt, obwohl er damals genau dort hingehört hätte und bis heute keine breite Debatte darüber stattgefunden hat.

Das Scheitern des Zusammenschlusses "Levanti - Projekt undogmatisch Linke" (I)

Erklärung der Bremer Gruppe "LEGO"

Wir wollen das Scheitern unseres Levanti-Projektes so gut es geht transparent machen. Als offener Organisationsansatz wollen wir hinterfragbar und kritisierbar sein. Wir begreifen die gemachten Erfahrungen als Teil unseres Lernprozesses für eine revolutionäre und emanzipative Organisierung.

Es ist viel geschrieben worden über den Niedergang der radikalen Linken in den Metropolen. Die Desorientierung und Resignation der Restlinken, die sich nach 89 noch verstärkte, bestärkte uns in unseren Überlegungen, einen praktischen Versuch zu starten, der die Teilbereichs- und Kampagnenarbeit, aus der wir alle kamen, in eine kontinuierliche, strukturierte und gesamtgesellschaftlich bezugnehmende politische Arbeit überführen sollte, ohne dabei die Parteigründungsdesaster der 70er Jahre zu wiederholen. Als kleine politische Gruppe setzten wir dabei auf einen kontinuierlichen Aufbau, der sich in erster Linie auf unser persönliches politisches Umfeld bezog, und darüber hinaus auf Gruppen, die sich schon mit der Organisierungsfrage beschäftigten. So nahmen wir auch Kontakt zu Avanti und FelS auf.

Die beiden Avanti-Gruppen aus Kiel, Lübeck und wir, die Bremer Gruppe LEGO, nahmen ab 1993 an der sogenannten Fels-Initiative teil. Die Berliner Gruppe FelS - Für eine linke Strömung - hatte für Aufsehen innerhalb der linksradikalen, autonomen Szene gesorgt, indem sie eine vielbeachtete Kritk an autonomen Strukturen, politischen Zielsetzungen und Militanzverhalten entwickelte. Dies traf sich weitgehend mit den von Avanti und LEGO diskutierten Inhalten, so daß wir mit 9 weiteren Gruppen aus verschiedenen politischen Spektren an der Initiative zum Aufbau einer bundesweiten revolutionären Organisation teilnahmen. Diese Initiative scheiterte Ende '94 nicht zuletzt aufgrund ihrer Heterogenität und der Schwierigkeit neben der Organisationsfrage zu gemeinsamen politischen Schwerpunktsetzungen zu kommen. Da sich mit den beiden Avanti-Gruppen sowohl eine Reihe von Gemeinsamkeiten herauskristallisiert hatten als auch eine relative örtliche Nähe gegeben war und wir an der Organisierungsfrage weiterarbeiten wollten, entschlossen wir uns, unsere Zusammenarbeit zu vertiefen. Es folgten einige gemeinsame Vollversammlungen mit Diskussionen über revolutionäre Utopie und die aktuelle Struktur der patriarchal-kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse sowie über Fragen von Gegenmacht, Militanz und Bündnispolitik.

Die Diskussionen verliefen auch hier zum Teil recht kontrovers, wobei neben den Übereinstimmungen in der Herrschaftsanalyse und der Bewertung linker Geschichte unterschiedliche Orientierungen in der Entwicklung einer politischen Strategie deutlich wurden. Statt jedoch einen Schwerpunkt auf die politische Strategie zu legen, gingen wir in erster Linie von der uns verbindenden Organisationsfrage aus und schlossen Kompromisse. Kennzeichnend für die Diskussionen war zudem der Umstand, daß, obwohl immer wieder Positionen quer zu den jeweiligen Gruppenzugehörigkeiten geäußert wurden, die Fraktionierungen letztlich doch entlang der Gruppengrenzen und nicht entlang der Inhalte verliefen. Diese Situation blieb bis zu unserer Auflösung weitgehend bestehen und erschwerte einen offenen Austausch zwischen den Gruppen zusätzlich zu den strukturellen Problemen. Zu hinterfragen ist dabei, inwieweit wir alle selbst in dem von uns kritisierten Kleingruppendenken und -abgrenzungen verhaftet geblieben sind.

Als wir uns im Sommer 96 zum Zusammenschluß der drei Gruppen entschieden, war uns klar, daß wir unsere Diskussionen um politische Theorie und die Entwicklung einer revolutionären Praxis - u.a. aufgrund der zwischen den Gruppen offen gebliebenen Fragen und Kompromißformeln - weiterführen und vertiefen mußten. Für uns als Bremer Gruppe war der Schritt des Zusammenschlusses kein Endpunkt, sondern nur ein erster Schritt im Prozeß der Organisierung, mit dem wir der Zersplitterung und Atomisierung der radikalen Linken begegnen und zur Entwicklung einer neuen revolutionären Strategie beitragen wollten. Eine revolutionäre Organisation kann sich nur im Zusammenhang sozialer, politischer Bewegungen entwickeln. In diesem Sinne ist für uns eine Organisation nie mehr als ein Instrument, das immer wieder auf seine Sinnhaftigkeit für den revolutionären Prozeß hin überprüft werden muß. An dieser Sinnhaftigkeit und dem Stand der aktuellen politischen und kulturellen Auseinandersetzungen muß sich denn auch die Programmatik und die Struktur einer Organisation orientieren. Keinesfalls darf sich dieser Prozeß umkehren und die Organisation zum Selbstzweck werden.

Es ist uns nicht gelungen diese Sichtweise gemeinsam praktisch umzusetzen, bzw. ein gemeinsames Verständnis davon zu entwickeln. Unsere Bedenken gegenüber einem eher starren traditionellen Organisationsverständnis mit Leitungsstrukturen und einer hochgradigen, in erster Linie auf Effektivität ausgerichteten Arbeitsteilung führte zwar zu konzeptionellen Kompromissen, deren Umsetzung aber wurde eher als Belastung wahrgenommen. Der von uns BremerInnen selbstgewählte kollektive Anspruch führte jedoch ebenfalls zu großen Problemen in der Umsetzung. Die aufzubringende Kraft, Energie und Arbeit für den gemeinsamen Prozeß ist von einigen unterschätzt worden und stellte für viele eine permanente Überforderung dar.

Ein zentraler Konfliktpunkt, an dem wir letztlich auch gescheitert sind, lag in der nach unserer Sicht fehlenden Bereitschaft, der Entwicklung einer neuen revolutionären Strategie Raum zu geben. Der zentrale politische Ansatz von Avanti, den wir als weitgehend bündnisorientiert und pragmatisch wahrgenommen haben, stellte sich für uns in mehrerer Hinsicht als problematisch heraus. Unser Bedürfnis nach einer gemeinsamen politischen Bestimmung für eine gemeinsame Praxis konnten wir nicht umsetzen und sahen uns zunehmend in der Rolle des nörgelnden Dritten, der Unruhe in eine eingespielte Beziehung bringt.

Die vorhandenen politischen und strukturellen Unterschiede brachten so nicht gegenseitige Bereicherung, sondern blockierten eher. Beim gemeinsamen Zeitungsprojekt konnten wir unsere Minimalanforderung , eine gemeinsame Redaktion einzurichten und zumindest die Leitartikel in den Gruppen zu diskutieren, nicht produktiv umsetzen, denn zu einer Reihe von Themen gab es durchaus ganz unterschiedliche Meinungen, so daß die Leitartikel oft mehr einem mühsam hergestellten Kompromiß als einer gemeinsam erarbeiteten Position glichen. Die Zeitung als gemeinsames Projekt zeigte sehr deutlich, daß sich gemeinsame Positionen nicht kurzfristig und unter dem selbsterzeugten Druck einer mehr oder weniger regelmäßigen Produktion und Veröffentlichung herbeiführen lassen. Sie erfordern vielmehr eine genaue inhaltliche Auseinandersetzung und Diskussion, die idealerweise in eine gemeinsame Konsensfindung und eine gemeinsame, von allen getragene politische Praxis mündet. Diese Ziele haben wir nicht erreicht.

Die mangelnde Diskussions- ja sogar teilweise Informationsbereitschaft der Gruppen zu ihrer jeweils eigenen politischen Praxis, ihren Kampagnen und daraus resultierenden Bündnissen führten zu einer Reihe von Irritationen und zu gescheiterten - weil zu spät und zu ungenau geführten - Diskussionsversuchen. Zwei gute Beispiele für diese Schwierigkeiten sehen wir in der Kampagne zum Lübecker Brandanschlag und zum Bleiberecht sowie in den internen, letztlich nicht zu Ende geführten Auseinandersetzungen über die gesellschaftliche und historische Bedeutung der Gewerkschaften und ihre aktuelle Rolle und Funktion in der BRD.

Die Diskussion um die Gewerkschaften können wir im Rahmen dieses Papiers sicherlich nicht ausreichend wiedergeben. Als Fazit unserer Position möchten wir aber festhalten, daß eine sich als revolutionär verstehende Organisation nicht ein Bündnis mit den Gewerkschaften propagieren darf ohne deren generelle herrschaftssichernde Funktion in der BRD, und dabei insbesondere auch die nationalistischen (Standortdebatte) und rassistischen (MigrantInnen, Schwarzarbeit) Tendenzen, zu thematisieren. Auch wenn dies eine Zusammenarbeit mit fortschrittlichen GewerkschafterInnen gegebenenfalls nicht ausschließt. Allerdings ist es eine der vordringlichsten Aufgaben gegenüber den Gewerkschaften, eine radikale Ideologiekritik am Modell der Sozialpartnerschaft auszuüben, das

letztlich nichts anderes darstellt, als eine Strategie zur Vermeidung des notwendigen Kampfes gegen das herrschende kapitalistisch-patriarchale System.

Wenn Bündnispolitik dazu führt, die eigenen radikalen, in diesem Falle gewerkschaftskritischen, politischen Positionen unsichtbar werden zu lassen, und diese selbst in der eigenen Zeitung keinen Platz mehr finden, halten wir dies für kontraproduktiv. Ein ähnliches Problem mit der eigenen Profillosigkeit sehen wir mit der Kampagne zum Lübecker Brandanschlag, die im wesentlichen von der Lübecker Levanti-Gruppe im Rahmen ihrer Mitarbeit im Lübecker Bündnis gegen Rassismus getragen wurde. Die Kampagne hat vor allem in der linksradikalen Öffentlichkeit eine Reihe von Irritationen und teilweise heftige Diskussionen aufgrund von Stellungnahmen und der Politik des Bündnisses hervorgerufen. Wir fanden und finden, daß der Zusammenhang zwischen dem staatlichen Rassismus und seiner mörderischen (z.B. Abschiebe)Politik einerseits und den rassistischen Strukturen und Grundhaltungen der Gesellschaft der BRD andererseits, nicht genügend analysiert und thematisiert worden ist. Wir haben aus unserer Sicht versäumt, diese Auseinandersetzung einzufordern und offensiv zu führen. Vielmehr haben wir notwendige Diskussionen auf die lange Bank geschoben - wie so oft: aus Sorge um den Weiterbestand des gemeinsamen Projekts. Aber auch in der Bremer Gruppe wurde diese Diskussion nicht weitergeführt. Dies halten wir im Nachhinein für einen schweren Fehler und einen Mangel an Genauigkeit.

Es reicht unserer Meinung nach nicht aus, nur um das Ziel einer auch nur halbwegs breiten Mobilisierung zu erreichen, sich auf einen Minimalkonsens einzulassen, der in erster Linie für ein Bleiberecht der Anschlagsopfer kämpft. Dies ist zwar ein selbstverständliches Ziel einer solchen Kampagne; sie muß aber - zumindest begleitend - zugleich die staatliche Politik gegen Flüchtlinge und MigrantInnen angreifen und unsere Forderungen nach einem Bleiberecht für alle, die das wollen, und nach offenen Grenzen viel stärker in den Vordergrund stellen. Auch die Thematisierung des Prozesses gegen Safwan Eid bzw. der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft als eine Art „Justizskandal„ ließ vermissen, daß ein solches Vorgehen staatlicher Organe eben genau kein skandalöser Einzelfall, sondern Ausdruck - und deshalb der skandalöse Normalfall bzw. Alltag - der alltäglichen rassistischen Politik dieses Staates ist.

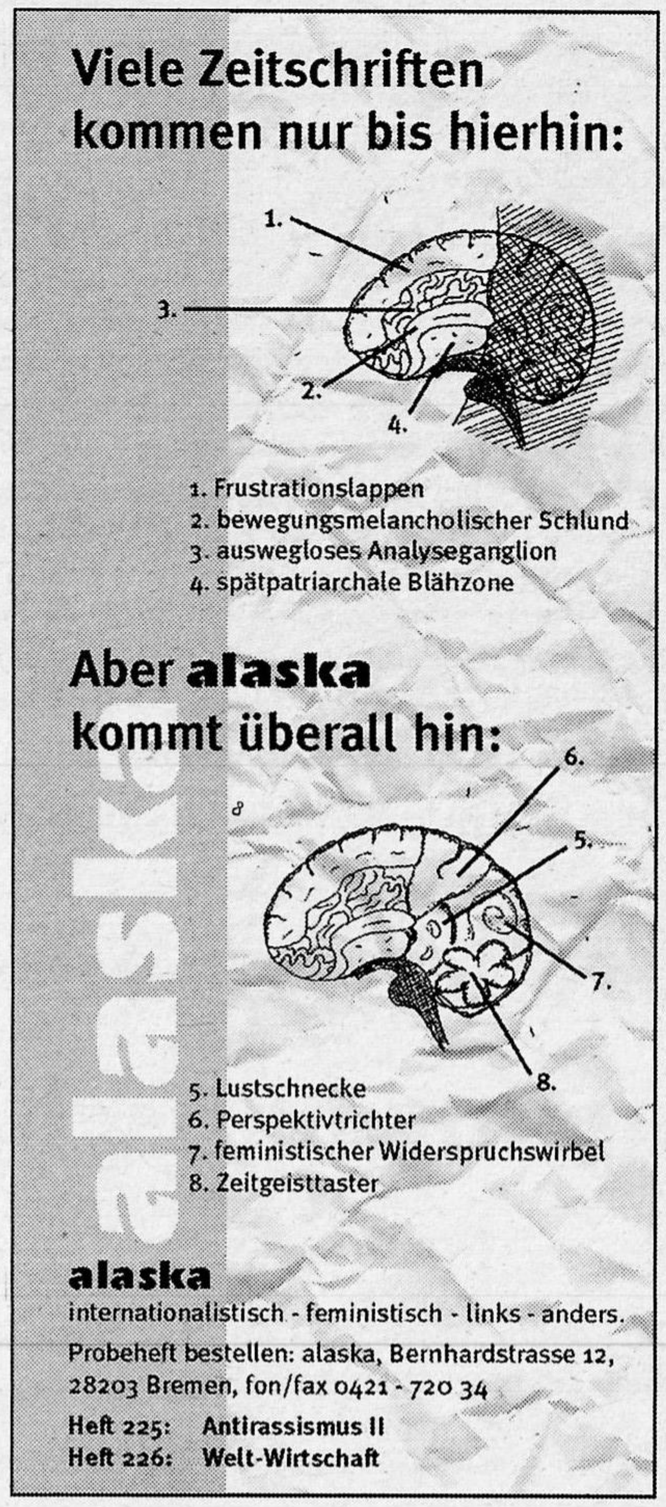
Es ist uns so also auch nicht annähernd gelungen, die Ergebnisse unserer politischen Debatten in die alltägliche politische Praxis der einzelnen Gruppen zu übertragen. Insgesamt hatten wir an einer Reihe von Punkten den Eindruck, daß unsere Diskussionen im luftleeren Raum stattfanden, d.h. ohne konkrete Auswirkungen oder Veränderungen der jeweils eigenen politischen Praxis vor Ort blieben. Dies zeichnete sich auch schon ab bei der Erarbeitung unseres Grundlagenpapieres. Der Anspruch, gesamtgesellschaftlich arbeiten zu wollen unter Einbeziehung der verschiedenen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, führte hier lediglich zu einer Aneinanderreihung derselben. Da, wo wir also hätten beginnen können und müssen, eine neue Strategie und deren politisch - praktische Umsetzung zu diskutieren, war die Diskussionsfreude unserer GenossInnen erschöpft zugunsten einer eher pragmatischen Praxisorientierung. Unsere Vorstöße diesbezüglich blieben offensichtlich halbherzig und mißverständlich.

Es war sicherlich ein Fehler der Bremer Gruppe, auf die noch gemeinsam zu entwickelnde Praxis zu schielen, während die anderen Gruppen, mit etwas Bissigkeit ausgedrückt, wie bisher in ihrem Trott weitermachten. Von den politischen Themen, die die Bremer Gruppe neben der Organisationsfrage bearbeitete, wie z.B. Ökologiekritik, Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte, Esoterik, Bioethik, Bevölkerungskontrollpolitik, Gen-Freilandversuche, Pädophilie, Arbeitsbegriff, Prekarisierung, Neoliberalismus, soziale Marginalisierung spiegelte sich kaum etwas in gemeinsamen Diskussionen wider. Es war letztlich mehr ein Nebeneinander als Miteinander. Wir haben es versäumt uns einen Rahmen zu schaffen, der einen vielfältigen und lebendigen Austausch ermöglicht hätte. Das lag bestimmt nicht an mangelnder Aktivität vor Ort, eher müssen wir uns die Frage stellen, ob wir die richtigen Prioritäten gesetzt haben. Es gelang uns bis zum Schluß nicht, gemeinsame praktische Ansatzpunkte für unsere Organisation zu entwickeln. So bleibt unklar, inwieweit eine flexiblere und intensivere Bearbeitung unserer Widersprüche politische Handlungsperspektiven bzw. Klärungen hätte bringen können. Grundsätzlich spiegelt sich hierin das Spannungsverhältnis zwischen Autonomie und regionaler politischer Verankerung der einzelnen Gruppen und dem notwendigen Kraft- und Koordinierungsaufwand der überregionalen Organisation wider.

Es gab in den drei Städten lediglich eine übergreifende Arbeitsgruppe, die Sozial - AG. Selbst in dieser konnte kein Konsens darüber gefunden werden, daß, bevor wir eine politische Kampagne machen, eine gemeinsame politische Bestimmung hergestellt sein muß. Eine politische Praxis im „Trial und Error"-Verfahren zu entwickeln, ohne zuvor zumindest die Erfahrungen der letzten 20 Jahre einzubeziehen, scheint uns zu kräftezehrend und damit wenig hilfreich. Nicht vermitteln konnten wir uns mit dem Versuch soziale Spaltungslinien zu thematisieren mit dem Ziel, eine Strategie zu entwickeln, die in der Lage ist, der Hierarchisierung des Elends entgegenzuwirken. Die Konzentration auf starke BündnispartnerInnen kann Gefahr laufen, insbesondere mit Blick auf die Gewerkschaften, tiefliegende sozialdarwinistische Erklärungs- und Handlungsmuster zu reproduzieren. Die dringend notwendige Neubestimmung des Kampfes gegen die kapitalistisch-patriarchale Verwertungslogik kann unserer Meinung nach nur unter Einbeziehung der sozialen Spaltungen erreicht werden. Dazu bedarf es einer Strategie und Aktionsformen die geeignet sind, diese zumindest in Ansätzen aufzuheben. Voraussetzung dafür scheint uns die Fähigkeit zu sein, die verschiedenen Ausformungen kapitalistischer Gesellschaften sowohl lokal als auch global von ihren sogenannten Rändern her zu denken. Diese reichen nicht zuletzt im Zuge der Prekarisierungswelle aber längst bis in die Mitte der Gesellschaften hinein.

Wir orientieren also nach wie vor schwerpunktmäßig auf die Entwicklung einer revolutionären Politik, die die aktuellen Gesellschafts- und Kräfteverhältnisse in ihrer gesamten Komplexität erfaßt und die Neubestimmung unserer politischen Strategie versucht. Dies geht nur im Kontext von Theorie und Praxis. Es heißt aber auch, sich nicht mit althergebrachten Politikmustern und punktuellen Mobilisierungen zufriedenzugeben. Es gilt den sozialen und kulturellen Bedingungen entsprechende Politikformen zu suchen und darüber handlungsfähig zu werden. Dies spricht keineswegs gegen spontane oder durch die Verhältnisse aufgezwungene, kurzfristige Praxis- und Aktionsformen. Abwehrkämpfe dürfen uns allerdings nicht, auch wenn wir es beispielsweise für notwendig halten, antifaschistische Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche zu unterstützen, von einer Neuformierung der revolutionären Linken abhalten, ansonsten werden wir die Krise der Linken perspektivisch nicht überwinden können. Gerade bei dem Versuch Erfolge zu organisieren ist die Gefahr groß, in eher klassische Politik- und Organisationsmuster zurückzufallen. Zur Wiedererlangung von Interventionsfähigkeit gehört eben auch die radikale Kritik, die imstande ist die herrschenden Ideologien zu zersetzen.

So gehört zur Neuformierung einer radikalen Linken auch die Entwicklung neuer Formen von Kommunikation und Kollektivität, in denen wir sowohl die Uniformität linker Subkulturen wie auch die herrschende kulturelle Hegemonie durchbrechen. Der Fetisch von Geld und Ware macht auch vor linken oder feministischen Herzen nicht halt. Die Informationsgesellschaft hat die herrschende kulturelle Hegemonie nicht infragegestellt, sondern eher noch verfestigt und führt zu einer radikalen Umwälzung des Alltagsbewußtseins, die einhergeht mit einer radikalen Enteignung und Entfremdung von Kommunika-



tion. Diese sich wieder anzueignen ist eine der zentralen Aufgaben einer revolutionären Organisation. Sie ist Voraussetzung, um zusammen zu kämpfen.

Die unterschiedliche Interpretation einer zwar gemeinsam formulierten, aber nicht ausdiskutierten Position kann nicht wirklich überraschen. Eine zur Klärung der anfangs erwähnten Unterschiede einberufene VV, auf der wir uns schwerpunktmäßig mit unserem jeweiligen Verständnis strategischer Zielsetzungen und den daraus abgeleiteten taktischen Schritten anhand unserer Praxis auseinandersetzen wollten, wurde dann von einer Ortsgruppe mit ihrem Austritt blokkiert, der zur Beendigung des gemeinsamen Projektes führte. Neben der Enttäuschung über diesen Schritt, und ohne die von allen vorbereitete Diskussion geführt zu haben, Schluß zu machen, wurde so vor allem verhindert zu klären, an welchen Punkten unsere Differenzen in den politischen Strategien liegen. Mit einer lediglich unterschiedlichen taktischen Umsetzung hätten wir leben können.

Trotz dieser Erfahrungen halten wir es nach wie vor für einen richtigen Weg, dem gesellschaftlichen Klima von Vereinzelung und Konkurrenz eine revolutionäre Organisierung von unten entgegenzusetzen, die sowohl persönliche Entwicklungsmöglichkeiten als auch einen sozialen Zusammenhang schafft, um in politische Auseinandersetzungen einzugreifen und reale Veränderungen durchzusetzen. Wir müssen also eine neue Form, eine neue Qualität revolutionärer Politik erst suchen, finden, entwickeln, ausprobieren. Diesem Versuch wurde nach unserem Verständnis zu wenig Raum und Zeit gegeben. Es gab sehr unterschiedliche Verständnisse und Bezüge zu Zeit, Effizienz, Außenwirkung/„Output„ einer revolutionären Organisation. Der Prozeß revolutionärer Organisierung kann nur als ein offener, selbstreflektierter, undogmatischer und praxisbezogener gestaltet werden.

LEGO

Bremen, im März 1999

Das Scheitern des Zusammenschlusses "Levanti - Projekt undogmatische Linke" (II)

Stellungnahme von AVANTI - Projekt undogmatische Linke Kiel/Lübeck/Bad Oldesloe

Für viele von uns war der Zusammenschluß mit der Bremer Gruppe LEGO in der Organisation „LEVANTI - Projekt undogmatische Linke“ mit der Hoffnung und der Erwartung verknüpft, daß ein solches Projekt im norddeutschen Raum in politischer Tätigkeit erkennbar und so zur Orientierung für andere werden könnte.

Die Erfahrung, daß nur lokal tätige Gruppen nicht einmal in der Linken maßgeblichen Einfluß gewinnen können, war bei der Gründung von „AVANTI - Projekt undogmatische Linke“ nicht unerheblich für die Entscheidung zur Organisation.

Von Anfang an orientierten wir daher auch darauf, die Organisation zu vergrößern und in weiteren Städten Gruppen zu gewinnen. Rund acht Jahre nach der Entstehung von „AVANTI“ aus der Autonomen Gruppe Kiel und dem AKAW Lübeck und dem zwischenzeitlichen Scheitern der „FelS-Initiative“, an der wir uns beteiligt hatten, war der Zusammenschluß mit der Gruppe „LEGO“ der erste substantielle Schritt hin zu einer breiteren Verankerung unserer Organisation im norddeutschen Raum und über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus. Drei Jahre später müssen wir nun diesen Versuch als gescheitert bewerten und haben den Zusammenschluß mit der Bremer Ortsgruppe wieder aufgelöst. Wir wollen im folgenden darstellen, was aus unserer (Kieler, Lübecker und Oldesloer) Sicht diese Auflösung nötig machte. Wir erheben dabei nicht den Anspruch, die Entwicklung und die Widersprüche in unserer Organisation „objektiv“ oder „wahr“ zu schildern, sondern so, wie wir sie wahrgenommen haben.

An das Projekt LEVANTI stellt sich aus unserer Sicht der Anspruch, daß es politisch interventionsfähig ist, d.h. emanzipative, die verschiedenen gesellschaftlichen Unterdrükkungsverhältnisse tendenziell aufhebende Bedürfnisse und Interessen artikuliert und ihnen zur Durchsetzung verhilft. Politische Interventionsfähigkeit mißt sich nicht zuletzt an der Fähigkeit, mit praktischer Politik in Auseinandersetzungen als politische Kraft wahrnehmbar zu sein. Gemessen an diesem Anspruch fällt die Bilanz ernüchternd aus:

Das LEVANTI-Grundlagenpapier, in dem wir die Gegensätze unserer Politik und Organisationsprinzipien formuliert hatten, enthielt an einigen Stellen Kompromißformulierungen, da es zwischen AVANTI und LEGO politische Differenzen über verschiedene Punkte gab. Dennoch hatten wir uns zur gemeinsamen Gründung von LEVANTI entschlossen, überzeugt von der Notwendigkeit eines solchen Schrittes und in der Hoffnung, die Entwicklung weiterer und stetiger Zusammenarbeit sowie gemeinsamer Projekte werde zu einer Annäherung der Positionen und zur konstruktiven Nutzung verschiedener Zugänge führen. Diese Hoffnung hat sich für uns nicht erfüllt.

Es war uns in kaum einem Fall wirklich gelungen, mit vertretbarem Aufwand eine gemeinsame, organisationsweite politische Intervention über alle drei Ortsgruppen hinweg zu konzipieren, umzusetzen, propagandistisch zu begleiten und in weiter (gemeinsame) Arbeit zu überführen. Ein gemeinsames Auftreten als Organisation hat kaum stattgefunden.

Gemessen an unseren (Kieler und Lübecker) Erfahrungen in dem gemeinsamen Projekt AVANTI bedeutete die Entwicklung von LEVANTI im letzten Jahr in zahlreichen Punkten Stagnation oder sogar ein Zurückfallen hinter bereits Erreichtes. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Wir wollen jedoch versuchen, im folgenden die aus unserer Sicht wesentlichen Punkte zu benennen, die letztendlich zu unserer Entscheidung für die Auflösung des Projektes LEVANTI geführt haben.

Im Nachhinein läßt sich feststellen, daß wir allgemein das Ausmaß der Differenzen zwischen den Gruppen in Lübeck und Kiel auf der einen Seite sowie der in Bremen auf der anderen Seite unterschätzt haben. Deren Tiefe und vorläufige Unüberwindbarkeit wurde dem meisten von uns erst im Laufe eines längeren Prozesses bewußt. Wir haben dabei selbst den Fehler gemacht, auftretende Widersprüche nicht ausgetragen zu haben. Zu häufig gaben wir uns mit vordergründigen Kompromissen zufrieden, die sich jedoch meist sehr schnell als brüchig und nicht tragfähig erwiesen.

Während die Bremer GenossInnen den Prozeß der Wiederaneignung wirksamer linksradikaler Politik vor allem zunächst in der politischen Auseinandersetzung in/mit anderen linksradikalen und emanzipatorischen Strömungen suchten, haben die Gruppen in Kiel und Lübeck darauf bestanden, daß ein solcher Such- und Lernprozeß zugleich auch in einer politischen Praxis bestehen muß. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit nicht revolutionär eingestellten Menschen, um sie für eine grundsätzliche Aufhebung der gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse zu gewinnen. Wir sind uns dabei der Tatsache bewußt, daß beide Aufgaben für sich schon für einen politischen Zusammenhang unserer Größe große Herausforderungen stellen; Die Realisierung der Anforderungen blieb und bleibt daher notwendig fehler- und lückenhaft.

Bei der von uns als LEVANTI herausgegebenen Zeitung konnten wir unterschiedliche Herangehensweisen schließlich nicht mehr produktiv zusammenführen. Die Vorstellung der Ortsgruppen in Schleswig-Holstein, nach der - vereinfacht gesagt - regelmäßiges Erscheinen und der Bedarf nach aktueller Kommentierung gesellschaftlicher Ereignisse für eine auf breitere Außenwirkung angelegte Publizistik unverzichtbar sind, rieb sich an den Ansprüchen der Bremer GenossInnen, die in der Erstellung der Zeitung vor allem eine Methode der inhaltlichen Ausein-

andersetzung sahen. Dies hatte unmittelbare Folgen für die Regelmäßigkeit und Häufigkeit des Erscheinens. Eine von LEVANTI insgesamt als notwendig erachtete theoretische Zeitschrift, die sich nicht an den Anforderungen aktueller Agitation zu orientieren hätte, haben wir nicht auf die Beine stellen können.

Sowohl mit unserer Propaganda als auch mit unseren Aktionen müssen wir versuchen, Menschen, die bisher keinen revolutionären Ansatz verfolgen, für unsere Politik zu gewinnen. Unser Ansatz dabei ist es, bestehende Widersprüche und Konflikte in der Gesellschaft aufzugreifen, hierin Position zu beziehen. Ziel muß dabei immer auch sein, die Konflikte zuzuspitzen, ein Bewußtsein dafür zu schaffen, daß die grundlegenden Widersprüche dieser Gesellschaft nicht durch Reformen des Kapitalismus gelöst werden können. Dabei sind Aktionsformen und -losungen zu entwickeln, die

» konkrete Erfolge für eine emanzipative Politik ermöglichen,

» die Einsicht verbreiten, daß nur Vertrauen in die eigenen Kräfte dauerhaft zu einer Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses beiträgt,

» die Entwicklung von Bewußtsein über das Wesen des Systems erlauben,

» für das emanzipatorische/revolutionäre „Lager" weitere MitstreiterInnen gewinnen.

Ein weiterer Punkt in der Diskussion über die Zielgruppen unserer Politik, bestand in der Frage, ob wir in erster Linie auf Randgruppen in der Gesellschaft wie sog. Behinderte, MigrantInnen und Flüchtlinge orientieren sollten. Wir verkennen nicht, daß solche Gruppen am stärksten von den in der BRD herrschenden Unterdrükkungsverhältnissen betroffen sind, halten es aber dennoch für wichtig, dabei die Lohnabhängigen nicht aus den Augen zu verlieren. Diese gilt es für unsere Ziele zu gewinnen und ihre Interessen und Kämpfe zu unterstützen. Als Lohnabhängige sehen wir jedoch nicht nur die weißen, männlichen Industriearbeiter, auf die in der Vergangenheit stark verkürzend häufig in erster Linie von der traditionellen Linken orientiert wurde. Vielmehr handelt es sich hier um die Menschen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihr materielles Überleben zu sichern. Somit gehören hierzu auch MigrantInnen, Erwerbslose etc. Ihnen allen gemeinsam ist, daß sie ein objektives Interesse an der Überwindung der von oben inszenierten Spaltungen etwa entlang der Linien Nationalität oder Hautfarbe haben. Dabei sind wir uns der Tatsache bewußt, daß Unterdrückung nicht automatisch zu einem emanzipativen Bewußtsein führt, daß weite Teile der Lohnabhängigen immer noch einer Ideologie von Konkurrenz, die auch nationalistische, rassistische und patriarchale Anteile umfaßt, anhängen. Trotzdem: Ohne oder gegen die Lohnabhängigen ist eine revolutionäre Überwindung des herrschenden Gesellschaftssystems nicht möglich (es sei denn als Putsch). Sie halten immer noch das wichtigste Instrument im Kapitalismus, die Produktion, in ihren Händen und damit einen der wichtigsten Hebel zu seiner Überwindung. Wer dies leugnet, verkennt die gesellschaftlichen Machtverhältnisse.

Meinungsverschiedenheiten in unserer Organisation bestanden auch darüber, wie weitgehend unsere Anforderungen an potentielle PartnerInnen in zu schließenden Bündnissen sein müssen. Das betraf Fragen nach gemeinsamen „strategischen Zielen" genauso wie diejenige, ob unsere BündnispartnerInnen unsere Kritik der verschiedenen gesellschaftlichen Unterdrükkungsverhältnisse teilen müßten. Wir sind der Auffassung, daß eine Aktionseinheit zu einer politischen Auseinandersetzung auch dann möglich sein muß, wenn es zwischen den Beteiligten dieses Bündnisses Differenzen an anderen Punkten gibt. Gleichwohl dürfen wir in einer solchen Zusammenarbeit nicht unsere Positionen verleugnen, sondern müssen sie offensiv vertreten und für sie werben. Sie dürfen jedoch nicht zur „Eintrittskarte" für ein solches Bündnis werden. Vornehmliches Ziel solcher Bündnisse ist die Durchsetzung kurzfristiger politischer Ziele, die möglichst viele Menschen in Aktionen und Kämpfen zusammenführen, die dem Inhalt und der Form nach emanzipative Ansätze enthalten. Die Zusammenarbeit mit BündnispartnerInnen bestimmt sich nach politischen Handlungsfeldern und gemeinsamen Zielen. Es kann sich hierbei etwa um andere Gruppen der revolutionären Linken handeln, um kirchliche oder andere Menschenrechtsgruppen (z.B. bei Themen der Asyl- und Flüchtlingspolitik), um gewerkschaftliche Gruppierungen (z.B. beim „Sozialkahlschlag") bis hin zu Ortsvereinen der Sozialdemokraten. Die Zusammenarbeit mit letzteren hat sich bei den Gegenaktivitäten zu den Demonstrationen des faschistischen „Bündnis Rechts" in Lübeck zu Beginn dieses Jahres bewährt. Dadurch ist es gelungen die Debatte über die notwendigen Formen von antifaschistischem Protest und Widerstand über die linke Szene hinaus zu tragen, die Aktionen auf eine breitere Basis zu stellen und die Möglichkeiten für zukünftiges Eingreifen zu verbessern. All dies konnte gelingen, ohne die zentrale Position relativieren zu müssen, daß Naziaufmärsche verhindert werden müssen und dürfen. Es hat im Gegenteil die Diskussion um Verhinderungsaktionen auch über den konkreten Anlaß hinaus in Gruppen und Organisationen getragen, die sich damit sonst kaum befassen.

Unseres Erachtens verkennt die Lage der revolutionären Linken, wer lediglich einseitig die Gefahr beschwört, wir würden in solchen Bündnissen (auch) mit reformistischen Kräften nur für die Durchsetzung derer Ziele mißbraucht. Die revolutionäre Linke in der BRD ist zur Zeit so schwach, daß sie keinen Machtfaktor im Konflikten darstellt oder gar allein politischen Zielen zu deren Durchsetzung verhelfen könnte. Sich dieser Schwäche bewußt, kann das reformistische Lager zur Zeit auf uns als Bündnispartner verzichten, denn die Zusammenarbeit mit revolutionären Linken verspricht ihm keine größere Aussicht auf Erfolg. Im Gegenteil haben wir ein starkes Interesse daran, reformistische Kräfte zur Zusammenarbeit mit uns zu bewegen, dort wo wir gemeinsame Interessen haben - auch um unsere Inhalte und Politik in breitere Kreise hineinzutragen.

Dissens bestand innerhalb der Organisation auch hinsichtlich der Frage, inwieweit linke Theorie nach dem Ende des real existierenden Sozialismus grundlegend neu entwickelt werden müsse, und ob mensch sich in erster Linie dieser theoretischen Arbeit widmen solle. Wir sind uns einig mit den Bremer GenossInnen, daß die Weiterentwicklung revolutionärer Theorie und die Analyse der bestehenden Verhältnisse eine ständige Aufgabe für uns ist. Wir denken jedoch nicht, daß wir „das Rad neu erfinden" müssen und grundlegende Erkenntnisse des Marxismus über Bord werfen sollten. Gleichwohl bedürfen diese einer kritischen Überprüfung. Darüber hinaus macht die Aneignung und Weiterentwicklung der Theorie grundsätzlich nur im Handeln Sinn. Theorie muß eine Funktion für die Praxis, das heißt für den realen Veränderungsprozeß, haben. Dort läßt sich überprüfen, ob theoretische Analysen einen Beitrag zur Veränderung der Wirklichkeit leisten.

Neben diesen inhaltlichen und methodischen Differenzen gab es auch immer wieder Diskussionen um das Ausmaß von Arbeitsteilung in unserer Organisation. Eine intensive Bearbeitung mehrerer politischer Themen ist von niemandem zu leisten. Die notwendige Arbeitsteilung bedeutet für uns großes Vertrauen und eigenverantwortliches Denken und Handeln der einzelnen GenossInnen bzw. der Arbeitsbereiche gegenüber der Gesamtgruppe. In der gemeinsamen Arbeit hat sich dies u.a. deshalb bewährt, weil wir uns alle auf die gemeinsam entwickelten Positionen beziehen, und weil sich bei uns eine Kultur durchgesetzt hat, die Fehler nicht als Versagen, sondern als Möglichkeit gemeinsamen Lernens sieht. Darüber hinaus ist die Stärkung der Eigenverantwortung aller GenossInnen notwendiger Teil einer emanzipativen Utopie. Zu dieser Arbeitsteilung gehört für uns auch die bewußte Entscheidung über die Delegation von Aufgaben, die mit der langfristigen Perspektive unseres Projekts und seiner Fortentwicklung zu tun haben. Hierzu gehören etwa die Entwicklung von Vorschlägen für überörtliche Kampagnen und Aktionen der Organisation, das Setzen von Impulsen für die jeweilige Arbeit vor Ort, der Austausch über und die Koordination der verschiedenen Ortsgruppen oder die Entwicklung von Perspektiven zum weiteren Wachsen des Projekts. Dies entläßt die einzelnen Ortsgruppen, Arbeitsbereiche und Mitglieder jedoch nicht aus der Freiheit und auch der Verantwortung, sich ebenfalls zu diesen Gebieten Gedanken zu machen und Vorschläge zu entwickeln. Unbestritten ist, daß die Ausübung von Leitungsfunktionen eine besondere Kontrolle erfordert.

Auch hierüber ließ sich nach unserer Wahrnehmung keine Einigung mit der Bremer Gruppe erzielen, was die politische Arbeit häufig schwerfällig und unflexibel machte, gemeinsames Reagieren unserer Organisation auf aktuelle politische Auseinandersetzungen behinderte oder gar unmöglich machte.

Aus all den genannten Gründen haben wir uns entschlossen, die gemeinsame Organisation Levanti - Projekt undogmatische Linke aufzulösen. Wir werden, nunmehr wieder unter unserem alten Namen Avanti - Projekt undogmatische Linke, mit zur Zeit drei Ortsgruppen in Bad Oldesloe, Kiel und Lübeck weiter den von uns hier geschilderten Politikansatz verfolgen.

Die Trennung ist ein Rückschlag für unsere Bemühungen um Organisierung, schafft gleichzeitig die Voraussetzungen, um auf klare Grundlage weiterzuarbeiten.

AVANTI - Projekt undogmatische Linke

Thesen der Gruppe „Perspektive“ für den internationalen Anti-EU-Kongreß am 3./4. Juni in Köln

Einige Anmerkungen zur EU

Diese Anmerkungen haben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern geben lediglich unseren augenblicklichen Diskussionsstand wieder. Mit diesem Text versuchen wir, das Produkt der Europäischen Integration zu begreifen, und gehen nicht explizit auf seine ökonomischen Grundlagen ein. Der Rahmen dieses Ansatzes ist natürlich auch seine Grenze, so gehen wir in diesem Artikel z.B. nicht auf die für kapitalistische Gesellschaften konstituierende geschlechtliche Arbeitsteilung ein, werden keine Kritik am Fortschrittsmythos des Kapitalismus leisten, sowenig wie eine Kritik an kapitalistischer Entwicklung und Technologie etc. pp.

Wir haben uns für dieses Vorgehen entschieden, weil die neue Etappe in der weltweiten tripolaren Konkurrenz, die die Integration der europäischen Staaten darstellt, auch neue strategische Antworten der revolutionären Linken erfordert. Um diese zu bestimmen, muß Klarheit über das Kampfterrain bestehen.

Revolutionäre Theorie kann selbstverständlich nicht in Teilbereichen entwickelt werden, sondern muß die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Totalität be- und angreifen. Dieser Kongreß soll eine Möglichkeit bieten dieser Tatsache gerecht zu werden.

Zwei, drei Worte zur Geschichte

Die durch den Krieg zerstörten Länder Europas wurden unter Vormundschaft der USA reorganisiert und wieder aufgebaut. Verschiedene politische und wirtschaftliche Ziele wurden verfolgt: Der Marshallplan (ERP, Programm zum europäischen Wiederaufbau) sollte zum einen neue Absatzmärkte für die US-Warenüberproduktion schaffen, zugleich richteten sich die Zahlungen gegen die Sowjetunion. Ein wirtschaftlich starkes, stabiles Europa sollte zum Bollwerk gegen die kommunistische Bedrohung werden, mit der BRD als Schaufenster des westlichen Reichtums und Wohlstandes. Innerhalb der europäischen Länder sollten die proletarischen und antifaschistischen Kämpfen eliminiert werden, die nach dem Krieg in fast allen europäischen Ländern existierten und unter anderem für eine Verstaatlichung lebenswichtiger Industrien kämpften. (zum Beispiel erhielten 1952 227 politische und gewerkschaftliche Verantwortliche in Frankreich ein regelmäßiges Gehalt vom CIA, ebenso Journalisten, Tageszeitungen, Zeitschriften). Des weiteren sollte ein wiederaufgebautes Deutschland fest in zwischenstaatliche Verträge eingebunden werden um so seine Macht zu kontrollieren.

So entstand 1951 die Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), die die Vergemeinschaftung kriegswichtiger Grundstoffindustrien zum Ziel hatte, und damit der erste Ansatz einer supranationalen Institution mit der Aufgabe war - ausgehend von einem gemeinsamen Markt -, eine *„rationelle Verteilung der Produktion, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Vermeidung von Störungen im Wirtschaftsleben der Mitgliedsstaaten“* zu gewährleisten (1). 1957 wurden die Römischen Verträge zur Gründung der europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet. Man kann sagen, daß die antikommunistische Eindämmungspolitik Motor des ersten Zeitabschnitts der europäischen Integration war.

Innerhalb dieser Struktur war es jedoch unmöglich, eine Arbeitsmethode zu entwickeln, die sich von den multilateralen Verträgen/Übereinkommen zwischen den Staaten unterschied.

In den 60er Jahren waren die Länder Europas zu wirtschaftlichen Konkurrenten der USA herangereift und die antikommunistische Eindämmungspolitik der Anfangsjahre fiel hinter die Notwendigkeit der europäischen Bourgeoisie zurück, Europa zu einem Konkurrenzpfeiler im weltwirtschaftlichen Sytem auszubauen. Der gemeinsame Markt war die Bedingung für den Aufbau der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Organisation. Die EG drückt ejuristisch und politisch die Gemeinsamkeit dieser wirtschaftlichen Bewegungen aus und stellte den programmatischen Versuch dar, die verschiedenen ökonomischen Tendenzen zu koordinieren, indem eine größere Konzentration von Kapital und Produktion ermöglicht wird - und damit eine höhere Produktivität. Die Integration war spätestens von diesem Zeitpunkt an immer von dem Ziel beherrscht, die durchschnittliche Produktivitätsrate anzuheben und damit zu versuchen, den tendenziellen Fall der durchschnittlichen Profitrate zu blockieren. Überstaatliche Strukturen wurden geschaffen: der Europäische Rat, die Kommission, das Europäische Parlament, aber auch der Europäische Gerichtshof, der europäische Rechtsraum, der Währungsausschuß für den ECU und das Europäische Währungssystem.

Die Einheitliche Europäische Akte von 1986 materialisierte einen politischen Sprung in der Integration der europäischen Staaten. Sie begründete neue Zuständigkeiten der EG (Forschung, Umwelt, Technik), veränderte Entscheidungsverfahren, Durchführungsbefugnisse der übernationalen Instrumente und schuf einen rechtlichen Rahmen der Zusammenarbeit. Es wurden große transeuropäische Projekte in den Hochtechnologiebereichen auf die Beine gestellt:

1984 ESPRIT (European Strategic Program for Research and Development in Information Technologies) zur Förderung der Kooperation von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Bereich der Forschung der Informationstechnologie, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas (1990-94 wurden 3,2 Mrd. ECU aufgebracht); 1985 EURECA (European Research Coordination Agency) zur Förderung von Projekten in Schlüsselindustrien (1991 wurden 470 Projekte mit einem Finanzvolumen von 8 Mrd. ECU unterstützt); BRITE (Basic Research in Industrial Technologies in Europe) zur Förderung von Produktions- und Verfahrenstechnologien sowie neuer Materialien (1988-92 wurden 900 Millionen ECU bereitgestellt); RACE (Research and Development in Advanced Communications Technologies for Europe) zur Forschung und Entwicklung im Bereich der Fernmeldetechnik (1991-94 wurden 484 Millionen ECU ausgegeben) oder auch die ESA (European Space Agency) mit einem Etat von fünf Mrd. ECU. (2)

Die EG übernahm also den Rahmen für den Bedarf an Forschung und Investitionsprojekten, deren Kosten immer gewaltiger wurden und weder von den Unternehmen getragen werden konnten noch von den einzelnen Nationalstaaten. Mit der Einheitlichen Akte wurde die Eröffnung eines institutionellen Prozesses zu einem übergreifenden Staatsgebilde auf europäischem Niveau eingeleitet. Dieser Prozeß durchlief alle regionalen, nationalen und europäischen Instanzen und sollte den Raum für den großen europäischen Markt sichern. Dabei verändert er wesentliche staatliche Kompetenzen (Steuerwesen, Sozialpolitik, Umwelt, Forschung, Transporte, Landwirtschaft ...), nicht zu sprechen von den Verstärkungen und der Ausweitung der europäischen Gesetzgebung, der Schaffung eines Gerichts erster Instanz, der Oberhoheit des europäischen Rechts über das nationale Recht, die Bildung von Europol ...

Die Dynamik dieses Integrationsprozesses hat sich bis heute beschleunigt. Und bei allen Widersprüchen (zwischen europäischem Groß- und Kleinkapital, nationalen Konkurrenzen,...) hat sich die europäische Integration als vitale Notwendigkeit für die imperialistische Bourgeoisie bewahrheitet.

Der Vertrag über die EU (Maastricht 1993) und der Vertrag von Amsterdam (1997)

Im EU-Vertrag werden die drei Pfeiler der EU niedergelegt:

1. Die Europäische Union: An die Stelle der EWG tritt die EU mit neuen und erweiterten Kompetenzen. Aufgabe der EU ist die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion.

2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP): Sie ersetzt das vereinbarte „Bemühen“ um eine gemeinsame Außenpolitik (Europäi-

sche Politische Zusammenarbeit/EPZ) durch den verbindlichen Beschluß, eine sich auf alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik erstreckende GASP zu verwirklichen.

3. Zusammenarbeit in den Bereichen der Justiz und Inneres (JI).

Die beiden Verträge stellen eine Neukonfiguration imperialistischer Macht dar, als Netz imperialistischer Staaten, die untereinander in einer engen organischen Abhängigkeit auf allen Ebenen verbunden sind, entsprechend einer komplexen Hierarchie, in der die leistungsfähigsten multinationalen Kapitale die dominante Position einnehmen. Dies entspringt den Bedürfnissen der Bourgeoisie, die politischen Instrumente zur Unterstützung und Regelung der (wirtschaftlichen) Prozesse benötigt, die mit der Akkumulation, der Konkurrenz und der Kontrolle der Arbeitskraft einhergehen, die ihrerseits die nationalen Grenzen bereits hinter sich gelassen haben und in Funktion derer die übernationalen Organismen ihre Macht zuungunsten der Nationalstaaten vermehrt und gestärkt haben. Die Form, die die Nationalstaaten mit der Zeit annehmen werden, hängt von der Entwicklung der dialektischen Beziehung zwischen ihnen und den neuen staatlichen Strukturen Europas ab, vom Prozeß der Staatsgründung auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft, die keine mechanische Übertragung des Nationalstaates auf eine größere Dimension ist, sondern sich als System gegenseitiger Verbindung von Staaten und überstaatlichen Organismen gestalten wird.

Herzstück dieser politischen Offensive der europäischen Bourgeoisie ist die Anhebung der Profitrate und damit die Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse, die Entwertung der Arbeitskraft, die Liquidierung „sozialer Errungenschaften", der Abbau der politischen Integration der ArbeiterInnen, Angestellten und Arbeitslosen ...

Unter den Bedingungen verschärfter Konkurrenz und einer geschwächten ArbeiterInnenbewegung/revolutionären Linken ist die institutionelle Einbindung des Proletariats (Sozialstaat, Tarifgesetzgebung ...) und die begrenzte politische Mitbestimmung weiter Bevölkerungsteile in der Nachkriegszeit für die Kapitale nicht mehr tragbar. Da aber jede bürgerliche Regierung, mit Ausnahme der Militärdikatur, einen gesellschaftlichen Konsens, zumindest aber eine minimale Zustimmung der Massen zu ihrer Politik sichern muß, wird der Aufbau eines neuen Akkumulationsregimes von politisch-autoritären Auffangstrategien begleitet. Dabei werden die bisherigen repräsentativen Mehrparteiensysteme mehr und mehr zu einem Politik-Spektakel ohne reale Bedeutung, eingerahmt von einem medienpolitisch strukturierten Massenkonsens, der die „beste aller Welten" kreiert, jenseits derer es nur Chaos und Gewalt gibt. Politische Entscheidungen werden durch die Macht des Faktischen ersetzt; durch die Entscheidungen von expertokratischen Beraterstäben. Die politischen Entscheidungsgremien der EU (Ministerrat, EZB) können frei von jeder noch so kleinen politischen Partizipationsmöglichkeit des Proletariats die Verwertungsinteressen der Bourgeoisie in die Tat umsetzen. Beraten werden sie von industriellen Lobbyistenvereinigungen wie den ERT (European Round Table) oder dem TABD (Transatlantik Busines Dialog). Hinter den Entscheidung aus Brüssel können sich wiederum die nationalen Regierungen verstecken.

Vielleicht noch einige Worte zur Vermeidung von Mißverständnissen: Was sich wie der große, böse Plan des Kapitals anhören könnte, soll lediglich die politische Essenz und Folge der Entwicklung beschreiben, die sich unabhängig von einzelnen Planungsetagen des Kapitals vollzieht. Kapitalismus ist ein soziales Verhältnis und insofern steter Klassenkampf. In der Wirklichkeit des Kapitalismus und dessen Krisenlösungsstrategien reißen immer wieder neue Widersprüche auf, die die imperialistsichen Projekte behindern, in Frage stellen, verändern. Wir versuchen also, das „historische Wesen", den Sinn der Ereignisse zu begreifen, nicht das was sich in dem unmittelbaren Bewußtsein der einzelnen handelnden Personen abspielt(e).

Die Europäische Gemeinschaft

Die Formierung der Europäischen Union ist der Aufbau eines imperialistischen Konkurrenzpfeilers, der die europäischen Kräfte der imperialistischen Bourgeoisie zusammenschließt. Es ist für sie zwingend notwendig, ihre eigenen internen Konkurrenzen und Widersprüche zu überwinden, um zu einer Einheit zu kommen, die es ihr möglich macht, ein realer Akteur ersten Ranges bei den laufenden weltweiten Veränderungen zu sein. Und um gegenüber den anderen imperialistischen Zentren - USA und Japan - das Gewicht einer wirklichen Macht zu haben, um die Märkte des Südens und im neuen Eldorado Osteuropa zu erobern und kontrollieren zu können, um jeden Widerstand der ProletarierInnen und der unterdrückten Massen in Europa zerschlagen zu können und ihnen das für dieses Stadium der imperialistischen Macht unerläßliche Opfer auf zu zwingen. Die EU materialisiert einen Wettlauf um höhere Produktivität durch Konzentration und Zentralisierung des Kapitals und der Produktion und zwar innerhalb einer staatlich politisch-militärischen Union, die diese höhere Produktivität außerhalb und innerhalb der neuen Grenzen gewährleistet.

Dabei ist die EU ein imperialistischer Akteur ersten Ranges: Der weltgrößte Markt, mit einem BIP von 8.600 Mrd Dollar, 370 Mio. KonsumentInnen und einem Anteil von 38 Prozent am Weltsozialprodukt, ist fast ein in sich ruhender Binnenmarkt (3), ein großer, reicher Markt, der in der Lage ist, die teuren Produkte zu absorbieren, und dessen Mitgliedsstaaten einen immer größeren Anteil des Außenhandels untereinander abwickeln (68 Prozent der Gesamtexporte; die BRD wickelt mehr als 50 Prozent ihres Außenhandels mit EU-Staaten ab, rechnet man die osteuropäischen Beitrittskandidaten dazu, sogar mehr als 60 Prozent). (4)

Voraussetzung für diesen Markt war der Abbau sämtlicher Handelshemmnisse wie Zölle, direkte und indirekte Steuern, Einfuhrbeschränkungen, die Liberalisierung der Geld- und Kapitalmärkte sowie die Einführung des Euros. Unmittelbare Folge innerhalb der EU ist die Verschärfung der Konkurrenz und damit eine Zunahme der Zentralisierung und Monopolisierung des Kapitals. So hat sich die Anzahl der Firmenübernahmen im Zeitraum von 1985 bis 1995 verdreifacht. Das Wettbewerbsdirektorium der EU-Kommission hatte 1992 über 60 Fusionen zwischen EU-Ländern zu entscheiden, 1996 waren es bereits 147 (5). In der Stahlindustrie produzieren die fünf größten Konzerne mehr als 60 Prozent des europäischen Stahls (6); Agnelli (Fiat) meint, daß es *„mittelfristig nur mehr sechs oder sieben große Autokonzerne auf der Welt geben dürfte, und dies durch den Binnenmarkt möglich sein wird, weil nur die stärksten der Konkurrrenz standhalten könnten"*. (7)

Unvollständige Chronologie der Ereignisse in Köln bis zum 5. Juni 1999

Am 3. und 4. Juni diesen Jahres fand in Köln das Gipfeltreffen der Europäischen Union (EU) statt. Vom 17. bis 19.06. folgt ebenfalls in Köln noch der Gipfel der G7/8-Staaten. Diese Termine waren der Anlaß für vielfältige Gegenaktivitäten. So gab es zahlreiche Demos und Aktionen sowie zwei Gegenkongresse, die von verschiedenen Gruppen getragen wurden und sich mit unterschiedlichsten Themen wie Festung Europa, Rassismus, Sozialabbau, aber auch Entschuldung, Jugoslawienkrieg, WEU etc. befaßten. Die folgende Chronologie bezieht sich auf die Aktivitäten rund um den EU-Gipfel. Der G7/8-Gipfel stand zum Redaktionsschluß noch aus.

29. Mai

• Etwa 30.000 Menschen aus aller Welt demonstrieren gegen soziale Verelendung, Rassismus und Krieg. Wiederholt greift die Polizei den revolutionären Antifa-Block an. Es gibt mehrere Verletzte, einige schwer, aber nur eine Festnahme.

1. Juni

• Trauermarsch wegen der Ermordung eines Flüchtling durch den BGS während seiner Abschiebung.

• Mehrere hundert KurdInnen demonstrieren in der Altstadt gegen den Prozeß der türkischen Regierung gegen Öcalan.

• Besetzung eines Hauses zur Nutzung als Pennplatz.

2. Juni

• Besetzung der Zeitarbeitsfirma Randstand. 40 Personen werden verhaftet.

• Street-Rave durch Köln. Kurz vor Beendigung greift die Polizei den Lautsprecherwagen an.

• 30 Graue Wölfe greifen das von der Roten Hilfe errichtete kurdische Dorf an.

3. Juni

• Demonstration gegen das Europa der Herrschenden und den NATO Angriffskrieg mit 4.000 TeilnehmerInnen. Kurz vor dem Ende der Demo verhaftet die Polizei einen Mann, der aber wegen der Proteste der Demonstration nach wenigen Minuten wieder freikommt.

4. Juni

• Besetzung des Parteibüros von Bündnis 90/Die Grünen durch MigrantInnen. Diese treten anschließend in einen Hungerstreik für bessere Lebensbedingungen und Frieden.

• Blockade des Max-Planck-Instituts für Züchtungsforschung.

• FrauenLesben-Fahrraddemo mit Theatereinlagen gegen EU-Arbeitsmarktpolitik, Ehe und Familie, kurze Blockade der Kreuzung bei der ZAST (Zentrale Anlaufstelle für AsylbewerberInnen), kleinere Stör- und Sprühaktionen.

• Beginn des Widerstandskongresses mit etwa 150 Beteiligten.

5. Juni

• Lautstarke Demonstration zum Frauen-Abschiebeknast in Neuß (organisiert von Frauen-Lesben-Zusammenhängen).

• Verschiedene Aktionen in der Innenstadt. 40 Festnahmen.

Einige Worte zur Demo am 3. Juni 1999

Vom 3. bis 5. Juni versammelten sich die Regierungschefs der europäischen Länder in Köln. Ein zentrales Thema war die Integration der WEU in die EU, also der Aufbau einer eigenständigen Militärmacht, die langfristig unabhängig von der USA agieren kann.

Gegen den Angriffskrieg der NATO, die Politik der sozialen Verelendung durch die verschärfte Enteignung der Arbeitskraft der ProletarierInnen, die militärische Abschottung Europas gegen Flüchtlinge, den Aufbau konterrevolutionärer Instrumente wie Europol, ENFOPOL, EIS etc. organisierte ein Bündnis linksradikaler Gruppen eine Demonstration unter dem Titel "Gegen das Europa der Herrschenden. Stoppt den NATO-Angriffskrieg!"

Seit der Entscheidung des "Euromarsches", eine Demonstration am 29. Mai - am Wochenende vor dem offiziellen Gipfel - durchzuführen, waren die OrganisatorInnen der Demonstration am 3. Juni mit massiver Hetzte konfrontiert. Wie üblich war die Aufteilung in "gute" Demonstration, "böse" Demonstration schnell bei der Hand. Darüber hinaus entschied auch ein großer Teil der linksradikalen Strukturen bereits frühzeitig, lediglich zum 29. Mai zu mobilisieren. Trotz dieser Schwierigkeiten blieb das bundesweite linksradikale Plenum bei der Entscheidung, am Tag des Gipfels zu demonstrieren.

Die beantragten Routen wurde alle verboten. Statt dessen bot die Polizei eine ihr genehme Route nördlich der Altstadt und entfernt von den Tagungsorten an. In den Verhandlungen mit der Polizei machte die klar, daß sie nicht bereit war, über die Route zu diskutieren. Der Polizeipräsident Granitzka äußerte, daß die Demonstrationsfreiheit für ihn erst an dritter Stelle, nach der Sicherheit der PolitikerInnen und seiner BeamtInnen, käme. Um dieses Verhältnis deutlich zu machen, bestand die Polizei z.B. auf einer Durchsuchung der Lautsprecherwagen. Bereits im Vorfeld kündigte Granitzka an, daß Pfeifkonzerte und andere "Unmutsäußerungen" mit aller Entschiedenheit unterbunden würden.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit den Angriffen der Polizei auf den Antifaschistischen Block am 29. Mai war die Intention klar: Demonstrationen sind nur so lange erlaubt, wie sie unter vollständiger Kontrolle der Polizei stattfinden. Radikale Gesellschaftskritik hingegen ist - wenn überhaupt - nur etwas für die Schreibstube.

Trotz dieser aufoktroyierten Bedingungen fand eine Demonstration mit 4.000 TeilnehmerInnen aus verschiedenen europäischen Ländern statt. War es angesichts der Schwäche der Linken nicht möglich, mehr zu erreichen, so war die Demonstration doch ein kraftvoller Ausdruck des Widerstandes gegen das Europa der Herrschenden und den NATO-Angriffskrieg. Es ist richtig und notwendig, die unversöhnliche Kritik an den herrschenden Bedingungen zu formulieren und auf die Straße zu tragen. Wir werden weiter arbeiten und beim nächsten Gipfel vielleicht mehr erreichen.

Perspektive

St.-Pauli-Straße 10-12, 28203 Bremen
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/perspektive
perspektive@mail.nadir.org

Die GewinnerInnen der europäischen Integration werden die weiter fusionierenden Großkapitalien sein. Insofern kann sich der Erfolg von 40 Jahren Gemeinschaft für immer freieren Wettbewerb durchaus sehen lassen. Es ist - und darum geht es schließlich in der Marktwirtschaft - sehr viel Geld verdient worden, die Unternehmen sind ebenso gewachsen wie die Umsätze und Vermögen der Banken.

Von der Gründung europäischer übernationaler Monopolkapitale und den Zentralisierungs- und Konzentrationsprozessen, die in verschiedenen Sektoren der Produktion stattfinden, gehen Umstrukturierungsprozesse aus, die für ArbeiterInnenklasse, die Angestellten im Dienstleistungssektor und in anderen Bereichen eine immer homogenere Ebene der Ausbeutung und der Arbeitsorganisation erzeugen, bis hin zu Modellen für das Bildungswesen, zur Gestaltung des Arbeitsmarktes und zur unbegrenzten Ausweitung des Reserveheeres der Industrie, das der in Europa verwirklichten Politik der produktiven Neuordnung Handlungsspielraum verschafft. Auf diese Weise versucht das Kapital, sich endgültig der teuren Auflagen und der Inflexibilität der Arbeitsmärkte zu entledigen. Und so ist es nur konsequent, wenn BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel in einem Gespräch sagt: *„Arbeitslosigkeit ist doch gar nicht das größte Problem unserer Gesellschaft ... Sie entsteht vor allem deshalb, weil die Arbeitskosten zu hoch sind und die Unternehmen zu wenig verdienen."* (8)

Die Lasten der Sanierung der Profitraten werden auf die Schultern der ArbeiterInnen, Arbeitslosen, Angestellten etc. abgewälzt. Die durch den Zwang der Konvergenzkriterien zur Einführung des Euro eingeleiteten Sparmaßnahmen, das Lohndumping, die Privatisierungen und Deregulierungen des Arbeitsmarktes werden durch den Zwang der im Maastricht-Vertrag festgelegten Eindämmung der Haushaltsdefizite fortbestehen- oder sich noch verschärfen. Dazu Rolf E. Breuer (Deutsche Bank): *„Eher noch stärker als beim Erfüllen der Maastrichtkriterien verpflichtet der Euro die Staaten, ihre Verschuldung einzudämmen, die Arbeitsmärkte zu flexibilisieren und die Sozialsysteme belastungsfähig umzubauen."* (9)

Wie Recht er doch hatte; bewies jüngst Yves-Thibault (EU-Währungskommissar) nach der Prüfung der Stabilitätsprogramme Italiens, Englands, Schwedens und Portugals. Italien ermahnte er; *„stärkere Anstrengungen bei der Privatisierung zu unternehmen"*, Portugal wurde empfohlen, *„seine Ausgaben zu senken"*, und Schweden, obwohl nicht Mitglied der Wäh-

rungsunion, wurde geraten, *„die Lohnentwicklung zu beobachten"* (10).

Mit der Einführung des Euro ist der vorerst letzte und weitestgehende Schritt zur Verbesserung der Geschäftsgrundlage der europäischen Kapitale gemacht worden. Der Vertrag von Maastricht macht praktisch geltend, daß die Konkurrenz eigenständiger Nationalökonomien innerhalb Europas im Namen und zugunsten der Konkurrenz dieser Einheit gegen den Rest der Welt aufgegeben werden muß, besteht doch die konstatierte Schwäche des wirtschaftlichen Bündnisses darin, daß sich die Mitglieder - was für kapitalistische Nationen ebenso geboten wie normal ist - nach wie vor die dem Weltmarkt abgerungenen ökonomischen Potenzen streitig machen. Das ist bekanntlich der Sinn von Einheit, keinen Gegensatz, sondern gemeinsame Sache zu machen, sich ihr unterordnen. Und dies ist zugleich die politische Essenz der Währungsunion, sie bestimmt nicht das Verhältnis von Kapital und Arbeit neu, sondern das zwischen den Nationen und den Kapitalien, die sie betreuen. Denn für die Vermeidung von Hemmnissen für die Investitions- und Handelstätigkeit in der „Vor-Euro Zeit" gab es bereits die Vereinbarungen über den freien Waren- und Kapitalverkehr und das EWS (Europäisches Währungssystem). Die Einführung des Euro ist die (partielle) Entmachtung der Einzelstaaten zugunsten der Bewirtschaftung Europas als Domäne eines politischen „Standortbetreuers" und Währungshüters - den es freilich noch immer nicht gibt! Dennoch, die verschiedensten Übereinkünfte der EU-Mitgliedsstaaten haben in den Nationen Europas gleiche Geschäftsbedingungen geschaffen, was dazu führt, daß *„für außereuropäische Nationen, die mit Arbeit, Geld und Waren an Europa verdienen wollen, manche Schranke errichtet ist für den rentablen Geschäftsverkehr mit den EU-Ländern. Diese inzwischen fünfzehnfache 'Diskriminierung' des nicht-gemeinschaftlichen Auslands hat für dies die praktische Bedeutung, die ansonsten die die Konkurrenz und ihre Freiheit behindernden Maßnahmen eines politischen Subjekts aufweisen. Die Geschäftsbedingungen, die sich die EU-Mitglieder untereinander gewähren, stehen anderen Ausländern nicht offen."* (11)

Natürlich vollzieht sich die skizzierte Entwicklung zu einem europäischen Geschäftsausschuß nicht einfach von selbst, sondern ist das politische Werk der betroffenen Regierungen, die das europäische Regime konstruieren, unter welches sie sich dann unterordnen und auch die supranationale Kontrolle ausüben. Denn nach wie vor gilt, daß die souveränen Mitglieder der EU auch Ja sagen müssen zu dem, was ihnen an Kontrolle auferlegt wird. Daß sie dazu bereit sind, erklärt sich aus ihrer Berechnung, daß sie sich zugunsten ihrer Nationalökonomie eines brauchbareren Geldes bedienen wollen, als dessen, das sie haben.

Diese wechselseitige Abhängigkeit zwischen ökonomisch ungleichen Staaten (man betrachte nur die BRD und Portugal), die Hierarchisierung und Funktionalisierung der Rolle eines jeden innerhalb der kapitalistischen Arbeitsteilung, entspricht der Notwendigkeit, punktuell die Verwertungsbedingungen des Kapitals festzulegen, nach denen jedes einzelne Land in enger Abhängigkeit von den mächtigsten Kapitalen operieren soll. Es handelt sich offensichtlich um einen mehrfach bestimmten und widersprüchlichen Prozeß, dessen perverse Logik einer Schere gleicht: Entwicklung für die einen, Unterentwicklung für die anderen. Man kann auch beobachten, daß jeder imperialistische Staat, indem er die primären Interessen der mächtigsten multinationalen Kapitale übersetzt, im Inneren des eigenen nationalen Territoriums die Logik einer Akzentuierung der ökonomischen, politischen und sozialen Ungleichheiten reproduziert. In diesem Zusammenhang beginnen die einzelnen Staaten immer mehr als „Knoten" eines artikulierten Netzes mit komplexer Dynamik zu figurieren. Mit anderen Worten: Die Staaten Europas sind durch die Einführung des Euros nicht aus der Konkurrenz untereinander um den Zustrom von investivem Kapital entlassen, dazu kommt die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, so daß Kapitalisten wie politisches Personal bei den Produktionsbedingungen dem weltweiten Vergleich ausgesetzt sind und bleiben. So wird denn stetig die lokale Ausstattung der Märkte (von der Infrastruktur bis hin zur „Brauchbarkeit" der Arbeitskräfte) überprüft. Nur die Anwesenheit international konkurrenzfähiger Konzerne bringt den Staaten das Geld - in Form von Steuern -, mit dem sie arbeiten. So kann es geschehen, daß in der Vergangenheit geförderte Konzerne, etwa der Bremer Vulkan, im europäischen Vergleich als nicht länger rentabel erscheinen und ihnen kurzerhand die Subventionen gestrichen werden.

Wie widersprüchlich dieser Prozeß ist, wird an einer Vielzahl von Punkten deutlich:

» Seit Jahren drängen die Regierungen Europas die Chefs der Airbus-Eigner (DASA, Aerospatiale, Casa, British Areospace), sich zu verbünden, um dem mächtigen US-Konkurrenten Boeing Paroli bieten zu können, doch die Kokurrenzen untereinander verhinderten bislang die Gründung der EADC (European Areospace and Defense Company).

» Die Entscheidungsstrukturen der EU haben sich seit den Römischen Verträgen von 1957 nicht wesentlich geändert. Was jedoch für sechs Mitgliedsstaaten und geringe übernationale Befugnisse noch ausreichend war, droht heute zur politische Entscheidungsunfähigkeit zu werden, da alle Entscheidungen nur einstimmig beschlossen werden können (auch die Änderung dieser Vertragsklausel!).

» Die Agenda 2000, das Reformprojekt der europäischen Finanzordnung steht vor bislang unüberwindbaren Gegensätzen: Deutschland will weniger zahlen, Italien nicht mehr und Spanien will nicht auf seine Zuschüsse aus Brüssel verzichten. Im Falle eines Scheitern droht der EU der finanzielle Ruin.

» Große Teile des kleinen und mittleren Kapitals sehen sich von Europa in ihrer Existenz bedroht und wünschen sich den protektionistischen Nationalstaat zurück.

An dieser Stelle brechen wir ab und wollen nur noch zwei Widersprüche erwähnen: Zum einen das europäische Proletariat. Wenn bislang auch nur zaghaft und leise, so haben die Arbeitslosenproteste unter anderem in Frankreich und Deutschland den Mächtigen eine leise Ahnung davon gegeben, was noch auf sie zukommen könnte/wird. Zum anderen befreit der brutale Sanierungskurs der europäischen Kapitale und Nationalstaaten auf Kosten des Proletariats, der Angestellten, SchülerInnen, StudentInnen, Frauen, Alten, Kranken ..., die strukturelle Erwerbslosigkeit von durchschnittlich elf Prozent in Europa, die Kapitale nicht von einer immanenten Eigenschaft des Kapitalismus. Dazu Marx:

"Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumptionskraft der Gesellschaft. Diese letztere ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumptionskraft, sondern durch die Konsumptionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumption der großen Masse der Gesellschaft auf ein, nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter. Dies ist Gesetz für die kapitalistische Produktion, gegeben durch die beständigen Revolutionen in den Produktionsmethoden selbst, die damit beständigt verknüpfte Entwertung von vorhandenem Kapital, den allgemeinen Konkurrenzkampf und die Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloß als Erhaltungsmittel und bei Strafe des Untergangs."

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Es ist für die EU, um in der tripolaren Konkurrenz USA-Japan-EU standhalten zu können, notwendig eine eingenständige Außenpolitik zu definieren und umsetzen zu können, so daß sie bei der Neuverteilung der Märkte in Osteuropa, aber auch im Nahen Osten, Afrika und Asien mitmischen kann.

Bereits heute ist Osteuropa ein entscheidender Absatzmarkt für die EU, der 1997 fast 11 Prozent am gesamten regionalen Export der EU ausmachte. 1997 hat die EU Waren im Wert von über 78 Mrd. ECU in die zehn assoziierten Staaten exportiert, davon knapp 90 Prozent in die sechs CEFTA-Staaten (Central European Free Trade Association). Dagegen beliefen sich die Importe der EU nur auf weniger als 57 Mrd. ECU. (12)

Des weiteren hat die EU die Kolonien der alten Nationalstaaten übernommen (Falkland-Inseln,

Nr. 28 Frühjahr 1999
BAHAMAS
Von Menschen- und Völkerrechten
Zum Stand der kurdischen Sache ● Vom Mißgeschick des Demokratieretters: Pinochet ● Eine kursorische Geschichte der UCK ● Nachhut und Avantgarde: Rumänische Bergarbeiter ● Hessenwahl: Jugend gegen Ausländer ● Über den „Dritten Weg" ● Vom Verschwinden des Gebrauchswerts zur politischen Ökonomie der Gerechtigkeit ● u.a.m.
Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskasse / Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

Azoren, kanarische Inseln, Französisch-Guyana, Guadeloape ua) die zum Teil wichtige militärische und/oder Forschungsfunktionen haben. So z.B. die Atomversuche in Polynesien oder das Raumfahrtzentrum Kouruo der ESA in Französisch-Guyana, wo im Rahmen des europäischen EURECA-Progamms Forschungen durchgeführt werden. Und auch wenn die AKP-Staaten (afrikanische, karibische, pazifische Staaten) auch nach 25 Jahren Lomé-Vertrag mit einem Anteil von zwei Prozent am Welthandel marginal sind, so bleibt das Wachstum der EU von deren mineralischen und landwirtschaftlichen Rohstoffen abhängig. Und infolge dessen muß die Verfügbarkeit dieser Ressourcen für die EU auch langfristig gesichert werden.

Der Barcelona-Prozeß (im November 1995 eingeleitet) soll darüber hinaus bis zum Jahr 2010 eine Freihandelszone für Industriegüter im Mittelmeerraum errichten. Die Assoziierungsabkommen mit Tunesien, Israel, Marokko, der palästinensischen Autonomiebehörde, Jordanien und Syrien sehen eine Zusammenarbeit in den Bereichen Politik und Sicherheit sowie finanzielle und technische Zusammenarbeit in Vorbereitung auf die euro-mediterane Freihandelszone vor.

Den Willen, eine dem Gewicht der EU angemessene und vor allem eigenständige imperialistische Außenpolitik zu entwickeln, äußerte die EU-Kommission 1997 in einem Grünbuch: *„Die Gründe für eine Unterstützung (von Drittweltstaaten) aus ideologischen Motiven ist entfallen, wodurch die Mittelmächte erneut an Möglichkeiten zur Einflußnahme gewinnen und eine gewisse Autonomie in der Außenpolitik zurückerhalten."* Nachdem die UdSSR zusammengebrochen ist, entfällt der existentielle Zwang der Unterordnung unter US-amerikanischer Führerschaft: Die innerimperialistische Konkurrenz um Vorherrschaft, Märkte und Ressoucen über die Peripherie ist neu eröffnet. Und so entfaltet die EU eine Vielzahl von Aktivitäten: Im Februar 1998 schickt das europäische Parlament, ohne offizielles Gesuch, eine Deligation nach Algerien, um sich nach einer Terrorwelle als Vermittler ins Spiel zu bringen. Die Legitimation ergibt sich aus der Tatsache, daß Algerien längst an Europa angebunden ist; Ölgeschäfte werden fast ausschließlich mit Europa abgewickelt, der Großteil der Lebensmittel stammt vom europäischen Agrarmarkt und über ein Assoziierungsabkommen wird verhandelt. *„Mit der jüngsten Mission nach Algerien hat die EU ganz offiziell erweiterte Zuständigkeit für die inneren Verhältnisse angemeldet: Die EU-Delegation ermahnte die algerische Regierung zur Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien und forderte sie auf, die Hintergründe der GIA-Massaker, aber auch das Eingreifen des Militärs durch internationale Gremien untersuchen zu lassen ... Für die zwischen Militär und fundamentalistischen Widerstand geratene Bevölkerung bot sie Hilfeleistungen an, die die EU unter Übergehung der algerischen Staatsverwaltung selbst zu organisieren und zu überwachen verlangte."* (13)

In Afrika intervenierte die EU auf unterschiedliche Art und Weise in Zaire, Kongo-Brazzaville, Nigeria und Kenia. Dabei ging es um die Sicherung ökonomischer Interessen (Kongo-Brazzaville: Erdölförderung durch Frankreich; Nigeria: Erdölförderung durch Großbritannien und die Niederlande) und um sozusagen vorverlagerte Grenzsicherung des Schengen-Europas. Oder wie Kinkel in anderem Zusammenhang sagte: *„Wenn die Europäer heute nicht Stabilität nach Algerien exportieren, laufen sie Gefahr, morgen Instabilität durch große Flüchtlingsbewegungen zu importieren."*

Teil einer eigenständigen imperialistischen Außenpolitik ist die Fähigkeit, diese auch militärisch zu erzwingen. Langfristig ist die WEU als Ort der Bestimmung der europäischen Kriegsführung vorgesehen. Während der Sitzung des Europäischen Rates in Maastricht 1992 wurde beschlossen, die WEU als integralen Bestandteil der EU mit der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik zu betrauen. Auf Ersuchen der EU soll die WEU *„verteidigungspolitische Entscheidungen und Aktionen erarbeiten und durchführen"*. Das 1990 von Frankreich und der BRD gegründete Euro-Korps kann der WEU zur Verfügung gestellt werden. 1995 waren die Truppen, der mittlerweile von fünf Ländern gestellten Militärverbände des Euro-Korps einsatzbereit. Die Truppengröße betrug 1998 60.000 Mann. Die Ausrichtung dieser Einheit wurde im Rahmen einer Übung überaus deutlich. Das Szenario: Feind Schwarz greift das zu verteidigende Grünland an, um dortige Uranvorkommen für den Atomwaffenbau auszubeuten. Wie realistisch diese Übung war, zeigt der Einsatz französischer und belgischer Truppen in Ruanda. Dort wurde eines der größten Uranvorkommen der Welt gefunden. Die von Frankreich unterstützte Regierung wurde von der FPR, die von den USA unterstützt wurde, gestürzt. Eingesetzte französische und belgische Kampfverbände mußten nach kurzer Zeit US-Truppen weichen.

Die europäischen Staaten treiben auch den Aufbau konkurrenzfähiger Waffenschmieden voran: verschiedene europäische Projekte, wie Kampfflugzeuge (Eurofighter), Kampfhubschrauber, Minensuchboote oder den Spionagesatelliten Helios2/Horus.

Zugleich ist die WEU der Versuch der Synthese zweier offensichtlich widersprüchlicher Achsen: Auf der einen Seite die Bestimmung einer Einheit europäischer Aktion und Integration, in der allgemeinen Tendenz des Imperialismus zum Krieg. Also die formalen, ökonomischen, politischen und militärischen Mittel für die Durchsetzung ihrer Interessen zu schaffen, um so die innerimperialistischen Widersprüche zu lösen bzw. für sich zu entscheiden. Dieses Ziel ist noch in weiter Ferne, wie z.B. Tony Blair auf dem Berliner Gipfel betonte. *„Der britische Premierminister sprach den beschämenden Umstand an, daß Europa und die Europäische Union zum selbstständigen Krisenmanagement in ihrem eigenen Hinterhof nicht fähig oder willens (oder beides) seien, jedenfalls nicht ohne Beistand und Führung Amerikas."* (14) Auch aus diesem Grund ist die WEU auf die NATO angewiesen, ohne deren logistisches, technisches und militärisches Gerät könnte kaum eine WEU-geführte Intervention durchgeführt werden.

Auf der anderen Seite üben die USA Druck auf Europa und insbesondere die BRD aus, endlich einen größeren Teil der Kosten der Aufrechterhaltung der imperialistischen Weltordnung zu übernehmen, die in Übereinstimmung und in gegenseitiger Ergänzung dem Wohle der multinationalen Kapitale dient. Hier drückt sich eine Krise der US-amerikanischen Welt-Hegemionie aus; längst ist die Militärmacht Nummer eins nicht mehr in der Lage, jeden Krieg allein zu führen, auch mehren sich die Stimmen der KritikerInnen US-amerikanischer Weltpolizei-Politik.

Und natürlich bleiben USA und EU weiterhin Konkurrenten auf den Weltmärkten. Der Konkurrenzkrieg wird zur Zeit in erster Linie ökonomisch ausgetragen, wird aber schärfer, wie die Streits um Bananen und Hormonfleisch in jüngster Zeit zeigen.

An dieser Stelle vielleicht noch ein paar Worte zur Rolle der BRD in Europa. Das ökonomische Gewicht der BRD verschafft ihr eine privilegierte Rolle in Europa und ermöglicht es, erheblichen Druck auf die anderen Länder auszuüben. Wichtig ist jedoch hervorzuheben, daß ein Großdeutschland nur in einem großen Europa existieren kann. Oder wie es die Alfred-Herrhausen-Gesellschaft in einem Vortrag für die Deutsche Bank und Gäste formulierte: *„Deutschland hat in diesem Jahrhundert die bittere Erfahrung gemacht, daß das Land seine Position nicht auf sich selbst gestellt wahren kann. Es ist für den Alleingang zu schwach. ... Es gilt hervorzuheben, daß die gleichen Institutionen auch als Multiplikatoren deutschen Einflusses wirken. Ohne sie wäre unser Land tatsächlich weniger einflußreich als es mit ihrer Hilfe ist."* (15)

Nachtrag: Im Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zeichnen sich die wichtigsten Widersprüche dieser Phase kapitalistischer Entwicklung ab. Wir begreifen diesen Krieg als einen imperialistischen Konkurrenzkrieg, geboren in der Verwertungskrise des Kapitals und seiner imperialistischen Lösungsstrategien. Dabei sind unmittelbare ökonomische Interessen in diesem Krieg eher nebenrangig - eine Ausnahme bildet die BRD. Nach 1989 wurde die BRD die mit Abstand größte Handelspartnerin nicht nur Jugoslawiens, sondern auch all seiner Teilrepubliken. Bereits Ende der 80er Jahre unterstellte die jugoslawische Regierung ihre Währungspolitik bedingungslos der deutschen Bundesbank, indem sie den Dinar an die DM koppelte. Slowenien ist heute der viertgrößte Handelspartner der BRD in Mitteleuropa und Kroatien ist wirtschaftlich fast vollständig von der BRD abhängig. (16) Die ökonomischen Interessen in diesem Krieg vermitteln sich eher über die politische Zielsetzung. In diesem Krieg wird erneut die weltweite imperialistische Staaten-Hierarchie definiert und festgelegt. Den USA geht es um die Sicherung ihrer Hegemonialstellung in der Welt und also darum, den erwachenden europäischen Pol in die Schranken zu verweisen. Dieser wird ein mächtiger Konkurrent für die ohnehin stark angeschagenen USA. Zum vierten Mal in Folge ist die US-amerikanische Ausfuhr zurückgegangen. Sie sank in Februar auf 76,6 Milliarden Dollar. Dem Exportminus von 0,6 Prozent stand ein Importplus von 2,3 Prozent gegenüber. Auf Jahresbasis bezogen, entspricht das Defizit im Februar einem Fehlbetrag in der Handelsbilanz von 215 Milliarden Dollar, deutlich mehr als das Jahresdefizit von 165 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr (17). Lediglich die Stärke des US-Dollars und die übermächtige Militärmaschinerie sichern den USA die Hegemonialstellung und so verbin-

det sich die aggressive Militärpolitik der USA mit ihren wirtschaftlichen Interessen. Im Neuen Strategischen Konzept der NATO ist der Ausbau der WEU als Komponente der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) nur im Rahmen der NATO und damit unter US-Kontrolle vorgesehen.

Auf der anderen Seite bewirkt der NATO-Krieg eine ungeheure Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses, insbesondere in Fragen der GASP. Das politische Personal Europas reagiert auf die Zuweisung zum Befehlsempfänger der USA mit der Betonung der Bedeutung der politischen Integration der EU, um langfristig tatsächlich auch auf militärischen Gebiet ernsthafter Konkurrent zu werden. Im Vorfeld der WEU-Ratssitzung im Mai in Bremen sagte der Generalsekretär der WEU, José Cutileiro: *„Die Amerikaner geben sechs Mal mehr aus, und unser Rüstungssektor ist in viel mehr Unternehmen zersplittert. Die Amerikaner haben den Vorteil, ein einziges Land und einen einzigen, großen inneren Kunden, die US-Armee, zu haben."* (18)

So markiert der NATO-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien eine neue Etappe in der tripolaren Konkurrenz USA-EU-ASEAN.

Schluß

Der Aufbau eines europäischen imperialistischen Pols bestimmt ein neues Terrain der Auseinandersetzung zwischen den Klassen. Sowohl für die Bourgeoisie wie auch für das Proletariat und die unterdrückten Massen bestimmen sich Fortschritte auf übernationaler Ebene, nicht weil es eine Nivellierung und einen Verlust der Besonderheiten der nationalen Formationen bedeutet, sondern weil diese Ebene ein allgemeines Erfordernis darstellt. Die Auseinandersetzungen um die Macht in Europa begreifen wir auf der Grundlage der (noch nicht abgeschlossenen) Formierung zweier Subjekte: der imperialistischen Bourgeoisie und des internationalen (europäischen) Proletariats. Offensichtliches Problem revolutionärer Politik im Moment ist der Widerspruch zwischen objektiven Möglichkeiten und subjektiven Bedingungen. Während auf der objektiven Seite die Polarisierung in zwei verfeindete Klassen immer deutlicher wird und damit auch die Bedingungen eines einheitlichen europäischen Kampfes geschaffen werden, ist auf der Seite der Subjekte eine Partikularisierung festzustellen, die schon den gemeinsamen Kampf in einem Land erschwert.

Für die Entwicklung revolutionärer Politik ist es existentiell, die großen zentralen Fragen vorherzusehen, so wie sie sich in der Konjunktur abzeichnen, und ihnen konkrete Antworten entgegenzubringen.

Materielle Auswirkung der Wirtschafts- und Währungsunion ist eine verschärfte Rationalisierung in den Betrieben, um der Konkurrenz in Europa standhalten zu können. Wie kann revolutionäre Politik Verbindungen in die Betriebe schaffen und einen antikapitalistischen Widerstand gegen die zunehmende Enteignung des Mehrwerts entwickeln? Wie kann diese interagieren mit dem Widerstand gegen die Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen der Massen, wie dem Abbau der Krankenvorsorge, der Steuerbelastung, hohen Mieten und Lebenshaltungskosten etc. pp.? Darin drückt sich materiell die Entwertung der Arbeitskraft aus.

Wie kann in dieser Phase das Wiederaufbrühen reformistischer und chauvinistischer Spaltungen und Verwirrungen überwunden werden? Wie kann die Orientierung auf den Sozialstaat, die humanistische Politik des guten Gewissens gegen die schlimmsten Projekte und Aspekte imperialistischer Herrschaft in eine glaubhafte internationale politische Perspektive transformiert werden, die fähig ist in derselben emanzipatorischen Bewegung alle revolutionären, antikapitalistischen, antisexistischen, antiautoritären etc. Äußerungen und Wünsche der Klassensubjekte zu vereinen?

Wie können wir materiell an der Einheit aller emanzipatorischen Ansätze in Europa arbeiten, die angesichts der fortschreitenden politischen Integration der EU lebenswichtig für einen erfolgreichen antikapitalistischen Kampf sein wird? Wie können wir gleichzeitig der Unterschiedlichkeit der Bedingungen und historischen Erfahrungen Rechnung tragen? Wie können die Erfahrungen genutzt werden, die in fast allen europäischen Ländern mit den sozialdemokratischen Regierungen gemacht wurden, die keinerlei Verbesserung der Lebenssituation brachten?

Wir denken,, daß dieser Kongreß sowie die Demonstrationen ein Ort inmitten vieler Initiativen und Aktionen sind, Antworten auf die drängendsten Fragen zu finden, um so schrittweise einen Einheitsprozeß zu initiieren.

Zum Abschluß wollen wir an die Initiative aus Florenz aus dem Jahr 1996 erinnern. Dort wurde aufgefordert, eine europäische Koordinierung gegen das Europa der Herrschenden aufzubauen. Wir halten es noch immer für richtig und notwendig, an den Initiativen für eine europäische Vernetzung der revolutionären Gruppen zu arbeiten.

In diesem Sinne: Gegen das Europa der Herrschenden, für den Kommunismus.

Perspektive

(Der Text wurde von der Redaktion überarbeitet und um den Abschnitt „Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres" gekürzt. Wir verweisen zu diesem Themenkomplex auf den Artikel „Ausbau der Festung - Innere Sicherheit und Migrationskontrolle in Europa" in diesem kassiber. Die ungekürzte Fassung des „Perspektiven"-Textes findet sich im Internet unter: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/perspektive/docs/europa_de.htn)

Anmerkungen:

(1) Monar/Neuwahl/Noak, Sachwörterbuch der Europäischen Union.
(2) Ebd.
(3) Der Spiegel, 1/1999.
(4) Fischer Weltalmanach 1999.
(5) Jahrbuch der Europäischen Integration 1997/98.
(6) Weser Kurier vom 24.2.1999.
(7) Zitiert nach: Die Linke und Maastricht 2.
(8) Zitiert nach: VDI-Nachrichten vom 19.2.1999.
(9) Zitiert nach: nach: Die Linke und Maastricht 2.
(10) FAZ vom 4.2.1999.
(11) Gegenstandpunkt 2/97.
(12) Jahrbuch der Europäischen Integration 1997/98
(13) Gegenstandpunkt 2/98.
(14) FAZ vom 25.3.1999.
(15) Alfred-Herrhausen-Gesellschaft: Macht und Ohnmacht. Deutsche Außenpolitik vor dem Ende?
(16) Göbel u.a., Der Fall Jugoslawien.
(17) FAZ vom 22.4.1999.
(18) Zitiert nach: Weser Kurier vom 8.5.1999.

Innere Sicherheit und Migrationskontrolle in Europa

Ausbau der Festung

Der Auf- und Ausbau der Festung Europa hat inzwischen eine über zwanzigjährige Geschichte. Seit Mitte der 70er Jahre wurde die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa qualitativ und quantitativ erheblich ausgebaut. Unter dem Siegel, die EU zu einem „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" für ihre BürgerInnen zu gestalten, haben sich die Repressionsorgane ein Instrumentarium geschaffen, das mit Freiheit und Recht schon lange nichts mehr zu tun hat und unter Sicherheit primär die Sicherheit der Herrschenden versteht.

Der Kampf gegen den „Terrorismus" hat in den 70er Jahren für so manches herhalten müssen. Erinnert sei hier nur an die Einführung des § 129a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung), die Einschränkung der Verteidigerrechte und anderes mehr. Auch auf europäischer Ebene wurde die „Bedrohung durch den Terrorismus" von den Repressionsorganen, auf deutscher Seite insbesondere vom Bundeskriminalamt (BKA), zur Schaffung neuer Strukturen genutzt. 1976 trafen sich die Innen- und Justizministerien der Staaten der EG erstmals im Rahmen von *Trevi*. Der Name stand als Abkürzung für „Terrorisme, Radicalisme, Extremisme et Violence Internationale". Zustandegekommen war *Trevi* auf Beschluß des Europäischen Rates vom Dezember 1975, und die formale Struktur von *Trevi* glich der anderer Räte der EG:

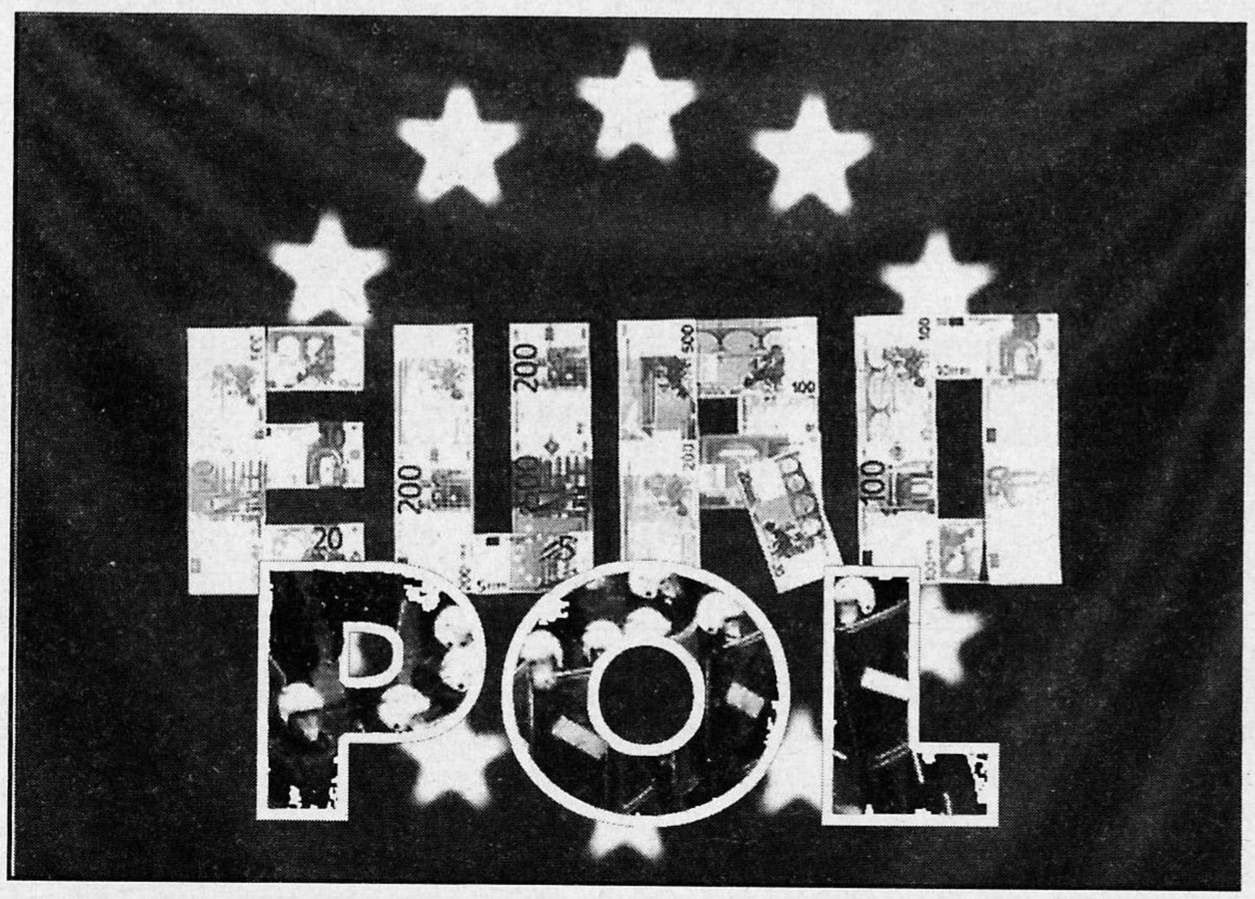
» Die Ministerialebene mit den Innen- und JustizministerInnen aller EG-Mitgliedsstaaten trifft die grundlegenden Entscheidungen.

» Die Ebene der hohen BeamtInnen setzt sich zusammen aus MinisterialbeamtInnen der Innen- und Justizministerien, den LeiterInnen der obersten Polizeibehörde (BKA), den LeiterInnen der Nachrichtendienste. Sie geben den Arbeitsgruppen die Themen vor und bereiten deren Ergebnisse für die Entscheidungen der Ministerrunde vor.

» Arbeitsgruppen bestanden zu den Themenkomplexen Terrorismus, allgemeine Polizeiangelegenheiten (Ausbildung und Ausrüstung), organisierte Kriminalität, eine AG Europol zur Vorbereitung des Aufbaus eines Europäischen Kriminalamtes und eine AG Einwanderung zur Koordination der Asyl- und Visapolitik in der EG.

In *Trevi* waren alle Staaten aus der EG und nur diese vertreten. Trotzdem handelte es sich formal nicht um ein Gremium der EG, wodurch die sowieso schon unterentwickelten demokratischen Kontrollmechanismen auf europäischer Ebene umgangen wurden. Da es sich bei *Trevi* nun auch nicht um eine neue Institution handelte, für die ein zwischenstaatlicher Vertrag erforderlich gewesen wäre, war auch nie die Zustimmung oder Kontrolle durch den Bundestag oder andere nationale Parlamente notwendig bzw. möglich.

Trevi arbeitete lange Jahre unter weitgehender Geheimhaltung: Die Tagesordnung der MinisterInnentreffen war meist nicht öffentlich bekannt, ebensowenig wußte man über die Mitglieder des Ausschusses hoher BeamtInnen oder der Arbeitsgruppen. In den ersten Jahren stand der Kampf gegen den „Terrorismus" im Vordergrund, Mitte der 80er Jahre mußte dann ein neues Feindbild her, denn der bewaffnete Widerstand war weitgehend zerschlagen oder befand sich in der Selbstauflösung. „Organisiserte Kriminalität" hieß das neue Schreckgespenst, das die friedlichen BürgerInnen vorgeblich bedrohe und nur durch eine starke, auf europäischer Ebene koordinierte Polizei zu bekämpfen sei. 1985 wurde eine Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der „Organisierten Kriminalität", die AG *Trevi* 3, gegründet. Schwerpunkt der Arbeit war zunächst der internationale Drogenhandel. Aus diesem Schwerpunkt entwickelte sich die *European Drug Unit* (EDU), die zur Keimzelle eines *Europäischen Kriminalamtes* (Europol) geworden ist.



Obwohl *Trevi* den Polizeibehörden in Europa eine Reihe neuer Möglichkeiten geschaffen hatte, gingen die Vereinbarungen vor allem der BRD und Frankreich nicht weit genug. Aus diesem Grunde fanden sich die BRD, Frankreich und die Benelux-Staaten zu Verhandlungen zusammen, die schließlich mit den *Schengener Verträgen* die eigentlichen Baupläne für die Festung Europa liefern sollten.

Schengen, SDÜ und SIS

Die Implementierung des Schengener Abkommens ist ein recht genaues Abbild der Politik, die man sich in einem „Kerneuropa" vorzustellen hat, das die CDU-Politiker Schäuble und Lamers schon 1994 gefordert hatten. Die ökonomisch einflußreichen EU-Staaten errichten untereinander politische Strukturen, die lediglich auf multilateralen Regierungsverträgen aufgebaut sind. Sie geben so für das restliche Europa eine bestimmte Richtung vor, die dann von diesen Staaten nur noch in zeitlichem Abstand nachbeschritten werden kann. Gelingt ihnen das nicht, entstehen ihnen Wettbewerbs- oder sonstige Nachteile.

Der Europäische Rat hatte im Juni 1984 den Wegfall der Binnengrenzkontrollen beschlossen. Bei einer Sitzung im März 1985 wurde festgelegt, *„angemessene Ausgleichsmaßnahmen"* zu definieren. Mit dem *„Schengener Abkommen"* sind genau gesagt zwei Abkommen gemeint: das eigentliche Übereinkommen von Schengen vom 14. Juni 1985 und das dazugehörige Schengener Durchführungsabkommen (SDÜ) vom 19. Juni 1990. Beide wurden geschlossen zwischen den Regierungen der BRD, Frankreichs und der Benelux-Staaten. Von den 142 Artikeln des Schengener Abkommens gehören dabei alle bis auf einen zu diesen *„Ausgleichsmaßnahmen"*. Die wichtigsten sind: Verlagerung der Kontrollen an die gemeinsamen Außengrenzen samt deren technischer Aufrüstung, restriktive Handhabung von Asylrecht und Visapolitik, Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit und Aufbau des sogenannten Schengener Informationssystems (SIS). Wegen technischer Probleme bei der Installation des SIS, politischem Widerstand in Frankreich und den Niederlanden gegen die geheim stattfindenden Verhandlungen sowie der Weigerung Frankreichs, die Grenzkontrollen tatsächlich einzuschränken, trat das Abkommen erst am 26. März 1995 in Kraft - Spanien und Portugal waren mittlerweile beigetreten. Im Laufe der weiteren Jahre schlossen sich dann auch Dänemark, Schweden, Finnland, Österreich, Italien und Griechenland an. Um die Nordeuropäische Paßunion nicht zu gefährden, wurden Norwegen und Island assoziiert. Nur Großbritannien und Irland blieben als EU-Staaten bisher außen vor.

Das Abkommen wird politisch gestaltet und reguliert durch den sogenannten Exekutivausschuß, dessen letzte Tagung weitgehend unbemerkt im Dezember 1998 in Berlin stattfand.

Dieses Gremium - hauptsächlich zusammengesetzt aus Vertretern der Innenministerien der beteiligten Länder - unterliegt keinerlei parlamentarischer oder gesellschaftlicher Kontrolle. Die dafür vorgesehene sogenannte „Gemeinsame Kontrollinstanz" ist mit einem äußerst geringen Finanzbudget ausgestattet, prüft lediglich die Anwendung des SDÜ und hat ein gewisses Mitspracherecht beim Datenschutz.

Das SIS besteht aus einem zentralen Teil in Straßburg und nationalen Teilen in den beteiligten Staaten, der deutsche ist im BKA angesiedelt. Insgesamt sind von weit über 30000 Terminals aus Abfragen und Eingaben möglich, etwa 10000 von ihnen befinden sich in der BRD. Die rechtliche Grundlage des SIS bildet der Titel IV des SDÜ, der die Struktur sowie die zu speichernden Daten regelt. Insgesamt enthielt das SIS Mitte 1998 knapp 800000 zur Fahndung ausgeschriebene Personen sowie 5,7 Millionen Datensätze, hauptsächlich zu gestohlenen Kraftfahrzeugen und Waffen sowie gefälschten Banknoten, Blankodokumenten und Identitätspapieren. Die weit überwiegende Mehrzahl der ausgeschriebenen Personen, nämlich knapp 85 Prozent, sind Nicht-EU-BürgerInnen, denen die Einreise verweigert wird. Diese Zahl belegt deutlich den Charakter des SIS als Instrument der Migrationskontrolle und Element der Festung Europa. Die technische Kapazität des SIS ist auf etwa neun Millionen Einträge begrenzt, deshalb wird das System bald an seine Grenzen stoßen. Außerdem steht das Jahr-2000-Problem an, so daß für Dezember 1999 die Inbetriebnahme einer neuen Version geplant ist. Ein Projekt, das *„den Staaten der Schengener Kooperation beträchtliche finanzielle Anstrengungen abverlangen wird"*, so eine Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums vom 1. Juli 1998 anläßlich der Übernahme der ein Jahr währenden Schengen-Präsidentschaft durch die BRD.

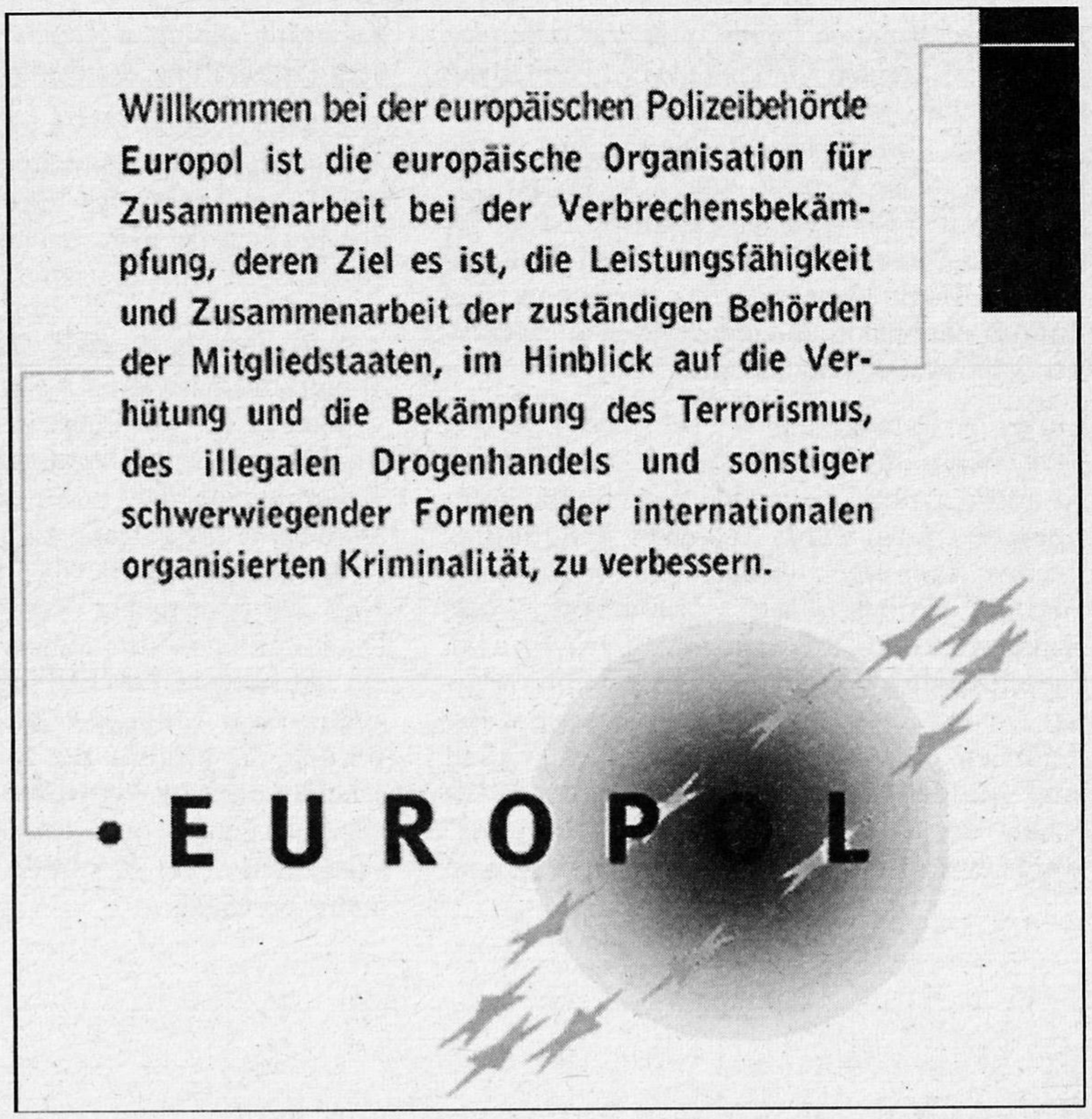
Die „Säulen" von Maastricht

Durch den Maastrichter Vertrag von 1992 wurde die politische Verfassung der EU im Rahmen eines Dreisäulenmodells neu konstruiert. In der ersten, der sogenannten „Gemeinschaftssäule", werden die Kernbereiche der EU-Politik unter Einbeziehung der Organe EU-Kommission, Europäischer Rat und Europaparlament geregelt. In der zweiten und dritten Säule („Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" bzw. „Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres") spielen diese Institutionen keine Rolle. Anders als beispielsweise die Agrar- und Finanzpolitik der EU ist also die Rechts- und Innenpolitik weiterhin als Zusammenarbeit souveräner Staaten konzipiert. Das heißt, daß die Entscheidungsprozeduren des EU-Vertrages für die Gemeinschaftssäule hier keine Anwendung finden. Beschlüsse in diesen Bereichen könnten nur einstimmig vom Ministerrat gefaßt werden. Die zur Verfügung stehenden Rechtsinstrumente waren: gemeinsame Standpunkte, das heißt rechtlich nicht bindende Absichtserklärungen; gemeinsame Maßnahmen, die den Rahmen der nationalen Rechtsordnungen oder der stehenden Verträge nicht überschreiten und auf die keine neuen Institutionen gegründet werden können sowie völkerrechtliche Verträge, die von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten ratifiziert werden müssen.

Da *Trevi* formal bereits wie europäisches Gremium aufgebaut war, konnte diese Arbeit im Rahmen der dritten Säule ungestört fortgeführt werden. Integriert wurden in die dritte Säule außerdem noch eine gemeinsame Zollpolitik, die Asyl- und Visapolitik sowie einige andere Bereiche der europäischen Rechts- und Innenpolitik. Ebenso wurde der Aufbau eines Europäischen Polizeiamtes im Maastrichter Vertrag (Art. K 1) festgeschrieben.

Bestrebungen zur Errichtung von Europol gab es schon in den 80er Jahren. Insbesondere die Bundesregierung und das BKA sind hier immer wieder mit Vorschlägen und Wünschen vorgeprescht. Den InnenministerInnen und ihren führenden BeamtInnen war klar, daß der Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages zum Aufbau von Europol einige Zeit in Anspruch nehmen würde und außerdem in manchen Parlamenten auf Widerstand stoßen könnte, die den Vertrag ja ratifizieren mußten. Statt dessen wurde der Aufbau einer Europäischen Drogeneinheit (European Drug Unit - EDU) als *„gemeinsame Maßnahme"* beschlossen. Vorbereitet hatte diesen Schritt eine *Trevi*-Arbeitsgruppe bereits seit 1990. Als erste Phase von Europol ist die EDU 1994 in Den Haag eröffnet worden. Dort sitzen Beamtinnen aus allen Mitgliedsstaaten, die jeweils Zugriff auf die Computersysteme der Staaten haben, aus denen sie delegiert wurden. Kommt nun eine Anfrage zum Beispiel aus Frankreich, kann die/der BKA-BeamtIn nachsehen, ob entsprechende Informationen in der BRD vorhanden sind und entscheiden, ob diese Informationen im Rahmen der geltenden Gesetze der BRD (zum Beispiel Datenschutz) an Frankreich weitergegeben werden dürfen. Dank dieser eleganten Konstruktion stellt die EDU keine neue Institution dar und formal bewegt sich alles im Rahmen geltender Gesetze. Deshalb mußte auch nie ein Parlament seine Zustimmung zum Aufbau der EDU abgeben.

Erst nachdem mit der EDU Fakten geschaffen worden waren, verabschiedete der Europäische Rat im Juni 1995 die Europol-Konvention. Die Ausarbeitung dieses Vertragswerkes wurde in streng geheimen Sitzungen durchgezogen, nur durch einige Indiskretionen kamen Teile vor der Verabschiedung an die Öffentlichkeit. Da diese Konvention einen völkerrechtlichen Vertrag darstellt, mußte sie von allen Parlamenten ratifiziert werden. Dies ist mittlerweile geschehen, so daß sie am 1. Oktober 1998 in Kraft getreten ist.



EUROPOL im Internet.

Die wichtigsten Aufgaben von Europol werden in den Bereichen Datenverarbeitung und Koordinierung der Polizeiarbeit liegen. Aufgebaut werden soll ein Informationssystem, in dem Personalien von StraftäterInnen und Angaben über die Art der Straftat enthalten sind. Darüber hinaus werden Daten über Personen gespeichert, bei denen *„Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie Straftaten begehen werden"*. Zweitens sollen Analysedateien aufgebaut werden, wobei zwischen strategischen und operativen Analysedateien unterschieden wird.

In strategischen Analysen werden unabhängig von konkreten Straftaten Informationen gesammelt und ausgewertet, um Lagebilder erstellen zu können und daraus polizeiliche Strategien zu entwickeln. Auf diese Analysen und die ihnen zugrundeliegenden Daten haben alle Länder Zugriff. Die Daten dürfen jedoch nicht personenbezogen sein. Solche Analysen werden bereits bei EDU erstellt. In operative Analysen werden alle Daten zu einem konkreten Ermittlungskomplex, das heißt mögliche TäterInnen und Opfer, Begleitpersonen, Autokennzeichen, vermutete Spuren etc. gesammelt und ausgewertet. In einer operativen Analysegruppe sind jeweils nur die BeamtInnen beteiligt, deren Länder mit dem Ermittlungskomplex zu tun haben. Die beteiligten Staaten sind verpflichtet, unabhängig von konkreten Straftaten Daten zu übermitteln. Schließlich erhält Europol die Kompetenz, eigenständig Daten zu sammeln.

Nicht zu den Aufgaben von Europol gehört die Führung einer internationalen Fahndungsdatei, einer Zentraldatei über gefälschte Personalpapiere oder einer Datei über unerwünschte Ausländer, dafür bleibt vorläufig Interpol und das SIS zuständig. Zunächst sah die Europol-Konvention keine operativen Befugnisse für das Europäische Kriminalamt vor, das heißt Europol sollte keine eigenständigen Ermittlungsverfah-

ren gegen Personen führen oder Verhaftungen vornehmen können. Obwohl dies von Seiten der BRD gewünscht wurde, scheiterte es am Widerstand von Großbritannien. Inzwischen wurde aber mit dem Vertrag von Amsterdam die Rechtsgrundlage geändert. Demnach soll der Ministerrat innerhalb von fünf Jahren für Europol die Möglichkeit schaffen, in Kooperation mit den nationalen Polizeibehörden an operativen Maßnahmen teilzunehmen.

Für einige Bauchschmerzen selbst bei SPD und FDP sorgte ein Zusatzprotokoll zur Europol-Konvention über „Vorrechte und Immunität für Europol". Darin wurde festgelegt, daß Europol *„keiner Kontrolle ... hinsichtlich seiner finanziellen Transaktionen"* unterliegt, alle Schriftstücke von Europol *„unverletzlich"* sind, Liegenschaften von Europol *„Immunität vor jeder Durchsuchung"* genießen und Europol-BeamtInnen *„von jeder Gerichtsbarkeit"* befreit sind. Mit der Ergänzung, daß der Immunitätsschutz der Europol-BeamtInnen *„überprüft"* werde, wenn Europol neue Aufgaben zuerkannt bekommt, stimmten jedoch auch SPD und FDP dem Protokoll im Bundestag zu.

Seit dem 1. Januar 1999 werden die Regelungen des Schengener Abkommens in die Kompetenz der EU integriert. Das Visaregime wird sofort, die Asylgesetzgebung nach fünf Jahren in die „erste Säule" übernommen. Das Europaparlament wird in diesem Prozeß allerdings nur ein Anhörungsrecht besitzen. Die weiteren Bestimmungen des Schengen-Acquis verbleiben in der „dritten Säule" und damit in der Kompetenz der Regierungen. Großbritannien und Irland sind weiterhin nicht Mitglieder von Schengen, ihnen wurde aber der Zugang zum SIS geöffnet. Alle Beitrittskandidaten der EU müssen in Zukunft auch die Schengener Verträge inklusive aller Duchführungsbestimmungen, Verordnungen etc. akzeptieren. Das heißt jedoch nicht, daß sie automatisch Mitglieder im Schengenverbund werden, die Minister der Schengenstaaten entscheiden über der Aufnahme. Außerdem bleiben alle im Rahmen von Schengen entstandenen Institutionen ohne Kontrolle des Europaparlaments bestehen.

Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde außerdem die Kompetenz des Rates der Innen- und Justizminister weiter ausgebaut. Statt nur *„gemeinsame Maßnahmen"* im Rahmen bestehender nationaler Gesetze zu vereinbaren, kann der Rat nun für alle Mitgliedsstaaten rechtlich bindende Beschlüsse fassen. Als demokratisches Feigenblatt wurde festgelegt, daß das EU-Parlament vor solchen Beschlüssen angehört werden muß. Wie weit der Europäische Gerichtshof für die Überprüfung solcher Beschlüsse zuständig ist, kann jedes Mitglied der EU mittels einer *„Erklärung"* selbst entscheiden. Ausgeschlossen ist eine Zuständigkeit des Gerichtshofes bei allen Maßnahmen, die der *„Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Gewährleistung der inneren Sicherheit"* dienen.

Gruppe ohne Namen (GoN), Berlin

(Zwischenüberschriften von der Redaktion eingefügt.)

aus: Rote Hilfe (Hg.): EUROPOL - Ein Bullentraum wird wahr. Reader für den internationalen Anti-EU-Kongreß 1999

ENFOPOL

Europäische Pläne zur Überwachung elektronischen Kommunikation

ENFOPOL ist der Name einer Arbeitsgruppe für polizeiliche Kooperation des EU-Ministerrats, die jüngst unter der Bezeichnung ENFOPOL 98 neue Vorschläge zu einer Überwachung des Telekommunikationsverkehrs und zu Beschränkungen des Fernmeldegeheimnisses erarbeitet und den EU-Innen- und Justizministerien zum Beschluß vorgelegt hat.

Dieser Entschließungsentwurf wird als *„politische Willenserklärung"* in aller bisherigen Verlautbarungen nach beschlossen und wird - allerdings nicht rechtsverbindlich - für die einzelnen EU-Staaten bedeuten, diese Vorschläge der ENFOPOL-Arbeitsgruppe in nationales Recht umzusetzen (1). Einzelne Elemente dieser Überwachungspläne befinden sich jedoch schon seit längerem im Aufbau, denn auch dieses ENFOPOL-Papier ist ein Ergebnis jahrelanger gemeinsamer europäischer Repressionsbestrebungen.

ECHELON

Dabei stützt sich die Struktur dieser ENFOPOL-Beschlußvorlage auf ein Überwachungssystem, das seit Anfang der 80er Jahre von den Nachrichtendiensten der sog. UKASA-Vertragsstaaten (USA, Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland) unter dem Namen ECHELON betrieben wird. Führende Rolle hat hier die US-amerikanische NSA (National Security Agency). Das System entstand im Zusammenhang der Spionagetätigkeiten in der Zeit des Kalten Krieges und hatte daher vornehmlich militärisch definierte Aufgabengebiete.

Das System besteht aus global gut verteilten leistungsstarken Horchstationen, die sämtliche Signale der gängigen Telekommunikationssatelliten abfangen. Mit Hilfe eines gut ausgeklügelten Computerfiltersystems werden aus der unüberschaubare Vielzahl an Informationen diejenigen herausgefiltert, die für die Geheimdienste von Interesse sein könnten. Dies geschieht technisch durch die Nutzung von sog. *„nationalen Wörterbüchern"*, in denen bestimmte Adressen und Schlüsselwörter gespeichert sind. Wichtig erscheinende Nachrichten werden in einem Datensystem gesammelt, dechiffriert bzw. übersetzt und innerhalb eines ausführlichen Berichts - dem „gist" - an zuständige Stellen weitergeleitet.

Das bedeutsame Merkmal von ECHELON besteht darin, daß anders als bei den herkömmlichen Lauschangriffen nicht ausgesuchte Telefonnummern oder E-Mail-Adressen überwacht werden, sondern durch die Möglichkeit dieses Filtersystems der gesamte Telekommunikationsverkehr.

Mittlerweile ist bekannt, daß dieses Echelon-System natürlich auch für geheimdienstliche Operationen systemschützender Art gebraucht wurde und wird. So haben bspw. hochrangige britische Geheimdienstleute des Government Communications Headquarters (GCHQ) zugegeben, daß sie selber allein an Abhöraktionen dreier Nicht-Regierungsorganisationen, darunter Amnesty International (ai), beteiligt waren. Letztendlich kommen Menschenrechtsorganisationen zu dem Schluß, daß sich ECHELON hauptsächlich gegen nichtmilitärische Ziele richtet, seien es Regierungen, Organisationen, Wirtschaftsunternehmen oder eben auch die politische Systemopposition (2).

Die Anfänge des ENFOPOL-Entwurfs zur Telekommunikationsüberwachung

In einer ähnlichen Weise wie ECHELON arbeitet, wird auch das von ENFOPOL vorgestellte System laufen. Zumal an dem Entwurf eine US-amerikanische Expertengruppe namens ILETS nicht unerheblich beteiligt war. Die Anfänge des ENFOPOL-Papiers liegen aber, wie die von Europol, bei *Trevi*. *Trevi* ist eine regelmäßig tagende Konferenz der EU-Innen- und Justizministerien, die sich über polizeiliche und geheimdienstliche Zusammenarbeit in Bezug auf *„Terrorismusbekämpfung"* berät. Anfang der 90er

Jahre sind gemeinsam mit dem FBI und der DEA die Pläne, die jetzt die ENFOPOL-Vorlage ausmachen, entstanden.

Die Konferenz war sich einig, daß mit der Liberalisierung der Telekommunikation, diese mehr und mehr unüberschaubarer werden würde und daß herkömmliche Kontrollsysteme hier bald nicht mehr greifen könnten. Und so wurde ein Katalog von Maßnahmen aufgestellt, die diesen Befürchtungen entgegentreten sollte. Abhörmethoden sollten durch Eintrag in die Grundgesetze der einzelnen Länder legalisiert werden. Private Kommunikationsanbieter sollten verpflichtet werden, zum einen in ihren Systemen Möglichkeiten zur Überwachung offen zu lassen wenn nicht gar selber zu stellen und zum anderen zu einer ständigen Kooperation mit Polizei und Staatspolizei bereit zu sein. Des weiteren wurde vereinbart Forschungsprogramme anlaufen zu lassen, die die Technologien weiterentwickeln sollten, mit denen eine weltweite lückenlose Überwachung möglich wäre. Wie wir heute wissen, wird die Erfüllung dieser Katalogaufgaben permanent verfolgt - und zwar mit Erfolg. Bspw. ist in Deutschland mittlerweile der „Große Lauschangriff" im Grundgesetz definiert, Kommunikationssysteme wie ISDN liefern die Abhörtechniken gleich mit und eine Expertengruppe der EU und des FBI hat die unterschiedlichen Überwachungssysteme so aufeinander abgestimmt, daß sie bereits global funktionieren. Gleichzeitig ist von einem sog. K4-Komitee dann jener Entwurf erarbeitet worden, der den Grundstein des heutigen ENFOPOL-Papiers bildet.

Darin werden sämtliche Kommunikationsdienste von Netzwerk-Providern bis hin zu Satelliten Netzwerken sowie Soft- und Hardwarehersteller von entsprechenden Komponenten genannt, die man bei der Überwachung des Kommunikationsverkehrs beachten und einbinden muß. Überwacht werden sollen nicht nur Telefongespräche selber, sondern auch die Bewegungsdaten der Teilnehmer. Netzwerkbetreiber müssen mehrere Schnittstellen für die staatlichen Kontrollstellen bereitstellen, von wo aus die zu überwachten Daten regelrecht abgezapft werden. Sind diese Daten komprimiert oder gar verschlüsselt habe der Netzwerkbetreiber darüber hinaus dafür zu sorgen, daß diese in entschlüsselter Form an die Überwachungsstelle übertragen werden. Und natürlich sei ebenfalls zu beachten, daß weder Abhörziel noch andere Personen von dieser Abhöraktionen jemals erführen (3).

ENFOPOL

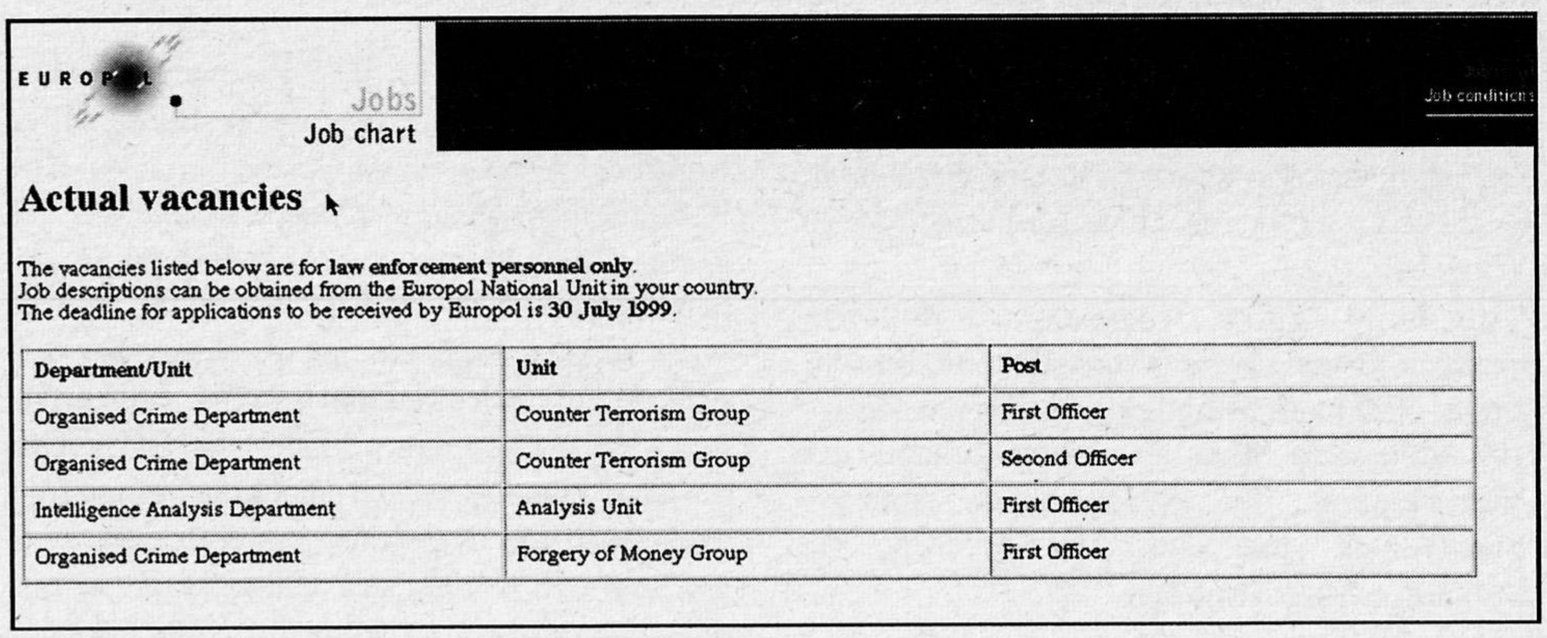
Das ENFOPOL-Papier sieht all jene Komponenten vor und entspricht zu weiten Teilen der damals gescheiterten deutschen Telekommunikationsüberwachungsverordnung (TKÜV). Es sieht Lauschangriffe bei der Satellitenkommunikation, auf das Internet, auf Paging-Dienste, auf Mobil- und Festnetztelefone sowie Mobiltelefonkarten vor sowie Zugriffe auf Zugangscodes, wie Paßwörter und PINs und Kontoverbindungsdaten. Nahezu jeder Informationsaustausch soll von diesem System vollautomatisch erfaßt, ausgewertet und mit Anforderungsprofilen von geheimdienstlichen wie polizeilichen Stellen verglichen werden. Passen sie in diese Profile, werden sie an die entsprechenden Institutionen weitergeleitet. Hintergrund ist auch hier eine europaweite Harmonisierung der polizeilichen Praxis in Bereich der Überwachung der neueren Technologien, insbesondere der Satelliten- und Internetkommunikation. Dabei soll ein einfacher Gerichtsbeschluß im Staat des abhörenden Amtes ausreichen, um im gesamten Gebiet der möglichen Staaten, die ein an am ENFOPOL-Entwurf orientiertes Vertragswerk unterschrieben haben, zu lauschen. Durch zusätzliche bilaterale Abkommen wären dann Abrufe automatisiert und in innerhalb weniger Sekunden machbar (4).

Dieses System kann sich im übrigen auch auf die eingebaute Transparenz moderner kommerzieller Kommunikationssysteme verlassen. Viele Systeme unterstützen sog. ISDN-Protokolle, die nicht nur den Kommunikationsverkehr dokumentieren, sondern es auch ermöglichen, Gespräche, die um das nicht aktivierte Telefon herum stattfinden, zu belauschen.

HandybenuzterInnen lassen sich durch die Signale, die ihr Gerät ausstrahlt, jederzeit orten. Und es gibt Softwareprojekte, eines heißt bizarrer Weise sogar *Trevi*, die helfen, nützliche Informationen für die jeweiligen NutzerInnen aus den verschieden Quellen des Internets und des World Wide Web von unwichtigen herauszufiltern. Das System bedient sich dabei sog. Kundenprofile, mit denen es feststellen kann, welche Informationen für die Abfragenden relevant sind. Daß die Funktion solcher Systeme für die staatlichen Überwacher höchst interessant sind und sie von ihnen genutzt werden, steht außer Frage.

Wie eingangs erwähnt, wäre die Ratsentschließung über das ENFOPOL-Papier für die Mitgliedstaaten aufgrund nationaler Überwachungsbestimmungen noch nicht rechtsverbindlich. Zumal allerorts erhebliche datenschutz- und verfassungsrechtliche Bedenken geäußert werden. Das ebenfalls hat dazu geführt, daß über den ENFOPOL-Entwurf nun doch nicht - wie anfangs geplant - unter der deutschen Ratspräsidentschaft endgültig beschlossen wird. Zudem wird dieser zuvor zusammengefaßte Entwurf in mehrere Bestandteile gegliedert (unter anderem in ein sog. ENFOPOL 19 - Papier), um unterschiedliche Beschlußebenen zu ermöglichen. Aber doch wird hier vermutlich das gleiche Spiel gespielt wie beim „Schengen Informationssystem" (SIS): vorerst werden die technische Voraussetzungen einer polizeilichen Kooperation geschaffen, erst später und notgedrungen folgt die rechtliche Legitimation. Tatsächlich ließen sich nach Meinung von FachjuristInnen die einzelnen Passagen des ENFOPOL-Entwurfs nahezu problemlos in das deutsche Telekommunikationsgesetz eingliedern.

Diese Überwachungspläne der ENFOPOL-Arbeitsgruppe stellen sich also ebenfalls als ein Ergebnis jahrelanger Vorbereitungen und Entwicklungen gemeinsamer europäischer Repressions- und Überwachungsbestrebungen dar und vermitteln nach außen hin ein ähnliches Bild wie Europol. Sie stehen ebenfalls unter dem neuen Grundsatz der Strafverfolgung, daß nämlich nicht mehr die aufzuklärenden Straftaten im Vordergrund der Ermittlungen der Polizei stehen, sondern die potentiellen StraftäterInnen. Und es herrscht bis heute nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch selbst unter den jeweiligen Regierungskreisen Unklarheit darüber, was dieses zukünftige Überwachungssystem nach diesen Entwürfen darf, kann und machen wird. Und die zuständigen Stellen sind keineswegs gewillt, daß in irgendeiner Weise preiszugeben. Es bleibt als Gegenmittel neben der Suche nach möglichst dichten Verschlüsselungsprogrammen für die eigenen Nachrichten, also erst einmal nur übrig, Öffentlichkeit auch über dieses System herzustellen.



EUROPOL

Jobs

Job chart

Job conditions

Actual vacancies

The vacancies listed below are for **law enforcement personnel only**.
Job descriptions can be obtained from the Europol National Unit in your country.
The deadline for applications to be received by Europol is **30 July 1999**.

Department/Unit	Unit	Post
Organised Crime Department	Counter Terrorism Group	First Officer
Organised Crime Department	Counter Terrorism Group	Second Officer
Intelligence Analysis Department	Analysis Unit	First Officer
Organised Crime Department	Forgery of Money Group	First Officer

EUROPOL-Job chart.

Strazz / Rote Hilfe Hamburg

(aus: Rote Hilfe (Hg.): Europol. Reader für den internationalen Anti-EU-Kongress 1999)

Anmerkungen:
(1) Siehe unter anderem Meldungen von: Schmidt, EU. Riesen-Lauschangriff, in: Forum Recht, 2/99, S.67; Gast, Schlimmer als der deutsche Lauschangriff, in: taz vom 1.12.1998, S.6
(2) Vgl. zu Echelon: Ruhmann/Schulzki-Haddouti, Abhör-Dschungel, in: c't 1998, Heft 5, S. 82-93; Rivière, Unter Freunden gibt es keine Geheimnisse, in: Le Monde diplomatique vom 15.1.1999, S.12f.
(3) Vgl. zu den Anfängen unter anderem www.poptel.org.uk/statewatch/; zusammenfassend: Lindau, Internationaler Lauschangriff aufgedeckt, in: www.pressetext.at
(4) Zum ENFOPOL-Entwurf (ENFOPOL 98) selber vgl. unter anderem Schulzki-Haddouti, „Zugriff auf Gesamtverkehr", in: jungle World Nr.50/1998, S. 9; Krempl, Lauschangriff hoch zehn, in: Der Spiegel, Nr.49/1998; oder Quellen im Internet: www.telepolis.de (sog. Heise-Newsticker mit ständig aktualisierter Artikelserie zu ENFOPOL), www.fiff.de, www.fredomforlinks.de/Pages/enfopol.html

Nach dem Einmarsch der Nato-Truppen in Jugoslawien:

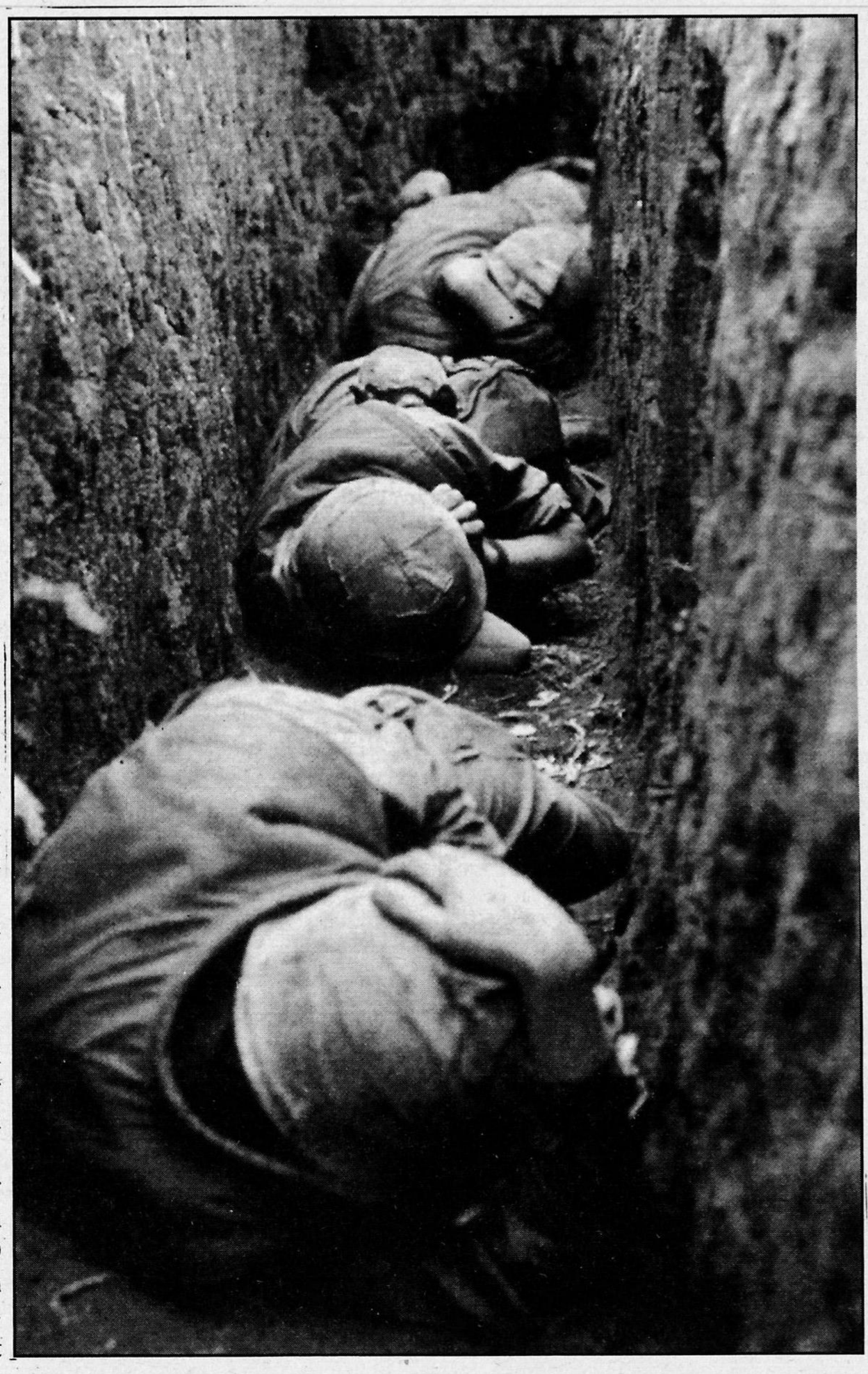
Der Krieg als „Wiederaufbauhilfe“

Was den deutschen Medien vor 58 Jahren zu zeigen noch schwerfiel, wird heute leicht auf den Bildschirm gezaubert: Die Bombardierer treffen beim Einmarsch auf freudige Begrüßung.

Nachdem sieben Wochen lang altes Munitionsmaterial über Jugoslawien verschossen und neue Waffentechnologien ausprobiert wurden - "Ein Tag Krieg ist mehr wert als 40 Tage Manöver" - liegt das Land in Trümmern. Von einer Infrastruktur kann kaum noch eine Rede sein, geschweige denn von einer funktionierenden Wirtschaft.
Über die in Zahlen zu fassenden materiellen Schäden gehen die Schätzungen weit auseinander: Während bisherige Zahlen von 20 bis 100 Milliarden Mark ausgingen, brachte der Vizepräsident der Europäischen Investitions(!)bank nun eine Summe von 700 Milliarden Mark ins Spiel.

Der Krieg öffnet die Märkte

Schon gleich mit dem Beginn der Bombardierungen machte in der nordatlantischen Staatenwelt das Wort von "Wiederaufbauhilfe" und einem "Marschall-Plan für den Balkan" die Runde, nach dem Motto: "Keine Angst, wir räumen dann schon wieder auf, was wir kaputt gemacht haben." Aus dieser Logik heraus mußten schließlich die massiven Zerstörungen, die mehr die zivile als die militärische Infrastruktur Jugoslawiens trafen, als Vorbote des Geldflusses aus dem Westen angesehen werden.
Ob das in Jugoslawien selbst irgend jemand geglaubt hat, bleibt zweifelhaft, zu sehr sind die Menschen dort mit den Erfahrungen westlicher "Aufbauhilfe" vertraut: Schon nach den Balkankriegen der Jahre 1912/13 , wurde im Westen zwar von "Destruktion und Elend in jeder Richtung" in der Region geredet, die Wirtschaftshilfe blieb jedoch aus. Die IWF-Kredite der 80er Jahre an die VR Jugoslawien mit ihren geforderten "Strukturanpassungsmaßnahmen" und den üblichen Zinsen ließen das versprochene Balkan-Wirtschaftswunder nicht zur Wirklichkeit werden, im Gegenteil. Ebenso wurde Bosnien nach 1995 trotz gegenteiliger Verheißungen vom westlichen Geldsegen verschont.
Rechtzeitig zur "Einstellung der Kampfhandlungen" wurde von VertreterInnen von rund 30 Staaten und internationalen Organisationen ein "Stabilitätspakt" verabschiedet. Dieser sagt zwar nicht, was alles in Jugoslawien konkret gemacht werden soll, aber wofür: "dauerhaften Frieden, Demokratie und Wirtschaftswachstum" (Joseph Fischer).
Einige Maßnahmen zur Verwirklichung der hehren Ziele hält er auch bereit. So soll es einen runden Tisch mit den Vertretern der südosteuropäischen Staaten (minus Milosevic) und einem Sonderkoordinator der EU geben, wo über "Demokratisierung, Menschenrechte, wirtschaftliche Reformen und Sicherheitsfragen" beraten werden soll. Umsonst gibt es hier natürlich nichts zu holen, die Balkanstaaten müssen sich dafür zu demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen, sowie zur Öffnung ihrer Märkte für den Warenaustausch und für private Investitionen verpflichten.



Natürlich wird den Nachbarstaaten Jugoslawiens das Annehmen dieses Angebots angesichts der eindruckvoll vorgeführten Abstrafung eines Staates, der eben dieses alles nicht zusichern wollte, recht leicht fallen.
Daß dieses Mal die europäischen Staaten einen Großteil des Wiederaufbaus steuern sollen, scheint inzwischen klar zu sein. Die USA sieht sich als alleinig militärische Interventionsgroßmacht und möchte sich in ihrer Aufbauhilfe lieber auf den eigenen militärisch-industriellen Komplex beschränken. So konnte Clinton auch gleich festhalten, daß die Hauptverantwortung für die Bereitstellung von Geldern bei den europäischen Staaten liege. Schließlich, so fügte er an, könne deren Wirtschaft auch am Wiederaufbau verdienen.
Vorerst passiert aber gar nichts in Jugoslawien - solange Präsident Milosevic an der Macht bleibt, wird es keine finanziellen Hilfen geben.
Schon mit den Bombardierungen wurde sichergestellt, daß Jugoslawien einen Wiederaufbau aus eigener Kraft auch gar nicht schaffen könnte. Beispielsweise wurde die Fabrik "14.Oktober" in Krusevac, im Land der größte Maschinenbetrieb, im April zerstört. Das heißt, die meisten Baumaschinen und anderen schweren Machinen, die für den Wiederaufbau benötigt werden, müssen importiert werden. Das gleiche gilt für Öl und Gase und das in einem Land, dessen Wirtschaft, laut Aussage eines Wiener Wirtschaftswissen-schaftlers, auf den Stand der Jahrhundertwende zurückgebombt wurde.

Das deutsche Kapital ist bereit

Gerade die deutsche Industrie steht schon lange in den Startlöchern, um aus Jugoslawien maximale Profite herauszuholen; angestrebte "Joint Ventures" wurden jedoch in den letzten Jahren von jugoslawischer Seite abgewiesen. Unterstützt wird die deutsche Wirtschaft vom Bundeswirtschaftsministerium, welches in einem "Beratungskonzept" zu Osteuropa im Juni 1994 festhielt: "In den osteuropäischen Staaten existieren Absatzmärkte mit erheblichem Wachstumspotential. So bieten sich neben dem Absatz von

Konsumgütern für die deutsche Wirtschaft erhebliche Chancen bei der Erneuerung des Kapitalstocks, der Infrastruktur sowie der Sanierung ökologischer Altlasten. Die Energie- und Rohstoffversorgung aus Osteuropa, beispielsweise Öl- und Gaslieferungen aus Rußland, stellen für die Bundesrepublik einen bedeutsamen Inputfaktor dar. Eine Sicherung dieser Versorgung liegt im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten." (aus der BMWI-Dokumentation Nr. 350).
Daß es inzwischen in Jugoslawien mit dem Absatz von Konsumgütern etwas hapern könnte, liegt auf der Hand. In puncto Infrastruktur sieht die Auftragslage für die deutschen Firmen jedoch rosig aus und auch zu den ökologischen Altlasten sind einige "Neulasten" hinzugebombt worden.
Bei all dem Gerede von einem neuen "Marshall-Plan", sollte verfolgt werden, ob sich dieser nicht in den nächsten Monaten als eigentlicher "Morgenthau-Plan" für Jugoslawien entpuppt. Dieser frühe Plan nach Ende des 2. Weltkrieges sah die völlige Agrarisierung und damit Unschädlichbarmachung Deutschlands vor. Was damals nicht gewollt wurde, könnte heute auf dem Balkan Wirklichkeit werden. Der ehemalige EU-Administrator von Mostar, Hans Koschnik, jedenfalls stellt schon jetzt klar: "Das Problem ist, daß die führenden Menschen vor Ort (in Jugoslawien, G.F.) dabei an den Wiederaufbau von Industriestrukturen denken. Aber ein Großteil dieser Strukturen wird heute nicht mehr gebraucht.".
So wird von hier aus 3. Welt gemacht.

Günther Fehn

Interview mit Elmar Altvater

Kein Marshallplan wird's richten

Elmar Altvater ist Politologe an der FU Berlin und Redakteur der Zeitschrift PROKLA.

Der Westen müsse nach Beendigung des Krieges einen Marshallplan nach US-amerikanischem Vorbild für die Balkan-Region initiieren, hat US-Präsident William Clinton vorgeschlagen. Ist dieser historische Vergleich überhaupt zulässig?

Elmar Altvater: Natürlich nicht. Der Marshallplan wird immer dann angeführt, wenn irgendwo eine Katastrophe angerichtet wurde und man glaubt, diese durch Finanzhilfen beheben zu können. Nach dem Vietnam-Krieg wurde ein Marshallplan für Südostasien gefordert, in den achtziger Jahren für die verschuldeten Länder Lateinamerikas, ebenso für die osteuropäischen Länder nach 1989. Aber dieser Plan ist ein Mythos, der nur in der spezifischen Situation während des Kalten Krieges funktioniert hat. Damals waren die Wachstumsraten überall in der Welt sehr hoch, und es gab international keine freien Kapitalmärkte – diese Voraussetzungen treffen heute nicht mehr zu. Die Rede von einem neuen Marshallplan ist nichts als Ideologie.

Der deutsche Aussenminister Joseph Fischer hat eine massive Unterstützung der EU für die Region gefordert. Kann mit entsprechenden Mitteln ein Wiederaufbau gelingen?

Man weiss bereits aus Bosnien, dass die Absorptionsfähigkeit der Region gar nicht ausreicht, um massive Geldspritzen aufnehmen zu können. Was anschliessend passiert, ist auch klar: Vor allem die Mafia wird von diesen Finanzhilfen profitieren, und am Ende gibt es eine noch ungleichere Verteilung als jemals zuvor.

Gibt es wenigstens Perspektiven für eine Aufnahme der Balkanstaaten in die EU?

Diese Region ist in absehbarer Zeit nicht in die EU zu integrieren. Denn die neuen Beitrittskandidaten müssten den «acquis communautaire», also das in der EU bereits erreichte Niveau an wirtschaftlichen und politischen Gemeinsamkeiten, erfüllen. Und dies wird heute nicht einmal von Polen oder Tschechien erreicht – geschweige denn von den Balkanstaaten.

Wird der Wiederaufbau nur Kosten verursachen, oder existieren im Westen auch ökonomische Interessen an der Region, beispielsweise als Absatzmarkt?

Der Absatzmarkt wird nur entstehen, wenn dort auch eine entsprechende Nachfrage geschaffen wird. Das Geld, das in den Balkan investiert wird, fliesst sofort wieder nach Westeuropa, zum Beispiel nach Deutschland zurück. Das ist ein Ankurbelungsprogramm für die deutsche Wirtschaft, aber nicht für den Balkan. In einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung werden zwei Alternativen für den Kosovo formuliert: Entweder es kommt zu einer Art «Lagerökonomie», ähnlich wie in den palästinensischen Camps im Libanon, oder der Westen finanziert den Aufbau einer Subsistenzwirtschaft für den Kosovo, um zu verhindern, daß die Menschen «in die EU-Arbeitsmärkte eindringen». Letzteres wird auf jeden Fall geschehen – egal, was man tun wird. Denn selbst wenn viel Geld in die Region hineingepumpt wird und Grossprojekte errichtet werden, wird dies nur für kurze Zeit Arbeitsplätze schaffen. Die Region ist so zerstört, daß den Menschen dort gar nichts anderes übrig bleibt, als sich in der Subsistenzwirtschaft oder in der informellen Ökonomie ein geringes Einkommen zu verschaffen – ein Einkommen, das meistens nicht einmal monetärer Natur ist. Die Entwicklung wird vermutlich ähnlich verlaufen wie in Russland oder in den abgekoppelten Ökonomien Afrikas und Lateinamerikas. Dort sind rund achtzig Prozent der Arbeitskräfte im informellen Sektor beschäftigt, der nicht in den Weltmarkt integriert ist. Ein Grund für die Auflösung Jugoslawiens waren auch die grossen ökonomischen Unterschiede innerhalb des Landes, zwischen Kroatien und Slowenien auf der einen Seite und Serbien auf der anderen. Serbien ist inzwischen weitgehend zerstört, die Infrastruktur existiert nicht mehr. Ausserdem ist es möglich, dass selbst Rumpf-Jugoslawien nach diesem fürchterlichen Krieg noch weiter aufgeteilt wird. Das Land wird vermutlich auch nicht in den Genuss von finanzieller Unterstützung kommen. Denn es sollen nur die «demokratischen Länder» an der Balkan-Konferenz teilnehmen – und solange Milosevic und seine Nachfolger da sind, wird Jugoslawien niemals von den Westeuropäern akzeptiert. Das können sie deshalb nicht tun, weil sie sonst ihre Rechtfertigung für die Bombardierung verlieren würden.

Werden auf dem Balkan europäische Protektorate entstehen?

Protektorate wohl nicht, weil die staatliche Souveränität erhalten bleibt, vielleicht mit Ausnahme des Kosovo. Denn dies würde auf Dauer zu viel Geld kosten und zu viel Verantwortung bedeuten. So wie der Balkan jetzt hergerichtet worden ist – nicht zuletzt durch die Aussenpolitik der deutschen Bundesregierung seit 1991 –, wird die Region eine dauerhafte Belastung für Europa sein.

Welchen Anteil hat die deutsche Balkan-Politik an dieser Entwicklung?

Die Bundesregierung hat 1991 die kroatische und slowenische Republik sehr schnell anerkannt und damit die Auflösung Jugoslawiens und seine Verwandlung in ethnische Republiken unterstützt. Jugoslawien war ein Beispiel für die Möglichkeit der Koexistenz mehrerer Ethnien, mehrerer Religionen und unterschiedlich entwickelter Landesteile in einem Staat. In Bosnien-Herzegowina wurde dann versucht, diese Aufspaltung zu verhindern – was nicht mehr funktionieren konnte. Und jetzt will man wieder nach ethnischen Kriterien das restliche Jugoslawien auflösen, indem man der UCK erlaubt, Kosovo abzuspalten. Im Vertrag von Rambouillet war die Unabhängigkeit - nach einer Übergangszeit von fünf Jahren - durchaus vorgesehen. Diese Politik hat zu den katastrophalen Konsequenzen geführt, die wir jetzt miterleben müssen.

Quelle: WoZ-Online vom 10.6.1999

US-Medien und Golfkrieg

Der Mythos von der vierten Gewalt

In seinem Album „Bruce Springsteen & the E Street Band Live/1975-85" erzählt der Rockmusiker als Einleitung zu dem Protestlied „Krieg" (1) von seinen Teenager-Erfahrungen: Damals hätten die jungen Männer nicht viel gewußt von einem Land namens Vietnam. Viele seien aber in den Krieg gegangen, und viele nicht zurückgekommen. Springsteen warnt seine Fans: „Blindes Vertrauen in eure Führer oder in sonst was wird euch das Leben kosten."

Bob Dylan hat „War" während der Golfkrise wieder gesungen, unerwartet in einer dieser glitzernden TV-Shows, wo sich die Stars Auszeichnungen abholen. Zu dieser Zeit war der Song wohl das einzige Anti-Kriegslied im nationalen Fernsehen. Die Amerikaner wußten nicht viel von einem Land namens Irak.
„Blindes Vertrauen" in ihren Führer hatten sie noch nicht; das stellte sich bei den meisten anscheinend ein, als Präsident George Bush im Januar 1991 nach massiven Propagandakampagnen Irak bombardieren ließ und abweichende Meinungen aus der Diskussion ausgeschlossen wurden. Das Leben gekostet hat der Krieg nur wenige US-Amerikaner. Tot waren die anderen.

Falschinformationen im Golfkrieg

(...) (Seit Beendigung des Golfkrieg ist es) offensichtlich, daß die US-Regierung in Vorbereitung auf den Krieg maßgebliche Informationen durch Zensur und Propaganda entstellt hat. Im Nachhinein kann man wissen, wenn man es wissen will, daß die irakische Besatzung Kuwaits und der Krieg nicht so stattgefunden haben, wie man meinte, sie im Fernsehen „erlebt" zu haben. Die führenden Medien - gemeint sind die nationalen TV-Networks CBS, ABC, NBC und CNN sowie wegweisende Zeitungen wie die „Washington Post" und die „New York Times" - haben auch keine Diskussion über Krieg oder Frieden gefördert, sondern haben sich als Stenographen betätigt. Zudem war der Golfkrieg der erste Krieg, in dem eine Public Relations-Firma - Hill and Knowlton - in den USA für teures Geld Propaganda für einen ausländischen Klienten, nämlich die kuwaitische Regierung, machte, um die Kriegsbereitschaft der Amerikaner zu schüren. Die Realitätsverzerrung begann mit Berichten unmittelbar nach der Invasion Kuwaits im August 1990 über die angebliche irakische Supermacht. (...) In den Medien wurden die Schreckensmeldungen über die den ganzen Nahen Osten bedrohende irakische Armee nachgebetet. (...)

(Lediglich die) „St. Petersburg Times", ein Lokalblatt in Florida, kaufte mehrere Wochen vor dem Krieg sowjetische Satellitenbilder von Kuwait. Auf den am 18. September aufgenommenen Fotos konnten Experten keine massive und für Saudi-Arabien bedrohliche Truppenpräsenz in Kuwait ausmachen (2).(...) Der „St. Petersburg Times"-Artikel wurde von den TV-Stationen nicht aufgegriffen. Man mußte hochstapeln, weil die US-Öffentlichkeit im Herbst 1990 einen militärischen Einsatz mehrheitlich ablehnte. (...) Als eine „Los Angeles Times"-Umfrage Mitte November 1990 zeigte, daß die Gefahr einer Atommacht Irak in der US-Bevölkerung eine Mehrheit für einen Krieg schaffen würde, warnte Bush umgehend, Irak könne möglicherweise schon in sechs Monaten Atombomben bauen. (...) TV und Printmedien ließen sich vom Weißen Haus instrumentalisieren. Gerade das Fernsehen, sagte der im Nationalen Sicherheitsrat für die „politischen Aspekte" der Kriegsvorbereitungen zuständige Richard Haass vergangenes Jahr, *„war ein außerordentlich wichtiges Instrument für uns, um (...) unsere Politik zu verkaufen. Ich kann das gar nicht zu sehr betonen."* (3)

Zugute kam der Regierung nicht nur die unkritische Haltung der Medien, sondern auch die Präsentationsweise der Nachrichten im Fernsehen, von dem die meisten Bürger ihre Informationen beziehen. Sie waren „Sofortaufnahmen" ohne historische Zusammenhänge, interessiert am Jetzt und an Spekulationen über die Zukunft. (...) Die von Werbespots (durchschnittlich 37 pro Stunde) zerhackten Fernsehprogramme sind ohnehin kaum geeignet, Nachrichten zu vermitteln. Die „Soundbites" der Interviewten sind gewöhnlich höchstens zehn Sekunden lang. Werbung für Hundefutter und Reinigungsmittel relativiert alles.

Bezahlte Propaganda

Während das Pentagon die Nachrichten über die amerikanischen Kriegsvorbereitungen in Saudi-Arabien mit Hilfe einer im Vergleich zu Vietnam außerordentlich strikten Zensur kontrollierte (4) und das Weiße Haus die Nachrichten über „das Politische", zahlte die kuwaitische Regierung der PR-Firma Hill and Knowlton, einem der größten Meinungsmanipulatoren der Welt, mehr als 10 Millionen Dollar, um Informationen über irakische Grausamkeiten in Kuwait fernsehgerecht aufzubereiten und das autokratisch regierte Land als eine rettungswürdige, relativ demokratische Nation darzustellen. In Saudi-Arabien übten Hill and Knowlton weitgehende Kontrolle über die Interviews der internationalen Medien mit kuwaitischen Flüchtlingen aus. Die Firma, deren Vizepräsident Craig Fuller - George Bushs ehemaliger Stabschef (5) - während des Krieges an Planungssitzungen im Weißen Haus teilnahm, vermittelte auch in Kuwait gedrehte Videos an die elektronischen Medien. Das allermeiste, was die US-Öffentlichkeit vor Beginn des alliierten Luftkriegs aus Kuwait zu sehen bekam, stammte von Hill and Knowlton (6).

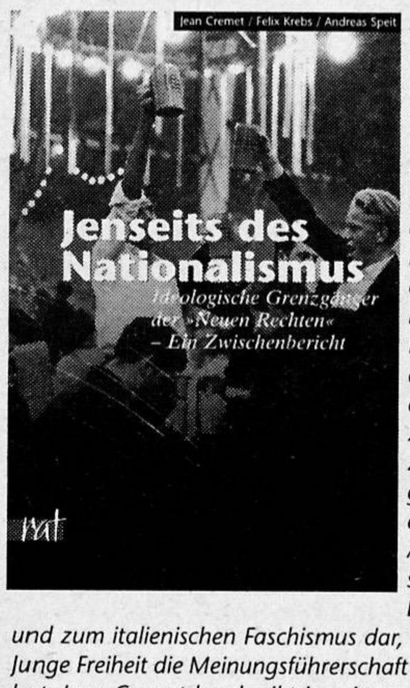
Die Firma hatte ihren spektakulärsten Erfolg, als eine fünfzehnjährige Kuwaiterin namens Nayirah am 10. Oktober 1990 unter Tränen vor einem Kongreßausschuß aussagte, irakische Soldaten hätten Babies ermordet. (...) Eine als Fahma Fahed vorgestellte Zeugin sprach über *„Geschichten"* von Greueltaten, die sie *„persönlich erfahren"* habe. In Wirklichkeit ist sie die Ehefrau des kuwaitischen Planungsministers Sulaiman al-Mutuwa; gegenüber einem Reporter erklärte sie in Saudi-Arabien vor der UNO-Sitzung, sie habe die Greueltaten nicht selber gesehen (7). Zwei Tage nach Faheds und Ibrahims Aussagen stimmte der Sicherheitsrat für militärische Schritte gegen Irak. Nayirahs Nachname wurde nicht bekanntgemacht, um *„ihre Familie zu schützen"*. Dabei ist sie, wie sich herausstellte, die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA und ein Mitglied der herrschenden Familie al-Sabahi (8). Inzwischen liegen zahlreiche Hinweise vor, daß Nayirahs Geschichte so nicht stimmt (9). Sie hat ganz einfach nicht gesehen, wie fünfzehn Babies aus Brutkästen *„gerissen"* wurde. Das bestätigt selbst ein Bericht der internationalen Detektei Kroll Associates, die 1992 von der kuwaitischen Regierung angeheuert wurde, um Beweise für Nayirahs Geschichte zu finden, nachdem ihre Glaubwür-

Neuerscheinung

Jean Cremet/Felix Krebs/Andreas Speit

Jenseits des Nationalismus

Ideologische Grenzgänger der »Neuen Rechten« – ein Zwischenbericht



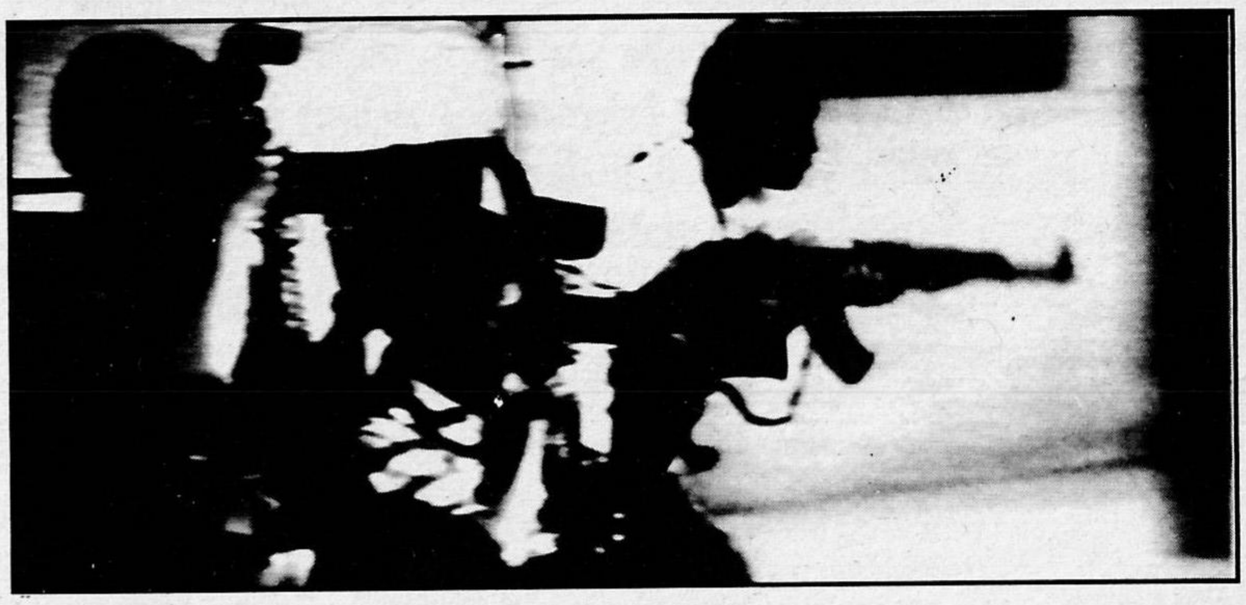
Aus verschiedenen Aspekten heraus entwickeln Jean Cremet, Felix Krebs und Andreas Speit Antworten, nach der die »Neue« Rechte eine intellektuelle Strömung der extremen Rechten ist. Im Verhältnis zu den »Alten« Rechten verliert Nationalismus bei den »Neuen« Rechten an Relevanz. Nicht mehr der Nationalstaat, sondern ein »europäisches Reich« dient mehr und mehr als Orientierung und Identitätsstiftung. Die Intellektuellen der »Neuen« Rechten greifen auf einen völkischen Nationalismus zurück, der durch die Hinwendung zur sozialen Frage seine völkisch integrative und formierende Funktion entfaltet.
Andreas Speit stellt ihre ideologischen Konzepte und historischen Bezüge zur Konservativen Revolution und zum italienischen Faschismus dar, Felix Krebs hinterfragt, inwieweit die Junge Freiheit die Meinungsführerschaft innerhalb der »Neuen« Rechten inne hat, Jean Cremet beschreibt in seinem Beitrag das Vordringen der »Neuen« Rechten nach Osteuropa seit 1989 und geht vor allem auf die europäische Vernetzung und die daraus entstehenden Bündnisse, unter anderem zum russischen Kommunismus, ein.
Die Beiträge verstehen sich als Zwischenberichte, die sich an einer Einordnung der aktuellen Debatte um die »Neue« Rechte versuchen und stellen dar, daß die »neue« Mitte nicht weit von der »Neuen« Rechten entfernt ist.

ISBN 3-928300-94-6 · 144 SEITEN · 10 EURO · 19,80 DM
gegen Vorkasse (Bar/Briefmarken), Porto übernehmen wir, direkt bei rat · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg
im Buchhandel über UNRAST-VERLAG

rat reihe antifaschistischer texte

digkeit von mehreren Journalisten in Frage gestellt worden war (10). (...)

In einem Memorandum an seine kuwaitischen Auftraggeber am 11. Dezember 1990 warnte der Hill and Knowlton-Vorsitzende Robert Gray, das amerikanische Volk werde der Unterstützung für Kuwait müde. (...) *„Man müsse immer wieder auf die Grausamkeiten der Iraker zu sprechen kommen, vor allem 'mit Hilfe neuer Augenzeugen'"*. Die Augenzeugen waren tatsächlich in Anführungszeichen gesetzt (11).



Feuerwerk über Irak

Mit Kriegsbeginn stand *„das ganze Land, einschließlich der Presse, auf Seiten des Präsidenten"*, erklärte eine führende Nachrichtenansagerin beim TV-Network CBS (12). (...) Es wimmelte von „Experten", die dem Fernsehvolk den Krieg erklärten. Die meisten waren Ex-Militärs oder Vertreter regierungsnaher „Think Tanks". Eine Untersuchung der medienkritischen Organisation FAIR (Fairneß and Accuracy in Reporting) stellte fest, daß die drei Fernsehsender in den ersten beiden Kriegswochen nur einen einzigen „Experten" aus der Anti-Kriegsbewegung zu Wort kommen ließen (13). Nicht gesprochen wurde über die irakischen Toten, berichtet wurden statt dessen die von Schwarzkopf und Co. servierten „Fakten" von High-tech-Krieg (...)

Daß sich „die Medien" in Kriegen auf die Seite ihrer Regierungen stellen, ist eigentlich nicht neu. (...) Die Tageszeitungen sind so gestaltet, daß sie zum Medium der Elite geworden sind. Wenn Vizepräsident Dan Quayle sich über die „elitären" Medien mokiert, spricht er vielen US-Amerikanern aus der Seele. Die unteren Einkommensgruppen sind in den Blättern nicht repräsentiert. Schwarze kommen hauptsächlich als Kriminelle vor. Und so unrecht ist es den Verlegern nicht, daß jene mit wenig Geld nicht abonnieren. Profite kommen nicht aus dem Verkauf der im Vergleich zu Deutschland spottbilligen Zeitungen, sondern aus der Werbung. Und die Inserenten interessiert nicht so sehr, wie viele Leser ihre Anzeigen sehen, sondern wer sie sieht: Gefragt sind kaufkräftige Leser. Inseriert wird in den Zeitungen mit „guten" Lesern - andere Blätter kämpfen um die Existenz. Unter diesem wirtschaftlichen Druck ist die Zahl der Tageszeitungen gesunken - seit Anfang dieses Jahrhunderts, als Zeitungen noch nicht „objektiv" waren, sondern unterschiedliche politische Interessen repräsentiert haben, von 2.600 auf 1.000. Nur mehr ein paar Großverlage (in den Worten des Medienkritikers Ben Bagdikian ein „privates Informations- und Kulturministerium" (14)) kontrollieren einen Großteil des Zeitungsmarkts. Solche Großkonzerne sind nicht dafür bekannt, die Regierung herauszufordern. So hat von den großen Tageszeitungen der USA nur eine, die „Rocky Mountain News" in Denver, standhaft gegen den Golfkrieg geschrieben. Keine große Tageszeitung und kein Network setzte sich nachdrücklich gegen die Militärzensur in Saudi-Arabien zur Wehr. Die meisten Großstädte haben nur noch eine Tageszeitung. Und wenn Zeitungen in erster Linie Unternehmen sind, ist Profit das oberste Gebot. Offene Zensur wird nur selten ausgeübt: Jeder Reporter weiß, was man sich leisten kann. Wer Staub aufwirbelt, muß gehen (15).

Nachrichten werden immer mehr zum Show-Business, und Nachrichtenansager wurden zu Stars. Die Grenze zwischen Nachrichten und Reklame verschwimmt: PR-Firmen und Konzerne gehen zunehmend dazu über, nicht einfach Presseerklärungen zu verschicken, sondern, wie Hill and Knowlton es vor dem Golfkrieg so erfolgreich taten, auch Videos auf Filmen, die die TV-Sender übernehmen können, ohne die Quelle zu nennen. So sind CBS, ABC, NBC (auch CNN) und die führenden Tageszeitungen weder ideologisch konservativ noch, wie Quayle meint, liberal. Sie existieren in einem Spannungsfeld: Einerseits müssen sie „Sensationen" bringen, um Zuschauer und Leser zu bekommen. Andererseits sind sie profitorientiert und daran interessiert, ein Wirtschaftssystem zu erhalten, das ihnen eben diese hohen Profite verspricht. (...) Viele Bürger informieren sich nicht und beteiligen sich nicht am politischen Geschehen, weil sie zutiefst frustriert sind und meinen, ohnehin nichts ausrichten zu können.

Die Uninformierten sind für diejenigen, die die Macht besitzen, ein gefundenes Fressen. (...) Die Amherst-Untersuchung brachte eine Litanei falscher Klischees zu Tage: So meinte die Hälfte der Befragten, Präsident Bush sei weltweit führend bei Bemühungen, die Ozonschicht zu schützen; fast die Hälfte ging davon aus, daß Arbeitslose jetzt mehr Unterstützung bekommen als früher (in Wirklichkeit beziehen 40 Prozent der Erwerbslosen Arbeitslosengeld, verglichen mit 70 Prozent vor zwanzig Jahren), und nur 14 Prozent wußten, daß die ärmsten 20 Prozent prozentual am meisten Steuern zahlen. 55 Prozent meinten, in Kuwait sei die Demokratie wieder eingeführt worden (16).

Konrad Ege

(redaktionell stark gekürzt)

aus: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11, 1992

Anmerkungen:

(1) „War"-Text von Barrett Strong und Norman Whitfield, 1970: „War, what is it good for, absolutely nothing. War is something I despise, for it means destruction of innocent lives, war means tears in thousands of mothers eyes, when their sons go out to fight to give their lives."

2) „St.PetersburgTimes" vom 6.1.1991, S.1.

3) Siehe: Konrad Ege, Pentagon Videos und Pools, in: „agenda" (Magazin des Adolf-Grimme-Instituts), 1/1992, S.6-8.

4) Im Vietnamkrieg wurden nur die fertigen Korrespondentenberichte einer ‚Sicherheitsüberprüfung' unterworfen. In Saudi-Arabien wurden die Korrespondenten am Nachrichtensammeln gehindert. Sie wurden in Hotels gepfercht und mit Pressekonferenzen gefüttert. Nur wenige durften in ‚Pools' an die Front. Dabei wurden sie ständig von Aufpassern bewacht. Siehe u.a.: Jacqueline Sharkey, Under Fire: US Military Restrictions on the Media from Grenada to the Persian Gulf, Center for Public Integrity, Washington, D.C., 1992.

5) Fuller, jetzt ein Funktionär beim Zigarettenkonzern Philip Morris („Marlboro"), war im August 1992 Manager des Republikaniscben Parteikonvents.

6) Dabei ging man mit der Wahrheit großzügig um. Wie ein Reporter in Saudi-Arabien in Erfahrung brachte, wurde das Video einer „friedlichen Demonstration" in Kuwait so geschnitten, daß es fälschlicherweise so aussah, als hätten irakische Soldaten in die Menge geschossen. Siehe: Morgan Strong, Portions of the Gulf War were brought to you by ... the folks at Hill and Knowlton, in: „TVGuide", 22.2 1992.

7) .TVGuide, 22. 2.1992.

8) Aufgedeckt wurde dies von John MacArthur, dem Autor von „Second Front: Censorship and Propaganda in the Gulf War" (New York, 1992), in einem Kommentar in der „New York Times" vpm 6.1.1992.

9) Konrad Ege ist Ko-Autor (mit Mathias Werth) eines Beitrags über die Brutkastenpropaganda im WDR-Fernsehmagazin „Monitor" am 30.3.1992. Hill and Knowlton haben den Sender kurz danach beim Landgericht Frankfurt/Main verklagt, um einen Widerruf zu erzwingen. Das Gericht gab der Klage nicht statt. Die Menschenrechtsorgarnisation, „Middle East Watch" hat Nayirahs Geschichte anhand von Interviews mit kuwaitischen Ärzten und Friedhofswärtern weitgehend widerlegt (siehe: Middle East Watch," Kuwait's 'Stolen' Incubators: The Widespread Repercussions of a Murky Incident", New York, 2.6.1992).

10) Kroll Associates, Investigation into Allegations Regarding Deaths to Neonatal Patients at al-Adan Hospital, al-Jahra Hospital and al-Sabah Maternity Hospital, During the Iraqi Occupation of Kuwait and the Status of Handicapped Care at the Social Welfare Institutes, April 1992. Kroll behauptet, Nayirah sei „glaubwürdig", obwohl der Bericht zugesteht, sie habe nur *„einen Augenblick"* lang eine Konfrontation zwischen einem irakischen Soldaten und einer Krankenschwester vor einem Brutkasten gesehen; ein Baby habe auf dem Fußboden gelegen. Unabhängig von Nayirahs Geschichte steht außer Frage, daß irakische Übergriffe und Plünderungen Patienten in kuwaitischen Krankenhäusern das Leben gekostet haben. Die Stromversorgung war gestört, Arzneimittel waren knapp, die Iraker stahlen medizinische Geräte, und ein großer Teil des Krankenhauspersonals floh nach Saudi-Arabien.

11) John R. MacArthur, S. 248.

12) Konrad Ege, Give war a chance: Zur Berichterstattung der US-Medien über den Irak Krieg, in: „medium", 2/1991, S. 27.

13) FAIR, „Gulf War Sources Survey", 22.2.1991.

14) Ben Bagdikian, The Media Monopoly, Boston 1987, S. XX.

15) Es gibt reihenweise Beispiele von Entlassungen oder Zwangsversetzungen. Die „New York Times" beispielsweise hat ihren unter Kollegen hochangesehenen Umweltreporter zwangsversetzen wollen, weil er zu „emotional" geschrieben habe; beispielsweise habe er vom „Abschlachten" der Delphine beim Thunfischfang geschrieben. Der Journalist, Phil Shabecoff, hat die „Times" dann verlassen.

16) Justin Lewis, What Do we Learn From the News?, in: EXTRA!, 9/1992.

Dokumentation

Kommunique Nr. 1 vom 2. Juni 1999

Eindringliche Warnung an die Deutsche Bundesregierung, an den Parteivorstand der SPD und den Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen.

„Die Intervention der NATO hat alle von uns erreichten Ergebnisse unterminiert und bedroht die weitere Existenz des zivilen Sektors in Serbien. Angesichts der tragischen Situation, in der wir uns befinden, und im Namen der menschlichen Vorstellungen und Werte fordern wir: Sofortiges Ende der Bombardierungen und aller bewaffneten Aktionen!" Organisationen der serbischen Bürgerrechtsbewegung am 6. April 1999

Seit dem 24. März 1999 ist die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des NATO-Bündnisses an einem Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien beteiligt.

Der Schwur, von deutschem Boden dürfe „NIE WIEDER KRIEG!" ausgehen, war der verheerenden Erfahrung des Zweiten Weltkrieges entwachsen und galt der Mehrheit der Menschen in beiden deutschen Staaten bis 1989 als unumstößlich.

Dieser Schwur wurde mit den am 24. März begonnenen NATO-Luftbombardements gegen die Bevölkerung in allen Teilrepubliken Jugoslawiens auf fatale und verbrecherische Weise gebrochen. Nach den furchtbaren Bombennächten von 1941 werfen heute erneut deutsche Soldaten Bomben auf Jugoslawien und töten Menschen, von denen nie eine Aggression ausging. Der vorgebliche Grund, mit diesem Krieg eine *„humanitäre Katastrophe"* verhindern zu wollen, hat sich ins Gegenteil verkehrt: Das Leiden der Menschen im Kosovo, in Serbien wie in der ganzen Region und das unsägliche Elend der Flüchtlinge waren nie zuvor größer und erfordern ein sofortiges Eingreifen aller demokratischen, antifaschistischen und antimilitaristischen Kräfte. Der Logik der verbrannten Erde, auf der die neue NATO-Weltordnung errichtet werden soll, muß energisch und mit aller Konsequenz entgegengetreten werden.

Wir, Frauen und Männer aus der *Bewegung 24. März*, verschiedenen Generationen des antifaschistischen Widerstandes und des Kampfes für eine gerechte Welt entstammend, haben uns angesichts der gegenwärtigen Ungeheuerlichkeiten zu einem neuen Bund zusammengeschlossen und werden dieser Entwicklung fortan weder sprachlos noch tatenlos zusehen. Wir stellen deshalb mit großem Ernst und Nachdruck fest, daß die Mitglieder der aus der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gebildeten Bundesregierung mit diesem unerklärten Krieg Gesetze brechen, die bewirken sollten, daß nach den beiden von Deutschland provozierten Weltkriegen von hier nie wieder eine Kriegsgefahr ausgehen kann:

Die Mitglieder der Bundesregierung negieren den in der Präambel des Grundgesetzes verankerten Auftrag Deutschlands, *„als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen"* und verstoßen gegen Artikel 26 Absatz 1 GG, in dem es heißt: *„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."* Sie bringen die Soldaten und Offiziere der Bundeswehr in die prekäre Situation, Befehle befolgen zu müssen, die gegen das Soldatengesetz verstoßen, das eine Beteiligung an einem solchen kriminellen Angriffskrieg ausdrücklich und für alle Angehörigen der Streitkräfte unter Strafe stellt.

Sie verstoßen gegen Artikel 2 des „Zwei-plus-Vier-Vertrages" von 1990, der sich auf das im Grundgesetz verankerte Verbot eines Angriffskrieges bezieht und schließt, *„daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung [also nur zur Verteidigung] und der Charta der Vereinten Nationen"*. Folgerichtig verstößt das Handeln der Bundesregierung gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot des Artikels 2 Ziffer 4 der UN-Charta, der da lautet: *„Alle Mitglieder [der UN] unterlassen ... jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete ... Androhung oder Anwendung von Gewalt."*

Nach dem Grundgesetz, Artikel 25, sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechtes und *„gehen den Gesetzen vor"*. Die Bundesregierung leitet ihr Handeln vom NATO-Vertrag ab, der vor 50 Jahren offiziell ein Verteidigungsbündnis besiegeln sollte. Die NATO tritt jedoch seit dem Washingtoner Gipfel offen für ihr angebliches „Recht" zur globalen Intervention ein und hat es zum Credo ihrer neuen Doktrin gemacht, mit der die UNO auf eine Statistenrolle reduziert wird. Es wäre die Pflicht der Bundesregierung gewesen, das deutsche Parlament über diese Neufassung des NATO-Vertrages abstimmen zu lassen. Auch hier hat sie ungesetzlich gehandelt.

Alle diese Verstöße stellen eine faktische Beseitigung der elementaren Prinzipien der Verfassungsordnung und des übergeordneten Völkerrechts dar. Paragraph 20 Absatz 4 GG besagt: *„Gegen jeden, der es unternimmt, diese [verfassungsmäßige] Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."*

Das Bundesverfassungsgericht als höchstes Verfassungsorgan hat keine Abhilfe geschaffen. Klagen gegen den Verfassungsbruch wurden nicht zur Verhandlung angenommen. Damit setzt das Widerstandsrecht ein, das wir ab sofort in Anspruch nehmen. Die *Bewegung 24. März* erklärt deshalb ultimativ:

Im Falle der Fortdauer der Bombardements und möglicher konkreter Schritte für einen Angriff von Landstreitkräften wird der Widerstandsrat der *Bewegung 24. März* seine Grundeinheiten anweisen, alle Einrichtungen der Regierung und der Koalitionsparteien, der Bundeswehr und der NATO zu legitimen Zielen ihrer Widerstandsaktionen zu erklären und mit geeigneten Mitteln dagegen vorzugehen.

Die „Balkankonferenz" der Außenminister Mitte Juni wird ein Gradmesser für unsere Entscheidung sein. Sie wird zeigen, ob die deutsche Bundesregierung die Kriegsstrategie zur Durchsetzung einer neuen Weltordnung unter NATO-Diktat zurücknehmen oder eskalieren wird. Eine Ausweitung des Krieges würde Europa für Jahrzehnte in eine Phase des Hasses und eines reaktionären Nationalismus stürzen und die Welt an den Rand eines neuen Weltkrieges bringen. Das müssen wir verhindern!

Schon jetzt fordern wir deshalb die Basis- und Protestbewegungen zu verstärkten Anstrengungen auf, den zivilen Ungehorsam und Protest in seinen vielfältigen Formen in die Öffentlichkeit zu tragen. Das kann das Besetzen und Blokkieren von Brücken in Großstädten sein, um deutlich zu machen, was es für das öffentliche Leben bedeutet, wenn die Brücken einer Stadt alle zerstört sind. Das kann das Lahmlegen von staatlichen Institutionen, Medienanstalten und Parteieinrichtungen von SPD und Grünen sein.

Es kann nicht, sondern es muß die Belagerung von militärischen Einrichtungen sein, die für den Einsatz auf dem Balkan bestimmt sind, einschließlich der Aufforderung an die Wehrpflichtigen, den Kriegsdienst zu verweigern - legal oder total - und an die Soldaten, zu desertieren und öffentlich ihre Wehrpässe zu verbrennen. Vieles mehr ist vorstellbar und wird schon in die Tat umgesetzt.

Angesichts des Verfassungsbruchs ist jede Art von Sabotage kriegs- oder regierungsrelevanter Stellen oder Einrichtungen legitim.

Nicht wir handeln illegal, sondern die Kriegstreiber und Kriegsgewinnler!

Solange Krieg herrscht, kann es keine gerechte Gesellschaft und keinen Schutz der Menschenrechte geben. Uns alle muß daher der Wille einen, unseren Protest gegen den Krieg in eine umfassendere Kultur gesellschaftlicher Veränderung zu wandeln.

Bewegung 24. März, Widerstandsrat

Gegründet im Kriegsjahr 1999 im Gedenken an den jungen Münchner Arbeiter Philipp Müller, der am 11. Mai 1952 von der Essener Polizei bei einer Demonstration gegen die Wiederaufrüstung der BRD erschossen wurde.

Ecuador oder wie weiter mit Lateinamerika?

Das Scheitern der Modernisierung

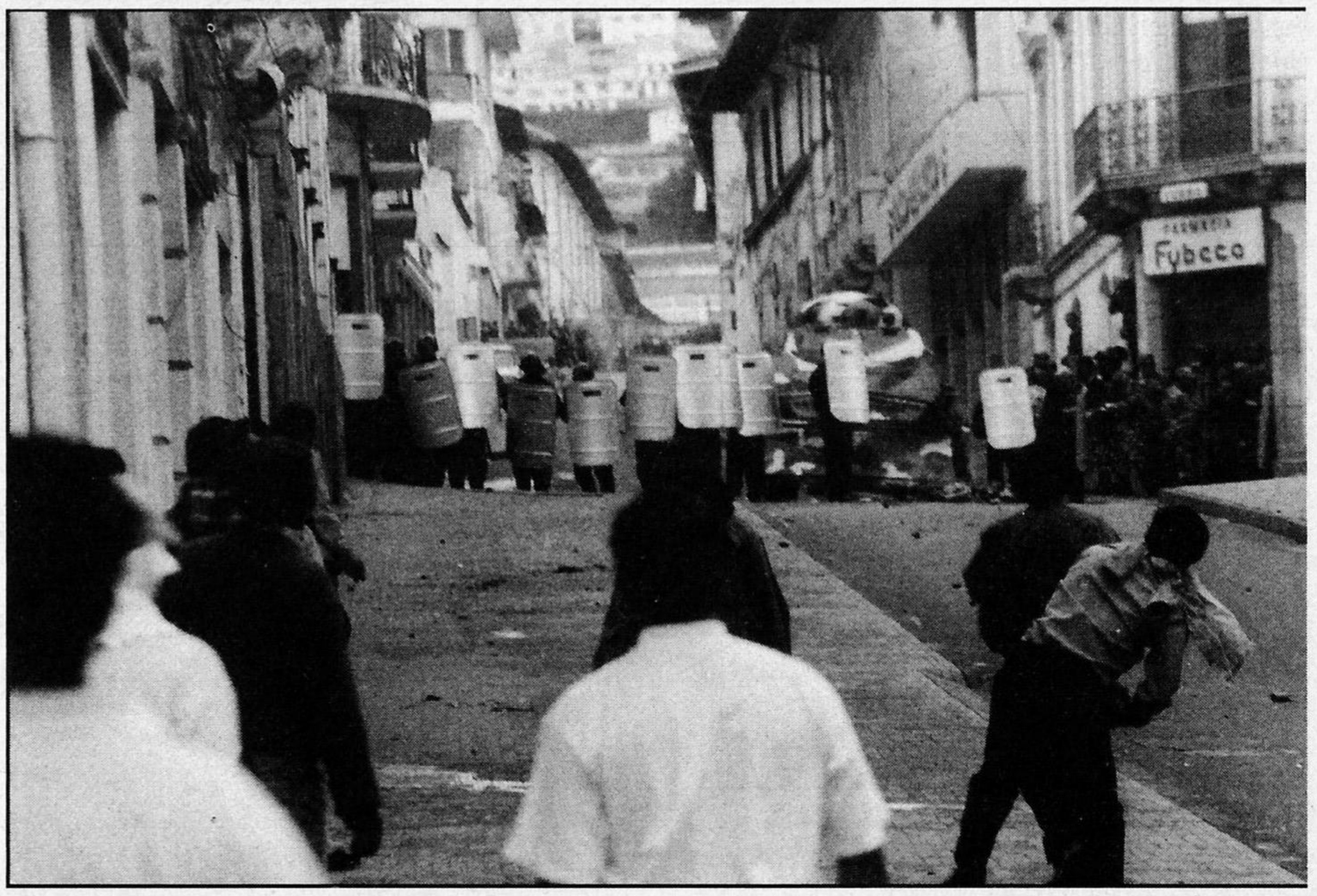
Der im ökonomischen Krisenstadium befindliche Westen und der in den Kapitalismus transformierende Osten Europas lügen sich auf Gipfeln der Europäischen Union wie der Weltwirtschaft gegenseitig in die Tasche: Erhofft sich der Osten eine Rettung aus seiner ausweglosen Situation, indem er auf die unwiederbringliche Vergangenheit des westlichen Nachkriegsbooms starrt, so erhofft sich der Westen umgekehrt vom Zusammenbruch der osteuropäischen Ökonomien einen Ausweg aus der eigenen stagnierenden Kapitalakkumulation durch „neue Märkte", die aber zumindest vorerst nur in der Phantasie existieren. Dabei könnten die realen Verlaufsformen von Zusammenbruchsgesellschaften bereits am lebenden Beispiel studiert werden, und zwar am Beispiel jener „Dritten Welt", deren Schicksal der Osten sich anschickt nachzuvollziehen.

Wenn von „Nachholbedarf" des Ostens und von „neuen Märkten" mit „Hunderten von Millionen Menschen" geschwärmt wird, erhebt sich doch die Frage, warum eigentlich die „Hunderte von Millionen Menschen" in Afrika, Lateinamerika und Asien, von wenigen asiatischen Schwellenländern („Tiger") abgesehen, nicht schon zu solchen neuen Märkten wurden, obwohl hier der Nachholbedarf eher noch größer zu sein scheint. Aber sinnliche Bedürfnisse und menschliche Sehnsüchte machen eben noch lange keinen Markt, sprich: keine produktive Kaufkraft. Die nämlich kann allein aus der betriebswirtschaftlichen Vernutzung menschlicher Arbeitskraft auf der Höhe des Weltstandards der Produktivität entstehen (1). Gerade diese Voraussetzung des eigenen ökonomischen Systems wird von den westlichen ExpertInnen und IdeologInnen bei ihren gönnerhaften Gipfelreden systematisch verschwiegen.

tun, die nur noch durch wenige dünne Adern mit dem globalen Blutkreislauf des Geldes verbunden sind. Große Teile der Weltbevölkerung versinken so in Hoffnungslosigkeit und vegetieren in jenen barbarisierten Zuständen, die dem Osten noch bevorstehen.

Es sieht aber nicht so aus, als wollten die Institutionen, Gewalten und Repräsentanten (oder politischen Gallionsfiguren) dieser *Einen Welt* den (Welt)Markt in Frage stellen. Statt dessen beabsichtigen sie, auch in Anbetracht miserabelster ökonomischer Erfahrungen, die Aufrechterhaltung seiner Spielregeln durchzusetzen. So auch in Ecuador, sicherlich einem der unspektakulärsten Länder Lateinamerikas. Aber dennoch steht der größte Bananenexporteur der Welt, gerade auch aufgrund seiner ökonomischen Bedingungen, exemplarisch für die meisten Länder des Kontinents.

Ecuador hat keine Guerilla, keine nennenswerte Drogenmafia und auch beim Fußball spielt es keine herausragende Rolle. Lediglich das Wetterphänomen El Niño und die Grenzkonflikte mit Peru sorgen für Schlagzeilen, die aber im Vergleich zu dem, was im anderen Nachbarland Kolumbien geschieht, eher unbedeutend sind. Ecuador gilt als Urlaubsland und so ist es ein immer beliebteres Ziel von (Rucksack)TouristInnen. Doch der Schein trügt ein wenig.



Ecuador: *Unter Sympathiebekundungen der Bevölkerung versuchten SchülerInnen und StudentInnen über mehrere Tage hinweg die Straßensperren um den Präsidentenpalast zu durchbrechen.*

Der Geist von 1997

Bereits zum Jahreswechsel 1996/97 zeichnete sich in Ecuador eine Staatskrise ab, die nicht mit einem einfachen Präsidentenwechsel zu beheben sein würde. Der damalige Präsident Abdalá Bucaram, genannt „El Loco" - der Verrückte -, weil er auch gerne tanzend und singend mit leichtbekleideten Frauen im Fernsehen auftrat, hatte mit seinem neoliberalen Kurs massive Proteste provoziert. Die Preise für Gas, Strom, Benzin und Grundnahrungsmittel waren z.T. um bis zu 1.000 (!) Prozent erhöht worden, während gleichzeitig die Gehälter im öffentlichen Dienst eingefroren und zahlreiche Angestellte im Bildungs- und Gesundheitswesen wie auch in der Verwaltung entlassen wurden. Ecuador schien bereits damals restlos pleite zu sein, und massive Korruptionsvorwürfe gegen den Präsidenten und zahlreiche andere PolitikerInnen verschärften die Spannungen im Land.

Im Zuge andauernder Proteste spitzte sich im Februar vor zwei Jahren dann die Lage zu und eskalierte in Straßenschlachten und Ausnahmezustand. Ein Generalstreik sorgte dafür, daß unter breiter Beteiligung der gut organisierten indigenen Bevölkerung sämtliche Überlandstraßen blockiert wurden. In der Hauptstadt Quito kam es, vor allem getragen von StudentInnen, GewerkschaftlerInnen sowie organisierten informellen HändlerInnen, zu heftigen Straßenschlachten in der Nähe des Parlaments und des Präsidentenpalastes. Nach mehrtägigen Auseinandersetzungen, in deren Folge sich immer mehr OppositionspolitikerInnen aller Couleur auf die Seite der Bevölkerung schlugen - um aus den sich anbahnenden Veränderungen politischen Profit zu schlagen -, flüchtete „El Loco" ins Exil. Trotz des Ausnahmezustands und seines großen Rückhalts in Guyaquil, der größten Stadt des Landes (2), wurde Bucaram nicht mehr vom Militär gestützt. Das Ergebnis war, daß das Par-

lament ihn wegen *„geistiger Unzurechnungsfähigkeit"* absetzte, woraufhin es Streitereien gab, wer denn nun PräsidentIn wäre. Denn sowohl die Vizepräsidentin Rosalia Artega als auch der Oppositionelle Fabian Alarcón und, aus dem Exil, Bucaram erklärten sich gleichzeitig zum rechtmäßigen Präsidenten. Die Lage klärte sich jedoch nach einigen Tagen, das Rennen machte Alarcón. Damit kehrte wieder Ruhe ein und die kurzzeitigen Hoffnungen auf eine generelle Verfassungsreform mußten begraben werden.

Das Land dümpelte wieder, unbeachtet vom Rest der Welt vor sich hin. Lediglich ein kleiner, lokal begrenzter bewaffneter Konflikt mit dem Nachbarn Peru sorgte für Aufregung und dafür, daß die Bevölkerungen - auf beiden Seiten der Grenze - sich weniger um die Innenpolitik und die weiter gehenden ökonomischen Krisen der Länder kümmerten als vielmehr um den außenpolitischen Feind (3).

Neuer Präsident, alte Krisen ...

Im Juni vergangenen Jahres standen dann wieder Präsidentschaftswahlen an, aus denen der Kandidat der Volksdemokratie, Jamil Mahuad, als knapper Sieger hervorging. Zum Regieren wurde jedoch, wie so oft in der jüngeren Geschichte Ecuadors, zusätzlich die Christlich-soziale Partei (PSC) benötigt. Die USA äußerten sich begeistert und sahen optimistisch in die Zukunft, wenn denn der Präsident nur eine neue Wachstumstrategie einschlüge.

Im September trug diese neue Strategie ihre ersten faulen Früchte. Der Sucre fiel auf ein Verhältnis von 5.500 : 1 zum US-Dollar, eine der größten ecuadorianischen Banken brach zusammen, der Preis für eine Flasche Gas verfünffachte sich von 5.000 auf 25.000 Sucres, die Subventionen für Strom wurden gestrichen und in Folge dessen stieg auch dessen Preis um 250 Prozent und der für Diesel um 39 Prozent. Im November stand der Sucre schon bei 6.300 : 1 und Michel Camdessus, Präsident des IWF, lobte die Maßnahmen der Regierung als wichtige Schritte zum einem neuen Kreditabkommen mit dem IWF. Kurz nach dem Jahreswechsel 1998/99 kam dann die Meldung, daß der Staat Ecuador mit 15 Mrd. US-Dollar verschuldet ist. Entlassungen von 2.500 Angestellten des öffentlichen Dienstes sollten wie die Einführung einer neuen Steuer - jede Banktransaktion wird mit einem Prozent des Betrags besteuert - dazu beitragen, die Löcher zu stopfen.

Im Februar nahm der Bankrott klarere Konturen an und die Ereignisse überschlugen sich: Die LehrerInnen gingen in den Streik, da ihre Löhne nicht mehr zum Leben ausreichten und sowieso seit zwei Monaten gar nicht mehr ausgezahlt wurden; weitere Haushaltskürzungen wurden von der Christlich-sozialen Partei durchgesetzt, die Erhöhung der Mindestlöhne gestrichen, Umschuldungsverhandlungen begonnen und die Einführung der neuen Steuer, die auch die ecuadorianische Oligarchie getroffen hätte, wieder gestoppt. In Folge der Turbulenzen und der mangelnden Unterstützung im Parlament trat u.a. der Finanzminister Ecuadors zurück.

Kurz zuvor war ein Versuch der Gewerkschaften, den *„revolutionären Geist"* von Februar 1997 mittels eines Generalstreiks wiederzubeleben, mehr oder weniger kläglich gescheitert: Die Regierung erklärte den Tag kurzerhand zum Feiertag und unterminierte damit fast jeglichen Protest.

Ende des Monats wurde das Benzin rationiert, zumindest für die 'normale' Bevölkerung. Warum, verstand jedoch zunächst kaum jemand, ist doch Ecuador ein ölexportierendes Land. Während offiziell erklärt wurde, man habe sich verkalkuliert, waren fehlende Finanzen als Erklärung naheliegender. Ecuador importierte Chemikalien aus Venezuela zur Weiterverarbeitung des Rohöls und Venezuela weigerte sich, diese auf Kredit zu liefern, da Ecuador bereits mit mehreren Million US-Dollar im Zahlungsrückstand war. Das ecuadorianische Militär begann damit, die Tankstellen zu besetzten und die Verteilung des Benzins zu überwachen.

Abgeriegelte Straßen um den Präsidentenpalast in Quito, Februar 1997.

... und ein politischer Mord

Während das Verhältnis vom Sucre zum US-Dollar inzwischen 9.400 : 1 betrug, wurde am 27. Februar der Kongreßabgeordnete und Gründer der Demokratischen Volksbewegung (MPD), Jaime Hurtado, ermordet (4). Hurtado galt als einer der ganz wenigen nicht korrupten Politiker und als fast schon traditioneller Verfechter der Rechte der indigenen und schwarzen Bevölkerung sowie der „einfachen Leute". Drei Wochen vor seiner Ermordung wurde Hurtado auf einer Demonstration demonstrativ verhaftet, weil er angeblich eine Waffe bei sich hatte - und die Polizei verkündete die Existenz einer linken paramilitärischen Gruppe innerhalb der philosophischen Fakultät der nationalen Universität von Quito, die der MPD und vor allem Jaime Hurtado nahestehen würde.

Bereits zwei Tage nach dem Mord wurde der als nahezu aufgeklärt der Öffentlichkeit präsentiert. Mörder sollten ultrarechte Paramilitärs um Carlos Castaño, Führer der Dachorganisation der kolumbianischen paramilitärischen Gruppen, sein. Als Grund wurden Verbindungen von Hurtado zur kolumbianischen Guerilla FARC genannt. Doch die Ermittlungsergebnisse sind mehr als zweifelhaft. Einer der mutmaßlichen Täter wurde bei der Festnahme erschossen - laut AugenzeugInnen wurde er regelrecht exekutiert, laut Polizeiangaben starb er bei einem Feuergefecht. Ein Verhafteter stellte sich später als informeller Mitarbeiter der US-amerikanischen Drogenbehörde DEA heraus und auch die Geschwindigkeit der Ermittlung ließ die Vermutung aufkommen, daß die offizielle Version nicht stimmen konnte oder aber die Mordpläne bereits vorher bekannt gewesen waren. Die MPD sprach hingegen klar von Staatsterrorismus, wie er in der jüngeren Geschichte Ecuadors bislang nicht bekannt war. Hurtado soll Beweisdokumente für einen Betrugsskandal erworben haben, in den die PSC verstrickt sein soll.

Die Situation in Ecuador spitzte sich durch die Empörung über den Mord weiter zu und es kam zu neuen Demonstrationen. Gleichzeitig wurde das Thema „Krieg und Friedensverhandlungen in Kolumbien" benutzt, um erneut über die Lage an den verschiedenen Landesgrenzen zu diskutieren. Im Südosten liegt Peru und ein Hauptverdächtiger im Mordfall Hurtado wurde in diesen Tagen im Gefängnis von einen vermeintlichen Mitglied des peruanischen „Leuchtenden Pfads" ermordet. Außerdem wurde die Gefahr einer Invasion von Guerillos/as aus dem im Norden liegenden Kolumbien heraufbeschworen - sollte es dort zu einem Friedensvertrag kommen. Droht eine Verlagerung des Konflikts oder expandieren die Drogenkartelle auf ecuadorianischen Territorium oder kommen vielleicht die Paramilitärs? Als erste Maßnahme wurden die Militärposten an allen Grenzen verstärkt und vor allem in der Amazonasregion und im Süden des Landes waren Militärkontrollen alltäglich.

Der Generalstreik im März

Der Sucre erreichte am Morgen des 3. März seinen vorläufigen Tiefpunkt: 17.000 : 1! Der produktive Bereich der Wirtschaft lag lahm. Überall wo Firmen auf importierte Waren angewiesen waren, wurde der Betrieb eingestellt, die Importe waren mit dem schwachen Sucre nun zu

teuer. Die HändlerInnen von Elektrogütern oder Autos berechneten alles nur noch in US-Dollar. Die Preise für nahezu alle Güter stiegen ins Unendliche. BesitzerInnen von Kleinbetrieben und auch Kooperativen standen vor dem Bankrott, wenn sie vorher Kredite in US-Dollar aufgenommen hatten. Rückzahlungen waren nun eigentlich unmöglich, obwohl sich der Sucre wieder bei 13.000 : 1 ein wenig stabilisiert hatte. Selbst die Zinszahlungen konnten nicht mehr aufgebracht werden, da der Warenverkauf in Sucres abgewickelt wurde. Während bekannt wurde, daß Ecuador z.Zt. 40 Prozent des Staatshaushaltes zur Tilgung der Schulden und für Zinszahlungen an ausländische Banken aufwendet und VertreterInnen des IWF zu Umschuldungsverhandlungen im Land waren, wurden die Banken wegen überraschender 'Ferien' geschlossen. Die befürchtete Kapitalflucht wurde damit jedoch nicht mehr verhindert. Bereits in den vergangenen zwei Wochen waren schätzungsweise 400 Millionen US-Dollar außer Landes geschafft worden. Nebenbei führten Meldungen, daß die Stromversorgung zusammenzubrechen drohte, wenn nicht wenigsten geringfügige Reparaturen an Kraftwerken durchgeführt würden, zur weiteren Beunruhigung der Bevölkerung. Durch die Schließung der Banken lag nun auch fast der ganze Rest der Wirtschaft lahm. Es wurden keine Exporte mehr getätigt, Schecks und Kreditkarten in keinen Geschäften mehr akzeptiert und die Börse setzte den Handel aus.

Als Reaktion auf einen ausgerufenen nationalen Protesttag verkündete der Verteidigungsminister zusammen mit der Polizeiführung und den obersten Militärs am 10. März den Ausnahmezustand. Gerüchte über einen Putsch wurden jedoch zurückgewiesen. Polizei und Armee räumten die Straßen von nächtlich errichten Barrikaden und der neue Finanzminister kündigte eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 10 auf 15 Prozent an, ohne dafür jedoch eine Mehrheit im Parlament zu besitzen.

Einen Tag später verstärkten sich die Proteste in den Straßen aller Städte des Landes und besonders in Quito, Guyaquil und Cuenca. Nachdem bereits 48 Stunden vorher alle führenden GewerkschaftlerInnen verhaftet worden waren, reagierten nun die Polizei und das Militär mit Schlagstöcken und Tränengas auf alle Versuche, Demonstrationszüge zu formieren. Es gab an beiden Tagen über 300 Festnahmen und zahlreiche Verletzte. Abends lief auf allen Fernsehkanälen dasselbe Programm - mit einer Rede versuchte Präsident Mahuad, das Volk zu beruhigen und verkündete gleichzeitig die neuen wirtschaftlichen Maßnahmen: Die Hälfte aller Ersparnisse der Bevölkerung - in US-Dollar oder Sucre - würden für ein Jahr eingefroren und der Benzinpreis werde verdreifacht. Letzteres werde eventuell zurückgenommen, sollte das Parlament die Mehrwertsteuererhöhung verabschieden. Im Ergebnis erhöhten sich die durchschnittlichen Lebensmittelkosten um 30 Prozent, Taxi- und Buspreise explodierten und im Touristenstädtchen Otavalo reagierte die Bevölkerung auf die Verhaftung von mehreren Indígena-Führern mit der Festsetzung von vier Polizisten. Die Überlandstraßen wurden weiter blockiert, neben den LehrerInnen waren inzwischen auch Taxi- und Busunternehmen und Angestellte des Gesundheitswesens im Streik, letztere z.T. schon seit längerem und sogar im Hungerstreik. Obwohl die Banken nach einer Woche Ferien wieder öffneten und der US-Dollar erstmals wieder auf 9.500 Sucres fiel, beruhigte sich die Lage noch nicht. Am 17. März fuhren vor dem Präsidentenpalast Panzer auf und Militärs und Polizei waren in den Straßen Quitos allgegenwärtig und räumten diese von quer stehenden Taxis und brennenden Autoreifen. Demonstrativ zeigte die Regierung Handlungsbereitschaft und verhaftete kurzerhand den vorherigen Präsidenten Alarcón wegen Korruptions- und Bereicherungsvorwürfen. Er soll noch massiver das Land geplündert haben als sein Vorgänger „El Loco", der in Abwesenheit im März letzten Jahres vom Obersten Gerichtshof der Veruntreuung von 150 Millionen US-Dollar schuldig befunden worden war.

Neue Ruhe nach dem Sturm

Am 18. März wurde der Ausnahmezustand überraschend aufgehoben. Seit Anfang April hat sich die Lage wieder beruhigt - zumindest oberflächlich und eine weitere Eskalation blieb trotz aller Vorzeichen aus. Ecuador ist wieder einmal - und diesmal wohl besonders knapp - an einem Militärputsch vorbeigeschliddert. Statt dessen verhandelt die Regierung nun mit allen Seiten und nahm vor allem die Benzinpreiserhöhung wieder zurück, so daß sowohl die Bus- als auch die TaxiunternehmerInnen die Arbeit wieder aufgenommen haben und auch die Überlandstraßen wieder frei von Blockaden sind. Ein neuer Etat ist jedoch noch nicht verabschiedet und die Forderung nach verstärkten Privatisierungen wird von Seiten der Handelskammer vorangetrieben. Auch die Angestellten im Gesundheitswesen streiken noch im ganzen Land und die LehrerInnen zumindest noch in der Küstenregion, doch das ist irgendwie schon normal. Der Streik im Bildungswesen deutet allerdings auf einen weiteren Konflikt hin: die starken Differenzen zwischen dem Hochland und der Küste. Die Christlich-soziale Partei sprach, nach einem weiteren Zusammenbruch einer Bank (bislang der achten, die ihre Zahlungsunfähigkeit einräumen mußte), deren Hauptstandort an der Küste liegt, davon, den - so wörtlich - *„Krieg"* gegen das zentralistische Quito zu beginnen. Und erste Scherze, daß man demnächst wohl einen Paß brauche, wenn man von Quito nach Guyaquil möchte, verheißen nichts gutes. Dezentralisierung und Autonomie sind hier die neuen Stichwörter, aber bislang auch noch nicht mehr. So verharrt Ecuador weiter unbemerkt von der Welt in einer gewissen routinierten Lethargie - zwischen Streiks, Putschgerüchten und oberflächlicher Ruhe. Die TouristInnen können wieder kommen, denn sie sichern mit ihren Dollars zumindest einem kleinen Teil der Bevölkerung das Einkommen. Allen anderen, wenn sie denn nicht zur kleinen aber sehr reichen Oberschicht gehören, stehen hingegen schlechte Zeiten bevor.

Matthias Bultmann, Bremen

Anmerkungen:

(1) Robert Kurz, Der Kollaps der Modernisierung - vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie, Leipzig: Reclam, 1994.

(2) Die politische Landschaft Ecuadors ist von einer schon fast traditionellen Spaltung zwischen der Küstenregion mit ihrem städtischen Zentrum Guyaquil - die unter dem enormen Einfluß der großen Bananenexporteure steht - und dem Hochland mit der Landeshauptstadt Quito geprägt. Die Präsidentschaftswahlen entscheiden sich daher immer zwischen dem Kandidaten der Küste und dem des Hochlandes. Die Christlich-soziale Partei (PSC) repräsentiert dabei die Küste, während die Partei der Volksdemokratie das Hochland vertritt. Der Osten des Landes, das Amazonastiefland, spielt hingegen politisch nahezu keine Rolle.

(3) Bei den Grenzauseinandersetzungen ging es um einen seit Jahrzehnten schwelenden Konflikt um ein ca. 20 Quadratkilometer großes Gebiet im Südosten Ecuadors. Dort wird zwar Erdöl vermutet, der Konflikt scheint jedoch eher ein rohstoffunabhängiger Territorialstreit zu sein, der - wie im jüngsten Fall - gerne zur Ablenkung von anderen Problemen aufgewärmt wird.

(4) Er wurde in Quito in der Nähe des Parlamentsgebäudes zusammen mit Pablo Tapia erschossen. Zwei weitere Begleiter wurden schwer verletzt.

OFF LIMITS
Antirassistische Zeitschrift
Nummer 25 - 1.Quartal 1999
Metamorphosen der Arbeit
Grenzregime im Schengenland II
DM 6,-
Bestellungen an
off limits
c/o WIR-Zentrum
Hospitalstr. 109
22767 Hamburg
Tel/Fax 040 - 3861 4016/7

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Neu: Inhalt per Email
Schickt uns ein Mail mit dem Betreff: Inhaltsverzeichnis - und ihr wißt, was in der neuen ak steht.

kostenloses Probeexemplar oder gleich ein Abo...
analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175
Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de
www.akweb.de

Bericht einer Delegationsfahrt zu den Newroz-Feiern 1999

„... Das Helle sieht man nicht mehr ...[1]“

Anläßlich des diesjährigen Newroz-Festes gab es in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan die größten Aufstände gegen die Regierung seit Jahren. Die Sicherheitskräfte reagierten mit militärischer Gewalt. Ausländische Delegationen wurden von der Polizei durch Festnahmen und Ausweisung daran gehindert, die kurdischen Newroz-Feiern und -Demonstrationen zu beobachten. Eine Delegation von neun Schleswig-HolsteinerInnen, die nach Adana in der Südtürkei geflogen war, wurde über 2 Tage lang in Polizeigewahrsam festgehalten. Die schleswig-holsteinische Delegation bestand aus acht TeilnehmerInnen aus Kiel, Lübeck und Eckernförde sowie einer Dolmetscherin.

Wir hatten uns Adana als Ziel ausgesucht, weil dort sehr viele Flüchtlinge aus Kurdistan leben; zum Teil in großen Lagern und Flüchtlingsvierteln. Neben der Newroz-Beobachtung wollten wir uns auch über die Lage dieser Flüchtlinge informieren, um festzustellen, ob es tatsächlich eine sichere „inländische Fluchtmöglichkeit“ für KurdInnen innerhalb der Türkei gibt. Dies wird immer wieder von deutschen PolitikerInnen und Gerichten in Asylverfahren behauptet.

Am 18.März, drei Tage vor Newroz, trafen wir in Adana ein. Von der Stimmung gerade unter der kurdischen Bevölkerung konnten wir uns kein umfassendes Bild machen, da uns von unseren kurdischen FreundInnen davon abgeraten wurde, uns frei in der Stadt zu bewegen. In der Zeit bis zu unserer Festnahme konnten wir dennoch bei Gesprächen einige Eindrücke sammeln. Wir konnten unter anderem längere Gespräche mit dem örtlichen Parteivorsitzenden der HADEP (Demokratische Partei des Volkes), Eyyüp Karagecili, und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins IHD, Süleyman Kilic, führen. Beide betonten, daß sich die Lage der kurdischen Bevölkerung noch weiter verschlechtert habe, seitdem der PKK-Vorsitzende, Abdullah Öcalan, vergangenen November in Rom um politisches Asyl nachsuchte. Seitdem versuche die türkische Regierung „alles Kurdische zu vernichten“, so der HADEP-Vorsitzende. Zur Zeit gelte: „Jeder Kurde ist schuldig.“ Die HADEP, die einzige (noch) legale pro-kurdische Partei, die auch zu den Parlamentswahlen am 18.April zugelassen ist, ist massiver Repression ausgesetzt. Seit November wurden zahlreiche HADEP-Büros von Polizei-Einheiten gestürmt, Funktionäre verhaftet und sehr viele Menschen verletzt oder getötet. Aktuell wurde uns berichtet, daß zum Beispiel die HADEP-Vorsitzenden von Mersin, Van und Bingöl im Gefängnis sitzen. In Diyarbakir gab es zwei Tote, als Polizisten und Faschisten gemeinsam ein HADEP- Büro stürmten. Auch der HADEP-Vorsitzende von Adana, mit dem wir sprachen, wird demnächst ins Gefängnis gehen müssen, weil er eine Presseerklärung zu dieser Repressionswelle abgegeben hat. Auch während unseres Besuches erhielt er einen diesbezüglichen Drohanruf der Polizei. Für die HADEP gibt es kaum eine Möglichkeit, Gegenöffentlichkeit zu schaffen und Wahlkampf zu betreiben. Uns wurde von massiven Behinderungen der Wahlkampfveranstaltungen berichtet. Es sieht nicht so aus, als werde es in der Türkei im April auch nur annähernd freie Wahlen geben, insbesondere gilt dies für die Gebiete mit kurdischer Bevölkerung. Drohungen von Seiten der Militärkommandeure, sie würden ganze Dörfer angreifen, werde dort auch nur eine einzige Stimme für die HADEP abgegeben, bestätigen diese Befürchtung. Über die politische Situation der KurdInnen frei zu berichten oder sich öffentlich zu der Thematik zu äußern, steht unter Strafe und wird umgehend mit staatlicher Repression beantwortet. Über die Schwierigkeiten einer unabhängigen Berichterstattung erfuhren wir etwas von einem Journalisten der ehemaligen - jetzt verbotenen - Zeitung ÜLKEDE GÜNDEM. Diese wurde nach eineinhalb Jahren („eine lange Zeit!“, so unser Gesprächspartner) von der türkischen Justiz verboten. Man muß damit rechnen, daß auch die geplante Nachfolgezeitung ÖZGÜR BAKIS das gleiche Schicksal erleiden wird. Die MacherInnen der Zeitung sind trotzdem Willens, mit ihrer Arbeit fortzufahren, da es „ihre Aufgabe, ihre Mission“ sei, wie uns der Journalist versicherte. Daran könnten auch die Bedrohungen durch rechte Gruppen einerseits und durch den türkischen Staat andererseits nichts ändern. Am 7.März waren zuletzt die Häuser mehrerer Journalisten von der Polizei gestürmt worden.

Welche politischen Forderungen ergeben sich aus den Erfahrungen der Newroz-Delegation?

1. Fast alle GesprächspartnerInnen betonten, wie wichtig der internationale Druck auf die türkische Regierung sei, um zu einer politischen Lösung der Kurdistan-Frage zu kommen. „Wenn die USA, Frankreich, Großbritannien und die BRD es wollten, könnte der Kurdistankonflikt innerhalb einer Stunde gelöst werden!“ (HADEP-Vorsitzender, Adana) „ Die Kurdenfrage ist eine Menschheitsfrage!“ (IHD-Vorsitzender, Adana)

2. Abschiebungen in die Türkei sind sofort zu stoppen! JedeR Verantwortliche in der BRD weiß genau, daß den abgeschobenen Menschen in der Türkei Folter und Mißhandlung drohen. (Jüngstes Beispiel ist der 17 jährige Kurde Emin Acar, der am 12.März 1999 aus der BRD nach Istanbul abgeschoben wurde und dort vier Tage lang von der Anti-Terror-Abteilung der Polizei gefoltert wurde und anschließend in das Gefängnis Ümraniye gebracht wurde.) „Wenn du mit einem Fuchs handelst, kannst du ihm den Hasen nicht in die Hand geben.“ (IHD-Vorsitzender, Adana)

3. Die Waffen- und Militärhilfe an die Türkei muß beendet werden. Die Delegationen waren Zeugen, daß es Waffen aus Deutschland sind, mit denen Militär und Sondereinheiten der türkischen Polizei ausgerüstet sind, die dann gegen KurdInnen vorgehen. Die dieser Tage von der deutschen Regierung genehmigte Lieferung von U-Booten aus Deutschland an die Türkei hat nur auf den ersten Blick nichts mit der Unterdrückung der KurdInnen zu tun. Jede Waffen- und Rüstungshilfe stützt das Militärregime, und außerdem dient die so gestärkte türkische Marine z.B. dazu, Griechenland mit Krieg zu drohen, wenn es die KurdInnen unterstützen sollte.

4. Der kurdische Fernsehsender MED-TV muß sofort wieder senden können. Er wurde am 22.März von den britischen Behörden geschlossen, zunächst vorübergehend. (Von London aus strahlt MED-TV sein Programm via Satellit nach ganz Europa aus.) Dies ist ein gravierender Einschnitt in die Meinungs- und Pressefreiheit, da in der Türkei selbst unabhängige Informationen zur Lage der KurdInnen und der Menschenrechte unterdrückt werden.

Anschließend berichtete uns eine junge Frau über ihre Schwester, eine 19-jährige Studentin, die wenige Tage zuvor verhaftet worden war, als sie gemeinsam mit anderen StudentInnen eine Pressekonferenz an der Uni abhielten. Die StudentInnen forderten unter anderem die Beendigung des Krieges des türkischen Militärs in Kurdistan. Die Veranstaltung wurde von 100 Polizisten gestürmt, die Teilnehmenden zusammengeschlagen und viele von ihnen wurden festgenommen. Die Schwester unserer Gesprächspartnerin sitzt als einzige immer noch in Haft, weil

sie die offensichtlich verbotenen Forderungen vorgelesen hatte. Sie wird nun des „Terrorismus und Separatismus“ bezichtigt und soll voraussichtlich im April vor das Staatssicherheitsgericht (DGM) gestellt werden. Sie und die anderen StudentInnen wurden während der „Untersuchungshaft“ gefoltert und ihre Familienangehörigen bedroht.

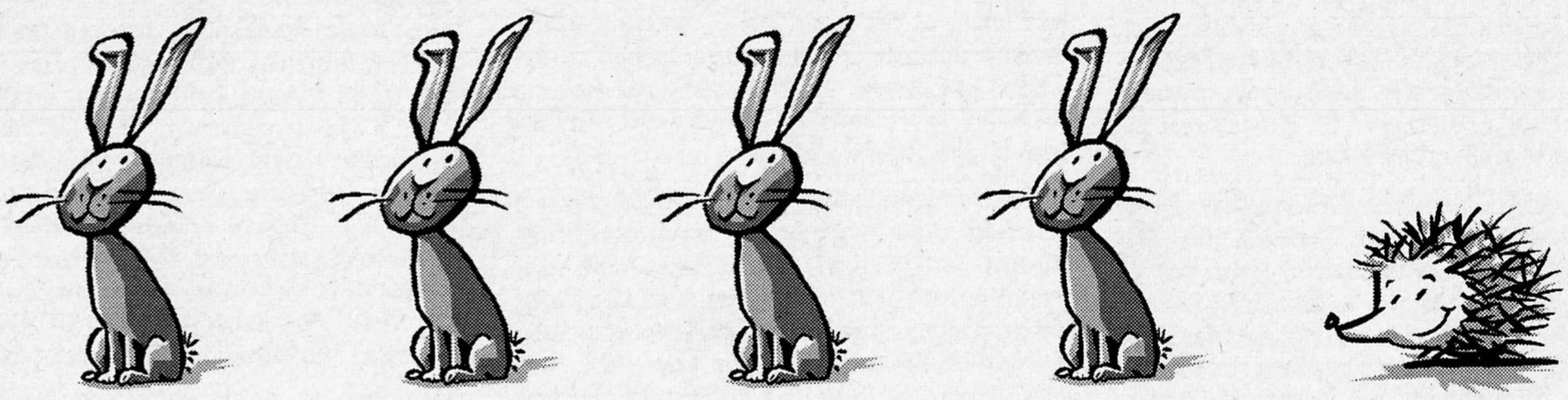
Am Tag vor Newroz hatten wir geplant, den Mesopotamischen Kulturverein zu besuchen; dieser wurde jedoch noch vorher von der Polizei gestürmt und alle Anwesenden festgenommen. Bereits am 18.März wurden in Mersin 300 StudentInnen festgenommen, als sie - wie jedes Jahr- Newroz feiern wollten. Dieser und andere Vorfälle mit Massenverhaftungen machten uns deutlich, wie fest entschlossen die türkische Regierung war, die diesjährigen Newroz-Feierlichkeiten zu unterdrücken. Am Samstag, dem Tag vor Newroz, war die Stimmung noch angespannter. Wir hatten den Eindruck, daß unsere GesprächspartnerInnen jeden Moment mit Polizeiaktionen rechneten. So konnten wir nur relativ kurze, wenn auch sehr beeindruckende und bedrückende Gespräche mit einigen Menschen führen. Die Anspannung und die bestehende Gefahr für alle war deutlich zu spüren. Deshalb kehrten wir diesmal schon gegen Nachmittag in unser Hotel zurück. Dort warteten bereits Polizisten in Zivil auf uns. Unter dem Vorwand, einer unserer Pässe sei gefälscht, wurden wir festgenommen und im Polizeipräsidium in eine für Ausländer zuständige Abteilung gebracht. Dort wurden wir zusätzlich des Drogenhandels beschuldigt. Alle wurden durchsucht, und einige Dinge, die wir bei uns trugen, wurden beschlagnahmt, darunter unsere Gesprächsnotizen und unsere Mobiltelefone. Während des 52-stündigen Gewahrsams wurden wir unterschiedlichen Formen psychischen Drucks ausgesetzt. Vor allem unsere Dolmetscherin wurde mit rassistischen Schikanen drangsaliert. Am nächsten Tag (Newroz-Sonntag) wurden wir in verschiedenen Räumen der Anti-Terror-Polizei festgehalten. Von Newroz selbst haben wir dort nichts mitbekommen. Aber am Newroz-Abend konnten wir zufällig beobachten, daß sehr viele Gefangene in Bussen auf das Gelände gebracht wurden. Zwei jugendliche Gefangene wurden versehentlich zunächst zu unserem Gebäudeteil gebracht; als sie wieder weggeführt wurden und die Polizisten sich im Schutz der Dunkelheit wähnten, schlugen sie die beiden Gefangenen zusammen, indem sie mit Knüppeln seitlich auf deren Köpfe einschlugen, bis sie zu Boden gingen. Danach wurden sie in ein uns gegenüberliegendes Gebäude geschleift.

Montag vormittag (22.März, am Tag nach Newroz) haben wir unsere Pässe und die meisten der beschlagnahmten Gegenstände zurückbekommen. Auch die Mobiltelefone wurden uns zurückgegeben, sodaß wir endlich telefonieren konnten. Es wurde uns angekündigt, wir würden jetzt dem Haftrichter vorgeführt. Im Polizeibus wurden wir zum Justizgebäude gefahren, jedoch nur, um dort zu Propagandazwecken der Presse vorgeführt zu werden. Ohne den Bus verlassen zu haben, wurden wir weitergebracht zum Staatssicherheitsgericht (DGM). Hier wurden wir am nachmittag von einem angeblichen Staatsanwalt vernommen, der uns mit dem Vorwurf konfrontierte, Propaganda für die PKK betrieben zu haben. Bei dem Verhör haben wir, wie auch zuvor, keinerlei Aussagen gemacht. Kurz darauf wurde uns mitgeteilt, daß wir umgehend ausgewiesen würden, ohne daß es ein Urteil gegen uns gäbe. Daraufhin wurden wir zum Flughafen verfrachtet, wo wir noch eine Nacht verbrachten, um danach mit dem ersten Flugzeug am Morgen mit zahlreicher Begleitung ausgeflogen zu werden. Wir wissen, daß die Behandlung, die uns widerfahren ist, nicht zu vergleichen ist mit dem, was zum Beispiel KurdInnen in der Türkei erleben müssen und wollen deshalb unsere Erlebnisse nicht weiter ausführen. Was wir später über den Verlauf der Newroz-Feierlichkeiten in Adana erfahren haben, läßt keinen Zweifel mehr an dem Grund unserer Festnahme: Es waren an verschiedenen Plätzen und Straßen insgesamt 60.000 Menschen in Adana auf der Straße, gegen die das Militär bereits ab 10 Uhr morgens mit Panzern und Schußwaffen vorging. Über 1.000 Menschen wurden allein in dieser Stadt verhaftet, es gab zahlreiche Schwerverletzte mit Schußwunden. Bei diesen Ausschreitungen der Sicherheitskräfte sollten keine ausländischen BeobachterInnen als Zeugen zugegen sein. Was den Organisationen und Menschen, zu denen wir Kontakt hatten, widerfahren ist, konnten wir bisher nicht zuverlässig in Erfahrung bringen. Es spricht aber alles dafür, daß das HADEP-Büro von der Polizei gestürmt worden ist, da es bereits am Samstag abend komplett umstellt war und sich später niemand mehr am Telefon gemeldet hat...

Schleswig-Holsteiner Newroz-Delegation

Anmerkung:
(1) Zitat nach Eyyüp Karagecili vom 19. März 1999.

taz bremen



Im Vergleich zu uns sind alle anderen gleich.
Denn im Rennen um die besten
Informationen gehen wir manchmal
auch unkonventionellere Wege.

20 JAHRE
die tageszeitung
anders als man denkt

Seien Sie kein Hase. Testen Sie die taz:

☐ **5 Wochen lang für nur 20 Mark** Das völlig unverbindliche Mini-Abo incl. einer *Le Monde diplomatique*

Geburtsjahr (Angabe freiwillig) ☐

Vor- und Zuname
Straße und Hausnummer
Zusätzliche Angaben *(Gebäudeteil, Innenbriefkasten...)*
Vorwahl- und Telefonnummer

Postleitzahl und Ort
Datum und Unterschrift 332

Zahlungsart
☐ per Scheck über 20 Mark
☐ per Rechnung

☐ per Einzugsermächtigung:
KontoinhaberIn
Kontonummer
Geldinstitut und Bankleitzahl
Datum und Unterschrift

Coupon schicken oder
faxen an:

taz, die tageszeitung
taz Bremen, Aboabteilung
Schlachte 1
28195 Bremen

Telefon: (0421) 321 357
Fax: (0421) 321 354

Todesurteil gegen Abdullah Öcalan?

Das Verfahren als „Quell des Stolzes“

Seit dem 31.Mai wird dem PKK-Chef Abdullah Öcalan der Prozeß gemacht. Wir dokumentieren den bisherigen Verlauf der Verhandlungen sowie einige Rahmenerscheinungen.

Vor dem Prozeß herrscht laut FR (31.05.) bereits eine „Kopf-ab-Stimmung im Lande“, Öcalan schlägt „eine beispiellose Welle des Hasses entgegen“ (ebd.). In der SZ (31.05.) ist zu lesen: „Die feindselige Stimmung wird von den Medien zwar geschürt; dennoch ist sie nicht aufgesetzt, sondern echt empfunden.“ In der westlichen Öffentlichkeit wird derweil viel über die rechtsstaatliche Qualität des Prozesses diskutiert. Wie weit es mit diesem hehren Ideal her ist, zeigt sich bereits im Vorfeld. Öcalans Anwalt Niyazi Ulgan und dessen Sekretärin Sibel Ceylan werden wegen eines Schreibens an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt (SZ, 26.05.). Auch wird viel darüber geredet, daß einer der drei Richter des zuständigen Staatsicherheitsgerichtes vom Militär gestellt wird. Drei Anwälte Öcalans haben sich deshalb schon vor Prozeßbeginn zurückgezogen, ebenso der frühere Chefanwalt des PKK-Chefs, Ahmet Zeki Okcuoglu, der „an dieser Farce“ (SZ, 01.06.) nicht teilnehmen wollte. Den Militärrichter hatte auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im vergangenen Jahr kritisiert, und das geht der kritischen Öffentlichkeit dann doch zu weit. Um das Ansehen seines Staates bemüht, kündigt der (mal wieder) frischgebackene türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit von der Demokratischen Linkspartei (DPS) eine entsprechende Verfassungsänderung an. Daran, daß in dieser Richtung bis heute (12.06.) nichts geschehen ist, zeigt sich, wie wenig Einfluß solche Hoffnungen und Forderungen wie z.B. des Bremer Anwaltes Hans-Eberhard Schultz (jW, 31.05.) auf den tatsächlichen Prozeßverlauf haben.

31. Mai, erster Prozeßtag. Die Anklage lautet auf Hochverrat, Mord und Separatismus. Die 139 Seiten starke Anklageschrift wird, wie es heißt aus Zeitgründen, nur auszugsweise verlesen, Öcalan hat sie bis heute nicht erhalten. Auf die ihm zur Last gelegten Vergehen steht in der Türkei die Todesstrafe. Von Anfang an ist klar: “Kaum jemand zweifelt daran, daß sie verhängt wird” (FR, 01.06.). Ob sie dann auch vollstreckt wird, war und ist unklar. Das war seit 1984 nicht mehr der Fall und bedürfte der Zustimmung des Parlaments und des Staatspräsidenten.

Während des Prozesse befindet sich Öcalan in einem Glaskasten, was dazu führt, das er akustisch nur schwer bis gar nicht zu verstehen ist. Vom türkischen Staatsfernsehen, das im Gerichtssaal über das Monopol beim Filmen verfügt, wird er deshalb mit Untertiteln unterlegt. Darüber beklagen sich seine Anwälte gegenüber einer Delegation aus Deutschland: “Über das, was ihr Mandant ... in seiner schußsicheren Panzerglasbox sagte, werde die Öffentlichkeit unzureichend oder schlicht falsch unterrichtet” (jW, 10.06.). Die in der Presse kursierenden Äußerungen sind deshalb mit Vorsicht zu genießen.

Außerdem haben seine Anwälte den Eindruck, “daß ihr Mandant seit seiner Entführung aus Kenia unter Drogen gesetzt wurde” (jW, 10.06.).

Öcalan entschuldigt sich bei den Angehörigen und verspricht „von nun an für ein Ende des Blutvergießens und den Frieden zu arbeiten; ich biete dem türkischen Staat meine Dienste an, aber dazu muß ich am Leben bleiben“ (FR, 01.06.). Außerdem macht er klar, daß er sich angesichts der Entführung, der Isolationshaft und der Störung seiner AnwältInnen etc. keine Hoffnungen auf einen fairen Prozeß macht. “Er werde sich dementsprechend nicht juristisch, sondern allein politisch verteidigen” (FR, 09.06.). Für die bürgerlichen Medien liefert er eine „jämmerliche Vorstellung“ ab. „Öcalan entpuppte sich als das, was er schon immer war: ein den schönen Dingen des Lebens zugeneigter Feigling“ (Kommentar in der SZ, 01.06.).

Die grüne Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte, Claudia Roth, ist auch gespannt. „Der Prozeß gegen Herrn Öcalan ist ein Gradmesser wie es um die Demokratie und Menschenrechte in der Türkei bestellt ist“ (FR, 01.06.). Da könnte mensch sich fragen, worüber die in ihrem Ausschuß sonst so plaudern, wenn sie diesen Prozeß als Gradmesser braucht und anerkennt. Aber schließlich geht es um wichtige Dinge, wie Cem Özdemir aufgefallen ist: „Bei dem Verfahren habe es die türkische Regierung in der Hand, ob es um Rechtsstaatlichkeit oder um Rache gehe. Gelinge es der Türkei auf Rache zu verzichten, sei dies ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur europäischen Union“ (FR, 01.06.).

1. Juni. Öcalan streitet ab, den Befehl gegeben zu haben, Anschläge auf ausländischen TouristInnen zu verüben. Diese seine auf „Eigeninitiative“ (FR, 02.06.) der AttentäterInnen hin geschehen. Ansonsten bezeichnet er sich als “Hauptverantwortlichen” (ebd.) der PKK. Außerdem wird Apo zur PKK befragt. Er berichtet von der innere Opposition gegen ihn, von der Unterstützung, die die PKK in den vergangenen Jahren von Griechenland, Zypern, Syrien und dem Iran erhalten hat und von ihrem Vermögen von 200 Millionen Dollar.

3. Juni. Die Staatsanwaltschaft fordert erstmals die Todesstrafe, „Hören sie nicht auf Apos Betteln und Drohen“ (SZ, 04.06.). Die PKK-Führung unterstützt derweil den Friedensappel Öcalans. Für den Fall der Todesstrafe kündigt sie hingegen eine Fortsetzung der Kämpfe an.

5. Juni. In Den Haag demonstrieren 30.000 KurdInnen aus den Benelux-Staaten und Deutschland und fordern die Freilassung Öcalans. Bei Kämpfen in Kurdistan kommen am Wochenende 20 PKK-KämpferInnen und ein türkischer Soldat ums Leben.

7. Juni. Weil sie “die Türkei als ‘eine Seite’ des Krieges und die getöteten PKK-Rebellen als Opfer dargestellt” (FR, 08.06.) haben, werden die Verteidiger Öcalans von den Nebenklägern der Propaganda für die PKK beschuldigt. Es wird Anzeige erstattet. In der SZ ist zu lesen, daß “aus Angst vor Übergriffen immer weniger Urlauber in die Türkei” fahren. “In dem Land stünden bereits 300 der 1.900 registrierten großen Hotel- und Ferienanlagen zum Verkauf”.

8. Juni. Die Staatsanwälte Cevdet Volkan und Talat Salk beantragen die Todesstrafe. Sie sehen alle Vorwürfe für bestätigt an. Ihrer Ansicht nach hat sich Öcalan außerdem bei seinen Friedensbeteuerungen “in Widersprüche verwickelt und von einer Trennung in Türken und Kurden gesprochen. In der türkischen Verfassung stehe jedoch kein Wort über Kurden, weil dieses Gesetzeswerk nicht auf rassischer Trennung basiere” (SZ, 09.06.). Nach dem Plädoyer der Staatsanwälte vertagt sich das Gericht für 15 Tage bis zum 23. Juni. Nun haben Öcalans Anwälten Zeit sich durch die 16.000 Seiten Beweismaterial zu arbeiten und ihr Abschlußplädoyer vorzubereiten. Ihr Antrag, den Prozeß um einem Monat zu vertagen, wurde abgelehnt.

Ministerpräsident Ecevit sieht in dem Verfahren „einen Quell des Stolzes für die Türkei“ (FR, 08.06.). Die PKK-Führung indes warnt die Türkei, ein Todesurteil wäre “der Selbstmord des türkischen Staates” (WK, 09.06.), dann wären “alle Formen des Kampfes für die nationale Ehre und den Stolz des kurdischen Volkes legitim” (FR, 09.06.). Auch Öcalan äußert im Gerichtssaal: “Was wird passieren, wenn ich sterbe? Die Organisation wird Tausende Kämpfer aussenden und Hunderte Menschen werden sterben” (ebd.). Während in der türkischen Öffentlichkeit eine Debatte stattfindet, “ob Öcalans Leichnam überhaupt in türkischen Boden beigesetzt werden dürfe” (SZ, 09.06.), halten die Kämpfe in Kurdistan “unvermindert heftig an” (ebd.).

Ungeachtet des laufenden Prozesses betont unterdessen Gerhard Schröder bei seiner Regierungserklärung zur Europapolitik im Bundestag, er wolle “weiter an einer konkreten Perspektive für einen Beitritt der Türkei zur EU arbeiten” (SZ, 09.06.). Leider sehen das einige Kollegen in Europa anders, er bedauert, “daß er beim EU-Gipfel in Köln keine Korrektur der Türkeipolitik habe durchsetzen können” (FR, 09.06.).

11. Juni. In einem Fernsehinterview droht das führende PKK-Mitglied Cemil Bayik für den Fall der Hinrichtung Öcalans mit dem “totalen Krieg” und “Gewalt in unvorstellbarem Ausmaß” (SZ, 12.06.). In der Provinz Van werden bei Kämpfen unterdessen zwölf Menschen getötet.

Allan Leinwand

Über Armut und Polizei in US-amerikanischen Städten

Von Urban Underclass zu Zero Tolerance*

„Coyoten, Taschenratten, Hornissen, sogar Klapperschlangen - die konnten einem auf den Nerv gehen, sicherlich, aber die Natur war das geringste ihrer Probleme. Viel mehr Sorgen machten ihnen die Menschen. Die Salvadorianer, die Mexikaner, die Schwarzen, die Vergewaltiger, Bettler und Autodiebe, über die sie im Lokalteil bei Roggentoast und Kaffee lasen. Deshalb hatten sie ja die weite Fläche des San Fernando Valley und die Hügel der Westside verlassen, um hier oben zu leben, außerhalb der Stadtgrenzen und inmitten dieser traumhaften Szenerie."

Mit diesem Zitat aus dem Roman „América" von T. C. Boyle (1) ist bereits vieles von dem angedeutet, was sich auf der gesellschaftlichen und städtischen Ebene in Los Angeles und den gesamten USA seit geraumer Zeit vollzieht. Die Vereinigten Staaten von Amerika nehmen in zahlreichen Bereichen eine Vorreiterposition in der OECD-Welt ein. So auch im Hinblick auf gesellschaftliche Polarisierung, dessen Spiegelbild der sozialräumlichen Segregation in den Großstädten und auf die Expansion repressiver Kontrollstrategien und des Gefängniswesens (2). Hintergründe für diese Entwicklung sind zum einen in sozialen und ökonomischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte zu suchen, zum anderen aber auch direkt auf eine daraus resultierende wissenschaftliche und politische Debatte zurückzuführen, die vor allem mit dem Terminus der „Urban Underclass" eine große Medienaufmerksamkeit erfuhr.

Underclass: Soziologisches Konzept, Residualkategorie und politisches Instrument

In den 80er Jahren wurde besonders in den USA über die Herausbildung und Verfestigung einer neuen Armutsbevölkerung diskutiert. Dabei stand nicht eine generelle Erklärung von Armut im Blickpunkt, sondern vielmehr eine bislang unbekannte Ausprägung. Armut zeigte sich räumlich konzentriert, sie war von einer neuen Qualität und Härte gekennzeichnet und sie trat inmitten von Reichtum und Prosperität auf und zeigte sich somit in ihrer Ausbreitung und Stabilität unabhängig von konjunktureller wirtschaftlicher Entwicklung. Große und vor allem altindustriell geprägte Städte waren von einem Umbruch gekennzeichnet. Durch Rationalisierung und Technologisierung der Produktion setzte eine Deindustrialisierung ein. Zusätzlich wurden Industriekomplexe aus dem innerstädtischen Bereich ausgelagert und außerhalb der Stadtzentren neu errichtet, teilweise jedoch auch in andere Landesteile transferiert. Die Folge war das Wegbrechen zahlreicher traditioneller Arbeitsplätze, die besonders auch von der schwarzen Arbeiterschicht besetzt waren. Gleichzeitig war es wiederum dieselbe Gruppe, die nur begrenzt Zugang zum anwachsenden tertiären Sektor bekam, dessen Niedriglohnsegment eher neuankommenden ImmigrantInnen offensteht, denen eine größere Arbeitsmotivation nachgesagt wird. Diese Veränderung wandelte das Bild der Städte: aufgrund wachsender Armut in Folge von Arbeitslosigkeit und eines zunehmenden „spatial mismatch", dem Auseinanderdriften von Wohnort und möglichen Arbeitsplätzen bei mangelhaftem öffentlichen Verkehrsnetz, wurden einzelne Stadtteil homogener und zwar auf unterstem sozioökonomischen Niveau. Die schwarze Mittelschicht verließ bei Möglichkeit diese Quartiere und frei werdender Wohnraum wurde entweder mit (schwarzen) SozialhilfeempfängerInnen besetzt oder zu Spekulationszwecken genutzt. Als Folge stand zunehmend Wohnraum leer und verfiel, während gleichzeitig die Armut zunahm und sich der boomende Crackhandel als letzte Einkommensmöglichkeit ausbreitete und steigende Kriminalitätsziffern hervorbrachte. Das Ergebnis war eine wachsende sozialräumliche Segregation, die in Armen- und Schwarzenghettos auf der einen Seite und in jüngerer Zeit in Enklaven und Gated Communities der Ober- und gehobenen Mittelschicht auf der anderen Seite gipfelte.

Aufmerksamkeit erregte dabei besonders die Verbindung von Armut, Gewaltkriminalität und deren räumliche Konzentration. In den Sozialwissenschaften kristallisierten sich daraufhin zwei Erklärungsansätze heraus. Der erste, liberale Ansatz hebt die beschriebenen strukturellen Änderungen hervor und stellt die Underclass als Folge eines sozioökonomischen Umbruchs dar (v.a. Wilson 1987). Die in den Ghettos verstärkt auftretenden „devianten" Verhaltensweisen - und hierbei werden immer wieder Drogenkonsum, Kriminalität, sexuelle Promiskuität, uneheliche Geburten, fehlendes Arbeitsethos etc. hervorgehoben - sind demnach das Ergebnis einer Verkettung von Benachteiligungen, der die schwarze Bevölkerung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt ausgesetzt ist und die sie zusätzlich als tagtägliche rassistische Diskriminierung erfährt (vgl.: Fainstain 1993). Der zweite, republikanische oder „new right" Erklärungsansatz wird allgemein als kultureller bezeichnet und hebt einstellungs- und verhaltensbedingte Ursachen für Armut hervor. Als einflußreichste Vertreter können hierfür Lawrence Mead (1986) und Charles Murray mit seiner Studie „Losing Ground" zur Sozialpolitik in den USA (1984) genannt werden. Zentrales Argument hierbei war, daß während einer Phase relativ hoher Sozialausgaben die Armut dennoch weiter zugenommen hat und ergo Sozialleistungen Armut nicht mildern, sondern im Gegenteil zu deren Verfestigung beitragen. Dieser Argumentation liegt eine Rational-choice-Theorie zugrunde, bei der folgender Gedankengang unterstellt wird: Für eine Person und speziell eine alleinerziehende Afroamerikanerin - und die Hautfarbe und kulturelle Verschiedenheiten werden hierbei betont - sei es seit den 70er Jahren finanziell attraktiver von der Aid For Dependent Children (AFDC) zu leben, anstatt zu arbeiten bzw. zu heiraten. Gerade diese Tatsache würde jegliches Arbeitsethos untergraben und durch den Umstand der Alleinerziehenden - und damit assoziierter mangelhafter Erziehung - zum Niedergang der bürgerlichen Kleinfamilie, Werteverfall sowie einer Perpetuierung des obengenannten devianten Verhaltens führen und so Armut und die Situation in den betroffenen Quartieren verfestigen. Verschiedene Untersuchungen widerlegten jedoch Murrays Studie. Trotz theoretischer und methodischer Schwächen konnte sich aber diese kulturelle Erklärung der Underclass in der Politik und den Medien durchsetzen (3), wie Herbert J. Gans in seinem Buch „The War against the Poor" (1995) dokumentiert hat, und führte dadurch zu einer allgegenwärtigen Verbindung von Ghettoarmut mit Devianz und besonders mit Drogen- und Gewaltkriminalität und somit zu einer Gleichsetzung der Underclass mit Gefährlichkeit. Die städtischen schwarzen Armen, als zentrale Gruppe der Underclass, aber auch BettlerInnen, geistig behinderte Menschen, Klein- und Schwerkriminelle, DrogenkonsumentInnen etc. wurden zu einer Residualkategorie zusammengefaßt (Auletta 1982) und immer mehr zu einer „Dangerous Class" im doppelten Sinn. Sie und damit ihre Wohnquartiere bzw. Aufenthaltsorte gelten als gefährlich weil sie hohe Kriminalitätsziffern aufwiesen und zusätzlich gelten sie als gefährlich weil sie durch eine scheinbar andere Moral das gesellschaftliche Wertgefüge bedrohen. In Folge dieser wissenschaftlichen und politischen Diskussion wurden unter der Administration Ronald Reagans zahlreiche Politikänderungen eingeleitet, die auch unter Bill Clinton weitergeführt werden. Hierzu gehören, als direkte Umsetzung der Forderungen des kulturellen Underclassansatzes, ein radikaler Einschnitt in Sozial- und Bildungsprogramme sowie die gleichzeitige Verlagerung auf repressive Interventionsmechanismen.

Vom wohltätigen Staat zum strafenden Staat

So betitelte Loic J. D. Wacquant 1997 den Wandel in der US-amerikanischen Politik und traf damit den Nagel auf den Kopf. Obwohl die USA nie ein umfassendes Sozialsystem besaßen, wird dieses seit den 80er Jahren konsequent abgebaut. In Kommunen, aus denen gerade die Mittelstandsfamilien abwanderten und so fiskale Lükken im Haushalt hinterließen, wurden öffentliche Leistungen für Infrastruktur, Wohnungsbau, Bildungs- und Gesundheitswesen gestrichen. Die entscheidende Veränderung dürfte jedoch die 1996 verabschiedete Reform der Sozialhilfe sein, durch die in den folgenden fünf Jahren 56 Mrd. US-Dollar eingespart werden sollen, davon alleine 27 Mrd. US-Dollar bei Foods Stamps (Wacquant 1997, Nissen 1998). Hierzu gehört, daß die AFDC 1996 in „Temporary Assistence

for Needy Families“ (TANF) umbenannt und auf fünf Jahre Bezugsdauer beschränkt wurde, d.h. wenn über das gesamte Leben der Zeitraum von fünf Jahren ausgeschöpft ist, wird jegliche Unterstützung gestrichen, jede angebotene Arbeit muß angenommen werden oder aber die betroffene Person muß von Verwandten, der Bettelei oder Kriminalität leben. Des weiteren besteht bereits nach zwei Jahren TANF-Bezugs eine Arbeitspflicht von bis zu 40 Stunde die Woche. Eine weitere bedeutende Veränderung ist die Verlagerung der Zuständigkeit vom Bund auf die einzelnen Staaten und damit verknüpft eine Abkopplung von der Anzahl der Bedürftigen, d.h. wiederum der Bund vergibt nur noch eine pauschale Summe mit der die Staaten haushalten müssen. Im Falle New Yorks bedeutet dies, daß seit 1997 für die folgende sieben Jahre jährlich 2,44 Mrd. US-Dollar zu Verfügung stehen (Nissen 1998). Damit steht die Stadt bzw. der Staat gut da, denn das Jahr 1994, welches der Berechnung zugrunde lag, war ein Jahr mit sehr vielen SozialhilfeempfängerInnen und Überschüsse bleiben im Staatssäckel. Aber nicht nur deshalb befindet sich New York in den schwarzen Zahlen: Gleichzeitig werden die Kontrollen massiv verschärft und sogar mit Einschüchterungen versucht, die Anzahl der TANF-EmpfängerInnen zu drücken. Und dies mit Erfolg: Zwischen 1995-1998 wurde 363.000 Personen mit verschiedensten Mitteln aus dem Sozialsystem geworfen (Smith 1998). Neben der Abnahme von Fingerabdrücken und einer allgemeinen Datenüberprüfung bei Kfz- und Steuerbehörde und dem State Welfare System, werden z.B. schikanierende Tiefeninterviews geführt. *„Investigators would stand in the parking lot and ask 'How did you get here?' If you came in a car, they'd say, 'Is it yours? Who is the person who brought you? Are you sleeping with them?'“*, so die Schilderungen einer Anwältin aus Brooklyn (Shulman 1997; zitiert aus: Nissen 1998: 160). Auch kann der TANF-Bezug vom regelmäßigen Schulbesuch der Kinder abhängig gemacht werden. Weiterhin gehören Durchsuchungen der Taschen fast zur Regel und auch mit überraschenden Besuchen zu Hause sollen die Betroffenen davon abgehalten werden, überhaupt Unterstützung zu beantragen. Im Zuge dieser massiven Einschränkungen und Kontrollen veränderte sich auch der Prozentsatz der als arbeitsfähig eingestuften SozialhilfeempfängerInnen. Während es 1994 nur 46 Prozent waren, galten 1996 bereits 84 Prozent der Betroffenen als arbeitsfähig (ebd.).

Neben dieser Erfüllung der Forderung von Murray, wird auch die Forderung des zweiten Hauptvertreters des kulturellen Underclassansatzes Lawrence Mead erfüllt: Nach dessen Reziprozitätsprinzip muß es für eine Leistung auch eine Verpflichtung geben. Zu diesen bürgerlichen Pflichten gehört auch die der Arbeit und damit der naheliegende Wandel von „welfare to workfare“. Ziele der sich ausweitenden Workfare-Programme sollen neben der Kostenreduzierung die Vermittlung von Arbeitsethik und gemeinsamen Werten, das Aufbrechen der fehlenden Kopplung von Geldtransfers und Gegenleistungen durch gering kontrollierte Sozialhilfevergabe sowie eine Erleichterung der Reintegration in den Arbeitsmarkt durch Praxiserfahrungen sein (vgl.: Gebhard 1998). Die Praxis der Workfare-Programme ist sehr zweifelhaft. Die Stadt New York setzte zwar im Jahr 1996 40.000 WohlfahrtsempfängerInnen in kommunalen Jobs ein, eine Weiterqualifikation ist jedoch nur selten gegeben. So ist ein Großteil der ProgrammteilnehmerInnen in der Straßen- oder Parkreinigung beschäftigt. Gleichzeitig nutzte die Stadt die Programme dazu, 20.000 reguläre Stellen in den Bereichen Straßenreinigung oder auch in Krankenhäuser abzubauen. Als Erklärung liegt auch hier der Kostenfaktor nahe. In Workfare-Programmen werden teilweise nur Stundenlöhne von 2,30 US-Dollar gezahlt und gewerkschaftliche Organisation ist untersagt (Hahn 1997, vgl. auch: Smith 1998). Seit den 80er Jahren wurden in den USA zwar 25 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, von dem viel zitierten Jobwunder kann jedoch nicht die Rede sein. So stieg die Bevölkerungszahl im gleichen Zeitraum um 40 Millionen, die folglich alle Waren und Dienstleistungen konsumieren, also den nationalen Absatzmarkt vergrößern und weiterhin brauchen alle Arbeit. Neu geschaffene Jobs reduzierten also nicht die Arbeitslosigkeit, sondern befriedigten lediglich die zusätzliche Nachfrage nach mehr Arbeitsplätzen. Gleichzeitig wurden Millionen von Arbeitsplätzen gerade in der Industrie abgebaut und neu entstehende Stellen gehören größtenteils zu den Niedriglohnsegmenten des Dienstleistungsbereichs. Einen Arbeitsplatz zu besitzen, sagt daher auch noch nichts über die ökonomische Lage des Arbeitenden aus, denn von den 21 Millionen US-AmerikanerInnen, die 1997 laut der Antihungerorganisation „Second Harvest“ zumindest temporal auf Suppenküchen und Nahrungsmittelhilfen angewiesen waren, hatten 40 Prozent eine reguläre Arbeit und zählten zu der „neuen“ Kategorie der „working poor“ (Winter 1998). Obwohl bereits 1994 mit 40 Millionen als arm eingestuften US-AmerikanerInnen der Höchstsatz seit 1984, dem Erscheinungsjahr von Murrays „Losing Ground“, erreicht war, ist nach der Sozialhilfereform 1996 mit einer weiteren dramatischen Steigerung zu rechnen. Dies auch, zumal immer noch 19 Staaten nicht davor zurückschrecken, selbst die Einkommen von Familien an oder unter der Armutsgrenze zu besteuern. So muß z.B. in Kentucky eine vierköpfige Familie, die ein Jahreseinkommen von nur 16.655 US-Dollar hat - was der dortigen festgelegten Armutsgrenze entspricht - noch 550 US-Dollar Steuern zahlen (New York Times vom 7.3.1999). Während sich die Situation der Armut in den amerikanischen Großstädten weiter verschärft, setzt der Staat auf der anderen Seite scheinbar alles daran, auf die assoziierte Gefährlichkeit der Underclass zu reagieren. In dem Maße wie die Sozialpolitik reduziert wird, expandiert die strafrechtliche Ausgrenzung.

Die repressive Politik nimmt inzwischen Dimensionen an, die weltweit einmalig sind und daher wird bereits von einem Gefängnisindustriekomplex und „Gulags Western Style“ geredet (Christie 1993). Mit 600 Inhaftierten pro 100.000 EinwohnerInnen haben die USA bereits die höchste Quote der Welt (4). Insgesamt sitzen fast zwei Millionen Personen in Staats- oder Bundesgefängnissen ein (Weitekamp 1998) und die Zahlen lassen sich weiter ausführen: So stiegen die Inhaftierungen zwischen 1980 und 1992 um 155 Prozent, davon betrafen 84 Prozent Drogen- und Eigentumsdelikte, während sich nur 16 Prozent auf Gewalttaten bezogen. Allein 1997 wurden im Zuge von Anzeigen und Ermittlungen 16 Millionen Menschen zumindest kurzfristig inhaftiert (ebd.) und in einigen Landesteilen befinden sich zwischen 40 Prozent (Kalifornien) und 56 Prozent (Baltimore) der AfroamerikanerInnen in Haft, sind auf Bewährung entlassen oder in „bedingter Freiheit“ (Wacquant 1997). Obwohl Schwarze nur 13 Prozent der Bevölkerung stellen, machen sie 53 Prozent der Gefängnispopulation aus.

Für diese Entwicklung lassen sich drei Änderungen in der Strafrechtspolitik als Ursache ausmachen: Erstens der „Krieg gegen die Drogen“, zweitens „Three strikes and you're out“ sowie drittens die Implementierung fixierter Strafen und der damit verbundene Einschränkung der Möglichkeit auf vorzeitige Entlassung. Im Zentrum steht dabei die Drogenbekämpfungspolitik. 1991 saßen 56 Prozent der Gefangenen wegen eines Drogendeliktes (1979 waren es nur 25 Prozent) und ein Drittel davon lediglich wegen des Besitzes von Drogen (Wacquant 1997, New York Times vom 7.3.1999). Diese Tendenz trifft vor allem Schwarze. Obwohl mehr Weiße Drogen konsumieren und auch 62 Prozent der Verhafteten weiß sind, sind es bei den Verurteilten nur noch 40 Prozent. Ein Grund dafür ist, daß von der vorwiegend von Weißen benutzten Droge Kokain die 100fache Menge verkauft werden muß, um das gleiche Strafmaß zu erhalten wie von der in den Schwarzenghettos verbreiteten Droge Crack (Chambliss 1998). Obwohl der „war on drugs“ mit Blick auf die marktwirtschaftlichen Indikatoren - der Straßenpreis illegaler Drogen fällt weiter und der Umsatz steigt (Wacquant 1997) - als gescheitert angesehen werden kann, wird dennoch an der Inhaftierungspolitik festgehalten. Der zweite Grund für die Expansion des Gefängniswesens ist das, je nach Bundesstaat unterschiedliche, an die Baseballterminologie angelehnte System des „Two, three or four strikes and you're out“. Dieses beinhaltet, daß beim zweiten, dritten oder vierten Delikt - und hierbei kann es (wie z.B. in Kalifornien) egal sein um welches Verbrechen es sich handelt - automatisch lebenslange Haft verhängt wird. Drittes Standbein dieser Gefängnisexpansion sind die „mandatory sentences laws“, die in allen 50 Bundesstaaten existieren und fixe Strafarten bzw. Strafmindestmaße für Gewalttaten, Schußwaffengebrauch, Drogen- und Vermögensdelikte etc. vorsehen. In einem Strafverfahren gibt es bei diesen Delikten keine Möglichkeit mehr, besondere Tatumstände zu berücksichtigen, vom Strafmaß abzuweichen oder die Strafe auf Bewährung auszusetzen. 19 Bundesstaaten haben zusätzlich „habitual offender laws“, die das Strafmaß unabhängig von der Straftat über den Gedanken der „Gefährlichkeit“ bei chronischen StraftäterInnen regeln. Aber auch räumliche Aspekte in einer Stadt können das Strafmaß beeinflussen. So verhängt Alabama eine Mindesstrafe von zwei Jahren für Drogenhandel. Weitere fünf Jahre kommen automatisch dazu, wenn der Verkauf in einer drei Meilen Umgebung eines Wohnortes oder einer Schule stattfand und noch weitere fünf Jahre, wenn beides der Fall ist. Das bedeutet, daß in Kleinstädten überall eine solche Situation besteht und immer mindestens 12 Jahre Freiheitsentzug drohen, wenn mit Drogen gehandelt wird, unabhängig von der Art oder der Menge (Weitekamp 1998).

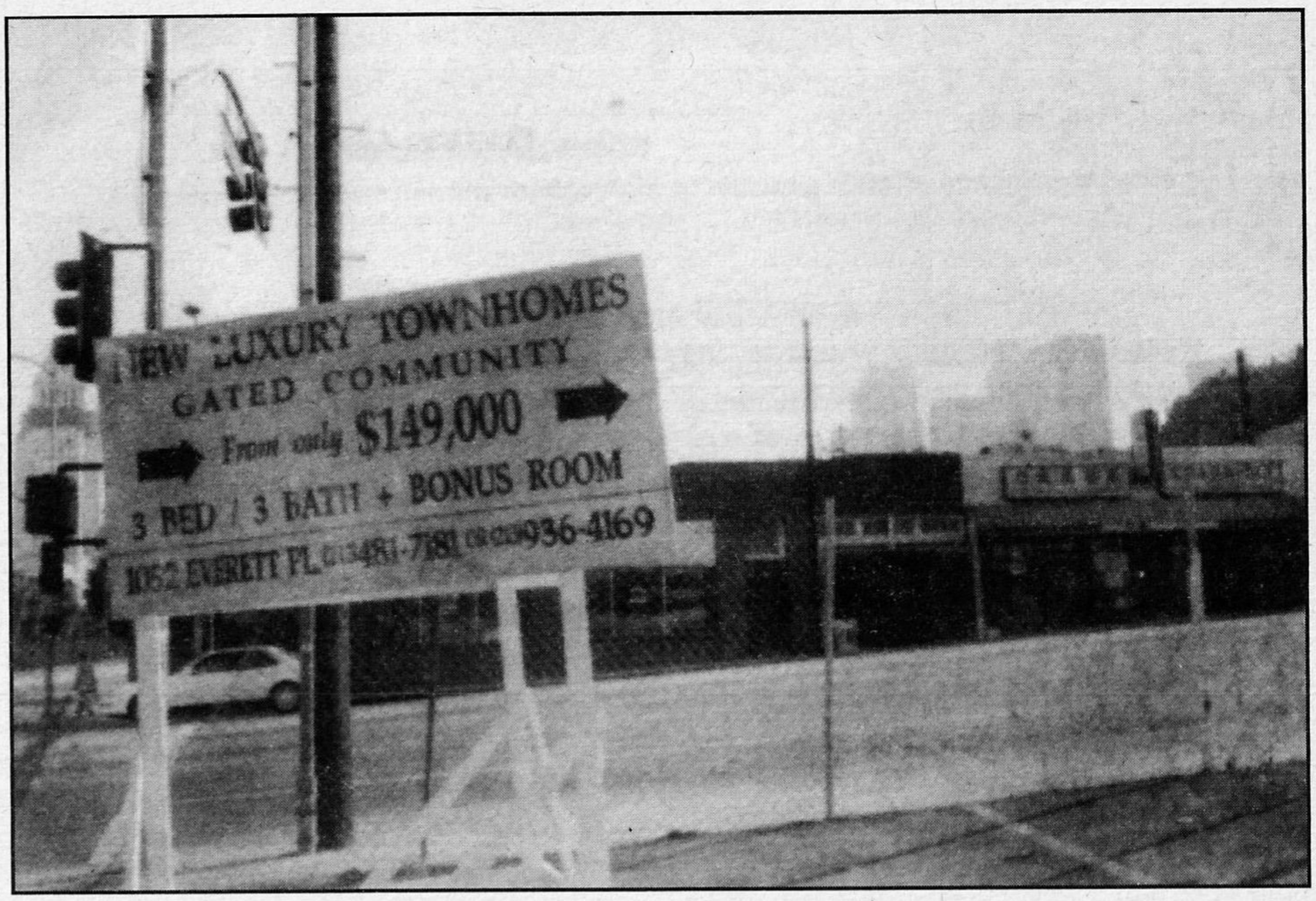
Die Ausweitung der Inhaftierungspolitik hat jedoch auch finanzielle Änderungen zur Folge. Da sie sich enorm kostenintensiv erweist, wurden

die Ausgaben für das Strafsystem von 1982 - 1992 um 59 Prozent erhöht. So geben die USA jährlich ca. 100 Mrd. US-Dollar für die Durchsetzung des Strafrechts aus und weitere 65 Mrd. US-Dollar werden in private Sicherheitseinrichtungen investiert. Wo die 1996 beschlossenen Einsparungen im Sozialbereich hinfließen werden, scheint damit geklärt zu sein. Profiteure dieser Entwicklung sind die Kommunen und das private Sicherheitsgewerbe. Die Gemeinden konkurrieren geradezu um die Standorte von Gefängnissen, denn unzählige Firmen sind in das Gefängniswesen involviert: Zuliefer- und Baufirmen, Hersteller von Sicherheitssysteme, Lebensmittellieferanten, Ausrüstungsfirmen, die Springerstiefel und Uniformen für die insgesamt ca. 523.000 Beschäftigten (1992) in den Haftanstalten liefern etc. (National Criminal Justice Commission 1998). Auch die zunehmend verbreitete Zwangsarbeit von Häftlingen entlastet die Gemeindekassen, so reparieren sie Straßen, streichen Gemeindehäuser etc.. Während die Insassen aus den Städten kommen, entstehen die Gefängnisbauten in strukturschwachen ländlichen Regionen und auch das vom Staat finanzierte private bzw. kommerzielle Gefängniswesen boomt. Die Branche ist krisensicher und Gefängnisse sind steuerbefreit. So verwalteten 1994 21 Firmen - ein Großteil davon Großanleger und Firmen aus der Verteidigungsindustrie - zwar nur 88 Haftanstalten mit ca. 50.000 Insassen, aber zehn Jahre vorher waren es gerade 2.500 Häftlinge (ebd.), Und da das Strafjustizwesen jährlich Tausende von neuen Häftlingen als „Rohstoffe" für diese „Sauberkeitsindustrie" (Lindenberg 1995) produziert und der Staat die Kosten reduzieren will, werden in Zukunft aller Voraussicht nach immer mehr Aufträge an Billiganbieter für die Verwahrung von Menschen vergeben werden.

Die jüngste Tendenz zeigt zudem eine weitere Intensivierung der Bemühungen, noch mehr von diesen „Rohstoffen" zu produzieren, die dann zumindest bis zum dritten Delikt zwischen Haftanstalten und Ghettos pendeln. Zero Tolerance heißt das aus New York stammende Stichwort und beinhaltet die Vertreibung von Menschen aus den Stadtzentren und die Kriminalisierung fast jeglicher Form von dysfunktionalen oder nicht mehrheitskonformen Verhaltens (5).

Am 24. Juni 1998 stellte die New York Times die Frage, ob Bürgermeister Giuliani - er ist italianischer Herkunft - ein Mussolini am Hudson River sei, und diese Frage war weder ein Scherz noch gänzlich unbegründet.

Noch in den 80er und zu Beginn der 90er Jahre befand sich die Stadt New York in einer Krise. Die US-amerikanische Wirtschaft insgesamt war schwach und die offizielle Arbeitslosenquote erreichte in New York die Zehnprozentmarke. Gleichzeitig zog die weiße Mittelklasse verstärkt aus der Stadt, Hausbesitzer ließen ihre Gebäude verfallen und Brandstiftungen, um Versicherungsprämie zu kassieren, betrafen ganze Straßenzüge in Teilen der Bronx, Harlems und Brooklyns. Die Stadt stand vor dem Bankrott. Im Jahr 1994 wurde Rudolph Giuliani zum Bürgermeister gewählt (und 1997 im Amt bestätigt). Im selben Jahr begann, mit dem Ausgangspapier der New Yorker Zero-Tolerance-Politik, der „Polizeistrategie Nr. 5", welche Giuliani zusammen mit dem damaligen Polizeichef William Bratton präsentierte, die eigentliche „Giu-



liani Time" (6). Intention der „Polizeistrategie Nr. 5" war es, die Abwärtsspirale der Stadt aufzuhalten, und so wurden unter dem Titel „Reclaiming the public spaces" auch schnell die Schuldigen für den Untergang ausgemacht: Obdachlose, Prostituierte, Hausbesetzer, Graffitisprüher, Hausierer, Bettler, gefährliche geistig Behinderte in den Straßen, rücksichtslose Radfahrer, und allerlei Verursacher von Lärm, wie zu laute Motorräder, „Boombox Cars", Punkkonzerte, Parties etc. (vgl.: Giuliani/Bratton 1994). Die scheinbaren Symptome des städtischen Verfalls wurden zur Ursache deklariert. Hauptbetroffene der verstärkten Polizeiinterventionen sind die Obdachlosen, gegen die jedoch schon seit mehreren Jahren vorgegangen wurde. So triumphierte der Bürgermeister im Februar 1997, als er verkünden konnte, daß die letzte „shantytown" New Yorks in den Tunneln der Penn Central Railroad von der Polizei beseitigt wurde, um in dem Bereich das neue Bauprojekt des Immobiliengiganten Donald Trump zu ermöglichen (Smith 1998). Die geschätzten 100.000 New Yorker Obdachlosen erfrieren im Winter nun nicht mehr in den Parks von Manhattan, sondern in den abgelegeneren Gebieten der Stadt: beim JFK-Flughafen, unter Autobahnbrücken in Queens und Brooklyn oder in New Jersey. Neben der Verstärkung der Polizei wird Giuliani auch in der Verwaltung aktiv. So entließ er im Mai 1998 die Hälfte des Personals des 'Departments of Homeless Services' und kündigte an, den verbleibenden Rest zu privatisieren (ebd.).

Heute sind die Finanzen New Yorks wieder besser, die Kriminalität sank sowieso schon in den gesamten USA seit Beginn der 90er Jahre und auch das „Quality-of-Life" Programm, was durch die Beseitigung jeglicher Form von „disorder" den Tourismus und die Mittelklasse nach New York zurückholen sollte, wird als Erfolgsbeispiel hervorgehoben (vgl.: Kelling/Coles 1996). Der Times Square Bereich wurde schon seit den 80er saniert, Parks wie Byran oder Tompkins Square Park sind frei von Obdachlosen und liegen in gentrifizierten Quartieren. Harlem und die South Bronx sind die nächsten Ziele der städtischen Umstrukturierung. Aber die Probleme und Ursachen verschwinden nicht. Die Zahl der Obdachlosen stieg in den letzten Jahren um ca. 15 Prozent an, der Drogenhandel ist nach wie vor an den „traditionellen" Plätzen in den Washington Heights existent und erlebt auch in dem bereits ebenfalls „gesäuberten" Washington Square Park eine leichte Renaissance. Die zunehmende soziale Polarisierung New Yorks wird nicht durch räumliche Verdrängung der Probleme aus dem Sichtfeld zu lösen sein. Oder gehören die Tausenden selbsternannten Mole-People, die Tunnelmenschen, vielleicht doch zur Zukunft der Stadt (Toth 1996)? Das unterirdische Leben wird oftmals als sicherer eingeschätzt als das oberirdische Verweilen in der Stadt. Und unzählige Übergriffe von PolizistInnen auf Obdachlose und AfroamerikanerInnen, illegale Hausdurchsuchungen, Foltervorwürfe und der jüngste Mord im Februar diesen Jahres durch vier weiße Polizisten an dem unbewaffneten 22jährigen Schwarzen Amadou Diallo, der mit 18 Tritten und 41 Schüssen hingerichtet wurde, machen eine solche Einschätzung verständlicher (vgl.: Black Star 3/99; Amnesty International 1996).

Doch nicht nur die Politik und die Polizei prägen das neue Bild der Städte. Wie das anfangs erwähnte Zitat von T. C. Boyle zynisch zeigt, vollzieht sich die räumliche und soziale Spaltung der Städte auch in den Köpfen ihrer BewohnerInnen.

Die Spaltung der Städte

Mobilität oder Immobilität, informelle Netzwerke, finanzielle Spielräume und persönliche Präferenzen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gestalten zusammen mit Wohnungsbaupolitik und Immobilienmarkt das Bild der Städte. Das ist nichts Neues. In jüngerer Zeit führten diese Faktoren jedoch nicht nur zur Herausbildung von Arbeitervierteln oder China-Towns. Vielmehr grenzen sich die Stadteile immer klarer anhand sozioökonomischer Kriterien voneinander ab. Peter Marcuse beschreibt daher die allgemein fortschreitende sozialräumliche Segregation als eine Teilung der Stadt in vier separate Quartierstypen: „die gentrifizierte Stadt, die suburbane Stadt, *die Stadt der Miet-*

wohnungen; wobei die Obdachlosen und ein bedeutender Teil der nicht länger benötigten, „überflüssigen" Bevölkerung aus diesen Gebieten gänzlich verdrängt sind und in der aufgegebenen Stadt leben" (Marcuse 1993: 216f, Hervorhebungen im Original). Die Städte sind geteilt und die BewohnerInnen der einen Stadt kommen nicht einmal mehr zufällig in eine andere Stadt. Zumindest nie in die jeweiligen Pole, welche auch in der „quartered city" zu vermuten sind: Die Gegensätze zwischen dem Ghetto der Ausgeschlossen und Enklaven der Besserverdienenden bzw. zwischen der aufgegebenen Stadt und den Gated Communities.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Extremen ist in gewisser Weise gar nicht so groß. In beiden Fällen besteht eine Art Inselhaftigkeit, die entweder durch symbolische oder reale Barrieren wie Autobahnen, Gleisanlagen oder Flüsse entsteht, oder aber sogar durch eine - an das Mittelalter erinnernde - Befestigung. Entscheidende Unterschiede sind jedoch die BewohnerInnen bzw. ihr sozialer Status und die Beziehungen welche sie zur anderen Seite der Mauer unterhalten oder eben nicht (Marcuse 1998). Während das Ghetto und die Urban Underclass vielfältig diskutiert werden, erregt Segregation auf Seite der Besserverdienenden wenig Aufmerksamkeit. Befestigte Wohnanlagen, als herausragender Ausdruck des Bedürfnisses sich abzugrenzen und vor allem andere auszugrenzen, sind jedoch stark auf dem Vormarsch. Schätzungsweise gibt es davon in den USA bereits 20.000 Anlagen mit 8-9 Millionen EinwohnerInnen (Blakely/Snyder 1997) und die Tendenz ist stark steigend. Mauern werden errichtet, um den Marktwert der Häuser zu steigern, um Exklusivität wie in Beverly Hills zu unterstreichen oder das Sicherheitsgefühl der BewohnerInnen, die ihre alten Wohngegenden verlassen haben zu erhöhen. So war bei nahezu 70 Prozent der BewohnerInnen einer Gated Community die Sicherheit ein sehr wichtiger Grund für den Umzug (ebd.). Dementsprechend viele verschiedene Möglichkeiten zur Überwachung und Kontrolle dieser Enklaven gibt es. Sie reichen von baulichen Änderungen wie der Schließung von Durchgangsstraßen, der Errichtung von Mauern, Toren und Wachtürmen und der Reduzierung von nicht einsehbaren Ecken über technische Überwachungseinrichtungen wie Lichtschranken, Videokameras, Geräuschsensoren, Alarmanlagen, Direktleitungen zur Polizei und privaten Sicherheitscodesysteme bis zum Einsatz von personellen Kräften, wie kommerziellen Sicherheitsdiensten, Begleitservices und Eingangskontolleuren sowie Eigenengagement in Form von BlockwächterInnen, Nachbarschaftspatroullien und regelmäßigen Treffen und Schulungen mit der Polizei.

Wie gezeigt, reagiert die US-amerikanische Politik auf verstärkte Polarisierung in der Gesellschaft und vor allem auch in den Städten als Bühnen sozialer Ungleichheit seit der Regierung Ronald Reagans mit weiterer Polarisierung: Restriktionen in der Sozialpolitik verstärken zusätzlich diese Tendenzen, während nun eine expansive Inhaftierungspolitik den sozialen Frieden sichern soll. Es scheint, als würde die Strafjustiz zu dem einzigen Programm, bei dem noch Steuergelder von Besserverdienenden und deren Gemeinden für ärmere Schichten ausgegeben würden und sei es nur, um sie wegzusperren. Nicht mehr Stabilisierung über sozialen Ausgleich und Disziplinierung ist die Devise, sondern Befriedung mittels Inhaftierung und Kontrolle. Die Gated Communities sind somit auch deutlichster und vielleicht ehrlichster Ausdruck des Bedürfnis der Reicheren, sich vom Rest der Gesellschaft loszusagen. Die Menschen privatisieren ihre Wohnviertel oder ganze Städte, um nach ihren Bedürfnissen und Regeln leben zu können, um keine Steuern mehr für etwas auszugeben, was sie nicht nutzen oder nicht wollen und vor allem um nicht dem begegnen zu müssen, was ihnen unbekannt ist und was auf sie abstoßend wirkt: die ärmere Bevölkerung und die angeblich damit verbundenen Probleme. Doch erweist sich auch dieser Traum z.T. als ein naiver Irrtum. Kriminalität, Graffitis und Vandalismus existieren genauso in Gated Communities (Blakley/Synder 1997). Auch die Suche nach Gemeinschaft/Community wird nur bedingt erfüllt und meist nur durch professionelle Anbieter von gemütlichen Thanksgiving-Feiern künstlich geschaffen und vorgegaukelt. Nur eins gibt es zumindest in den neugebauten Gated Communities tatsächlich nicht: Arme, Schwarze oder Latinos/as. Zero Tolerance soll nun auch in „normalen" Städten und öffentlichen Räumen dafür sorgen, daß man ihnen auch dort nicht mehr begegnet.

Jan Wehrheim

Anmerkungen:

(*) Der Artikel ist eine leicht veränderte Fassung des gleichnamigen Artikels, der im „Forum Wissenschaft" 2/99 erschienen ist.

(1) Im Original „Tortilla Curtain" (1995). Zitiert nach der deutschen Ausgabe (1996: 49f). [Siehe auch Rezension in diesem kassiber; Anm. der Redaktion.]

(2) Zu Parallelen und Unterschieden in Deutschland und Lateinamerika vgl.: Wehrheim 1999.

(3) Zum einen liegt, gerade in einer auf das Individuum ausgerichteten Gesellschaft, eine solche Erklärung den meisten Menschen und der Politik einfach näher, denn Sozialleistungen sind immer unpopulär. In Zeiten der Rezession wird argumentiert, es sei kein Geld vorhanden, und in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität heißt es, es könne ja jede/r Arbeit finden. Zum anderen wurde „Losing Ground" durch eine enorme PR-Kampagne des konservativen „Think Tanks" Manhattan Institute an die Öffentlichkeit gebracht. 700 Freiexemplare gingen an JournalistInnen, PolitikerInnen und ProfessorInnen (vgl.: Gebhard 1998). In jüngster Zeit versucht Murray sogar, das Entstehen einer schwarzen Underclass über den Intelligenzquotienten zu erklären (Muray/Herrnstein 1994). Obwohl dieser Versuch auf Empörung stieß, fand er dennoch ebenfalls große Resonanz.

(4) Zum Vergleich: In Deutschland sind es 85 und in Japan nur 37 pro 100.000 EinwohnerInnen.

(5) Im wesentlichen beinhaltet die Null-Toleranz-Politik das Vorgehen gegen kleinste „incivilities" oder Verletzungen der städtischen Ordnung, wie z.B. Schwarzfahren, Trinken von Alkohol oder Urinieren in der Öffentlichkeit, laute Musik etc., um dadurch schwerer Kriminalität vorzubeugen. Die Betroffenen werden kontrolliert, durchsucht, vorübergehend - oft über Nacht - festgenommen und ausgiebig verhört. Selbst Hausdurchsuchungen können die Folge sein.

(6) Mit dem Verweis auf diese neue Zeitrechnung hatte sich die Polizei vor zwei Jahren geäußert, nachdem mehrere weiße Polizisten den Haitianer Abner Louima gefoltert hatten und er aufgrund schwerer innerer Verletzungen zwei Wochen um sein Leben kämpfen mußte und mehrfach operiert wurde.

Literatur:

Amnesty International (1996): Police Brutality and Excessive Force in the New York City Police Department. New York

Auletta, Ken (1982): The Underclass. New York

Black Star (1999): Märzausgabe

Blakely, Edward J./ Snyder, Mary Gail (1997): Fortress America - Gated Communities in the United States. Washington

Boyle, T.C. (1996): América (Roman). München

Chambliss, William J. (1998): Der Export der Mißerfolge: der amerikanische Imperialismus und seine Sicherheitsindustrie. In: Ortner, Helmut et al: Die Null-Lösung. Baden-Baden

Christie, Nils (1993): Crime controll as industry. London

Fainstein, Norman (1993): Race, Class and Segregation. In International Journal of Urban and Regional Research Vol.17

Gans, Herbert J. (1995): The War against the Poor. New York

Gebhardt, Thomas (1998): Arbeit gegen Armut. Die Reform der Sozialhilfe in den USA. Opladen

Giuliani, Rudolph W./Bratton, William J. (1994): Police Strategy No.5 - Reclaiming the Public Spaces of New York. New York

Hahn, Michael (1997): Mc Job-Maschine. Das Beschäftigungswunder in den USA. In: Blätter des Informationszentrum 3. Welt Nr.223

Jencks, Christopher (1992): Rethinking Social Policy. Race, Poverty and the Underclass. Cambridge (USA)

Kelling, George L./Coles, Catherine M. (1996): Fixing broken windows. New York

Lindenberg, Michael (1995): Inhaftierung pur. Anmerkungen zum Sicherheitsversprechen der Gefängnisindustrie. In: Widersprüche, Heft 33

Marcuse, Peter (1993): Wohnen in New York: Segregation und fortgeschrittene Obdachlosigkeit in der viergeteilten Stadt. In: Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter: New York - Strukturen einer Metropole. Frankfurt a.M.

Marcuse, Peter (1998): Ethnische Enklaven und rassische Ghettos in der postfordistischen Stadt. In: Heitmeyer,Wilhelm et al: Die Krise der Städte. Frankfurt a.M.

Mead Lawrence (1986): Beyond Entitelment. New York

Morris, Lydia (1994): Dangerous Classes, the Underclass and social citizenship. London/New York

Murray, Charles (1984): Losing Ground. New York

Murray, Charles / Herrstein, Richard (1994): The Bell Curve. Intelligence and class structure in american life. New York

National Criminal Justice Commision (1998): Angst, Politik und die Gefängnissindustrie. In: Ortner, Helmut et al: Die Null-Lösung. Baden-Baden

New York Times vom 24.06. 1998 und 07.03.1999

Nissen, Sylke (1998): Arme New Yorker: Kontrolle und Marginalisierung in der New Yorker Sozialpolitik. In: Ortner, Helmut et al: Die Null-Lösung. Baden-Baden

Smith, Neil (1998): Giuliani Time: The Revanchist 1990s. In: Social Text Nr.57

Toth, Jennifer (1996): Tunnel-Menschen. Das Leben unter New York City. München

Wacquant, Loic J.D. (1997): Vom wohltätigen Staat zum strafenden Staat. Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika. In: Leviathan, Nr.1

Weitekamp, Elmar G.M. (1998): And The Band Played On oder Wahnsinn und kein Ende: Amerikanische Strafrechtspolitik. In: Ortner, Helmut et al: Die Null-Lösung. Baden-Baden

Wehrheim, Jan (1999): „Gefährliche Klassen" - „gefährliche Orte". In: analyse und kritik Nr.422

Wilson, William J. (1987): The truly disadvantaged. London/Chicago

Winter, Martin (1998): Hunger in den USA grasiert auch unter den Arbeitenden. In: Frankfurter Rundschau v. 12.03.1998

Krieg im Bunker

Johann Kresnik inszeniert Karl Kraus' "Letzte Tage der Menschheit"

Einen "Abszeß der Menschheit" nennt er seinen Spielort und sagt, er werde nicht aufhören, solche Abszesse auszudrücken, er werde niemals das Nörgeln aufgeben. Jetzt bringt er einen Nörgler auf die Bühne, auf eine ungewöhnliche dazu.
Johann Kresnik inszeniert Karl Kraus` *Die letzten Tage der Menschheit* in einem Raum, von dem er glaubt, wenn Kraus ihn gesehen hätte, er hätte gewußt, wofür er sein Stück geschrieben hat. Kresnik inszeniert im U-Bootbunker "Valentin" in Bremen, seit Jahren das größte Theaterprojekt in der Stadt.
Wenn das monumentale Anti-Kriegsstück von seinem Autor einem Marstheater zugedacht ist, weil Theatergänger dieser Welt ihm nicht standzuhalten vermöchten, dann mag das für Kresniks Spielstätte nicht minder gelten. Der Bunker erstreckt sich auf mehr als einem Quadratkilometer Grundfläche; seine Wände sind über vier, die Decke ist mehr als sieben Meter dick; innen herrscht das ganze Jahr über feuchte Kälte.
"Ein Menschenhirn hat Schwierigkeiten, sich das vorzustellen", schreibt der Franzose Raymond Portefaix über das Gebäude. Ihn und zirka 12.000 andere ZwangsarbeiterInnen, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene zwangen die Nationalsozialisten vom Herbst 1943 an, diesen Koloß zu errichten. In kürzester Zeit sollte der Bunker fertig werden. Im Fließbandverfahren wollte man darin die U-Boote produzieren, die die Wende im Krieg bringen sollten. Bei Kriegsende war der Bau fast abgeschlossen. Er hat rund 4.000 Menschen das Leben gekostet, Opfer der "Vernichtung durch Arbeit". Einigen von ihnen ist der noch flüssigen Beton zum Grab geworden.
Kresniks neuen Arbeitsplatz erkennt man von weit her. Weder englische Bomben noch bundesdeutsche Sprengmeister konnten dem Zeugnis nationalsozialistischer Gigantomanie etwas anhaben, und die hohen Birken ringsumher wirken winzig vor den gewaltigen Betonwänden. Trotzdem gelang es den BremerInnen lange, den Bunker "Valentin" zu übersehen. Erst 1988, nach einem Dokumentarfilm von Thomas Mitscherlich begann man zaghaft, die Vergangenheit des heutigen Materiallagers der Bundesmarine aufzuarbeiten. Inzwischen bemüht sich, mäßig beachtet, eine Bürgerinitiative um den Aufbau eines historischen Lehrpfads. Sie will ein Bewußtsein für die Geschichte des Gebäudes schaffen.
Dasselbe Ziel hatten die Verantwortlichen des Bremer Theaters als sie erwogen, zur Jahrtausendwende den Bunker zu bespielen. Ein kühnes Vorhaben, eines, dessen Realisierung Überzeugungsarbeit voraussetzte. Johann Kresnik, wohlgelittenes "enfant terrible" der bremischen Theaterlandschaft und Wunschregisseur des Intendanten Klaus Pierwoß, für das Projekt zu gewinnen, erwies sich als unerwartet einfach. Er, der nach einer erfolgreichen, sehr politischen und umstrittenen Fidelio-Inszenierung erst einmal genug hatte vom Guckkastentheater der Hansestadt, war angesichts dieser "Außenspielstätte" schnell zur Zusammenarbeit bereit.
Anders die Verwalter der NS-Hinterlassenschaft: Die Verantwortlichen des Verteidigungsministeriums stellten sich quer, fanden Einwände, mauerten. Erst mit dem Bonner Regierungswechsel änderte sich das. Das Scharping-Ministerium stimmte einer Nutzung durch das Theater zu; es mußte wohl auch, schon aus Prinzip. Wie oft man auf der Hardthöhe diese Zusage inzwischen bereut hat, sei dahingestellt. Klar dagegen ist zweierlei: Seit Beginn der NATO-Angriffe auf Jugoslawien stehen die Ministerialen selbst in der Schußlinie Kresnikscher Kritik. Und zimperlich beim "Ausdrücken von Abszessen" ist der erklärte Kommunist nie gewesen.
Material für theatrale Angriffe auf die Politik bietet ihm die Stückvorlage zudem reichlich. Der vor allem in den Jahren 1915 bis 1917 entstandene Fünfakter wirkt fast gespenstisch aktuell. Mehr als Drittel des Textes seiner insgesamt 220 Szenen hat Kraus montiert, *"die grellsten Erfindungen sind Zitate"*, schreibt er. Darunter ist das dem Volk vom Maul geschaute *"Serbien muß sterbien"* und darunter sind auch Passagen aus Zeitungsartikeln, von denen sich während der Kriegsjahre wohl nicht wenige im Zettelkasten des Medienkritikers ansammelten. Der Presse schrieb Kraus eine erhebliche *"Kriegsschuld"* zu. *"Daß sie unser Herz ausgehöhlt"* und damit die geistigen Voraussetzungen für diesen Krieg geschaffen habe, wirft er ihr vor.
Wie im Stück, so gehört bei auch Kresnik eine Journalistin zu den wenigen durchgehenden Figuren. Den Streichungen fiel beispielsweise das österreichische der Vorlage zum Opfer, das Medienthema dagegen nimmt breiten Raum ein. Von der professionellen Deformation der JournalistInnen im Krieg soll die Bremer Fassung handeln, erklärt Dramaturg Joachim Lux. Und wenn die *"grausigen Wände des Bunkers"* dem Regisseur als Projektionsfläche dienen, dann gilt das im wörtlichen wie übertragenen Sinne. Man wird sie am Aufführungsabend auch durch Medienerzeugnisse illuminiert sehen.
Johann Kresnik, der bisweilen auch für die Ausstattung seiner Projekte verantwortlich zeichnet, hat eine Vorliebe für authentische Requisiten. Besucher seiner Fidelio-Inszenierung stolperten schon im Theaterfoyer über Original-Bremer-Vulkan-Werft-Blaumänner. Das Publikum des Kraus-Stücks wird es mit Militaria zu tun bekommen. Uniformen und Stiefel, ein Lazarettbett, ein Armee-Lastwagen. Schließlich der Panzer, der bei seiner Anlieferung tiefe Furchen in die umliegende Erde gegraben hat und in der alles dominierenden Atmosphäre des Bunkers doch ungewöhnlich klein wirkt. Die Kriegsgegenstände markieren Stationen in Raum und Stück. Ein hölzerner Steg verbindet sie. Später wird er dem Publikum als Weg dienen, als einzige Orientierung in dem Stück, das Kraus anfangs im Untertitel einen "Angsttraum" nannte. Prozessionsartig sollen die ZuschauerInnen die fünf Akte, die für je ein Kriegsjahr stehen, durchwandern bis zur Apokalyse der Menschheit, bis zum Ende der "elektrisch beleuchteten Barbaren".

Antje Matthies

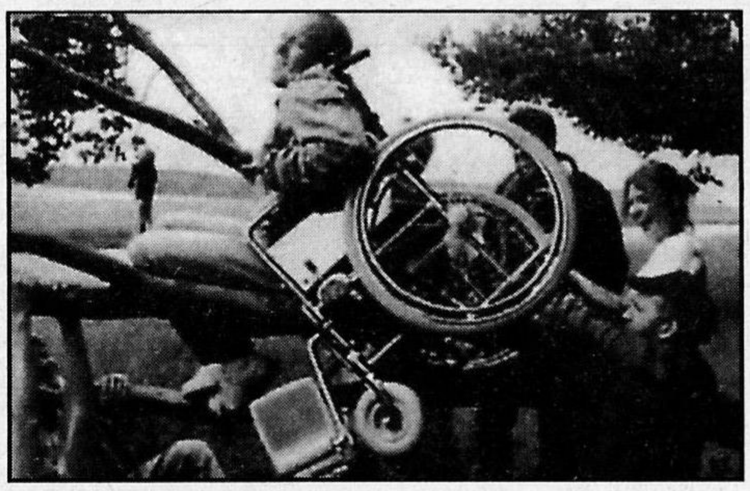
(Der Text wurde redaktionell leicht überarbeitet und gekürzt. In kassiber 25 und kassiber 26 haben wir in zwei Teilen einen längeren Text zum Bau des U-Boot-Bunker "Valentin" durch ZwangsarbeiterInnen veröffentlicht.)

Gaga ist geil

(sagt Lars von Trier)

Der Scheiß-Welt mal so richtig den Spiegel vorhalten, die SpießerInnen auflaufen lassen, nebenher ordentlich Vögeln (einschließlich Vergewaltigung) und das alles knapp zwei Stunden lang vor verwackelter Kamera und ohne Musik. Es geht um eine Gruppe junger Menschen, die sich in der Öffentlichkeit wie "geistig Behinderte" benehmen, "auf gaga machen", wie sie das nennen. Gezeigt werden die Entwicklungen innerhalb der Gruppe, die schließlich auseinanderbricht, und die Reaktionen der Umwelt.

Ein Film über ein paar Um-die-30er, die ihren Arsch für den Mittelpunkt der Welt halten und sich den letzten Kick holen, indem sie "auf gaga machen". *Idioten*, Lars von Trier ihm sein neuer Film. Was der Sinn der ganzen Aktion sein soll, wird nie so richtig klar. Zwei Varianten scheinen möglich und werden im Feuilleton diskutiert. Da wäre erst mal die *Gesellschaftskritik*, von der Stoffer, Chefideologe der Gruppe, andauernd faselt. Ihr ganzer Inhalt besteht darin, SpießerInnen in unangenehme Situationen zu bringen: Den Kellner, der den gespielten Witz im Restaurant beendet ("So geht das nicht"), die Yuppies, die eigentlich das Haus kaufen wollen, in dem sich die Idioten einquartiert haben, und bloßgestellt werden, daß es kracht und schließlich der Typ von der Bonzen-Gemeinde, der den lustigen Damen und Herren Geld dafür bietet, ihr Treiben in eine andere Gemeinde zu verlegen. Prompt wird er einen "Faschisten" geziehen, volle Breitseite auf das Arschloch. Weiter dann im Schwimmbad, beim Verkauf von Adventsgestecken, in der Fabrik, in der Kneipe mit den Bikern und so weiter: Gesellschaftskritik allerorten.



Eine tolle Kritik ist das, die es den SpießerInnen mal so richtig reindrückt. Gerade so, als wären die Normalitäts-Ideologien, die so angeblich angegriffen werden sollen, ein privates Problem dieser Leute. Gerade so, als müsse man den Nasen nur mal vorführen, wie sie denken, als würden sie dann in sich gehen, sich mit der flachen Hand an die Stirn schlagen und exklamieren: "Mensch, das mit der Normalität, das ist ja alles ganz anders!" Denkanstöße am besten, Krisenexperimente, Parodie, Verwirrung stiften und all diesen Blödsinn. Als würde dadurch auch nur einer der Gründe angegangen, *warum* die Leute Scheiße im Kopf haben und warum "Behinderte" kein so tolles Leben haben im Staate Dänemark. Gerade so, als würden die Leute dann nicht mehr wegen "unartikulierter Laute" klagen, die ihre nachmittägliche Vorgartenruhe stören, und nicht mehr "Geld zurück!" rufen, wenn ihnen der Badeurlaub versaut wird von "geistig Behinderten" am Strand.

Ideologiekritik besteht eben nicht darin, Leuten Vorwürfe zu machen, Schuldfragen zu wälzen, am besten noch: betroffen zu machen. So ungefähr scheint das der Kollege von der *Jungle World* zu sehen, der von der *"Verfremdung des Normalen im theatralischen Sozialexperiment"* (21.4.1999) fabuliert. Na ja, egal.

Die zweite Möglichkeit: Selbstfindung. Diese Küchen-Antropologie vom "Idioten in uns allen", die im Film alle Nase lang bemüht wird. "Wir" sind eben einfach so, daß wir uns nur "finden" können, wenn wir "aus der Rolle fallen", Urschreitherapie machen, mal so richtig die Sau raus lassen. Die ganze Veranstaltung um uns herum mal auf ein Problem in unserem Kopf reduziert. So, als wäre damit der beschissenen Normierung und Disziplinierung auch nur für einen Millimeter ein Schnippchen geschlagen. Einfach mal behauptet, *"daß die Irren etwas haben, was uns allen verlorengegangen ist, daß sie unschuldiger, weiser und kreativer sind als wir Domestizierten"* (SZ, 21.4.1999). Und schon sind sie, die "Irren", die definitiv anderen, diese glücklichen Bekloppten ("Selig sind die, die geistig arm sind", Matth. 5, 3) total toll. Na ja, ob sie weggesperrt werden oder irgendwie klasse sind, der Unterschied liegt in der (konkret natürlich wichtigen) Behandlung. Die *Denke* ist gleich: Anders sind sie, das ist es, was sie ausmacht. Ich hingegen, so der/die Normalo-ZuschauerIn, ich bin normal. Und schon sind sie manifestiert, die Normalistäts-Ideologien.

Wenn also Gesellschaftskritik oder Selbstfindung der Sinn des Films gewesen sein sollte, dann liegt er ganz schön daneben. Wenn er irgend etwas anderes transportieren sollte, dann hat das scheinbar niemand verstanden. Es sei denn, die Typen, die im Kino vor mir saßen, und die einen echten Schenkelklopfer von einem Film gesehen zu haben schienen, hatten recht.

Allan Leinwand

Idioten - Dogma #2, Dänemark 1998. Regie, Buch und Kamera: Lars von Trier. Mit Molly Malene Stensgaard, Anna Louise Hassing, Troels Lyby, 117 Minuten

Der Siegeszug der Totalitarismustheorie

Karl Heinz Roth (geb. 1942) hat eine theoriepolitische Biographie, die bis 1968 zurükkreicht. Der Arzt und Historiker trat vor einigen Jahren mit seiner These der "Wiederkehr der Proletarität" und seinem Plädoyer für eine stärkere Klassenorientierung der Linken an die restlinke Öffentlichkeit. Roth ist Mitbegründer der *Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, die sich als Teil einer sozialrevolutionären Geschichtswissenschaft versteht und Redakteur von *1999*, der Zeitschrift der Stiftung.

In seinem neusten Buch widmet sich Roth einem geschichtswissenschaftlichen Thema: Der Wiedergeburt der Totalitarismustheorie und anderen Bemühungen, Geschichte umzudeuten. Der erste Beitrag zeigt im Überblick die Verschiebungen in der deutschen Forschung zum Nationalsozialismus (NS) und untersucht vor allem die neurechten revisionistischen Bestrebungen (à la Zitelmann), den NS als Modernisierungsprozeß zu verharmlosen und zu entschuldigen. Der zweite und längste Beitrag des Bandes zeichnet etwas langatmig den Einfluß der Totalitarismustheorie auf die Arbeit der Bundestags-Enquetekommission *Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland* nach. Am Ende der Arbeit der Kommission war die Totalitarismustheorie, die NS und DDR als vergleichbar, wenn nicht ähnlich ansieht, als Haupterklärungsmuster durchgesetzt. Die Arbeit der Kommission und ihre Ergebnisse, das sollte mitbedacht werden, prägen die politische Kultur und die veröffentlichte Meinung. Dann wendet sich Roth den theoretischen Grundannahmen des *Hamburger Instituts für Sozialforschung* von Jan P. Reemtsma zu, das auch die bekannte Ausstellung *Vernichtungskrieg* organisierte. Dieses Institut plädierte und warb u.a. in seiner Zeitschrift *Mittelweg*

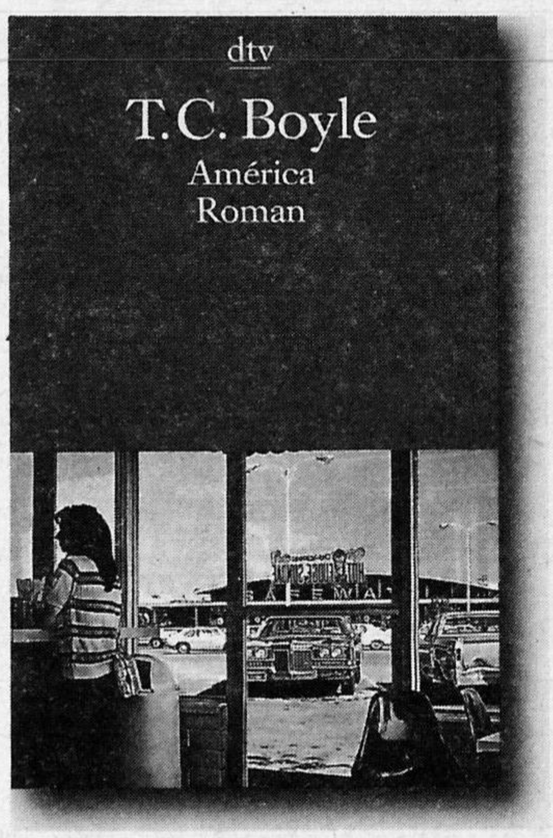
36 für eine Öffnung der Linken hin zur Totalitarismustheorie. Den Abschluß bilden drei kurze und prägnante Kommentare, u.a. nochmals zu Zitelmann und eine Polemik zur Raubgold-Debatte, allesamt Nachdrucke aus *1999*.
Das manchmal etwas zu detailliert geratene Buch ist für alle Linken und AntifaschistInnen, die sich für Geschichte und Geschichtsschreibung interessieren und den etwas akademischen Sprachduktus nicht scheuen, lesenswert. Sein Befund ist trist: Die Rechten haben, die Debatte um die antisemitische Rede von Walser zeigte dies wieder deutlich, den Historikerstreit der 80er Jahre gewonnen. Nur ein Indiz dafür ist, daß viele sozialliberale HistorikerInnen heute stumm sind oder zur Totalitarismustheorie konvertierten. Eine wichtige Rolle bei diesem inhaltlichen Übergang spielten handfeste materielle Interessen: Die Zerschlagung der DDR-Geschichtswissenschaft und die Landnahme (west)deutscher HistorikerInnen in der ehemaligen DDR unterstützte diesen Prozeß. Das Buch macht weiter, wenn auch leider etwas versteckt, die Unterschiede zwischen dem materialistischen, wirtschaftsgeschichtlichen Zugang von Roth (und KollegInnen) und dem zivilisationskritischen des Reemtsma-Institutes deutlich. Eine grundlegende Kritik der Arbeit des *Hamburger Institues für Sozialforschung* steht aber noch aus.

Heiner Winkel

Karl Heinz Roth, Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie, Hamburg: Konkret Literatur, 1999, 152 S., DM 19,80

América: Über eine Gesellschaft, die andere aus- und sich selbst wegsperrt

Ein Zimmer mit Toilette und einer warmen Dusche, ein paar Bäume auf der Straße und ein Markt, wo sie sich ein Kleid, einen Lippenstift und eine Haarbürste kaufen kann - es sind keine hohen Erwartungen, die die 17jährige América an ein Leben in den Vereinigten Staaten hegt. Und ihrem Freund Cándido wäre schon mit einer regelmäßigen Arbeit gedient. Doch kaum haben die beiden den Sprung von der Müllhalde im mexikanischen Tijuana in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten gewagt, da befinden sie sich schon in der schlimmsten Notlage ihres Lebens: Cándido verletzt sich schwer, als er dem betuchten Delaney Mossbacher vor dessen wachsgepflegtes Auto läuft. Mossbacher, ein liberaler Humanist ohne Verkehrssündenregister, bereinigt die Situation mit einer 20-Dollar-Note ...
In seinem Roman *América* beschreibt T. C. Boyle die Gesellschaft einmal mehr aus zwei Perspektiven, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten. Hier die illegalen MexikanerInnen, die in ständiger Angst vor der amerikanischen Einwanderungsbehörde tief unten im Canyon ihr Dasein fristen. Dort die amerikanische Vorzeige-Familie, die in einer der privaten Wohnanlagen außerhalb der kalifornischen Metropole Los Angeles thront. Nichtraucher, Jogger und ernährungsbewußt, was den Verzehr tierischer Fette angeht. Für den Naturfreund Delaney Mossbacher sind die campierenden Fremden ebenso ein Dorn im Auge wie die generell zunehmende Präsenz der Einwanderer für seine Frau Kyra: Als Immobilienmaklerin sieht sie ihre kaufwillige Kundschaft auf Dauer vergrämt. Diese hochexplosiven Zutaten mixt Boyle zu immer neuen Schicksalsschlägen zusammen. Wie ein von üblen Absichten beseelter Marionettenspieler bugsiert er seine Protagonisten von einer Katastrophe in die nächste.
Davon betroffen sind zunächst einmal América und Cándido. Da wird die schwangere América vergewaltigt, die Arbeitsvermittlung für Einwanderer auf Betreiben Kyra Mossbachers geschlossen und Cándido seiner sämtlichen Ersparnisse beraubt. Wo immer die beiden sich auch aufhalten, schlägt ihnen der Haß der "Gringos" entgegen. Wann immer es aufwärts zu gehen scheint, ist der nächste Nackenschlag bereits beschlossene Sache. Erst in dem abschließenden Inferno verschont der Autor weder arm noch reich.
Die Art und Weise, in der Boyle das Leben der EinwandererInnen und AmerikanerInnen kontrastiert, ist schockierend. Sie entbehrt aber auch einer gewissen Komik nicht. Eben noch hat der Leser vom Todeswunsch Cándidos erfahren, der vor dem ständigen Kampf um das nackte Überleben zu kapitulieren beginnt. Und schon richtet Boyle die Kamera auf Delaney Mossbacher, dessen einzige Sorge einer speziellen Honig-Ingwer-Marinade für Tofu-Cevapcicis gilt. Was das Verhalten der amerikanischen Gesellschaft angeht, muß sich Boyle keinerlei Kunstgriffe bedienen. Hier erweist sich die Realität als hinlängliche Fundgrube.
Speziell die Diskussion um die Arroyo Blanco Estates spiegelt die aktuellen Verhältnisse in den USA wider. Wie ein roter Faden zieht sich die Frage durch den Roman, ob die Wohngegend von einer Mauer umgeben und so zu einer "gated community" werden soll. Insofern reflektiert *América* das moralisch verwerfliche Streben der gehobenen Mittel- und Oberschicht nach sozialer Ausgrenzung. Die Mehrheit der EigentümerInnen sieht keine andere Lösung angesichts der steigenden Kriminalität, für die sie insbesondere die EinwandererInnen verantwortlich macht. Und obwohl weder die tatsächliche Kriminalität noch das Verhalten der "herumlungernden" Einwohner diese Ängste als begründet erscheinen lassen, wird die Mauer gebaut - von billigen mexikanischen Hilfskräften wohlgemerkt.



Lange Zeit fungiert Delaney Mossbacher als moralischer Zeigefinger. Anders als seine Frau, deren Handeln einer "Ich-bin-so-mitfühlend-wie-jeder-andere-auch-aber"-Einstellung unterliegt, wittert Delaney in der eingefaßten, öffentlichen Siedlung einen Angriff auf die Demokratie. Doch mehr als ein solches Empfinden gesteht Boyle seinem Anti-Helden nicht zu. Mossbacher unternimmt in der entscheidenden Phase nichts, um die "gated community" zu verhindern. Und sei es nur, um den Konflikt mit seiner Frau zu vermeiden, die den Mauerbau zu ihrer Mission erkoren hat. Demnach reiht sich *América* nicht nur nahtlos in die spannenden, schnell und zornig erzählten Romane Boyles ein. Es ist auch eine echte Konkurrenz zu sozialwissenschaftlichen Studien über eine Gesellschaft, die andere aus- und sich selbst wegsperrt. Dank einer 2,20 Meter hohen Mauer aus Hohlblockstein mit Feinverputz.

Peter Parker

T. C. Boyle, América, München : dtv, 1995 (im englischen Original: The Tortilla Curtain, New York: Viking, 1992)

Kurzmeldungen

Sieglinde Hofmann nach 19 Jahren frei

Sieglinde Hofmann, ehemaliges Mitglied der Roten Armee Fraktion (RAF), wurde am Nachmittag des 4. Mai nach 19 Jahren Haft aus dem Knast Köln-Ossendorf entlassen. Sieglinde'Hofmann war am 5. Mai 1980 in Paris gemeinsam mit vier Frauen aus der Bewegung 2. Juni festgenommen und anschließend in die BRD ausgeliefert worden. Diese Auslieferung knüpften die französischen Behörden an die Bedingung, daß keine lebenslängliche Haftstrafe verhängt werden dürfe. Am 16. Juni 1982 wurde Sieglinde Hofmann vom Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt wegen Beteiligung an der Planung der Entführung des Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, im Jahre 1977 zu 15 Jahren Haft verurteilt. Die Beweislage war mehr als dünn, das Urteil stützte sich im wesentlichen darauf, so Rechtsanwalt Jürgen Schneider, daß "ein Kronzeuge auf die Frage des :Gerichts: 'Wollen Sie Frau Hofmann entlasten?' nicht antwortete". Das OLG sah damit ihre Beteiligung als erwiesen an.

1995 wurde Sieglinde Hofmann nicht etwa entlassen, sondern erneut verurteilt - wiederum mit Hilfe sog. KronzeugInnen. In den 80er Jahren in der DDR untergetauchte ehemalige RAF-Mitglieder stellten sich - nicht z nur in diesem Verfahren - als KronzeugInnen zur Verfügung. Diese Aussagen waren die Grundlage für die Verurteilung zu lebenslänglicher Haft, u.a. wegen Beteiligung an der Ermordung Hanns-Martin Schleyers.

Bei Adelheid Schulz, ebenfalls ehemaliges RAF-Mitglied, wurde die Haft im vergangenen Herbst wegen ihrer schweren Erkrankung unterbrochen, über eine endgültige Freilassung ist aber noch nicht entschieden worden. Weiterhin im Knast sind sechs weitere Gefangene aus der RAF, die alle zu 'Lebenslänglich" verurteilt wurden: Rolf Heißler und Rolf-Clemens Wagner (beide seit 1979), Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar (beide seit 1982), Eva Haule (seit 1986) sowie Birgit Hogefeld (seit 1993). Bei Christian Klar hat das Oberlandesgericht Stuttgart im vergangenen Jahr entschieden, daß die Haftdauer wegen der "Schwere der Schuld" 26 Jahre betragen soll. Bei den anderen o.g. Gefangenen ist das Ende der Haft nicht absehbar, es gibt keine gerichtlichen Entscheidungen.

(Quellen: RA Jürgen Schneider, Presseerklärung vom 4.5.1999; junge Welt vom 5.5.1999)

Kriminalisierung von KriegsgegnerInnen

Am 21. April erhielt Tobias Pflüger, Mitarbeiter der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen, eine polizeiliche Vorladung wegen der Aufforderung zu einer Straftat (Paragraph 111 StGB). Die Vorladung bezog sich auf eine Rede des Betroffenen während einer Anti-Kriegs-Kundgebung am 29. März in Tübingen. Am gleichen Tag erhielt auch Katja Polnik vom Zentralamerikakomitee (ZAK) Tübingen wegen ihrer Rede auf der Kundgebung am 10. April in Tübingen eine Vorladung zur Polizei. Ermittelt wird, so Hans Ellinger, Chef der Tübinger Staatsanwaltschaft, gegenüber dem Schwäbischen Tagblatt, wegen des Aufrufs zur Fahnenflucht: "Fahnenflucht ist eine strafbare Handlung. Also darf auch niemand dazu aufrufen." Die Staatsanwaltschaft habe die Ermittlungen aufgenommen, ohne daß jemand eine Strafanzeige erstattet hat.

(Quelle: IMI, Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen, T,: 07071-49154 und 49159; eMail: IMI@GAIA.de; www.umb.de/ph/imi/index.htm und www.imi.notrix.de)

Beugehaft wegen Aussageverweigerung

Seit dem 11. April sitzt in Düsseldorf Frank Ament in Beugehaft, weil er sich weigert, als Zeuge im "AIZ-Prozeß" auszusagen. Nach dem Willen des 6. Strafsenats des OLG Düsseldorf soll er bis zu sechs Monaten im Knast bleiben - wenn er weiterhin die Aussage verweigert.

Seit über eineinhalb Jahren läuft vor dem Staatsschutzsenat des OLG Düsseldorf der Prozeß gegen Michael Steinau und Bernhard Falk, die beschuldigt werden, als Mitglieder der sog. Antiimperialistischen Zellen (AIZ) Anfang der 90er Jahre mehrere Anschläge auf Personen und Einrichtungen unternommen zu haben. Nach ihren Schriften verstanden sich die AIZ zunächst als Fortführung des bewaffneten Kampfes der RAF, später eher im Zusammenhang mit der "Islamischen Bewegung". Nachdem auch die Angeklagten sich in dem Sinne geäußert hatten, sich für den Aufbau eines islamischen "Gottesstaates" einzusetzen, hat ihnen die bundesdeutsche Linke, aus der sie kommen, die Solidarität entzogen; auch die Rote Hilfe unterstützt die Angeklagten in diesem Verfahren nicht (mehr).

Für die vorgeladenen ZeugInnen, z.T. Menschen, die tatsächlich mit den Angeklagten nie etwas zu tun hatten, war und ist die Situation nicht einfach: Ist in den 'üblichen' Staatsschutz-Prozessen Sympathie, Solidarität oder politische Nähe zu den Angeklagten ein Motiv, die Aussage zu verweigern und nicht mit den Verfolgungsbehörden zusammenzuarbeiten, so muß(te) es hier um etwas anderes gehen: zu verhindern, daß mit dem Hebel dieses Prozesses die eigenen Strukturen aufgerollt werden, daß der Staatsschutz neue Erkenntnisse erlangt oder neues Beweismaterial in die Hände bekommt und darum, die Legitimität dieser Ausforschung nicht anzuerkennen und dabei noch mitzuwirken. So haben einige ZeugInnen nicht ausgesagt unter Berufung auf § 55 StPO, wonach niemand etwas aussagen muß, wenn er oder sie sich damit selbst belasten würde; eine Taktik, von der die Rote Hilfe allerdings abrät, denn sie führt dazu, daß auf einzelne Fragen (bei denen Selbstbelastung ausgeschlossen ist) doch geantwortet werden muß und wird - eine selbstbestimmte Grenze zu ziehen also schwierig, wenn nicht unmöglich ist. Andere, die als ZeugInnen vorgesehen waren, befinden sich im Ausland oder sind anderweitig nicht erreichbar.

Frank Ament hat den Entschluß gefaßt, die Aussage gegenüber dem Staatsschutz offen und offensiv zu verweigern. Von diesem Verhalten fühlt sich die Staatsmacht getroffen, denn es ist ein Angriff auf die Legitimität ihres Ausforschungsversuchs und vermeidet jede Unterwerfungsgeste oder Opferrolle. Frank wurde daher unmittelbar nach seiner Aussageverweigerung in Haft genommen und ist dort bis heute; maximal können sie ihn sechs Monate festhalten, dann müssen sie ihn laufenlassen (gesetzliche Höchstdauer der Beugehaft). Frank nimmt das in Kauf, da der Schaden, der durch Aussagen entstünde, höher wäre als die Nachteile, die ihn erwarten: Konkret bezüglich der betroffenen Strukturen, aber auch allgemein, wenn Kooperation mit dem Staatsschutz, Unterwerfen unter dessen Regeln und individualistisches Taktieren beim Aussageverhalten nicht mehr prinzipiell politisch abgelehnt würden, sondern um sich griffen.

Frank muß daher von allen, die er direkt oder indirekt durch sein Verhalten vor Verfolgung schützt, derart massiv unterstützt werden, daß das staatliche Kalkül, ihn (stellvertretend für viele) zu "beugen", nicht aufgeht! Seine Beugehaft muß im Gegenteil zur Demonstration werden, die dem Staat zeigt, daß er auch mit dem Mittel der Beugehaft-Drohung nicht durchkommt gegen selbstbestimmte, politisch hergeleitete Solidarität Wenn das gelingt, wird das Beugehaft-"Schwert" ein ganzes Stück stumpfer und damit der eine oder andere zukünftige Beugehaftfall vielleicht sogar vermieden.

Am 12., 20. und 27. April wurde Frank bei Gericht "vorgeführt" und es wurde versucht, ihn zu befragen. Weil er dabei dem Gericht die "Achtung" verweigerte, indem er mit dem Rücken zum Gericht stehenblieb, bekam er weitere zwei Wochen "Ordnungshaft" - zusätzlich zur Beugehaft - aufgebrummt. Eine weitere "Vorführung" wurde aber nicht angeordnet, da das Gericht deren Sinnlosigkeit eingesehen hat.

Frank braucht Geld: für Zeitungen, Bücher, Radio, Knasteinkauf; ebenso für die Anwältin;

für seine draußen weiter laufende Miete; schließlich verlangt der Staat unverschämterweise noch für jeden Tag Beugehaft von dem Gefangenen über 40 Mark Kostenbeitrag - in sechs Monaten wären das allein mehrere tausend Mark! Die Rote Hilfe hat ein Beugehaft-Sonderkonto eingerichtet: 775 280 107, Postbank Berlin (BLZ 100 100 lO).
Sehr wichtig ist, daß sowohl Frank als auch der OLG-Senat mitbekommen, daß viele Menschen Frank unterstützen. Daher schreibt Solidaritäts- bzw. Protestbriefe an: Frank Ament, z. Zt. JVA Düsseldorf, Ulmenstraße 95, 40476 Düsseldorf.
(Im Düsseldorfer "AIZ-Prozeß" ist inzwischen ein Ende absehbar: Die Bundesanwaltschaft soll am 30. Juni plädieren, die Verteidigung am 2. und 10. August. Das Schlußwort der Angeklagten soll am 17. August gehalten und am 25. August soll das Urteil verkündet werden. Spätestens dann muß auch Frank Ament aus der Beugehaft entlassen werden.
(Quelle: Rote Hilfe, Ortsgruppe Hamburg)

Kurdische Aktivisten verurteilt

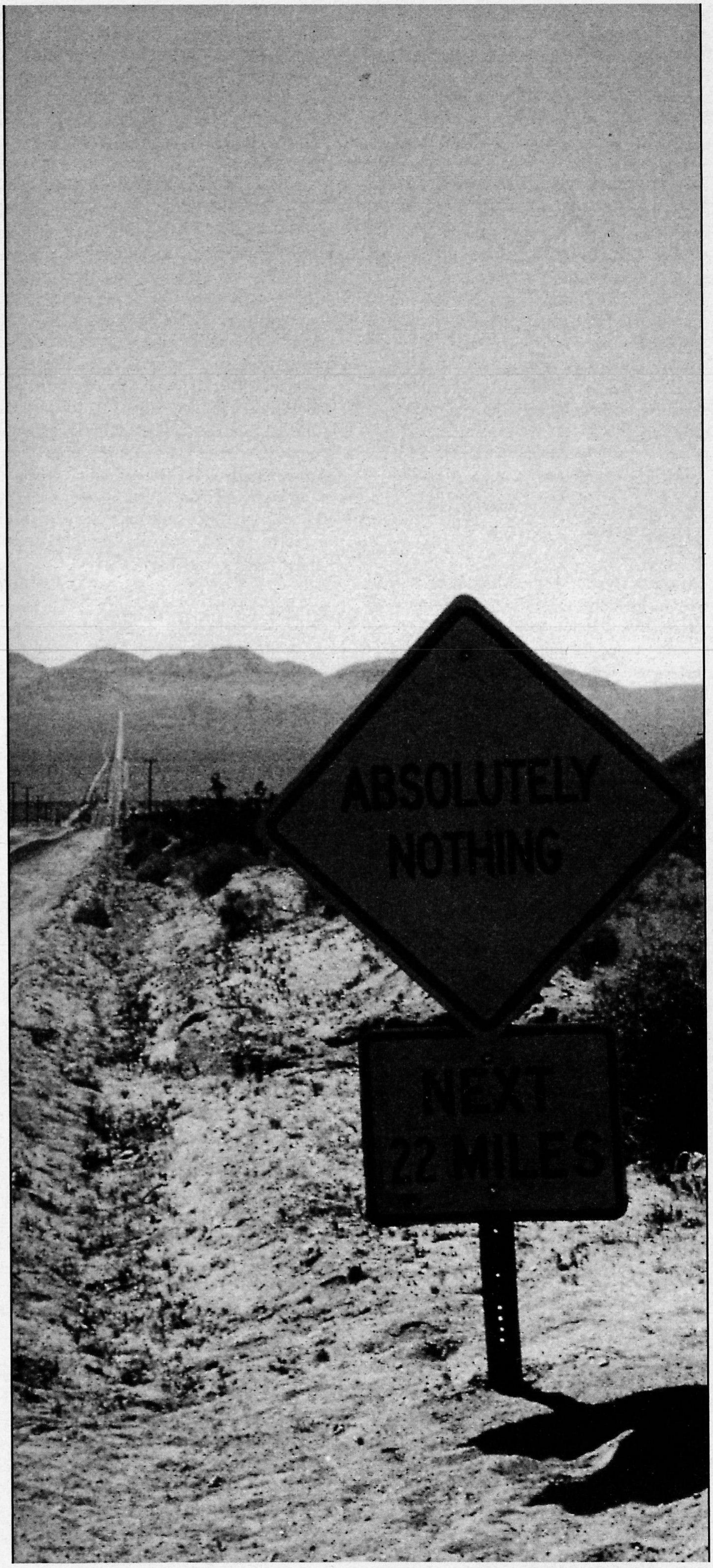
Das Landgericht Frankfurt/Main verurteilte am 10. März einen Kurden zu 17 Monaten Haft ohne Bewährung. Der 44jährige soll für die PKK Geldspenden in Wiesbaden, Rüdesheim und Bad Schwalbach gesammelt sowie Propagandamaterial vertrieben haben. Außerdem habe er an einer PKK-Funktionärsversammlung in Gießen teilgenommen und sich aktiv an einer PKK-Demonstration in Darmstadt beteiligt. Weil der Betroffene schon einmal wegen seiner politischen Tätigkeiten verurteilt wurde, entschied das Gericht gegen eine Strafaussetzung auf Bewährung.
Am 4. März wurde Ali P. vom Landgericht Stuttgart wegen "gewaltsamer Spendengelderpressung" zu drei Jahren Haft verurteilt. Der Kurde hatte von 1991 bis 1994 in der BRD gelebt und war 1998 bei der Einreise aus der Schweiz verhaftet worden.
(Quellen: Frankfurter Rundschau vom 11.3.1999, Stutt - garter Nachrichten com 5.3.1999, Rechtshilfeverein AZADI)

Duisburg: Kurdischer Verein durchsucht

Am 10. März wurden in Duisburg im kurdischen Verein und bei mindestens einer Privatperson polizeiliche Durchsuchungen durchgeführt. Laut Durchsuchungsbeschluß wurde wegen des "Verdachts des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz" ermittelt. Demnach sollte die Razzia "zur Auffindung von Beweismitteln führen (...), namentlich von PKK-Propagandamaterial, insbesondere werbewirksame Bilder in den Räumen des Vereins und Unterlagen betreffend die Unterstützung der PKK und Beschaffung von Geldern für diese".
(Quelle: Rechtshilfefonds-Informationen Nr, 13 des Rechtshilfevereins AZADI, März 1999)

Kassel: Verbot von KurdInnen-Demonstrationen

In Kassel werden Demonstrationen von KurdInnen



bis auf weiteres verboten. Grund dafür sei der Ablauf einer Kundgebung in der Kasseler Innenstadt am 4. März gewesen, erklärte Bürgermeister Groß tags darauf in Kassel. Die Veranstaltung sei zwar friedlich verlaufen, drei Personen waren jedoch vorübergehend festgenommen worden, weil sie PKK-Symbole gezeigt haben sollen. Der Veranstalter habe die Auflage gehabt, jegliche Hinweise auf die PKK zu unterlassen und durch Ordner für die Einhaltung der Bedingung zu sorgen. Der Einsatz der Ordner sei aber "halbherzig" gewesen, so Groß. Aus politischen Gründen sei auch die Auflage, weiße Armbinden zu benutzen, nicht erachtet worden - vielmehr hätten die Ordner "als Zeichen der PKK" rote Armbinden getragen. Von daher gehe er davon aus, "daß auch in Zukunft mit einer rechtmäßigen Durchführung einer Kurdendemonstration" nicht zu rechnen sei.

(Quelle: Frankfurter Rundschau vom 6.3.1999)

Stuttgart: Schnellverfahren gegen 22 KurdInnen

Zwischen dem 22. Februar und dem 2. März wurden 21 KurdInnen, die Mitte Februar das griechische Generalkonsulat in Stuttgart besetzt hatten, sowie ein Demonstrant in "beschleunigten Gerichtsverfahren" abgeurteilt. 18 Prozesse endeten mit Strafen von fünf bis sieben Monaten auf jeweils drei Jahre Bewährung, vier mit Haftstrafen von sechs, sieben bzw. - zweimal - acht Monaten ohne Bewährung.

Ausschlaggebend in den letztgenannten vier Fällen sei gewesen, so Amtsrichter Lutz Petzold, "daß die Angeklagten entweder vorbestraft oder nicht geständig gewesen' seien (Stuttgarter Zeitung vom 2.3.1999). Daß aber auch vorbestrafte Kurden Bewährungsstrafen erhalten haben, deutet darauf hin, daß es tatsächlich eher um die "Geständigkeit" der Angeklagten ging. Dieser Eindruck konnte schon am ersten Verhandlungstag gewonnen werden, als Richter Waitzinger im allerersten Prozeß einen Kurden, der (in Anwesenheit von rund 20 PressevertreterInnen) keinerlei Angaben machte, zu acht Monaten ohne Bewährung verurteilte. Die Angeklagten in den folgenden Prozessen bekannten sich, dadurch verunsichert, alle dazu, im Generalkonsulat gewesen zu sein. Unterschiedlich waren nur die Angaben darüber, was sie dort gemacht haben. Aussagen über andere an der Aktion Beteiligte wurden nicht gemacht.

Die nächste Haftstrafe wurde über einen Kurden verhängtm der die Besetzung in Zusammenhang mit der griechischen Beteiligung an der Verschleppung Abdullah Öcalans stellte und daraufhin bemerkte, daß das Vorgehen Griechenlands auch weiter zu beobachten sei ... Ein weiterer Aspekt bei der Verurteilung zu Haftstrafen scheint eine ungeklärte aufenthaltsrechtliche Situation der Betroffenen zu sein. Mit derartigen Urteilen kommt man dem von Bundesinnenminister Schily formulierten Ziel - zügigeren Abschiebungen - einen Schritt näher.

In den im Stammheimer Prozeßbunker stattfindenden Stuttgarter Fließbandverfahren ging es laut Klaus Pflieger, Leiter der Staatsanwaltschaft, darum, die "hautnahe Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz" unter Beweis zu stellen. Baden-Württembergs Innenminister Thomas Schäuble verkündete Anfang März, daß man hier mit den "beschleunigten Gerichtsverfahren bundesweit am schnellsten reagiert " habe. "Eine schnell e Strafe ist viel wichtiger als die Frage, wie hoch die Strafe ausfällt." Die damit extrem kurze Zeitspanne zwischen Verhaftung und Prozeßeröffnung machte es Angeklagten wie VerteidigerInnen unmöglich - beiden gemeinsam schon gar nicht -, die Verhandlungen eigenen Vorstellungen entsprechend vorzubereiten. Der nahezu gleiche Inhalt der Akten (die bestanden größtenteils aus einer vervielfältigten Vorlage) legt nahe, daß auch die Staatsanwaltschaft nicht genügend Zeit hatte, personenspezifische Anklagepunkte zu formulieren. Auch die Medienkampagne ("Kurdenterror") und der Ruf der politisch Verantwortlichen nach schnellen Abschiebungen "straffälliger Ausländer" trugen das ihre dazu bei, die Angeklagten und viele weitere der hier lebenden KurdInnen zu verunsichern.

(Quellen: Stuttgarter Kommitee zur Unterstützung der kurdischen politischen Gefangenen)

Wg. Bad Kleinen: Verfahren gegen "Angehörigen Info"

Das Landgericht Hamburg verurteilte am 17. Februar die presserechtlich Verantwortliche des Angehörigen Info, Christiane Schneider, in zweiter Instanz wegen Staatsverleumdung (§ 90a StGB). Damit wurde ein entsprechendes Urteil des Amtsgerichts Hamburg-Altona bestätigt. Wegen der Länge des Verfahrens - der Abdruck der fraglichen Artikel liegt ca. drei Jahre zurück - wurde das Strafmaß von 90 auf 60 Tage gesenkt, der Tagessatz gleichzeitig von 30 auf 45 Mark erhöht, so daß sich an der Geldstrafe in Höhe von 2.700 Mark (plus Gerichts- und Rechtsanwaltskosten) nichts ändert, sofern das Urteil rechtskräftig werden sollte. Es wird in jedem Fall Revision eingelegt.

Anlaß des Verfahrens, das wie die vorhergehenden über 30 früheren Verfahren gegen das Angehörigen Info auch von der Karlsruher Bundesanwaltschaft eingeleitet worden war, war der Abdruck von zwei Artikeln, in denen die staatliche Version, nach der sich Wolfgang Grams selbst getötet habe, entgegengetreten, die Tötung Wolfgang Grams behauptet und darüber hinaus Vertuschung der Todesumstände angeprangert wurde.

Wie der Richter bei der Ablehnung mehrerer Beweisanträge (...) sowie in der mündlichen Urteilsbegründung ausführte, sei es unerheblich, ob die inkriminierten Behauptungen wahr oder falsch sind. Unabhängig davon also, ob Wolfgang Grams erschossen wurde oder nicht und ob der Staat die Todesumstände vertuscht hat oder nicht, soll die Behauptung, daß er

DDR-Grenzoffiziere verurteilt

Das Landgericht Berlin verurteilte am 7. April vier ehemalige Vizekommandeure des Grenzkommandos Mitte wegen Beihilfe zum Totschlag zu Strafen zwischen zehn und 14 Monaten Haft auf Bewährung. Die heute 51 bis 69 Jahre alten früheren Offiziere seien für fünf Tote an der Grenze zwischen der DDR und West-Berlin verantwortlich, weil sie an Grundsatzbefehlen zur unbedingten Verhinderung von Fluchten beteiligt gewesen seien.

erschossen wurde und daß der Staat die Tötung vertuschte-, strafbar sein. Denn gleichgültig, ob Wolfgang Grams durch die GSG 9 erschossen wurde und die Ermittlungsbehörden, die die Todesumstände aufzuklären hatten, statt dessen Vertuschung betrieben, bedeute die Behauptung eine nicht hinnehmbare Herabsetzung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Bundesrepublik werde damit auf eine Stufe mit totalitären Staaten und ihren Methoden gestellt. Daß es beim Abdruck der Artikel einzig darauf angekommen sei, die Bundesrepublik herabzusetzen und sie sogar in die Nähe des Faschismus zu rücken, werde auch daran deutlich, daß in den Artikeln staatliche Einsatzkräfte als "Sondereinsatzkommandos" - und nicht etwa neutral als "Spezialkommandos" - bezeichnet würden. Da der § 90 den Staat und seine Verfassung schütze, könne sich jemand wie die Angeklagte auch nicht auf die Verfassung, die sie so herabsetze, und Artikel 5 - Meinungsfreiheit - berufen.

Die Konsequenzen aus diesem Urteil - würde es rechtskräftig - sind weitreichend. In einem kritischen Zusammenhang könnte schon die Bezeichnung der ja offiziell so genannten Sondereinsatzkommandos (SEK) als Sondereinsatzkommandos als Verächtlichmachung der BRD bestraft werden. Es wäre als Konsequenz aus dem Urteil ohne weiteres möglich, Kritik an - z.B. - erwiesener Mißhandlung von Flüchtlingen auf Polizeirevieren (...) unter Strafe zu stellen, da eine solche Kritik an Handlungen von Staatsorganen, unabhängig vom Wahrheitsgehalt der Aussagen, die BRD in die Nähe von totalitären Staaten rücke usw. usf. (...)

Damit soll nicht behauptet werden, daß ab sofort jede Kritik unter Strafe steht und jeder Kritiker gefährdet ist. In den Wochen und Monaten nach Bad Kleinen haben auch bürgerliche Medien den Vorwurf der "Vertuschung" erhoben. Menschenrechtler und eine kleine, aber immerhin vorhandene, kritische Öffentlichkeit führen bis heute nicht nur begründete Zweifel an der staatlichen Selbstmordversion an, sondern sprechen von Irreführung der Öffentlichkeit und "Vertuschung" (...), ohne daß die Bundesanwaltschaft sie deshalb verfolgt. Nein, gefährlich ist das Urteil

deswegen, weil es Verfechtern autoritärer Staatsauffassungen innerhalb des Apparates (nicht zuletzt in der Bundesanwaltschaft selbst) ein juristisches Instrument in die Hand gibt, sich politische Kritiker gezielt und willkürlich vom Hals zu schaffen. Im konkreten Fall schützt das Urteil die Verantwortlichen für die ungeklärten Todesumstände von Wolfgang Grams. Auch deshalb wird alles versucht, es zu revidieren.

(aus: Angehörigen Info, H. 217, 24.2.1999; redaktionell gekürzt und überarbeitet)

Wg. Bad Kleinen: Auf Berufung verzichtet

Die Eltern des am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen getöteten Wolfgang Grams haben auf die Durchführung der Berufung gegen das Urteil des Landgerichts Bonn vom 29.9.1998 verzichtet (zum Bonner Verfahren vgl. kassiber 36, Oktober 1998, S. 50). Damit ist der Zivilrechtsstreit um die Klärung der Todesumstände von Wolfgang Grams rechtskräftig abgeschlossen.

Abweichend von den bis dahin vorliegenden Ergebnissen des Abschlußberichts der Bundesregierung und der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Schwerin, die von einem nachgewiesenen Selbstmord ausging, kommt das Landgericht Bonn nach der Beweisaufnahme zu dem Ergebnis, daß die Umstände des Todes von Wolfgang Grams nicht geklärt sind. Das Gericht führt in den Urteilsgründen aus, daß "weder Selbsttäterschaft bewiesen noch Fremdtäterschaft ausgeschlossen werden" könne. Da den Eltern von Wolfgang Grams nach den Regeln des Zivilprozeßrechtes die Beweislast für die Tötung ihres Sohnes durch Beamte der GSG 9 oblag, führten die Feststellungen des Gerichts zur Klageabweisung.

Nach Rechtskraft des Urteils des Landgerichts Bonn sind damit sämtliche in der Bundesrepublik anhängigen Verfahren wegen der Tötung von Wolfgang Grams abgeschlossen. Das einzige noch offene Verfahren ist die Menschenrechtsbeschwerde der Eltern von Wolfgang Grams, die dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg seit 1996 zur Entscheidung vorliegt.

(Presseerklärung der Rechtsanwälte Carl Heydenreich, Bonn; Thomas Kieseritzky, Frankfurt/Main; Andreas Groß, Wiesbaden)

Bundesweite Razzia in kurdischen Einrichtungen und Wohnungen (I)

Am 12. Februar durchsuchten mehr als 130 PolizistInnen in mehreren Städten Niedersachsens, Schleswig-Holsteins und Nordrhein-Westfalens kurdische Vereine, Häuser und Privatwohnungen. Hintergrund der Razzien sei die "Spendengeldkampagne 98/99" der PKK gewesen. Nach Angaben des niedersächsischen Landeskriminalamtes nahmen Beamte einer Sonderkommission am frühen Morgen in Osnabrück einen 35jährigen Kurden fest. Er soll als Gebietsleiter in der Region Hannover die Spendensammlungen organisiert und knapp eine Million Mark 'eingetrieben' haben. Ferner beschlagnahmten die Spezialkräfte, unterstützt von Drogen- und Sprengstoffhunden, u.a. in Hannover, Celle, Nienburg, Bielefeld und Kiel "PKK-Propagandamaterial", Aufzeichnungen und Dokumente. Seit Ende 1998 läuft bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg ein Verfahren gegen mehrere Betroffene. Sie stehen im Verdacht des Verstoßes gegen das Vereinsgesetzes sowie der Erpressung.

(Quelle: DieWelt vom 13.2.1999)

Neuer Angriff auf Pressefreiheit

Laut Beschluß des Bundesgerichtshofs (BGH) vom Februar 1999 ist die Durchsuchung von und die Beschlagnahmung in Büroräumen freier JournalistInnen zulässig. Der BGH hat in seinem Beschluß die Beschwerde eines freien Mitarbeiters der taz gegen eine in seinen Büroräumen durchgeführte Beschlagnahmeaktion zurückgewiesen. Als Begründung für den niedrigeren Schutz des Büros eines freien Journalisten gegenüber den Räumen einer Redaktion nannte der BGH die "erhöhte Störanfälligkeit von Redaktions- und Verlagsräumen". Diese "erhöhte Störanfälligkeit" sei in den Büroräumen -freier Journalisten nicht gegeben.

Mit seiner Beurteilung verkenne der BGH die Entwicklungen des journalistischen Berufsfeldes, erklärte der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), Hermann Meyn. "Tatsache ist, daß ein Großteil der journalistischen Arbeit heute in Pressebüros freier Journalisten geleistet wird." Ohne Zweifel müsse für die Büroräume freier Journalisten der gleiche Schutz nach Artikel 5 Grundgesetz gegen Durchsuchungen und Beschlagnahmeaktionen gelten, wie er für Redaktionsräume gilt, betonte Meyn.

(Quelle: Pressemitteilung des DJV vom 24.2.1999)

Bundesweite Razzia in kurdischen Einrichtungen und Wohnungen (II)

Bereits in kassiber 38 (März 1999) berichteten wir über Durchsuchungen am 19. Januar in mehreren deutschen Städten, von denen insgesamt 49 kurdische Organisationen und Privatwohnungen betroffen waren. Dabei ging die Meldung über die Razzia im Mesopotamischen Volkshaus in Bremen aus irgendwelchen Gründen verloren.

Den offiziellen Anlaß für diese Durchsuchung bildeten Plakate mit dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, die im November 1998 für einige Tage in den Fenstern der Vereinsräume gehangen hatten. Zehn Staatsschutzbeamte des Kommissariats für politisch motivierte Straftaten K7 durchsuchten die Vereinsräume, während weitere uniformierte PolizistInnen das Gebäude in der Kornstraße umstellt hatten. Von sämtlichen BesucherInnen des Vereins wurden die Papiere überprüft, ein kurdischer Mann wurde mit aufs Revier genommen - angeblich, um seine Identität zu überprüfen. Diese Identitätsfeststellung dauerte acht Stunden. 'Zufällig' erschien unmittelbar nach seinem Eintreffen auf der Wache ein Staatsanwalt mit Dolmetscher, um den Festgenommenen zu verhören. Als der einwandte, ohne seinen Anwalt nichts zu sagen, wurde ihm erwidert, man habe erfolglos versucht, den Anwalt zu erreichen. Der Anwalt hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mehrmals auf dem Revier angerufen, wobei ihm von einem Diensthabenden wiederholt mitgeteilt worden war, daß der Festgenommene nach abgeschlossener Identitätsprüfung sofort wieder gehen könne; die dauere leider noch etwas, weil man eine Anfrage beim Bundeskriminalamt gestellt habe. Von der gerade stattfindenden Vernehmung durch den Staatsanwalt erfuhr der Anwalt nichts. Als der Kurde die Polizeiwache verlassen konnte, erhielt er nicht einmal ein Protokoll der bei ihm gefundenen und beschlagnahmten Gegenstände. Dabei waren ihm sein gesamtes Bargeld bis auf etwas Kleingeld, sein Handy und seine persönlichen Unterlagen abgenommen worden.

Drei Tage später stürmten PolizistInnen die Wohnung einer kurdischen Familie in Bremen. Statt einen Durchsuchungsbeschluß vorzuzeigen, hieß es lapidar "Gefahr im Verzug" zur Begründung. Die PolizistInnen schlugen die Möbel kurz und klein, verprügelten den Familienvater vor den Augen seiner Kinder und nahmen ihn mit auf die Wache, wo er sich bis auf die Unterhose entkleiden mußte. Gleichzeitig wurden in Bremen fünf andere Wohnungen wegen "Gefahr im Verzug" aufgebrochen, weil die dort lebenden KurdInnen nicht zu Hause waren.

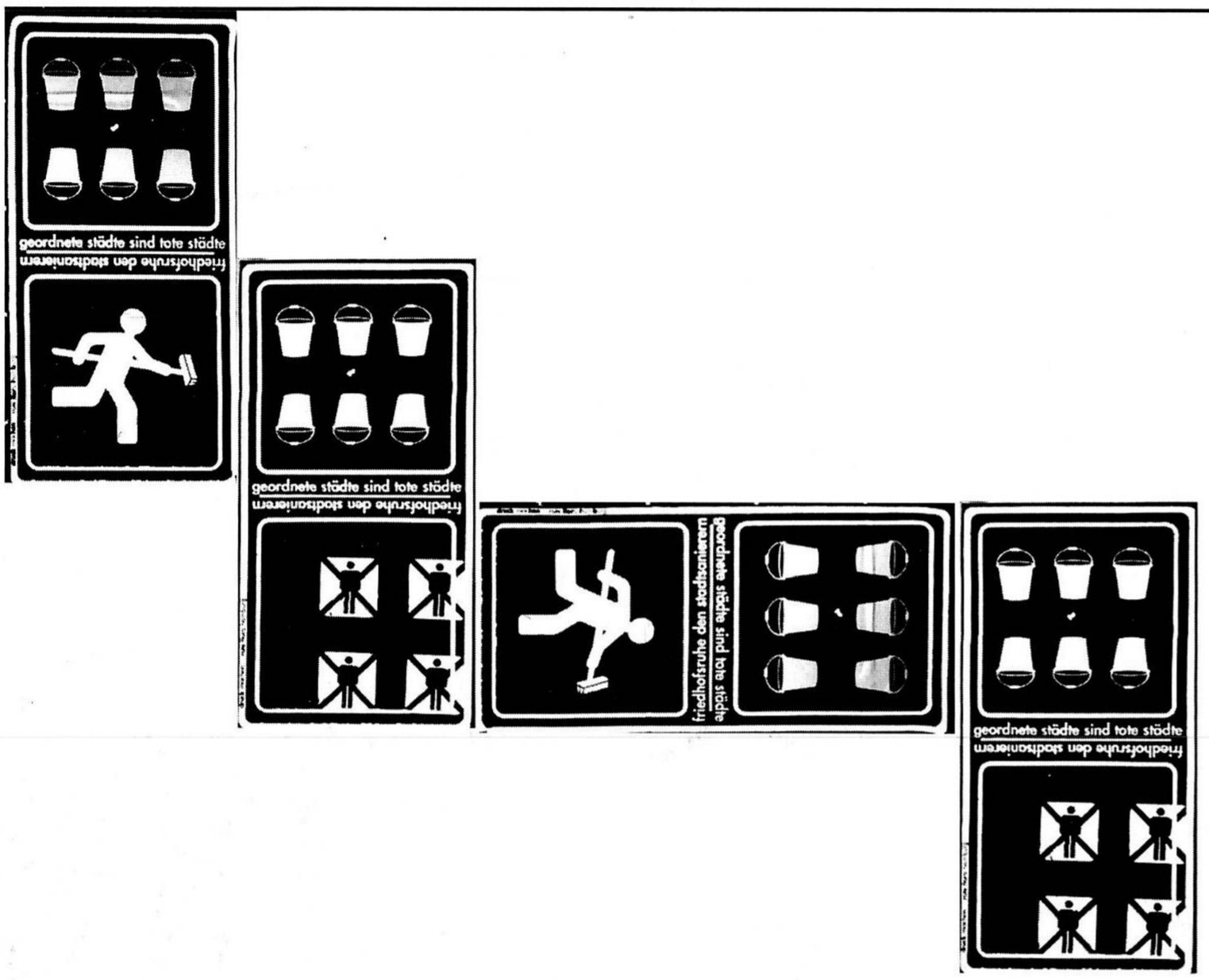
(Quelle: Presseerklärung des Mesopotamischen Volkshauses vom 29.1.1999)

Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen und Aktionen

"Seit Jahren werden immer weniger Menschen auf immer selteneren Demonstrationen von immer mehr Bullen mit immer gemeineren Waffen zusammengedroschen ...", schreiben die Demo-Sanis in ihrer Broschüre Ruhig Blut statt eines Vorworts. Auf 50 Seiten haben sie die wichtigsten Verhaltenstips für DemonstrationsteilnehmerInnen bei Demonstrationen, Verletzungen und Festnahmen zusammengetragen. Vom Hundebiß über Verletzungen durch NATO-Draht, Kopfverletzungen, Kampfgas bis zu Drogenüberdosierungen reicht die Übersicht mit Tips für die Sofortmaßnahmen. Vervollständigt wird das ganze durch das Kapitel Bullenwaffen und Selbstschutz - eine kleine Führung durch das Horrorkabinett.

Die Broschüre sollte in keinem Haushalt fehlen und vor allem gehört sie auch gelesen, denn besser ist, mann/frau weiß vorher, was in einer brenzligen Situation zu tun ist. Ruhig Blut kann über folgende Adresse bezogen werden: Demo-Sanis, c/o BUU, Bullerdeich 14, 20537 Hamburg.

(aus: Die Rote Hilfe, H. 2/99, April 1999; redaktionell leicht überarbeitet)



„Aktionsformen, die sich an die Öffentlichkeit wenden, also zwangsläufig einen Teil der öffentlichen Sphäre besetzen, müssen eine Kommunikation schaffen, um nicht in einer unvermittelten Folklore künstlerischer Selbstbestätigung zu enden.
Subversive Sprengkraft erwirbt sich eine solche Aktion dann, wenn sie einerseits das Raster staatlicher Kontrollpolitik aufbricht und die bereitgestellten Nischen verläßt.
Auf der anderen Seite erwirbt sie sich revolutionäre Möglichkeiten, wenn sie aus einem Zusammenschluß der sozialen Klassen erwächst und damit die Segregation der urbanen Planung durchbricht. Wenn die zusammenkommen, die nicht zusammen kommen sollen, da ihnen eine gemeinsame öffentliche Sphäre wieder und wieder entzogen wird, dann kann der langsame Prozeß einer Kommunikation der Öffentlichkeit in Gang gebracht werden.
Denn die öffentliche Sphäre bleibt immer auch subversive Sphäre."

(Die Stadt als subversive Nische?, Seite 22 in diesem *kassiber*)

bremer kassiber. stadtzeitung für politik, alltag, revolution
vzvun. stpaulistr 10/12. 28203 bremen. fax 0421 75682
email: kassiber@brainlift.de • http://pages.ohz.north.de/kombo/